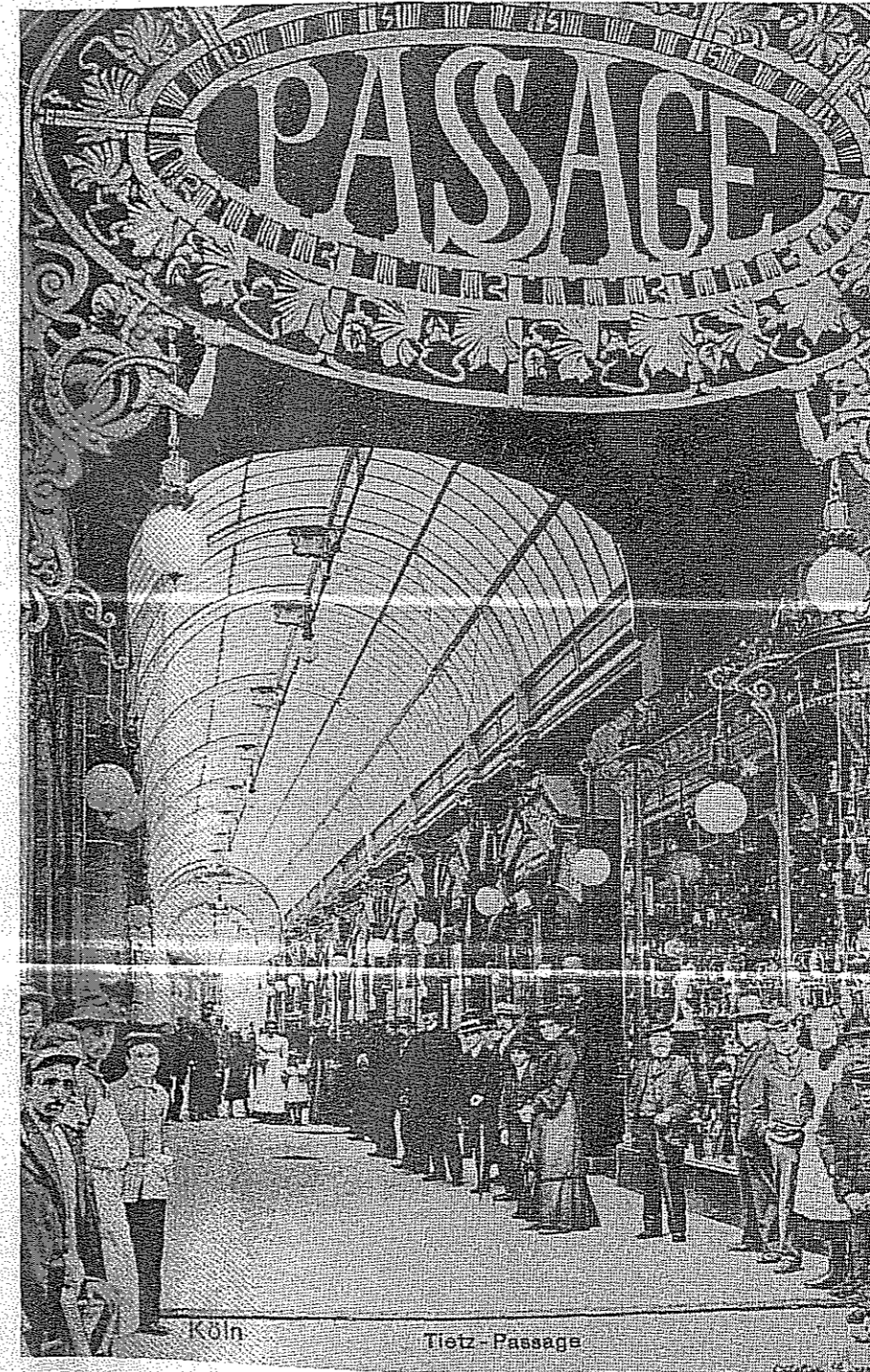


Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie

13. Jg. Nr. 2
Juni 1999



Herausgegeben im Auftrag der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft
für Soziologie von Wendelin Strubelt, Bonn

Vorweg

Liebe Leserinnen, liebe Leser des „Blättchens“,

auch im Mittelpunkt dieser Ausgabe steht die Dokumentation einer Tagung der Sektion, diesmal im Rahmen des Soziologiekongresses im Herbst 1998 in Freiburg. Leider dauert es immer länger, bis die Beiträge bei mir eintrudeln und zu einer neuen Ausgabe des „Blättchens“ zusammengestellt werden können. Aber vielleicht geht es Ihnen so wie mir, inzwischen, Hauptsache es kommt überhaupt. Die Aktualität von Informationen leidet zwar darunter, aber dafür gibt es auch noch den Rundbrief des Sektionsvorstandes. Dieser hat inzwischen auch eine eigene homepage, die unter folgender Adresse (http://www.barkhof.uni-bremen.de/kua/sta_reg.htm) zu erreichen ist. Auch die DGS hat eine homepage mit folgender Adresse: www.sozioologie.de – mit Verweis auch auf die Sektion.

Anderenorts werden Dinge, wie wir sie im Blättchen herausgeben, bereits nur noch im Internet bereitgestellt, zur allfälligen Information und zum eigenen „Herunterholen“, wenn gewünscht, in eine selbstgedruckte Version. Ich muß gestehen, daß mir Gedrucktes immer noch lieber ist, als ein Bildschirm, allerdings ist das damit einherkommende Internet flexibler, vielleicht auch aktueller. Was denken Sie darüber? Sollen wir das Blättchen in der alten Form beibehalten oder es modernisieren und es in Zukunft evtl. nur als eine Internet-Zeit-schrift herausbringen? Schreiben Sie mir doch mal – per Brief, per Fax (028 826-294) oder per e-mail (strubelt@bbr.bund.de). Auf jeden Fall sollten wir versuchen, das Blättchen auch in Zukunft herauszubringen, in welcher Form und von wem auch immer.

Herzliche Grüße aus Bonn

Ihr

Wendelin Strubelt

Bonn, im Juni 1999

P.S.:

Bitte schicken Sie Ihre Beiträge möglichst bis zum **31. August 1999** an meine Adresse:

Wendelin Strubelt

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Postfach 20 01 30

53131 Bonn

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Berichte und Ankündigungen aus der Sektion	
Dokumentation der Herbsttagung	
- Volker Eick, Jens Sambale & Dominik Veith: Marginalisierungsprozesse im öffentlichen Raum der Berliner Innenstadt und ‚Sicherheit‘ als zentrales Dispositiv urbaner Restrukturierung	3
- Stephan Lanz, Klaus Ronneberger: Auf dem Weg zur neofeudalen Stadt?	10
- Klaus M. Schmals: Berlin – Inklusion und Exklusion sozialer Gruppen im Neofeudalisierungsprozeß einer Großstadt	21
- Walther Jahn, Klaus Schmals: Berlin – Öffnung und Schließung lokaler Milieus im Reifeudalisierungsprozeß einer Großstadt (Teil 2)	27
- Detlev Ipsen: Die sozialräumlichen Bedingungen der offenen Stadt – eine theoretische Skizze	32
Frauen-Netzwerk Stadt- und Regionalsoziologie	
- Sabine Thabe: Sinn(lichkeit), Schrift und Raum	43
- Susanne Frank: Stadtlandschaften und Geschlechtergeographien. Aspekte einer geschlechterbezogenen Stadt- und Raumforschung	57
- Susanne Grieser: Die „Obst- und Gartenbauschule für gebildete Frauen“ in Marienfelde bei Berlin – eine weibliche Bildungseinrichtung zwischen bürgerlicher Frauenemanzipation und Lebensreform	83
Informationen aus der Wissenschaftsszene	
Newsletter der University of Queensland	97
II. Berichte / Informationen	
- Eva Wonneberger: Raum ergreifen und Platz nehmen!	107
- Wolfgang Sodeur: Volkszählung 2001: Primärerhebung oder Registerauszug?	117
- Sigrun Kabisch: Ostdeutsche Stadt-Umland-Regionen unter Suburbanisierungsdruck. Positionspapier	121
- Einladung zum Workshop „Ostdeutsche Stadt-Umland-Regionen unter Suburbanisierungsdruck“	128
- Europäische Sommerschule für Nachhaltige Regionalentwicklung	130
III. Literaturhinweise	
Diverse Literaturhinweise	132
Auszug aus den „Schnellinformationen“ des BBR über neu erworbene Literatur	151

I. Berichte und Ankündigungen aus der Sektion

Dokumentation der Herbsttagung der Sektion

Volker Eick, Jens Sambale & Dominik Veith: Marginalisierungsprozesse im öffentlichen Raum der Berliner Innenstadt und 'Sicherheit' als zentrales Dispositiv urbaner Restrukturierung.

Vortrag, gehalten auf dem 29. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vom 14.-18. September 1998 in Freiburg im Breisgau.

Innerstädtische öffentliche Räume gewinnen im Rahmen globaler Standortkonkurrenz zentrale Bedeutung im Prozeß urbaner Restrukturierung. Einerseits - und für Berlin gilt das zunächst nur dem Anspruch nach - im Rahmen sog. „headquarter economy“ (Sassen) -, denn sie ist mit einer intensivierten Nutzung innerstädtischer Räume verbunden. Andererseits - und dies explizit nur für Berlin - im Rahmen der Hauptstadtwerdung.

Diese Räume sind das Terrain, auf dem die Einheit von geographischer und sozialer Zentralität behauptet und durchgesetzt wird. In dieser zentrumsorientierten Urbanisierung gerät Marginalisierung zur dynamischen Strategie lokaler Eliten. Die verwertungsorientierte Aufwertung städtischer Teilräume wird von Sauberkeits- und Ordnungskampagnen flankiert, in denen „Sicherheit“ zum zentralen Dispositiv avanciert. Wenngleich diese Praxis staatlicherseits wie von der Privatwirtschaft gefordert und gefördert wird, haben wir hier einen Fokus auf staatliche Instrumentarien dieser Praxis gelegt.

Verdeutlichen möchten wir einerseits die Ausdifferenzierungsprozesse des vormals homogen wirkenden Kontrollmodus zu einer Vielzahl unterschiedlichster Instrumentarien, die sich einerseits in dem Unsichtbarmachen von Armut, andererseits in der Inszenierung von Bedrohungslagen und dem Versuch niederschlagen, die Armen und nicht die Armut zu beseitigen.

„Schlechte Lebensbedingungen der Innenstadt“

Die Situation in Berlin ist gekennzeichnet durch einen drastischen Restrukturierungsprozeß der ökonomischen Basis, durch die ausbleibende wirtschaftliche Stabilisierung und durch die hohen Suburbanisierungsquoten, die der Stadt einerseits Steuereinnahmen, andererseits kaufkräftige BewohnerInnen entziehen.

Als ein wesentlicher Grund für die „fühlbare Abwanderung“ ins Umland werden seitens städtischer Eliten die „schlechten Lebensbedingungen der Innenstadt“ (so die Architekten des *Planwerk Innenstadt*, Hoffmann-Axthelm/Albers 1996) verantwortlich gemacht. Daß damit nicht die Lebensbedingungen der Armen oder Marginalisierten, die in den Innenstädten leben, gemeint sind, ist offensichtlich. Vielmehr wird in großangelegten Kampagnen die vermeintliche Verschmutzung und Verwahrlosung öffentlicher Räume, wachsende Kriminalitätsfurcht (die sog. „subjektiven Unsicherheitsgefühle“) und die Zunahme von Armen in den Innenstädten parallelisiert (Eick 1998a).

Der lokale Einzelhandel

In diesem Zusammenhang geraten die wachsenden Armutspopulationen, die sich in den Innenstädten aufhalten (müssen), zunehmend vor allem als negativer Standortfaktor ins Visier der städtischen Wachstumskoalitionen, zu denen neben dem lokalen Einzelhandel auch Teile des neu in die Stadt kommenden (internationalen) Kapitals und das sich selbst als aufgeklärt verstehende neue Stadtbürgertum gehören.

Die „besten Lagen“ in den Innenstädten würden - und wir zitieren hier stellvertretend den Präsidenten der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels, Hartmut M. Krämer - „drastisch demontiert, indem dort sogenannte urbane Exoten, wie Obdachlose, Bettler, Punker und Drogenabhängige, im Pulk ihre Lager aufschlagen und über aggressives Betteln, Anpöbeln und Drogenexzesse die Passanten aus den Innenstädten ver-

treiben.“ Ihm zufolge drohe „Einkaufen zum Negativerlebnis zu werden“ (Süddeutsche Zeitung, 28.06.97: 31).

Der Anspruch des lokalen Einzelhandels (in Gestalt der Einzelhandelsverbände, -vereine und -kammern etwa), jeweils „seine“ Areale sauber halten zu wollen, wird mittlerweile von 80 privaten Sicherheitsdiensten auch auf öffentlichem Straßenland umgesetzt. In die „unternehmerische Stadt“ eingelegt sind entsprechend - wie hier im Rahmen des „public private partnership“ - auch Instrumentarien bzw. Befugnisse und Praxen, die es der Privatwirtschaft - via Wachschatz - ermöglichen, unterhalb einer juristisch fixierten Ebene selbst „Hand anzulegen“. Da Banken, Versicherungsfonds und Konzerne große Teile ihres (Investitions- und Risiko-)Kapitals in Immobilienbesitz anlegen, weil der Bodenmarkt höhere Renditen bringt als Investitionen in die lokale Produktion, erhöht sich durch sie auch der Druck in den „besten Lagen“. Drittens schließlich, begreifen auch Stadtregierungen „ihre“ Innenstädte immer mehr als „Visitenkarten“, mittels derer sie sich als attraktiver Standort zu profilieren suchen. Doch bleiben wir beim Einzelhandel.

In Berlin ist die bekannteste Vereinigung von Geschäftsleuten die *AG City* mit ihrem Interessengebiet rund um den Kurfürstendamm. Sie tritt u.a. mit dem Motto „Wer haut Langfingern auf die Finger?“ auf und kann als *pressure group* verstanden werden, die bestimmte polizeiliche und ordnungspolitische Maßnahmen fordert. So konnte sie unter der Überschrift „Krieg am Ku'damm“ beispielsweise durchsetzen, daß die Polizeidichte auf dem Kurfürstendamm verdoppelt wurde und beschäftigt einen privaten Sicherheitsdienst, der in den Geschäften¹ auch auf öffentlichem Straßenland rund um die Gedächtniskirche patrouilliert (Eick 1996: 79f). Weiter spricht sich der Interessenverband für ein generelles Demonstrationsverbot auf dem Kurfürstendamm aus und konnte sich auf das Postulat eines „Grundrechts auf Schaufensterbummel“ (Ex-Innensenator Heckelmann) beziehen usw.

Bedrohung, Sicherheit durch oder von Armen

Woran Anstoß genommen wird, ist aber offenbar weniger die Tatsache, daß die Zahl der Armen dynamisch wächst (so hat sich allein in Westberlin zwischen 1988 und 1993 die Zahl der Obdachlosen verdoppelt und bis heute ist keine Entspannung der Situation zu erkennen; auch die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen hat sich zwischen 1991 und 1997 sich verdreifacht [taz, 17.09.97; Berliner Morgenpost 10.05.1998]). Obdachlose - um bei dem Beispiel zu bleiben - werden vielmehr vor allem als Menschen wahrgenommen, die zum vermeintlichen Verfall öffentlicher Räume beitragen oder die gar eine Bedrohung für die persönliche Sicherheit darstellen. Obdachlosigkeit ist in der Tat eine Bedrohung für Leib und Leben - aber eben für das der Obdachlosen selbst. So verringert allein das Leben auf der Straße die durchschnittliche Lebenserwartung drastisch. Während von Obdachlosen in den seltensten Fällen eine physische Bedrohung ausgeht - das bestätigen auch die diversen Jahresberichte der polizeilichen Sondereinheiten der Stadt - häufen sich dagegen die Meldungen über erfrorene (1997: 12 in Berlin), angegriffene oder gar angezündete/verbrannte Obdachlose (bundesweit 50, 1996/97).

Die Tatsache, daß sie ihre alltägliche persönliche Reproduktion (Essen, Schlafen, Hygiene, soziale Reproduktion usw.) in der Öffentlichkeit vollziehen, wird als Bruch fundamentaler Normen und Standards angesehen. Wer nicht einmal die respektiert, dem (oder der?) ist auch Schlimmeres zuzutrauen. So artikuliert ihre Anwesenheit den Verlust sozialer und urbaner Kontrolle. Dabei wird übersehen, daß zum einen nur die extremsten Formen von Obdachlosigkeit überhaupt für uns sichtbar sind. (Dem Großteil der Obdachlosen sieht man eben nicht an, daß er/sie ohne Bleibe ist.) Zum anderen wird dabei vernachlässigt, daß Obdachlose oft

¹ Abgesehen von der Kaufhausdetektiven sind rund ein Dutzend weitere private Sicherheitsdienste in den Geschäften am Kurfürstendamm und in seinen Seitenstraßen aktiv.

ihre eigenen Standards, Normen und Werte verletzen müssen, um überhaupt auf der Straße überleben zu können.

Das heißt, daß die Zahl der Menschen, die auf der Straße leben muß, wächst, während gleichzeitig die Orte, an denen sie sich aufhalten könnten nach und nach verschwinden (öffentliche Toiletten), oder, andersherum formuliert: Es nimmt das Ausmaß der Räume zu, in denen Obdachlose unerwünscht sind, die sie gleichzeitig aber durchqueren müssen, um beispielsweise soziale Hilfen zu erreichen. Das zieht vermehrte Konflikte mit Polizei, privatem Sicherheitspersonal oder auch PassantInnen nach sich.

Auffallend ist in diesem Zusammenhang im öffentlichen Diskurs die zunehmende Gleichsetzung von kommerziellen Interessen und (vermeintlichen wie tatsächlichen) Sicherheitsinteressen von Staat und BürgerInnen. Nun ist es aber schwierig, polizeilich gegen Personen vorzugehen, die zwar als geschäftsschädigend, störend oder gar bedrohlich angesehen werden, juristisch aber nicht belangt werden können, weil sie sich nicht kriminell verhalten. Die neuen polizeilichen und ordnungspolitischen Instrumente, die in diesem Zusammenhang entwickelt werden, sollen den staatlichen Organen einen Zugriff auf öffentliche Räume ermöglichen, der sich an den in privaten Räumen verbreiteten anlehnt. Diese Maßnahmen verfolgen nicht so sehr die Straftat bzw. - und das ist der Regelfall - die Ordnungswidrigkeit als solche, sondern Verhaltensweisen, die von der gesellschaftlichen Norm abweichen.

Berliner Instrumentarium

Berlin hat - wie andere große, aber auch zahlreiche kleinere Städte - ein umfassendes Arsenal an Maßnahmen entwickelt, mit denen gegen unerwünschte Personen in innerstädtischen Räumen vorgegangen werden kann. Dazu gehören neben Platzverweisen oder der Privatisierung öffentlicher Plätze, die Möglichkeit des zuständigen Direktionsleiters der Polizei nach ASOG² bestimmte Areale als sog. 'gefährliche Orte' ausweisen. Nach Auskunft des Innensenators gibt es z. Zt. 30 solcher Orte, die aber geheimgehalten werden sollen (Abgeordnetenhaus 1997a). Die Liste wird zweimonatlich aktualisiert, und detaillierte Kenntnisse ergeben sich in der Regel nur durch Indiskretionen aus dem Polizeiapparat. Bekannt sind bspw. der Breitscheidplatz oder der Alexanderplatz. An solchen Plätzen können Personen auch ohne jeglichen konkreten Verdacht angehalten, Personen- und Taschenkontrollen sowie ED-Behandlungen durchgeführt werden. Selbst bei sehr vagem Anfangsverdacht kann dann ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl eine Hausdurchsuchung vorgenommen werden. Grundlage für die Entscheidung ist letztlich das Ermessen (die Normalitätsdefinition) des Polizeibeamten bzw. der -beamtin vor Ort.

Spezifische Räume und „Operative Gruppen“

Auf dem Breitscheidplatz vor der Gedächtniskirche müssen Menschen infolgedessen damit rechnen, allein wegen ihrer dunklen Hautfarbe pauschal als 'Dealer' kontrolliert und malträtiert zu werden. Seit diversen Protesten antirassistischer Gruppen ist der polizeiliche Umgang etwas moderater geworden, an der grundsätzlichen Praxis hat sich gleichwohl nichts geändert (Antirassistische Initiative 1997).

Punks, die sich früher häufig auf dem Alexanderplatz trafen, werden dort nur noch als Einzelpersonen oder in Kleingruppen geduldet. In einem pausenlosen Katz und Maus-Spiel versuchen die Punks durch beständiges Umherziehen auf und zwischen den Plätzen, den Kontrollen zu entkommen, die von eigens für bestimmte städtische Räume gegründeten sog. „Operativen Gruppen“ der Schutz- und Kriminalpolizei durchgeführt werden. So hat die OG City West, die für den Bereich rund um den Kurfürstendamm zuständig ist, im Zuge ihrer Tätigkeit im vergangenen Jahr über 3.600 Platzverweise erteilt. Es existiert auch eine OG Alex mit ge-

² Allgemeines Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin.

schätzten 1.500 Platzverweisen. Insgesamt haben allein die „Operativen Gruppen“ sowie die privaten Sicherheitsdienste, die auf den U-, S- und Fernbahnhöfen eingesetzt werden, im letzten Jahr über 220.000 Platzverweise und Hausverbote ausgesprochen (Eick 1998a). Zentrale Bedeutung kommt zudem den Bahnhöfen und dem Bahnhofsumfeld im Rahmen dieser Vertreibungspraxen zu, weil hier neben den „Operativen Gruppen“ auch Bundesgrenzschutz und (bahneigene wie bahnfremde) private Sicherheitsdienste zum Einsatz kommen (vgl. den Vortrag von Lanz/Ronneberger).

Beharrungsvermögen und „Verbringungsgewahrsam“

Die hohe Zahl macht deutlich, daß sich beispielsweise die Obdachlosen oder Punks aus den Innenstädten nicht so ohne weiteres vertreiben lassen, da sich dort ihre Lebensorte befinden und sie ihren Lebensunterhalt nur an Stellen bestreiten können, die durch hohen Publikumsverkehr gekennzeichnet sind. Auch ein großer Teil der Service-Einrichtungen ist dort angesiedelt, und umgekehrt findet die aufsuchende Sozialarbeit oder mobile medizinische Betreuung ihre Klientel nur an diesen zentralen Plätzen.

Polizei und Bundesgrenzschutz versuchen dieser Tatsache Rechnung zu tragen, indem sie vor allem Obdachlose nächtens an den Stadtrand deportieren und dort, - z.T. offensichtlich systematisch -, an verschiedenen Orten entlang des Stadtrandes ohne ÖPNV-Anbindung aussetzen. Diese sog. „Verbringung“ soll die Durchsetzung eines Platzverweises sicherstellen. Lange Zeit dementiert, ist die Praxis seit den Debatte im Abgeordnetenhaus offiziell. Trotz anders lautender Zusagen und Rechtslage hat sich - unseres Wissens - wenig an diesem Vorgehen geändert (Abgeordnetenhaus von Berlin 1996a; 1996b; Motz Nr. 8/96, 08.04.96: 10; taz, 20.10.97: 22).

(Un)Sichtbarkeit von Armut, (Zwangs)mobilität

Die Anwendung von polizeilichen Instrumenten wie den genannten „gefährlichen Orten“ hat das Ziel, Armuterscheinungen in innerstädtischen Arealen unsichtbar zu machen. Solange sich bspw. Obdachlose so verhalten (können), daß sie nicht als solche auffallen, haben sie entsprechend größere Chancen, unbehelligt zu bleiben. Zu diesen Verhaltensweisen gehört z.B., nicht in Gruppen aufzutreten und vor allem, sich nirgends länger niederzulassen, sondern immer in Bewegung zu bleiben.

Falls die Betroffenen das nicht schon von sich aus tun, wird ihnen mit Maßnahmen wie der beschriebenen „Zwischenverbringung“ an den Stadtrand genau das „rastlose Umherziehen“ aufgezwungen, daß ihnen immer als Charakteristikum ihres „Lebenswandels“ unterstellt und vorgeworfen wird. Dies dokumentiert aus unserer Sicht nicht allein eine deutliche Wendung im Umgang mit öffentlichen innerstädtischen Räumen (darauf beschränkt sich im allgemeinen die Diskussion). Vielmehr verweist die Strategie, soziale Distanz durch räumliche Marginalisierung (oder im letzten Bsp. gar Peripheralisierung) zu vergrößern, auf den Versuch, einen neuen lokalen Konsens herzustellen, der wesentlich auf der Ausgrenzung jener beruht, die nicht Teil der angeblichen neuen Dienstleistungsmetropole und erst recht nicht Teil der neuen Hauptstadt sein sollen.

Bekämpfung von Armen statt Armut

Sie verweist auf eine Verschiebung im Verhältnis von Sozial- Stadtentwicklungs- und Sicherheitspolitik. Statt der Armut sollen nunmehr die Armen verschwinden. Ging man früher davon aus, daß eine gute Sozialpolitik der Polizei in Zukunft Arbeit erspart, hat sich etwa die Bedeutung des Wortes „Prävention“ in der öffentlichen Diskussion mittlerweile so weit polizeilich-repressiv verkehrt, daß soziale Konflikte durch eine verstärkte Polizeipräsenz und Vertreibungsmaßnahmen bekämpft werden sollen. Exemplarisch nachzuvollziehen ist das

etwa an der bundesrepublikanischen Rezeption des sog. „Zero Tolerance“-Konzeptes aus New York (vgl. Dreher/Feltes 1997).

Situative Kontrolle

Daß viele Vertreibungsprozesse wiederholt unterminiert werden, ist ein Hinweis darauf, daß Marginalisierte in den Innenstädten über mehr Beharrungsvermögen verfügen, als ihnen üblicherweise, auch von der Wissenschaft, zugestanden wird. Weder lassen sich unerwünschte Personen umstandslos aus öffentlichen Räumen verdrängen, noch konnte sich der Mythos der 'sauberen' Dienstleistungsmetropole über das gesamte innerstädtische Gebiet verbreiten. Daß dem nicht so ist, dazu trägt allein die physische Präsenz marginalisierter Gruppen in diesen Räumen bei. Allerdings sollte man vorsichtig sein, die vorher erwähnten, hohen Vertreibungszahlen als 'Versagen' einer rigiden Politik gegen arme Fremde und fremde Arme zu interpretieren. Wir halten das eher für einen Hinweis auf einen veränderten Modus der Regulation sozialer Konflikte.

Sei es aufgrund diversifizierter Lebensrealitäten, aufgrund von gewachsenen Widerstandspotentialen oder der zu hohen Kosten: Der auf universalistische Konzeptionen bezogene, eher homogen-normalisierende Kontrollmodus ist Modifikationen unterworfen, die seinem geringen Grad an Flexibilität und den damit verbundenen Reibungsverlusten Rechnung tragen sollen (Lindenberg/Schmidt-Semisch; Mümken).

Das Argument eines kleinteiligeren, segmentierten Kontrollregimes soll dabei nicht der pauschalen These vom „Rückzug des Staates“ das Wort reden, als vielmehr auf einen veränderten Modus der Regulation verweisen. Loïc Wacquant etwa hat der These vom „Verschwinden des Staates“ vehement widersprochen und selbst am „Vorzeigebispiel USA“ zeigen können, daß es im Gegenteil zu einer kaum vorstellbaren Ausweitung des staatlichen Kontroll- und Bestrafungssystems in den Vereinigten Staaten gekommen ist, wenngleich unter massiver Beteiligung der Privatwirtschaft (Wacquant 1997, 1998).

Lindenberg/Schmidt-Semisch argumentieren für die Bundesrepublik, daß ein gewisser staatlicher Sanktionsverzicht in bestimmten Bereichen nicht als Zeichen für Herrschaftsverlust, sondern als Mittel gegen denselben interpretiert werden kann. Das bedeutet also keinesfalls eine zwangsläufige Zunahme individueller Freiheiten oder größerer Freiräume - insbesondere für die nicht, die ohnehin schon am Rand stehen.

Die Tatsache, daß die bisherigen Kontrollformen sich als zu teuer, zu schwerfällig oder ineffektiv erwiesen haben, führt dazu, daß seit Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre versucht wird, mit einer segmentierten Form von Kontrolle zu arbeiten. Diese bezieht sich stärker auf spezifische Raum-Zeit-Konstellationen. Das heißt, (sicherheitspolitische) Interventionen werden auf jeweils definierte Territorien für je zu bestimmende Situationen fokussiert. So wie in bestimmten Räumen dazu kompatible Verhaltensweisen erwartet werden, so werden umgekehrt bestimmte Verhaltensweisen an jeweils dafür vorgesehene Räume verwiesen (Mümken 1997). „Der Einzelne wird erst in den Blick genommen, wenn er in diese Orte eintritt, und auch dann interessiert sein Verhalten nur in dem jeweils definierten Raum in der begrenzten Zeit seines Aufenthalts“ (Lindenberg/Schmidt-Semisch 1995: 10). Es bedarf keines universalistischen Konzeptes, wenn sich bestimmte Verhaltensweisen auf bestimmte Orte beschränken lassen. Die Sicherheitsargumentation verweist auf den Raum selbst und weniger auf ein generalisiertes Programm, daß den Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen darstellen könnte (Beste 1996).³

³ Auf die Frage, wie spezifische Orte mit Normen und Identitäten in einem komplexen konfliktorischen Aushandlungsprozeß verknüpft werden, können wir hier leider nicht eingehen. Vgl. dazu Sambale/Veith (1998), Veith/Sambale (1997a; 1997b).

Dieser Kontrollmodus - und hiermit kommen wir zum Schluß - hat sich sicherlich nicht in Reinform durchgesetzt. Vielmehr halten wir gerade das Nebeneinander, Gegeneinander und Ineinandergreifen heterogener Elemente für kennzeichnend. Nichtsdestotrotz ist unseres Erachtens die Tendenz unübersehbar, daß

1. nicht nur ein neuer lokaler Konsens über den Prozeß urbaner Restrukturierung hergestellt werden soll, sondern
2. auch ein Konsens darüber, mit welcher Methode er umzusetzen ist. Er baut wesentlich auf dem Dispositiv „Sicherheit“ auf und schlägt sich in der Regulation eskalierender Konflikte durch sozialräumlichen Aus(und Ein-)schluß nieder.
3. zeigt sich schließlich einschränkend, daß selbst unter den lokalen AkteurInnen dieser Konsens häufig umstritten ist und - nicht zuletzt - durch das alltägliche Handeln der Betroffenen in Frage gestellt wird. Das widerspricht indes nicht der Tendenz, zeigt gleichwohl die Umkämpftheit und in diesem Sinne Offenheit des Prozesses.

Literatur

Abgeordnetenhaus von Berlin 1996a: Wortprotokoll der 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales vom 03.06.1996. Besprechung über die Vertreibung Obdachloser von Bahnhöfen auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abgeordnetenhaus von Berlin 1996b: Sozialausschußsitzung vom 23.9.96 u. a. zur 'Zwischenverbringung' von Obdachlosen an den Stadtrand.

Abgeordnetenhaus von Berlin 1997a: Kleine Anfrage Nr. 13/2161 der Abgeordneten Marion Seelig (PDS) über gefährliche Orte in Berlin und Antwort des Innensenators.

Beste, Hubert 1996a: Kontrollpolitik zwischen Privatisierung und staatlicher Herrschaftssicherung. In: Bussmann, Kai; Kreissl, Reinhard (Hg.) 1996: Kritische Kriminologie in der Diskussion. Theorien, Analysen, Positionen. Opladen: Westdeutscher Verlag. 311-332.

Eick, Volker 1995: Die „Operative Gruppe City-West“ - Polizeiarbeit auf Zuruf des Einzelhandels, in: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 51 (2/95), Berlin, S.30-35

Ders. 1998a: Neue Sicherheitsstrukturen im „neuen“ Berlin. „Warehousing“ öffentlichen Raums und staatlicher Gewalt, in: ProKla, Nr. 110, S.95-118

Ders. 1998b: Die Verknüpfung von Portemonnaie und Gesichtskontrolle - Bundesgrenzschutz und Bahn AG zwischen Strecken- und Sicherheitsnetz, in: MieterEcho (Nr. 269), S.6-7

Ders. 1999: „Sagen Sie doch B.O.S.S. zu mir.“ Private Sicherheitsdienste zwischen Konsum und Quartier, im Erscheinen

Dreher, Gunther; Feltes, Thomas (Hg.) 1997: Das Modell New York - Kriminalitätsprävention durch 'Zero-Tolerance'. Holzkirchen.

Hoffmann-Axthelm, Dieter; Albers, Bernd 1996: 'Die bildlose Mitte muß neu aufgefüttert werden'. In: tageszeitung; Scheinschlag (Hg.) 1996: stadt.plan.mitte. Gemeinsame Beilage von scheinschlag und taz zur Diskussion über das Berliner 'Planwerk Innenstadt'. S. 6.

Lindenberg, Michael; Schmidt-Semisch, Henning 1995: Sanktionsverzicht statt Herrschaftsverlust: Vom Übergang in die Kontrollgesellschaft. In: Kriminologisches Journal 1. S. 2-17.

Mümken, Jürgen 1997: Die Ordnung des Raumes. Die Foucaultsche Machtanalyse und die Transformation des Raumes in der Moderne. Pflungstadt und Bensheim: Edition Ergon.

Sambale, Jens; Veith, Dominik 1998: Der Raum als Beute. Sozialräumliche Konflikte in Berlin. In: Berliner Blätter. Ethnographische und Ethnologische Beiträge, Nr. 17, Juni 1998. S. 35-50.

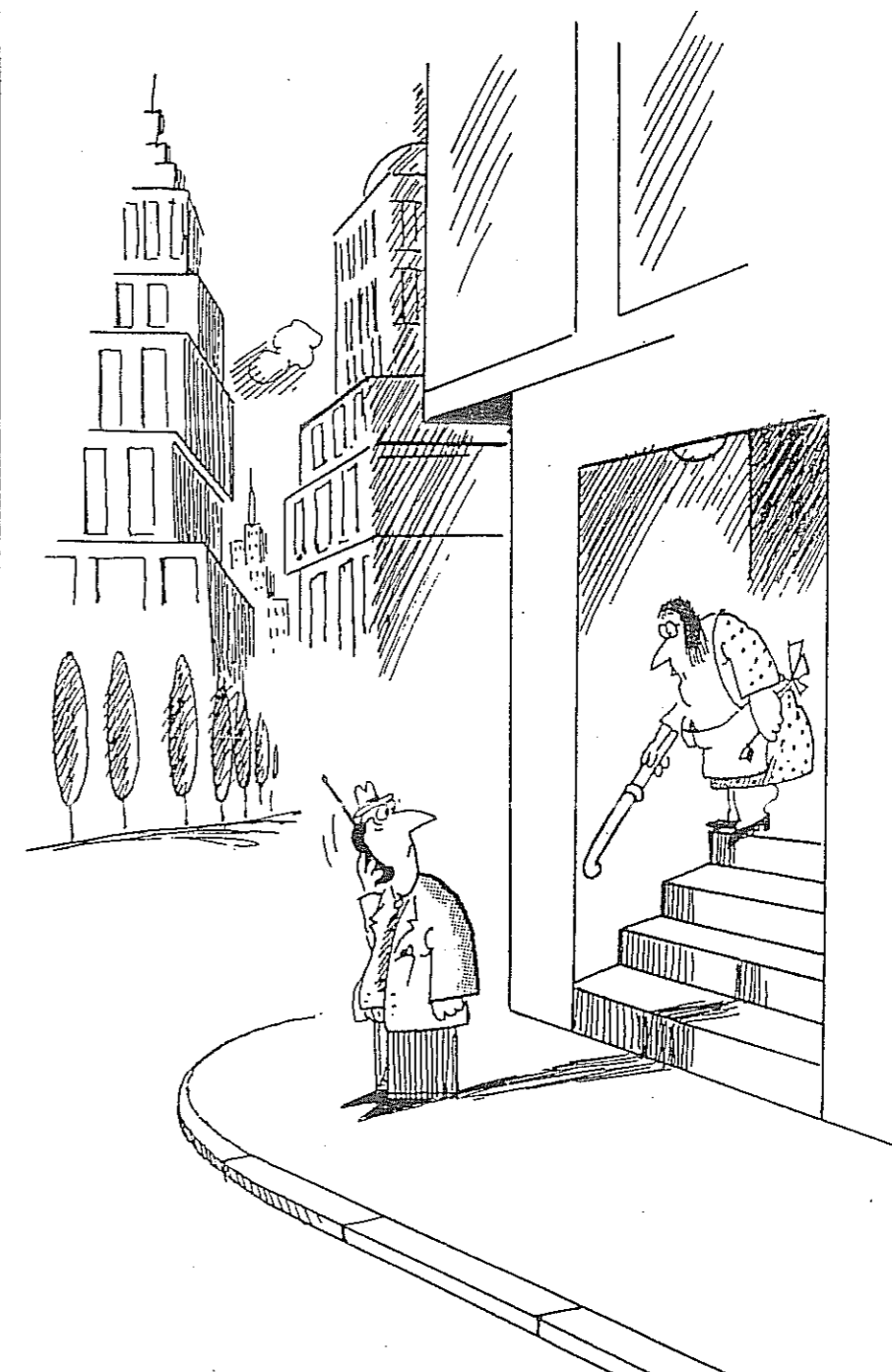
Veith, Dominik; Sambale, Jens 1997a: Mythos öffentlicher Raum - oder: Warum der Kampf

um die Innenstadt wichtig ist. In: Arranca! 12 (Juni), Berlin.

Dies. 1997b: Armut und öffentlicher Raum. Innen!Stadt!Aktion! gegen Privatisierung, Sicherheitswahn und Ausgrenzung. In: Jahrbuch des Komitee für Grundrechte und Demokratie 1996/97.

Wacquant, Loïc J. D. 1997: Vom wohlthätigen zum strafenden Staat: Über den politischen Umgang mit dem Elend in Amerika. In: Leviathan 1/97. S. 50-66.

Wacquant, Loïc J. D. 1998: In den USA wird die Armut bekämpft, indem man sie kriminalisiert. Niedergang des Sozialstaates, Aufrüstung des Strafstaates. In: Le Monde Diplomatique, Juli 1998. S. 8-9.



„Sie werden am Telefon verlangt!“

Frans de Boer

Stephan Lanz / Klaus Ronneberger Auf dem Weg zur neofeudalen Stadt?

Die soziale Realität in den Metropolen hat sich seit den achtziger Jahren grundlegend geändert. Der Durchbruch des Neoliberalismus und die Unterminierung des sozialstaatlichen Klassenkompromisses führen zu einer Neukonstitution gesellschaftlicher Territorialverhältnisse. Die Spaltung der städtischen Gesellschaft wird primär nicht mehr aus der Perspektive sozialer Gerechtigkeit, sondern vor allem als Problem der Standortimagepflege und der öffentlichen Sicherheit und Ordnung thematisiert. Dabei lassen sich zwei Varianten erkennen: Zum einen soll durch eine Politik der räumlichen Streuung von sogenannten Problemgruppen im Namen einer ausgewogenen Bevölkerungsstruktur die Kontrolle über diese Gruppen intensiviert werden. Zum anderen wird die sichtbare Anwesenheit marginaler Gruppen auf Plätzen und Straßen zunehmend als Bedrohung der inneren Sicherheit wahrgenommen.

Ghetto-Diskurs und die Politik der räumlichen Streuung

Betrachtet man die normativen Vorgaben der Stadtplanung und des Wohnhilfesystems, so scheint die ‚sozial durchmischte Stadt‘ ein bundesdeutsches Ideal darzustellen. In verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen¹ finden sich Vorgaben zur Herstellung ‚ausgewogener‘ Bewohnerstrukturen in Stadtteilen. Allerdings bleibt es im Ermessen der jeweiligen Akteure, wie sie die angestrebte soziale Durchmischung von Wohnquartieren konkret definieren und umzusetzen gedenken.

Tatsächlich legen die einschlägigen Institutionen das Ideal der Ausgewogenheit sehr selektiv aus. So erregen die Territorialstrategien einkommensstärkerer Haushalte, das Wohnumfeld sozial möglichst homogen zu halten und räumliche Distanz zu den unteren Klassen zu wahren, selten Anstoß. Dagegen sind die zuständigen Behörden und Instanzen bemüht, eine räumliche Konzentration von Migranten und Beziehern von Sozialtransfers durch die Festlegung von Belegungsquoten im sozial gebundenen Wohnungsbestand zu vermeiden. Solche kommunale Vergaberichtlinien stehen in der Tradition des deutschen Sozialwohnungsbaus, der für die „breiten Schichten des deutschen Volkes“ und nicht für die Ärmsten der Gesellschaft ausgerichtet war. Für den gegenwärtigen Alltag in den Städten bedeutet diese Vergabepraxis aber, daß man die Konzentration der im Sozialwohnungsbestand unerwünschten Gruppen in heruntergekommenen Altbauquartieren oder Notunterkünften billigend in Kauf nimmt.

Vor dem Hintergrund zunehmender sozialräumlicher Polarisierungstendenzen hat die Debatte zum Erhalt bzw. der Wiederherstellung von gewünschten sozialen Mischungsverhältnissen seit Anfang der 90er Jahre wieder Hochkonjunktur. Parallel dazu läßt sich eine Schwerpunktverschiebung der Segregationsforschung beobachten: Während bis dahin Analysen zur Gen-

¹ Beispielsweise im Wohnungsbaugesetz, im Wohnungsbindungsgesetz oder in den Landesverordnungen zur Wahrnehmung öffentlicher Belegungsrechte.

trification innerstädtischer Quartiere dominierten, gewinnt gegenwärtig die Frage nach der Herausbildung einer Urban Underclass zunehmend an Bedeutung.

Für viele deutsche Großstädte liegen inzwischen detaillierte Dokumentationen über die lokalen sozialräumlichen Entwicklungen vor. So belegt etwa für Frankfurt eine Sozialstudie, daß in der Main-Metropole keine *großräumige* Segregation festzustellen ist. Danach ändern sich die wesentlichen Muster sozialräumlicher Ungleichheit nur langsam, die rasche Verdichtung sozialer Probleme in ganzen Stadtbezirken blieb bisher die Ausnahme und Stadtbezirke mit hoher sozialer Belastung sind noch in vieler Hinsicht inhomogen (Bartelheimer 1997, S. 320.). Eine Untersuchung der Wohnorte Nichtdeutscher zeigt, daß sich die Segregation der verschiedenen Nationalitäten Frankfurts in den letzten zehn Jahren nicht erhöht hat (Hennig u.a. 1997).

Für Berlin stellt die kürzlich erschienene Studie „Sozialorientierte Stadtentwicklung“ fest, daß in einigen innerstädtischen Quartieren v.a. durch sozial selektive Wanderungsprozesse eine „kumulative Verschärfung sozialräumlicher Marginalisierung stattfindet“ (Häußermann/Kaplan 1998, Zusammenfassung S.7). In ihren Handlungsempfehlungen weisen die Autoren ausdrücklich darauf hin, daß es nicht um räumliche Umverteilung zur Herstellung einer anderen sozialen Mischung gehen könne, sondern um die Entwicklung von Strategien einer urbanen Integration. Dazu gehöre auch der zusätzliche Erwerb von Belegungsbindungen für Wohnungen. Wie das Beispiel Frankfurt zeigt, werden solche Vorschläge jedoch von den zuständigen Institutionen regelmäßig mit Hinweis auf das Ziel der sozialen Mischung abgewehrt: Eine stärkere Nutzung des öffentlich gebundenen Wohnungsbestandes zur Versorgung von Sozialhilfebeziehern und behördlich untergebrachten Personen ghettoisiere die Hilfebezieher und lasse die Bestände der Wohnungsunternehmen „umkippen“. So kommt denn auch der Frankfurter Sozialbericht zu dem Ergebnis, daß die Entwicklung sozialer Ungleichheit durch die „Mechanismen des Wohnungsmarkts *verstärkt* wird, während die wohnungspolitisch Verantwortlichen ihre Hauptaufgabe darin sehen, die ungleichen sozialen Gruppen im städtischen Raum zu *verteilen*“ (Bartelheimer 1998, S.6).

Während in Städten wie Berlin, Hamburg und Frankfurt zwar deutliche sozialräumliche Polarisierungstendenzen nachweisbar sind, zeigen die entsprechenden Studien auch, daß in der Bundesrepublik bislang von einer großräumigen und manifesten Ghettoisierung nicht gesprochen werden kann. Dennoch gewinnt seit einiger Zeit in der Politik und den Medien ein Ghetto-Diskurs an Bedeutung, der mit Hilfe einer drastischen Bildermelange vor einer ‚Verslumung‘ der deutschen Metropolen warnt. In aller Regel erfolgt dabei eine diskursive Verschränkung von Verwahrlosung, Drogensucht, Kriminalität, hohem Ausländeranteil und Armut mit bestimmten städtischen Teilräumen.

Die massenmedial produzierte Etikettierung von Quartieren als „Ausländerghettos“ bildet zugleich die Grundlage für eine restriktivere lokalpolitische Interventionsstrategie. So wollte etwa 1994 – im Vorfeld der anstehenden Bürgerschaftswahlen – der damalige Hamburger

Bürgermeister Voscherau der Entstehung von "Ausländerghettos" entgegenwirken, indem er gefährdete Stadtteile vor einem "ungesteuerten Zuzug von Ausländern" bewahrt. Denn sei es erst einmal zu einer dauerhaften Ghettoisierung gekommen, so Voscherau, dann werde "die Großstadt ihre wirtschaftliche Potenz verlieren und nicht mehr regierbar sein." (Voscherau 1994). Verslumung' meint in der Sprache solcher Bilder, daß sich ein ,sozialer Konfliktstoff' ansammelt, der sich irgendwann ,entlädt' und unregierbare Verhältnisse produziert. Am Beispiel von Berlin zeigt sich, daß aktuell zwei Pole den politischen Ghetto-Diskurs strukturieren. Auf der einen politischen Seite wird die schrittweise Auflösung angeblich bestehender "Ausländer-Ghettos" als Bedingung für die Integration von Migranten gefordert. Auf der anderen Seite entwickelt man diversifizierte Strategien zur "Rettung" innerstädtischer Quartiere: Dafür soll sogenannten 'Stadtbürgern' ein "lukratives Angebot für Wohneigentum" gemacht werden, um sie in den entsprechenden Quartieren zu halten (Strieder 1998). Zugleich strebt man die Beseitigung der "Verwahrlosung des öffentlichen Raumes" an, denn "Vandalismus und Kriminalität" ..(bedrohen), so Stadtentwicklungssenator Strieder ... "in den Augen vieler Menschen den Lebensort Stadt" (Strieder 1997, S.5).

Auch hier werden also die sozialen Probleme der städtischen Gesellschaft vor allem als Problem der inneren Sicherheit thematisiert. Legitimiert durch das Ziel der Wiederherstellung der sozialen Mischung treten finanzielle Angebote an sogenannte eigentumsfähige Bevölkerungsschichten an die Stelle von Sozialpolitik. Die sozialpolitischen Reste eines geplanten Quartiersmanagements, das mit keinerlei eigenen Finanzmitteln ausgestattet wird, fungieren aus dieser Perspektive als Bestandteil einer Präventionsstrategie, bei der Integration primär der ,Sicherung des sozialen Friedens' dient.

Das sozialtechnokratische Programm von der sozialen und ethnischen Durchmischung läßt sich kaum mit dem Ziel einer sozialen Stadt vereinbaren. Es handelt sich vielmehr um eine konzeptive Ideologie, die sich an einer als homogen imaginierten deutschstämmigen 'Mittelschicht' orientiert. Die Vorstellung, eine Politik der räumlichen Streuung ermögliche eine bessere Integration von Migranten, beziehungsweise trage zur Konfliktvermeidung bei, gehört somit selbst einem Diskurs an, der die Immigration aus der Perspektive sozialer Kontrolle behandelt und rassistische Kategorisierungen stützt. Auch die Beschworung von der drohenden "Amerikanisierung" deutscher Städte - wie sie gegenwärtig aus den Reihen der sozialwissenschaftlichen Disziplinen prognostiziert wird - mobilisiert weniger sozialpolitische Reformbestrebungen, sondern stärkt die dominierende Rhetorik der "gefährlichen Orte"². Diese wird häufig von der Kommunalpolitik und den Medien zur Kennzeichnung sogenannter so-

² So stellt etwa die bereits erwähnte Berliner Studie 'Sozialorientierte Stadtentwicklung' sogenannte 'problembehaftete Gebiete' mit Bildern vor, die jenen aus den Medien zum Verwechseln ähnlich sind. Teile des Stadtteiles Nordkölln charakterisiert das Gutachten etwa mit Merkmalen wie „Verwahrlosung des öffentlichen Raumes, Kinder von Jugendlichen und Kampfhunden bedroht, Familienclans und Jugendbanden liefern sich Auseinandersetzungen. (...) hohes Gewaltpotential“ (Häußermann/ Kapphan 1998 : 29).

zialer Brennpunkte oder Ghettos ins Spiel gebracht, um damit eine repressivere Ordnungspolitik zu begründen und durchzusetzen.

Exemplarische Verdrängungs- und Vertreibungsstrategien

Die vorherrschende Politik der räumlichen Zerstreuung sogenannter Problemgruppen in den bestimmten Stadtbezirken oder Wohnanlagen stellt nur eine Variante der gegenwärtigen urbanen Kontrollszenarien dar. Mit der Ausrichtung der Kernstädte zu Konsum- und Erlebnislandschaften intensiviert sich zugleich die ordnungspolitische Administration des öffentlichen Raums, die sich vor allem gegen die sichtbare Anwesenheit von marginalen Gruppen an zentralen Orten und Plätzen richtet. Die entscheidende Rolle, die dabei Allianzen aus Geschäftsleuten, Sicherheitsdiensten und Behörden spielen, zeigten Dominik Veith und Volker Eick im vorangegangenen Vortrag am Beispiel Berlins.

Exemplarisch für Verdrängungsstrategien der lokalen Behörden sind etwa Überlegungen aus dem Umfeld der Hamburger Stadtregierung. In dem Senatsdrucksachenentwurf "Maßnahmen gegen die Unwirtlichkeit der Stadt" geht es erklärmaßen um die Beseitigung der sichtbaren Erscheinungsformen von städtischer Armut, die Verhinderung von "Konzentration und Verfestigung" sogenannter Randgruppen sowie das "Sauberhalten repräsentativer Räume und Visitenkarten der Stadt" (Wrocklage-Papier).

Im Land Niedersachsen wiederum ist 1996 erstmals in einem deutschen Polizeigesetz ein präventives "Aufenthaltsverbot" legalisiert worden. Die Polizei kann nun ohne gerichtliche Anordnung ganze Städte oder Stadtteile gegen unliebsame Individuen oder Gruppen abschotten, die möglicherweise eine Straftat begehen könnten (Gössner 1998). Auch in Bremen sprechen die Behörden auf der Grundlage des Polizeigesetzes gegen vermutete Dealer und Drogenkonsumenten Betretungsverbote für bestimmte Quartiere aus. Bei Mißachtung können die Betroffenen inhaftiert und am Stadtrand ausgesetzt werden. Durch die Sanktionierung von Verstößen können sich die Aufenthaltsverbote für den Betroffenen zu mehrjährigen ,Verbannungen' anhäufen (Lesting 1997).

Als neuer Akteur in der sicherheitspolitischen Landschaft der Städte spielt die Bahn AG eine zunehmend wichtiger werdende Rolle. Diesem nun privaten Kapitalunternehmen gehören in allen Städten der Bundesrepublik enorme Flächen in überwiegend zentralen Lagen, die man möglichst profitabel vermarkten will. Zugleich werden die Verkehrsstationen zu Shopping Malls und Dienstleistungszentren umgebaut. Um ihr vorgebliches Schmutzimage als Transportmittel für ärmere Bevölkerungsschichten loszuwerden, ist die Bahn seit ihrer Privatisierung bestrebt, auch das soziale Umfeld der Bahnhöfe selektiv aufzuwerten. Komplementiert wird diese Aufwertungsstrategie durch das sogenannte "3-S-Konzept - Service, Sicherheit, Sauberkeit.", das in gewisser Weise - terminologisch wie verhaltenspraktisch - versucht, das Disney-Modell zu kopieren. Entgegen der Behauptung der Bahn AG, die Bahnhöfe zu "urbanen Marktplätzen und Kommunikationsorten" gestalten zu wollen, geht es damit im

Kern um die Durchsetzung von Normen, die eher für Vororte oder Kleinstädte typisch sind: konforme Verhaltensstandards, hohe soziale Kontrolle und vor allem keine Unordnung. Dafür spricht vor allem das starke Hervorheben von Sauberkeit und Hygiene als zentralem Bestandteil der neuen "Bahn-Kultur".

Gleichzeitig wird die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen im Bahnhofsbereich mit den Kommunen und Ländern intensiviert. So beschloß beispielsweise im Herbst 1997 das NRW-Innenministerium, das Kontrollniveau auf Bahnhöfen zu intensivieren. NRW-Landespolizei, Bundesgrenzschutz, Deutsche Bahn AG, Verkehrsverbände, Großstädte und Präventionsräte vereinbarten eine verstärkte Zusammenarbeit, die vor allem Synergieeffekte erhöhen soll. Insbesondere der BGS, dem seit Anfang der neunziger Jahre auch bahnpolizeiliche Aufgaben unterstehen, spielt bei der sozialen Kontrolle der Bahnhöfe und ausgewiesener Quartiere eine herausragende Rolle. Der kürzlich vom Bundesinnenminister eingebrachte Vorschlag, die bereits bestehenden Präventionsmodelle in Anlehnung an das amerikanische "Community-Policing-Konzept in allen deutschen Großstädten mit Hilfe des BGS neu zu organisieren, zielt vor allem auf das Aufspüren und Deportieren von Illegalisierten, die im polizeilichen und medialen Diskurs in der Regel als Kriminelle stigmatisiert werden.

Generell kann man in Deutschland von einer Renaissance der öffentlichen Ordnung sprechen. Aussagen wie "Man muß die Ängste der Bürger ernst nehmen" signalisieren, daß nicht mehr konkrete Straftaten, sondern subjektive Befindlichkeiten zum Gegenstand der inneren Sicherheit werden. Unter direkter Bezugnahme auf die New Yorker "Null-Toleranz"-Strategie kamen Anfang 1998 die Innenminister dahin, die öffentliche Ordnung als ein besonders "schützenswertes Gut" zu behandeln. "Im Rahmen des partnerschaftlichen Zusammenwirkens ist durch alle Beteiligten darauf zu achten, daß alltägliche stark belästigende Verhaltensweisen – wie z.B. aggressives Betteln, Lärmen, Verunreinigung öffentlichen Verkehrsraumes u.a. – differenziert und angemessen unterbunden sowie konsequent verfolgt werden. Das Überhandnehmen solcher Verhaltensweisen würde die subjektive Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Sicherheit des Alltagslebens negativ prägen. Dem ist durch eine niedrigere Eingriffsschwelle entgegenzuwirken." (Dokumentation in *Die Polizei* 1998: 110f, zit. nach Behrendes 1998: 42).

Im Gegensatz zur öffentlichen Sicherheit umfaßt der Rechtsbegriff der öffentlichen Ordnung nach einer noch heute häufig zitierten Definition des Preußischen Oberverwaltungsgerichts vom 9.11.1933 "die Gesamtheit jener ungeschriebenen Regeln für das Verhalten des einzelnen in der Öffentlichkeit, deren Beachtung nach den jeweils herrschenden Anschauungen als unerläßliche Voraussetzung eines geordneten staatsbürgerlichen Gemeinschaftslebens betrachtet wird." (zit. nach ebd.: 43)

Damit rücken Themenfelder wie etwa Unsauberkeit auf Straßen und Plätzen oder Betteln, die bisher von keiner strafrechtlichen Relevanz waren, in den Vordergrund. In diesem präventiven Konzept von öffentlicher Sicherheit findet eine Vermischung von sozialpolitischen, ord-

nungspolitischen und polizeilich-strafrechtlichen Bereichen statt, die vor allem auf eine Intensivierung der sozialen Kontrolle abzielen. In den letzten Jahren ist es zu einer Expansion von substrafrechtlichen Partikularnormen gekommen, die auf eine Art von Lokal-Justiz hinauslaufen und zugleich für die wachsende Rekommunalisierung der staatlichen Ordnungspolitik stehen. Durch Straßensatzungen oder ordnungsamtliche Erlasse "zum Schutze der öffentlichen Ordnung" sollen all diejenigen soziale Aktivitäten verdrängt werden, die dem Klischee von der "sauberen und sicheren Stadt" widersprechen.

So wird u.a. die im Jahre 1974 vollzogene Entkriminalisierung von "Bettelei" und "Landstreichertum" faktisch unterlaufen. Manche lokale Ordnungsämter untersagen mit generellen Bettelverboten bereits das sogenannte passive Betteln - also das Aufstellen eines Hutes oder das Ausstrecken der Hand. Symptomatisch für dieses Praxis ist etwa die Stadt Stuttgart, die gegen das sogenannte stille Betteln mit Bußgeldbescheiden vorgeht. Nach der Vorstellung der Stadtverwaltung handelt es sich bei diesem Vorgang um ein Verhalten, "das zur Anbahnung und Abwicklung von Geschäften erfolgt", dessen Ziel darin bestehe, "andere Verkehrsteilnehmer zu Schenkungen zu veranlassen" d.h. von einer Gewinnerzielungsabsicht geprägt sei. Darüber hinaus würde in der Öffentlichkeit auch der Eindruck entstehen, daß die Kommune nicht im ausreichenden Maße für Mittellose Sorge und damit Zweifel an der Wirksamkeit des Sozialstaates aufkommen könnten (Hammel 1998).

Aus der Sicht der Behörden und der sogenannten Normalbevölkerung formieren sich Obdachlose, Dealer, Drogenkonsumenten oder junge Migranten zu "unerwünschten" bzw. "gefährlichen Gruppen". Bevorzugtes Thema des Sicherheitsdiskurses ist vor allem der sogenannte "Ausländer" nicht als Angehöriger fremder Kulturen, sondern als Krimineller und Drogendealer. Bezogen auf den lokalen Raum findet hier jene nationale Politik ihre Umsetzung, die "innere Sicherheit" mit "Massen- und Ausländerkriminalität" koppelt, wobei diese Kampagnen ihre suggestive Kraft vor allem aus den Diskursen und Bildern der Stadt beziehen, in denen die gängigen Bedrohungsszenarien entworfen werden. Wesentlicher Bestandteil des Sicherheitsdiskurses sind Strategien, mittels derer Individuen "ethnisiert" und dann als Fremde ausgegrenzt werden können. Das Pendant zur Konstruktion "des Anderen" ist die komplementär stattfindende Konstitution des nationalen Opferkollektivs in Gestalt des bedrohten Landes oder Volkes.

Die aktuellen Formen der Ausschließung weisen gewisse Parallelen zum 19. Jahrhundert auf. Mit der Durchsetzung der industriellen Produktion erfuhr auch das urbane System einen tiefgreifenden Wandel. Insbesondere das Anwachsen eines städtischen Proletariats und die Zunahme pauperisierter Massen veränderten das Gesicht der Städte. Die Mehrheit des Bürgertums nahm die Formen der Armut jedoch nicht als soziales Problem, sondern vor allem als sittlich-moralische Verfehlung der Armen wahr. Es entstand das Bild der verwahrlosten und halbkriminellen Außenseiter, gegen die sowohl die gesetzten Bürger ihre rigiden Leistungs-

und Normalitätsnormen mobilisierten, als auch die integrationswillige Arbeiterschaft ihre Abgrenzung nach unten demonstrierte.

Nachdem der Typus der "gefährlichen Klassen" im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts zugunsten sozialstaatlicher Normalisierungsstrategien zurückgedrängt wurde, erfährt er gegenwärtig eine erneute Aufwertung. Das Ende des wohlfahrtsstaatlichen Kompromisses verstärkt Bestrebungen, die Krise mit ordnungspolitischen Mitteln zu bearbeiten. Die sozialen Polarisierungsprozesse werden zunehmend nicht mehr aus der Perspektive sozialer Gerechtigkeit, sondern als Problem der öffentlichen Sicherheit und Ordnung thematisiert. Zu den bevorzugten Objekten der Diskriminierungskampagne zählen neben Flüchtlingen und Migranten jene soziale Klassen, die aus dem vorherrschenden Produktivitäts- und Leistungsmodell herausfallen.

Muß man die Ängste der Bürger ernst nehmen?

Wie ist die Angst zu erklären, die sich in der Projektion von den "gefährlichen Gruppen" manifestiert?

In der Öffentlichkeit, aber auch teilweise in den wissenschaftlichen Disziplinen, wird insistiert, daß sich – unabhängig von objektiv bestehenden Risiken und Bedrohungen – in den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung Befürchtungen und Ängste ausdrücken, die man ernst nehmen müsse und nicht einfach als scheinhaft oder unreal abtun dürfe. Nun läßt sich zunächst mit Althusser sagen, daß das "gelebte" Verhältnis der Menschen zur Welt über die Ideologie geht, sprich das imaginäre Verhältnis der Individuen zu ihren realen Existenzbedingungen repräsentiert und nicht einfach "falsches Bewußtsein". Die Individuen leben "ihre" Ideologie und insofern repräsentiert diese – wenn auch in verzerrter Form – die Lebenswelten der Subjekte. Dies kann jedoch nicht bedeuten, daß man die vorgefundenen ideologischen Formen affirmiert oder essentialisiert. Aus einer kritischen Perspektive muß es vielmehr darum gehen, den Herstellungsprozeß von Wahrnehmungs- und Handlungsweisen offen zu legen und nach möglichen Macht- und Herrschaftseffekten zu befragen.

Es ist auch nicht zulässig, die artikulierten Sicherheitsbedürfnisse als natürlich vorgegebene Größen zu verhandeln. Bedürfnisse müssen – um überhaupt existieren zu können – sprachlich artikuliert werden und sind somit auch den Veränderungen der Symbolordnung ausgesetzt. Sie erhalten ihre konkrete Gestalt durch die Definierung und Instituierung von seiten der Kultur bzw. der Gesellschaft. Bedürfnisse sind sozial konstruiert, werden in symbolischen Prozessen hervorgebracht und bleiben prinzipiell unabgeschlossen.

Verschiedene Studien haben in den letzten Jahren darauf hingewiesen, daß die Verunsicherung der Bevölkerung – bezogen auf die allgemeine Kriminalitätsentwicklung in der Gesellschaft – in den neunziger Jahren angewachsen ist, während sich das persönliche Bedrohungsgefühl auf einem konstanten Level bewegt. *"In dem Anstieg der wahrgenommen allgemeinen*

Bedrohung", so das Resümee einer Untersuchung, *"schlägt sich nieder, was durch Medien und die Politiker in den letzten Jahren vermehrt thematisiert wurde. Die Furcht ist von außen induziert und nicht primär durch eigene Erfahrungen im Verwandten- und Bekanntenkreis. Schließlich ist der beobachtete Anstieg in der abstrakten Kriminalitätsfurcht wohl auch eine Folge einer Projektion allgemeiner tieferliegender Ängste auf die Kriminalitätsthematik."* (Reuband 1994, S.219)

Daß Fürchte und Ängste ein "Politikum" – so Innenminister Kanther – sind, und keine nicht zu hinterfragende Größen darstellen, belegt der Konflikt um die Atomenergie in den siebziger und achtziger Jahren. Damals bewegte sich der offiziöse Diskurs gerade umgekehrt: Man müsse der Angstpanik und Sicherheitshysterie mit sachlichen und rationalen Argumenten entgegentreten und klar machen, daß man in einer Risiko-Gesellschaft lebe. Solche Vorgaben wird man in der aktuellen Debatte um die "Innere Sicherheit" nicht vorfinden. Aus naheliegenden Gründen: Die Sicherheitskampagnen der Politik und der einschlägigen Institutionen erweisen sich als ideales Feld, auf dem der Staat und die Parteien symbolisch "Handlungsfähigkeit" demonstrieren können, die in anderen Politikfeldern nicht mehr möglich erscheint. Das strategische Moment solcher Moralisierung- und Bedrohungsszenarien besteht darin, Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit zu definieren, Einschränkungen des bürgerlichen Gleichheitspostulats zu legitimieren, Grenzen des Anspruchs auf Anerkennung von sozialen Rechten zu bestimmen und den Zugang zu materiellen Ressourcen zu begrenzen. Die Moral- und Sicherheitsdiskurse zielen jedoch nicht auf die Exklusion der "Unproduktiven" und "Unerwünschten", sondern fungieren auch als Teil einer Integrationsstrategie, die die Ausschließung auserwählter sozialer Gruppen voraussetzt, da ohne diese Grenzziehung keine Normalitätsstandards gebildet und durchgesetzt werden könnten.

Daß viele Menschen auf solche Kampagnen ansprechen, muß auch im Zusammenhang mit der Durchsetzung des Neoliberalismus gesehen werden, die zu einem wachsenden Widerspruch zwischen dem realen gesellschaftlichen Konfliktpotential und dem Rückgang sozialstaatlicher Formen der Problemlösung führt und damit Denormalisierungsschübe auslöst. Als Reaktion auf die nachhaltigen Wirkungen neoliberaler Deregulierungs- und Flexibilisierungsprogramme verstärken sich autoritär-populistische Strömungen, die als Gegenreaktion auf "harte" Grenzziehung und rigide Normativität setzen. An die Stelle von "Einschluß" und "soziale Gerechtigkeit" treten deshalb in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zunehmend "Exklusion" und "Bestrafung".

Neofeudales Stadtmodell und urbane Kontrollstrategien

Mit der Stigmatisierung auserwählter Gruppen soll nicht nur die fragmentierte Gesellschaft konsensual zusammengehalten, sondern auch der wachsende Abstand zwischen den verschiedenen Klassen und sozialen Milieus legitimiert und durchgesetzt werden. Bei der Herrschaft über den Raum handelt es sich mit Bourdieu zweifellos um eine der privilegiertesten Formen

der Machtausübung, da die Manipulation der räumlichen Verteilung von Gruppen sich als Instrument der Manipulation und Kontrolle der Gruppen selbst durchsetzen läßt (vgl. Bourdieu 1991).

Die Distinktionspolitik der postmodernen Lebensstile beinhaltet gegenwärtig nicht nur eine (horizontale) Abgrenzung unterschiedlicher Geschmacksmilieus, sondern wird mehr und mehr auch von "Verteilungskämpfen" und Vermeidungsstrategien überlagert, die auf eine Minimierung der Kontakte und räumliche Distanzierung zu den "unteren" Klassen hinauslaufen. Die Fähigkeit, den angeeigneten Raum zu dominieren – sowohl materiell wie symbolisch – ermöglicht es, unerwünschte Personen und Ereignisse auf Distanz zu halten und umgekehrt subalternen Gruppen stigmatisierte und entwertete Territorien zuzuweisen. So wird die wachsende Präsenz der Marginalisierten in den Zentren und bestimmten Wohnquartieren von den Eliten und der Mehrheitsgesellschaft als Kontrollverlust über die Stadt wahrgenommen. Aus deren Sicht geht es um die Wiedereroberung des öffentlichen Raums und um die Durchsetzung bestimmter Normalitätsstandards (vgl. Smith 1996). Die repressive Ausgrenzung von nicht normenkonform definierten Menschen läßt sich erfolgreich damit legitimieren, daß es dabei um die Rettung der räumlichen Kontrolle und die sozial-kulturelle Hegemonie der Gemeinschaft der "Wohlanständigen" – so die Bezeichnung in einer Werbebroschüre der Bahn AG – gehe.

Solche "Sicherheitsgemeinschaften", deren Ziel vor allem darin besteht, Risiken zu minimieren bzw. bestimmte Situationen und Territorien zu kontrollieren, spielen im Zeitalter des Neoliberalismus eine zunehmende wichtigere Rolle. Es handelt sich vorwiegend um "zivilgesellschaftliche Korporationen", die sich neben staatlich-administrativen Institutionen als private Organisationsweise des "Regierens" und des Herrschens etabliert haben. Der Begriff des Regierens meint hier im Sinne von Foucault das effektive Arrangement von "Dingen", die vor allem die Sicherheit fördern und risikoträchtige Verhaltensweisen vermeiden sollen. Als solche "Vertragsgemeinschaften" können etwa die Bahn AG und die Bahnkunden oder als privat bewachte und abgesicherte Wohnquartiere auch "gated communities" gelten, die es hierzulande allerdings noch nicht gibt. All diesen Vereinigungen ist gemeinsam, daß sie ihren Mitgliedern bzw. Nutzern bestimmte Verhaltensmuster und Pflichten abverlangen. Zunehmend bewegen sich die Individuen in einer feudalähnlichen Inselwelt der Kontrolle, bei der man von einer "Regierungstasche" zur nächsten gelangt (vgl. Shearing 1997). Jede dieser Taschen hat ihre eigenen Regeln, die die jeweiligen Zugangsweisen und den Kreis der Nutzungsberechtigten in diesen Räumen festlegen. Natürlich werden gerade arme Menschen den größten Teil ihrer Zeit außerhalb solcher Taschen verbringen (müssen).

Räumlich erfolgt die Durchsetzung dieses neofeudalen Stadtmodells – das in den USA bereits gänzlich den urbanen Alltag bestimmt – sowohl in den Zentren der Dienstleistungsökonomie und wichtigen Infrastruktureinrichtungen wie Flughäfen oder Bahnhöfen als auch in bestimmten Wohnvierteln und Konsumzonen. Schematisch betrachtet zeichnen sich in den Me-

tropolen vier unterschiedliche Kontrollszenarien ab: **Erstens** geht es um die präventive Abschirmung exklusiver Archipele wie Bürotürme oder Malls von der "feindlichen" Außenwelt. Durch entsprechende Absicherungen und Wachmannschaften können bereits im Vorfeld unerwünschte Gruppen und Ereignisse ferngehalten werden. Innerhalb des privat organisierten Territoriums findet die Kontrolle der Besucherströme eher unaufdringlich durch Technoprävention und eine spezifische Raumgestaltung statt. Diese Form des Kontrollanspruchs richtet sich weniger sanktionierend an die Moral der Subjekte, sondern sichert primär Räume und reguliert Situationen. In der Terminologie von Foucault könnte man von einem panoptischen Kontrollsystem sprechen, das sich allerdings in der Regel auf die Akzeptanz der Betroffenen stützen kann. **Zweitens** gibt es umkämpfte Territorien wie etwa die innerstädtischen Einkaufsmeilen oder Bahnhöfe, in denen mit Hilfe einer repressiven Verdrängungspraxis eine selektive soziale Homogenität hergestellt werden soll. Ein wichtiges Instrument der Aufwertungsstrategie bilden dabei "Raumverbote" für mißliebige Personen. Durch Moral- und Sicherheitskampagnen versucht man zudem die Verhaltensweisen bestimmter sozialer Gruppen im öffentlichen Raum stärker normativ zu regulieren. **Drittens** bilden sich in bestimmten Wohnvierteln Nachbarschaftshilfen heraus, die durch Quartiers-Patrouillen und Bürgerwehren eine hohe soziale Kontrolle nach "innen" und eine starke Abwehrbereitschaft nach "außen" zu demonstrieren versuchen. Zudem soll mit einer selektiven räumlichen Verteilungspolitik sogenannter Problemgruppen in bestimmten Wohnquartieren und einem ausgrenzenden Ghetto-Diskurs die territoriale und kulturelle Vorherrschaft der alteingesessenen bzw. deutschen Quartiersbevölkerung gesichert werden. **Viertens** geht es um die ordnungspolitische Absicherung und Überwachung von Ausschließungs- und Internierungsräumen für die Klasse der "Entbehrlichen", wie etwa Junkies, Dealer, Flüchtlinge oder Illegalisierte. Es handelt sich dabei um einen Macht- und Kontrolltypus, der entweder die dauerhafte Verbannung bestimmter Menschengruppen aus der Stadt anstrebt oder die Ausschließung mit differenzierten Einschließungs- oder Internierungsmodellen zu kombinieren versucht.

Der Alltag in den Metropolen wird damit zunehmend durch Sicherheitsdiskurse und Repressionsprogramme bestimmt. Hier verdichten sich gegenwärtig sozialräumliche und politische Formierungsprozesse, die für die Umstrukturierung der gesamten Gesellschaft von Bedeutung sein werden.

Literaturverzeichnis:

Althusser, L. 1977: Ideologie und ideologische Staatsapparate, Hamburg/ Westberlin

Bartelheimer, P. 1998: Durchmischen oder stabilisieren? Plädoyer für eine Wohnungspolitik diesseits der "sozialen Durchmischung". Unveröffentlichtes Manuskript

Bartelheimer, P. 1997: Risiken für die soziale Stadt, Erster Frankfurter Sozialbericht. Frankfurt

Behrendes, U. 1998: Kooperation zwischen Polizei und Sozialarbeit in Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften?, in: Wohnungslos, 40. Jg., Heft 2, S. 41-47

Bourdieu, P. 1991: Physischer, sozialer und angeeigneter Raum, in: Martin Wentz (Hg.): Stadt-Räume. Frankfurt a.M./ New York, S.25-34

Gössner, R. 1998: Wahlkampf gegen Bürgerrechte: Große Koalition der inneren Sicherheit, in: Helmut Ortnier/ Arno Pilgram/ Heinz Steinert (Hg.): Die Null-Lösung. Zero-Tolerance-Politik in New York. Das Ende einer urbanen Toleranz? Baden Baden, S. 229-242

Hammel, M. 1998: Ist Betteln illegal? Anmerkungen zum Urteil des Amtsgerichts Stuttgart vom 16. April 1997. in: Wohnungslos, 40. Jg., Heft 2, S. 51-54

Häußermann, H./ Kapphan, A. 1998: Sozialorientierte Stadtentwicklung. Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie Berlin

Hennig, E./ Lohde-Reiff, R./ Schmeling, A. 1997: Ethnisch-residentielle Segregation von Migranten in Frankfurt am Main und Amsterdam, in: Frankfurter Statistische Berichte 3

Lesting, W. 1997: Polizeirecht und offene Drogenszene, in: Kritische Justiz, Heft 2, S. 214-223

Reuband, K.-H. 1994: Steigende Kriminalitätsfurcht - Mythos oder Wirklichkeit? Objektive und subjektive Bedrohung durch Kriminalität, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 4, S. 214-220

Shearing, C. 1997: Gewalt und die neue Kunst des Regierens und Herrschens. Privatisierung und ihre Implikationen, in: Trutz von Trotha (Hg.): Soziologie der Gewalt, Opladen/ Wiesbaden, S.263-278

Smith, N. 1996: The New Urban Frontier. Gentrification and the revanchist city, London/ New York

Strieder, P. 1998: Stadtbürger gesucht. Die Innenstadt als Ort zum Leben. In: Stadtforum, Nr. 30, S. 6-9

Strieder, P. 1997: Bühne der Stadt. Zum Wesen des öffentlichen Raumes. In: Stadtforum, Nr. 26, S.4-7

Voscherau 1994: Die Großstadt als sozialer Brennpunkt - am Beispiel Hamburg, in: Kronawitter, G. (Hg.) Rettet unsere Städte jetzt! Düsseldorf/ Wien/ New York/ Moskau

Klaus M Schmals

Berlin - Inklusion und Exklusion sozialer Gruppen im Neofeudalisierungsprozeß einer Großstadt

Vorbemerkungen

Die sich gegenwärtig abzeichnenden Prozesse der **Inklusion und Exklusion** sozialer Gruppen im städtischen Raum scheinen auf den ersten Blick nicht viel Neues zu beinhalten.

Untersuchungen über die Ausgrenzung vom gesellschaftlichen Arbeitsprozeß ausgeschlossener oder am gesellschaftlichen Konsum nicht teilnehmen könnender oder wollender Gruppen sind vor dem Modernisierungs- und Gentrifizierungsprozeß der Städte München, Frankfurt/Main, Hamburg oder Berlin der 70er und 80er Jahre - im Rahmen von Arbeitslosen- und Obdachlosenstudien, Berichten über Armut, Jugendstudien oder Studien über Drogenabhängigkeit - weitgehend bekannt (vgl. K.M. Schmals u.a., 1989).

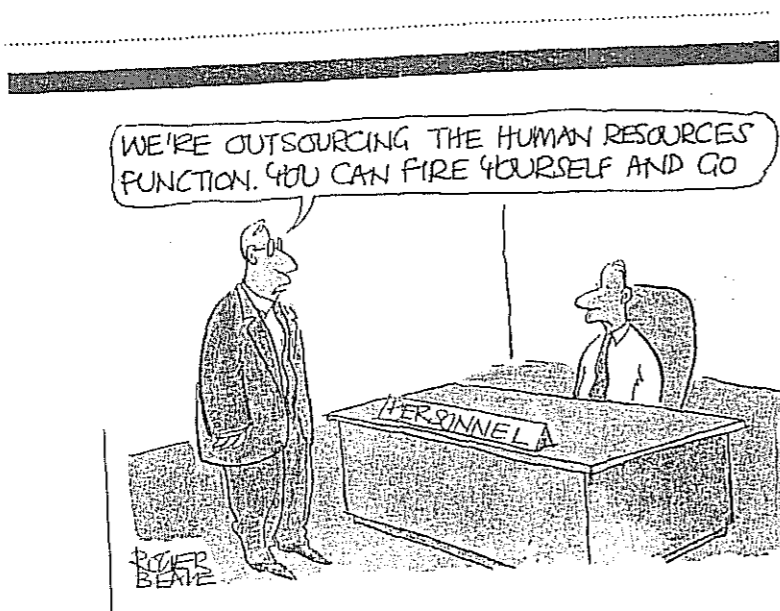
In entsprechenden Diskussionen wird heute mit Recht gefragt, haben sich die Situation und der Kontext der gesellschaftlichen Ausgrenzung spezifischer Gruppen vor dem Wandel der Gesellschaft hin zu mehr sozialstruktureller Differenz **verändert**? Gefragt wird konkret, was ist **neu** an der von uns gewählten Fragestellung?

Mit diesen Vorbemerkungen zu den sich anschließenden Beiträgen von W. Jahn, Lanz/Ronneberger und Sambale/Veith skizziere ich Hintergrund und Wandel von Inklusions- und Exklusionsprozessen. Sodann verweise ich auf interessenspezifische Aushandlungsprozesse, in deren Verlauf möglicherweise Teile unseres **Rechtssystems** ausgehöhlt werden.

1. "Inklusion und Exklusion" im sozialstrukturellen Differenzierungsprozeß der Gesellschaft.

In einer Reihe sozialstruktureller Studien wurde in den 90er Jahren der Entfaltungsprozeß einer Milieugesellschaft angedeutet. Hierfür stehen die Arbeiten von Vester/Oertzen/Geiling/Hermann/Müller (1993) und Vester/Hofmann/Zierke (1995) für die Städte Hannover, Duisburg, Reutlingen oder Leipzig und Brandenburg; hierfür steht auch die Studie von Berking/Neckel über Schöneberg-Nord in Berlin (1990) oder die Berliner Studie "Sozialorientierte Stadtentwicklung" von Häußer-

FINANCIAL TIMES WEDNESDAY FEBRUARY 10 1999



mann/Kapphan aus dem Jahr 1998. Im Rahmen sich wandelnder **städtischer Reproduktionsverhältnisse** und des Entstehens **selektiver Wanderungsprozesse** zwischen Stadt und Land sowie im städtischen Mikroraum machen Häußermann/Kapphan - vor dem Hintergrund haushaltsorientierter Reproduktionsverhältnisse, Wahlmöglichkeiten und Raumstrukturen - auf eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen- und Problemgruppen im Raum aufmerksam, in deren Entstehungszusammenhang die Konturen **sozialer Ungleichheit** wieder deutlicher werden und weiterhin sowohl Inklusions- und Exklusionsprozesse als auch insgesamt **sozialstrukturelle Entmischungsprozesse** im Stadtgefüge herausgearbeitet werden konnten.

Inklusion meint im Anschluß an Überlegungen von T. Parsons und Th. H. Marshall die "Einbeziehung der Gesamtbevölkerung in die Leistungen der einzelnen gesellschaftlichen Funktionssysteme". Der Begriff meint weiterhin den "Zugang zu diesen Leistungen" und die "Abhängigkeit der individuellen Lebensführung von ihnen" (N. Luhmann, 1981, S. 25). Inklusion schließt in dieser Tradition soziale Ungleichheit nicht aus. Mit diesem Konzept wird eine Gesellschaft antizipiert, die "prinzipiell 'offen' ist, d.h. eine Gesellschaft die (im Gegensatz zu feudalen oder Kastengesellschaften) soziale Mobilität erlaubt" (Hoffmann-Nowotny, 1991, S. 80). Exklusion - mit Inklusion korrespondierend - hingegen meint den Prozeß der Ausschließung von gesellschaftlichen Leistungen und Funktionssystemen und wird in der Regel auf der ökonomischen, sozialpolitischen, räumlichen, kulturellen und institutionellen Ebene entlang der Beispiele Ausschließung von der regulären Erwerbsarbeit, der Abhängigkeit von Leistungen des Sozialstaates, erwartete kulturelle Leistungen zu erbringen, der Reduzierung der Sozialkontakte, einer räumlichen Isolierung und Separierung oder der Ausgrenzung von Ausbildungseinrichtungen entfaltet (vgl. M. Kronauer, 1997, S. 28 ff.).

Vor dem Hintergrund - einer **kleinteiliger werdenden Gesellschaft mit selektiven Öffnungs- und Schließungsmustern** - kann ein gewisses Aufweichen der fordistischen, einer an der Homogenität der Sozial- und Raumstruktur ausgerichteten Stadt nachgezeichnet werden. An ihre Stelle tritt zunehmend eine Stadt differenzierter Prozesse und Strukturen oder besser gesagt eine Stadt "differenzieller Homogenität" (W. Jahn). Dabei wird deutlich, daß durch diesen Strukturwandel a) immer größere Teile der Gesellschaft aus gesicherten Reproduktionsverhältnissen fallen und nun um ihren Platz in der Stadtgesellschaft kämpfen und b) gesicherte bzw. noch gesicherte Gruppen der Gesellschaft ihre von ihnen beanspruchten Räume, Besitzansprüche, Kontrollrechte und Alltagskulturen verteidigen. Hinzutritt c) daß klassische öffentliche Räume - wie Bahnhöfe oder Einkaufszonen - im neoliberalen Umbauprozess unserer Gesellschaft Struktur und Funktion verändern und so bestimmten Gruppen verloren gehen bzw. von neuen Lebensstilgruppen entsprechend ihrer Kaufkraft, Geschmacksstile und Sicherheitsbedürfnisse eingefordert werden. Deutlich wird damit einerseits ein Prozeß, der in Berlin - im Vergleich zu anderen deutschen Städten - bereits gut nachvollziehbar ist und andererseits ein Strukturmuster, womit einer "**grenzenlosen Gesellschaft**" möglicherweise enge Zügel angelegt sind.

2. Die innere Aushöhlung des Rechtsstaats

Vor dem Hintergrund der Arbeiten von Th. H. Marshall (1992) und den damit initiierten Diskussionen u.a. durch M. Kronauer (1997) wird unser Blick auf - für die Diskussion unserer Fragestellung - wichtige Aspekte gelenkt: Hiernach konnten in den zurückliegenden Jahrzehnten bzw. Jahrhunderten die **Bürgerrechte** - zumindest formal - für die größten Teile der Gesellschaft durchgesetzt werden. Dies - so S. Hradil (1990) oder W. Welsch (1991) - zuerst als "geistige Idee", dann als "politisches Projekt" und zuletzt als "industrie- und dienstleistungsgesellschaftliche Realität". Diese Bürgerrechte wurden auf der städtischen bzw. stadtplanerischen Ebene u.a. im Rahmen der Bauleitplanung, der Stadterneuerung, der Verkehrsberuhigung oder im Kontext des Erlasses von Mietschutzsätzen bis in die frühen 80er Jahre erarbeitet resp. erkämpft und werden heute u.a. im Rahmen von Konzepten des Quartiersmanagements oder von Stadtverträgen u.a. in Berlin (1998) weiterentwickelt (vgl. zum Verhältnis von "Status und Vertrag" G. Jelinek (1979)). Benennen könnte man damit ein progressives historisches Wechselwirkungsverhältnis aus **Wandel der Gesellschaft, Problemstellung, Problembewußtsein, Rechtsschöpfung und Rechtsbewußtsein**.

Diese Entwicklung scheint nun unterbrochen bzw. abgebrochen zu sein. Der Wandel von Sozial- und Bewußtseinsstruktur, ein Wandel der Stadtstruktur und Stadtpolitik, der an den Interessen bestimmter Gruppen ausgerichtet ist, präkarisiert zunehmend größer werdende Gruppen der Gesellschaft. In diesem Sachverhalt läßt sich das Neue an der von uns gewählten Thematik erkennen: In einer Gesellschaft mit einem relativ homogenen Rechtssystem, entfalten sich durch privilegierte Gruppeninteressen und durch eine auf diese Gruppen reagierende Politik unterschiedliche Rechtskontexte. Zu beobachten ist einerseits ein relativ homogenes Rechts-, Anspruchs- und damit verbundenes Versorgungsbewußtsein in der Gesellschaft. Entsprechende Rechte werden nun entlang der gruppenspezifischen Privilegierungs- und Diskriminierungsmuster mißachtet resp. sind - aus den unterschiedlichen Gründen, die in den Strukturmustern der Ausgrenzung liegen - nicht mehr einklagbar. Zu beobachten ist ein lautlos verlaufender **Aushöhlungsprozeß** unseres Rechtsverständnisses, der unter Bekräftigung rechtsstaatlicher Strukturen betrieben und akzeptiert wird. Dieser Prozeß vollzieht sich als demokratisch bemäntelter Restrukturierungsprozeß a) der **Stadtpolitik**, b) als Reorganisationsversuch **traditioneller Planungskulturen** und c) als **Umbau- und Nutzungsprozeß öffentlicher Räume**.

Zu a) Neue Stadt-Politik: Die Simultaneität aus demokratischer Legitimität und privatwirtschaftlicher Aushandlung städtischer Interessen scheint dadurch strukturiert zu sein, daß viele Verantwortliche in der Perspektive handeln, in einer Gesellschaft sei möglicherweise **zweierlei Recht** - nebeneinander - praktizierbar, ohne daß unser Rechtsverständnis dadurch leiden würde. Aus einer herrschenden, neoliberalen Perspektive mag diese Position - solange keine eigene negative Be-

toffenheit erkennbar ist - möglicherweise praktikabel erscheinen. Bei betroffenen und ausgegrenzten Gruppen stößt dieser Prozeß nicht nur auf großes Unverständnis, sondern auch insofern auf Verwunderung, als mit den damit gemeinten Prozeßen eine Entwicklung hin zur **Neofeudalisierung** - mit interessenorientierten Aushandlungsmodellen - erkennbar wird, in denen trotz Rechtsstaat ein permanenter Rechtsbruch einsehbar wird. Herrschende Gruppen können sich so unter Nutzung rechtsstaatlicher Regeln dem Prozedere, den Aushandlungsstrukturen des Rechtsstaats immer weiter entziehen.

Zu b) Neue Planungskulturen lassen sich bereits gut am Beispiel des "Planwerks Innenstadt" in Berlin (vgl. hier den Städtebaulichen Vertrag nach § 11 BauGB oder Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen nach § 165 BauGB) resp. an dem hier brüchig werdenden Rechtsverständnis rekonstruieren (vgl. W. Jahn im anschließenden Beitrag). Dabei scheint sich diese Situation für viele - und dabei unterschiedlich Betroffene - unmerklich - wie auf leisen Sohlen - zu verändern.

Zu c) Städtische Räume standen bisher - mit wenigen Ausnahmen - "allen Bevölkerungsgruppen" offen. Im Restrukturierungsprozeß sozialräumlicher Verhältnisse (vgl. Prozesse selektiver und erzwungener Mobilität) steht der relativ homogene Raum der fordistischen Gesellschaft, der funktionalistisch gedachten Stadt, zur Disposition. Bedingt ist dieser Prozeß u.a. durch den Wandel der Eigentumsverhältnisse und der Lebensstile sowie durch die Vergrößerung der Planungs- und Nutzungsareale. Gemeint ist damit die Zusammenlegung bisher kleiner Parzellen zu großen Planungsquartieren sowie homogenen Nutzungs- und Überwachungszonen. Weitere Beispiele für diesen Veränderungsprozeß ist die Verlagerung der Verfügungsgewalt in Bahnhofs- und Dienstleistungsdistrikten vom Staat auf private Servicegesellschaften. Ebenso rasant wandeln sich - durch Bannmeilen und Raumbarrieren - der Zugang oder die Nutzung von/mit politischen Repräsentationsbauten und ihren nachgeordneten Verwaltungseinrichtungen etwa im neuen Regierungs- und Verwaltungsquartier in Berlin Mitte. In Berlin wurden inzwischen 30 "gefährliche Orte" - u.a. Breitscheidplatz, Kurfürstenstraße oder Ahornstraße - festgeschrieben. Dieses Verfahren wird legitimiert durch das "Allgemeine Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung". Es stellt eine Gefahrenabwehrordnung dar. Seine Artikel sind Vorgriffs- oder Ermessensparagrafen, um zu verhindern, daß "Personen Straftaten von erheblicher Bedeutung verabreden", sich "Personen treffen, die gegen aufenthaltsrechtliche Strafvorschriften" verstoßen oder "Personen der Prostitution" nachgehen (§ 21 ASOG). Ganze Straßenzüge, Platzräume oder Passagensysteme werden durch diese Sonderregelungen der Öffentlichkeit resp. bestimmten Gruppen, die nicht über die antizipierte Kaufkraft verfügen, nicht die gewünschte politische Meinung vertreten oder abweichende Ästhetikkonzepte leben, durch "staatliche Sonderregelungen" ausgegrenzt. Im Bahnhof Zoologischer Garten werden jährlich mehrere Tausend Verwarnungen an "auffällige oder unliebsame Nutzer" verteilt oder ganze Straßenzüge von privat organisierten Sicherheitsfirmen vor "störenden, marginalisierten oder entbehrlichen Gruppen" gesichert. Zu bedenken gilt es hierbei, daß in Berlin resp. unter Berlinern "gefährliche Orte" und der Text der ASOG weitgehend unbekannt sind.

3. Neue Kulturen der Planung?

An drei "**Planungsfällen**" - dem "Planwerk Innenstadt", der Förderung von Wohnungseigentum sowie der akteurszentrierten Aushandlung von Städtebaulichen Verträgen (nach § 11 BBauG) - macht Walther Jahn im Anschluß deutlich, daß die "**Kulturen der Planung**" äußerst differenziert geworden und funktional für den interessenorientierten Strukturwandel der Gesellschaft gemacht worden sind. Nach diesem eher planungskulturellen Beitrag schließen sich die Beiträge von Sambale/Veith und Lanz/Ronneberger aus einer eher problemgruppen- und klientelspezifischen sowie gesellschaftstheoretischen Blickrichtung an. Dabei wird in ideologiekritischer Perspektive überprüft, inwieweit und mit welchen Folgen es aktueller Stadt-Politik gelingt, den Anspruch nicht nur des Wohlfahrtsstaatlichen sondern auch des Rechtsstaatlichen aufrecht zu erhalten und gleichzeitig einem neoliberalen Politik- und Ökonomieverständnis lautlos die Verwertungsfelder zu bereiten.

Insgesamt wäre es unser Interesse, bei den sich anschließenden, themenzentrierten Beiträgen einen gesellschaftlichen Rahmen mitdenken, wonach wir

- o gegenwärtig noch in einem relativ stabilen Raum mit gut **abgesicherten Rechten** und einem damit verbundenem **demokratischen Rechtsbewußtsein** leben; wir uns
- o z.Zt. in einem selektiv- und situativ geprägten Öffnungs- und Schließungsprozeß sozialer Gruppen befinden, der eine Neuformierung der Gesellschaft im Raum signalisiert; wir uns
- o im aktuellen Wandlungsprozeß der Gesellschaft weniger in einem rechtlichen **Ausweitungs-**, sondern vielmehr in einem lautlos sich vollziehenden **Aushöhlungsprozeß** befinden; und wir uns
- o nicht zuletzt im öffentlichen Rechtsraum mit **Aushandlungssituationen** konfrontiert sehen, die die demokratische Qualität rechtssichernder Diskurse, die die Legalisierung und Legitimierung von Recht vermissen lassen. So können - unter Verwendung moderner, rechtsstaatlicher Codizes - vormoderne, feudalistische Aushandlungs- bzw. Herrschaftsstrukturen die stadtpolitische Tagesordnung immer dominanter beherrschen.

Eingebettet in dieses Strukturmuster transformieren sich immer größere städtische Räume dahingehend, daß in ihnen über das allgemeine Rechtssystem einerseits Anschluß an die Gesellschaft herstellbar ist und sie andererseits in sich nach privatwirtschaftlichen Interessen, entlang von Sonderregelungen organisiert (Städtebaulicher Vertrag) und kontrolliert (ASOG) werden. Eine Herrschaftsform, die ein neues Segregationsmuster sozialer Milieugruppen im Raum entstehen läßt.

Literatur

- Berking, H./Neckel, S., 1990: Die Politik der Lebensstile in einem Berliner Bezirk. Zu einigen Formen nachtraditioneller Vergemeinschaftung. In: Berger, P.A./Hradil, S., Hg., Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Göttingen, S. 481-500.
- Häußermann, H./Kapphan, A., 1998: Sozialorientierte Stadtentwicklung. Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Berlin.
- Heinelt, H./Lohmann, A., 1992: Immigranten im Wohlfahrtsstaat. Rechtspositionen und Lebensverhältnisse, Opladen.
- Hradil, S., 1990: Postmoderne Sozialstruktur? Zur empirischen Relevanz einer 'modernen' Theorie sozialen Wandels. In: Berger, P.A./ders., Hg., Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile, Göttingen, S. 125-150.
- Jellinek, G., 1979: System der aktiven öffentlichen Rechte, Aalen.
- Kronauer, M., 1997: 'Soziale Ausgrenzung' und 'Underclass': Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung. In: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 25, Heft Nr. 1/1997, S. 28-49.
- Luhmann, N., 1981: Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat, München/Wien.
- Marshall, Th.H., 1992: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt/Main.
- Hoffmann-Nowotny, H.-J., 1991: Weltbevölkerung und Weltmigration. In: Schweizer Institut für Auslandsforschung, Hg., Das Flüchtlingsproblem - eine Zeitbombe?, Chur/Zürich, S.75-99.
- Schmals, K.M. u.a., 1989: Armut im Reichtum. Erscheinungsformen, Ursachen und Handlungsstrategien in ausgewählten Großstädten der Bundesrepublik, Bochum.
- Vester, M. u.a., 1993: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln.
- Vester, M. u.a., 1995: Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung, Köln.
- Welsch, W., 1991: Neuzeit - Moderne - Postmoderne. In: Ders., Unsere postmoderne Moderne, Weinheim, S. 65-85.

Anschrift: Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung, Lehrstuhl für Soziologie, August-Schmidt-Str. 10, 44221 Dortmund. 11.9.1998.

Walther Jahn / Klaus Schmals

Berlin - Öffnung und Schließung lokaler Milieus im Refeudalisierungsprozeß einer Großstadt (Teil 2)

Vortragsmanuskript für den Soziologentag 1998 in Freiburg, Panel: Offene Stadt / Geschlossene Stadt, 16.09.1998

1. Krise der fordistischen Stadt

Klaus Schmals hat bereits - vermittelt durch den Begriff der 'differentiellen Homogenität' (vgl. spacelab 1997) - darauf hingewiesen, daß aus unserer Sicht die Frage nach der offenen bzw. geschlossenen Stadt in engem Zusammenhang mit der Krise der fordistischen Stadt steht - dies auch oder gerade in Berlin. Ich gehe auch deshalb noch einmal 20 Jahre in die Geschichte zurück, weil ich der Meinung bin, daß nicht ausschließlich die Wiedervereinigung der beiden Stadthälften den entscheidenden Bruch in der Entwicklung Berlins darstellt, sondern lediglich Prozesse dynamisiert hat, deren Entstehung viel weiter zurückliegen. Ich möchte sogar argumentieren, daß sich gerade am Beispiel von Berlin Öffnungs- und Schließungsprozesse im sozialen Raum exemplarisch darstellen lassen.

Hierbei sind zwei Momente zentral, die in der Folge auch planungspolitische Relevanz erlangen.

a) Diese Krise der fordistischen Stadt muß als gesellschaftlicher Öffnungsprozeß verstanden werden. Die politischen und sozialen Konflikte der siebziger Jahre entzündeten sich dabei vor allem an der Regulationspraxis des fordistischen Staates. Aus der Ablehnung des rationalisierten Alltags und des vorherrschenden autoritären Etatismus, dessen Planungsparadigma der homogenisierte Stadtraum war (als Stichworte: Flächensanierung, großräumige Stadterweiterungen, sozialer Wohnungsbau), entwickelten sich Bürgerinitiativen, Aktionsgruppen und subkulturelle Strömungen zu einer relevanten sozialen Kraft, die das fordistische Vergesellschaftungs- und Reproduktionsmodell vor allem auf der lokalen Ebene in Frage stellte.

b) Gleichzeitig wird der bereits abgeschriebene Altbaubestand und damit wesentliche Teile der Westberliner Kernstadt für privates Kapital geöffnet, kommt es zu einer Rekapitalisierung dieses Altbaubestandes.

Als Ergebnis dieser unterschiedlichen Dynamiken bildete sich ein Planungsparadigma heraus, das die Stadt nicht mehr als homogenen Raum behandelte. Dieser wurde nun als additive Typologie von Orten angesehen, die die lokalen Differenzen faßte und deren Summe die Gesamtstadt ausmachte. Planung – in Berlin ist das vielleicht am besten in den 12 Grundsätzen zur Stadterneuerung beschrieben – sollte nun von unterschiedlichen Sozialmilieus ausgehen und in Aushandlungsprozessen diesen lokalen Differenzen gerecht werden. Entsprechend verfolgten die einzelnen Planungsprojekte kein übergeordnetes gesamtstädtisches Ziel jenseits der Revitalisierung der Innenstadt mehr.

2. Nachholende Modernisierung in Berlin – Diskurse der Normalisierung

Mit der Wiedervereinigung der beiden Stadthälften kommt es zu einer Übertragung von Westberliner Planungsinhalten auf den Ostteil der Stadt. Eine Übertragung – auch nur partieller Teile – Ostberliner Politik- oder Planungserfahrungen in den Westteil der Stadt hat hingegen nicht stattgefunden. In diesem Kontext verschieben sich allerdings die Ziele der Stadtentwicklungspolitik.

Der von den städtischen Eliten forcierte Umbau Berlins und die seit 1990 entwickelten stadtplanerischen Instrumente argumentiert im wesentlichen mit einer nachholenden Metropolenentwicklung. Ihre suggestiven Bilder bezieht diese einerseits aus der europäischen Stadt des 19. Jahrhunderts (Offenheit, Eigentum, Urbanität, Dichte etc.), andererseits aus Städten zu denen es aufzuschließen gilt (nach Gusto Frankfurt oder London für die harten ökonomischen Fakten; Mailand und Paris, wenn es um ästhetisierte Verdichtung geht). Dieser so vorgetragene 'Normalisierungsprozeß' verdichtet sich in dem Leitbild der 'europäischen Dienstleistungsmetropole mit Hauptstadtfunktion' und liefert die Begründung für eine aktiv vorgetragene unternehmerische Stadtpolitik.

Der Wandel der Leitbilder städtischer Entwicklung bezieht sich demnach nicht nur auf die baulich-räumliche Gestalt der Stadt, sondern dieser ist eingebettet in einen komplexen Übergang der ökonomischen Basis der Stadt (beschrieben als der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsstadt), des politisch-administrativen Systems (von Stadtpolitik und Leistungsverwaltung zu Stadtmanagement) und der sozial-räumlichen Struktur der Stadt (mit dem Kennzeichen einer verstärkten Heterogenität). Dieser Übergang vollzieht sich nicht linear und bleibt nicht unwidersprochen.

Die Verschiebung innerhalb der sozial-räumlichen Struktur, auf die sich Planung ja wesentlich bezieht, vollzieht sich dabei sukzessive und kehrt das Verhältnis von Gesamtstadt und lokaler Differenz um: Zwar stellt nach wie vor ein ausdifferenzierter Stadtraum den Ausgangspunkt des planerischen Leitbildes dar. Dies nun aber nicht mehr als Typologie von Orten, die die Gesamtstadt bilden, sondern als homogenisierendes und zugleich hierarchisierendes Leitbild, das differentiellen Orten eine unterschiedliche Bedeutung innerhalb des Stadtraumes zuweist und ihnen eine bestimmte Funktion im Rahmen des Metropolitanisierungsprozesses verordnet.

Die sozialräumlichen Öffnungs- und Schließungsprozesse sind demnach mit sozialem Wandel vernetzt, dem die Stadt Berlin besonders stark ausgesetzt ist, der aber auch von lokalen Akteuren vorangetrieben wird. Aus dieser Perspektive stellt sich die Neukomposition der städtischen Macht- und Territorialverhältnisse nicht nur als Ergebnis struktureller Zwänge (etwa der sogenannten Globalisierung oder der 'Wiedervereinigung') sondern als Auseinandersetzungen um ein verändertes politisches Projekt dar. Eine wachsende Bedeutung erhalten dabei auch neue Planungskonzepte. Dies möchte ich im folgenden kurz an zwei Beispielen aus der Berliner Planungspraxis nachzeichnen.

3. Planwerk Innenstadt und Eigentumsförderung

Im November 1996 überraschte der Berliner Senator für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie Peter Strieder die Öffentlichkeit mit dem sogenannten 'Planwerk Innenstadt': Dieses Planungskonzept steht einerseits unter der Prämisse, daß der derzeitige Zustand des Zentrums im Rahmen internationaler Städtekonkurrenz ein Entwicklungshindernis sei (vgl. Albers / Hoffmann-Axthelm 1997: 46), andererseits zielt das Planwerk – als Grundlage der gesamtstädtischen Modernisierung – auf eine Restrukturierung des historischen Zentrums und der City West (vgl. Stimmann 1997).

Plangraphisch wird eine Figur präsentiert, die die Kernstadt verdichtet, die städtebauliche Moderne – insbesondere im Ostteil – revidiert, die polyzentrale Struktur Berlins durch den Zusammenschluß der beiden Zentren negiert und die großen Wettbewerbe (Potsdamer Platz, Alexander Platz etc.) durch Aussparung ignoriert. „Dabei geht es“ – mit den Worten des Staatssekretärs Stimmann – „nicht nur um die Erhöhung der Dichte, sondern um einen Wechsel der Strategie, die wieder mehr auf Eigeninitiative setzt, den Mittelstand einbezieht und fördert, Bauherren und Verwaltung als Partner sieht.“ (Stimmann 1997: 22) Die

Bedeutung und der Ansatz des Projektes gehen weit über eine rein stadtplanerische Dimension hinaus. „Der Anteil der Haushalte“, so Stadtentwicklungssenator Strieder, „die nicht mehr zur Miete, sondern im Eigentum wohnen wollen und sollen, wird stark ansteigen. Die ökonomische Krise trifft die derzeit eigentumsfähigen Haushalte kaum. Vor allem aber wird im Rahmen der notwendigen Reformen unseres Sozialsystems das Wohneigentum einen wesentlichen Grundstock der Alterssicherung ausmachen.“ (Strieder 1997)

Das Projekt zielt auf eine Aufwertung zentraler Bereiche der Stadt und ist damit explizit und implizit mit Gentrifizierung verbunden, die sich nicht allein auf eine Wohnsitzstrategie reduzieren läßt. Nach Sharon Zukin (1991) bedeutet die durch den Gentrifizierungsprozeß ausgelöste Bewegung von Menschen und zentrumsorientierten Kapitalinvestitionen eine Distanzierung von den traditionellen Mittelklassen und einen Machtanspruch. Gentrifizierung stellt ihr zufolge „die Bestrebung dar, sich ‘städtische Zentralität’ anzueignen und - indem diese konsumiert wird - ihren ökonomischen und kulturellen Wert zu steigern“ (186; Übers. der Verf.).

Dieser Prozeß muß im Kontext eines ‘modernisierten Klassenbildungsprozesses’ interpretiert werden (vgl. spacelab 1997, Dangschat 1998). Die Rehierarchisierung der städtischen Räume und deren jeweilige Beziehung zum Zentrum wird im wachsendem Maße auch durch symbolische Distinktionskämpfe bestimmt. Die Ausdifferenzierung der Sozialstruktur und die Ausbildung unterschiedlicher Lebensstile sind nicht nur als Ausdruck einer pluralisierten Kulturgesellschaft zu verstehen, sondern auch als Bestandteil einer klassifikatorischen Strategie, die zu neuen Formen sozial-räumlicher Ungleichheit beiträgt und Exklusionsprozesse forciert. Diese Entwicklung wird in Berlin noch dadurch verstärkt, daß sich die lokalen politischen und administrativen Akteure an den Ansprüchen der urban orientierten Dienstleistungsklasse - in Berlin ‘Stadtbürger’ genannt - ausrichten. Stadtplanung beeinflusst also, so Jens Dangschat, wesentlich die Reproduktion der Klassenformation und verschärft die Klassengegensätze durch ihre räumliche Verfestigung (Dangschat 1998: 75).

Gentrifizierung wird in der Regel aus der Perspektive nachfragender Subjekte und deren Präferenzen analysiert. Das Berliner Beispiel des ‘Planwerk Innenstadt’ macht deutlich, daß es wichtig ist, die besondere Rolle der staatlich-planerischen Ebene hierbei hervorzuheben.

Während die zentrumsorientierte Planung versucht, die Position der Stadt im Rahmen globaler Konkurrenz zu stärken, beabsichtigen die Förderprogramme eher die

‘eigentumsfähige Haushalte’ in der Stadt zu halten. Diese zielen nicht nur auf die Bindung neuer Dienstleistungsmilieus, sondern versuchen auch die traditionellen Mittelklassen zu subventionieren. So läßt sich durch die neunziger Jahre hindurch für Berlin eine Verschiebung vom Sozialen Wohnungsbau (1. Förderweg) über eine zunehmend stärkere Nutzung des ‘Zweiten Förderweges’ hin zu Eigentumsprogrammen feststellen. Gleichzeitig wird der Versuch unternommen, durch Rahmenplanungen und eine aktive Bodenpolitik Flächen für diese Projekte zu mobilisieren. Diese Neuausrichtung wird zum einen mit der rhetorischen Figur der ‘sozial durchmischten Stadt’ begründet - die stabilisierenden Mittelklassen verlassen die Stadt, Zuzug erfolgt überwiegend durch ‘destabilisierende Migranten’ -, andererseits folgt die Argumentation einer quasi fordistischen Logik, die sie gleichsam hintertreibt: „Gelingt es uns die finanzkräftigen Haushalte in der Stadt zu halten, steigt das Steueraufkommen; dann sind wir auch in der Lage die Leistungen für die sozial Schwächeren aufrecht zu erhalten.“ Das Mißverständnis der lokalen Akteure besteht darin diese Umschichtungen ebenso wie die Planungen und Zuwendungen für ‘Stadtbürger’ als antizyklische Investition für den nächsten konjunkturellen Boom zu begreifen (vgl. Sambale/ Veith 1997). Diese redistributiven Politiken führen aber nicht nur zu einer sozial-räumlichen Polarisierung und Hierarchisierung, sie führen dadurch, daß sie den von der Krise am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen Ressourcen entzieht auch weiterhin zu Marginalisierung.

Literatur:

- Albers, Bernd / Hoffmann-Axthelm, Dieter (1997): Planwerk Innenstadt – Historisches Zentrum, in: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hg.): Planwerk Innenstadt. Ein erster Entwurf. Berlin: Kulturbuch-Verlag. S. 44-74
- Dangschat, Jens (1998): Klassenstrukturen im Nach-Fordismus, in: Berger, P. / Vester, M. (Hg.): Alte Ungleichheiten, neue Spaltungen. Opladen: Leske + Budrich. S. 49-89
- spacelab (1997): Macht und Raum. Zu postfordistischen Macht- und Territorialstrategien, in: Widersprüche. Heft 66, Dez. 1997. (Sonderband: Gesellschaft ohne Klassen? Politik des Sozialen wider Ausgrenzung und Repression). Bielefeld: Kleine Verlag. S. 129-151
- Sambale, Jens / Veith, Dominik, 1997: Marginalisierung als hegemoniales Projekt, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen, Heft 2, Juni 1997
- Stimmann, Hans (1997): Identität, Permanenz und Modernisierung, in: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hg.): Planwerk Innenstadt. Ein erster Entwurf. Berlin: Kulturbuch-Verlag. S. 14-23
- Strieder, Peter (1997): Planwerk Innenstadt - Strategie oder Provokation? Aus dem Internet übernommen unter: http://www.sensut.berlin.de/SenSUT/entwicklung/stadtforum/63/beitrag_1.html
- Zukin, Sharon (1991): Landscapes of Power. From Detroit to Disney World. Berkeley: University of California Press

Detlev Ipsen

Die sozialräumlichen Bedingungen der offenen Stadt - eine theoretische Skizze

Die Frage nach den Bedingungen der offenen Stadt führt in ein widerspruchsvolles Feld von Vorstellungen, Wahrnehmungen und Bewertungen, dem ein ebenso vielgestaltiger sozialer und physischer Raum gelebten Lebens gegenübersteht.

Auf der einen Seite ist die offene Stadt ein „vorgestellter“ Raum im Sinne Lefebvres: Stadt wird als Einheit des Unterschiedlichen gedacht, fähig, und angewiesen auf die Existenz des Fremden. Die Überschneidung sozialer Kreise, die kommunikative Potenz des Marginalen, gilt seit Simmel als soziale Basis der modernen, innovativen, komplexen, bunten und verlockenden Stadt. Und ebenso war es schon Simmel, der darauf hingewiesen hat, daß die Distanziertheit und kommunikative Kälte des Städters eine notwendige Reaktion auf den Umgang mit diesem Übermaß an Reizen und Unterschieden ist. Der Bewohner der offenen Stadt erscheint so nicht nur als der, „der lebt und leben läßt“, sondern auch als der, der lebt und leiden läßt.

Nicht genug, daß schon im utopisch positiv gedachten Entwurf der offenen Stadt die Paradoxie von Toleranz und Ignoranz enthalten ist, die gleiche städtische Wirklichkeit wurde und wird von Städtern unterschiedlicher Milieus konträr bewertet. Was den einen als bunte Vielfalt lieb ist, begreifen andere als bedrohliches Chaos. Was die einen als Basis der Innovation loben, sehen die anderen als existentielle Bedrohung. Es ist dieselbe Realität des Städtischen, die Neugier und Angst hervorruft.

So unterschiedlich schon Wahrnehmung und Bewertung der offenen Stadt ist, so vielgestaltig ist ihre gelebte Wirklichkeit. Sie reicht von der abseits gelegenen Unterkunft für Asylbewerber bis zu Chinatown, von arabischen Ghettos in den Grands Ensembles am Rand französischer Großstädte bis zu administrativ hergestellten sozialen Mischungen in Teilen des sozialen Wohnungsbaus in Deutschland, von dem traditionell jüdisch-arabischen Marraït in Paris bis zu den deutsch-türkischen Milieus in Berlin-Kreuzberg.

Es ist klar, daß ein derartig vielfältiges, widersprüchliches und konträr bewertetes Feld von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen begleitet ist. In deutschen Städten wird über die Verschärfung der Innenstadtordnung diskutiert; nicht nur soziale Distanz, sondern Gewalt gegen Ausländer und solche, die dafür gehalten werden, ist in vielen Städten Thema. Zugleich artikulieren sich die Befürworter der offenen Stadt in Plakaten, Veranstaltungen und politischen Initiativen. Die seit Jahren zunehmende

Armut und soziale Ungleichheit in den Städten, eine verängstigte und in ihren Zukunftschancen bedrohte Mittelschicht sowie die „Suburbanisierung“ der Stadtpolitik, deren Akteure weitgehend in den Vorstädten, „vor den Städten“, leben und die dortigen Ordnungsvorstellungen zur Norm städtischer Entwicklung erheben, sind äußere Faktoren dieser Auseinandersetzung. Veränderungen in der Regulationslogik des Kapitalismus sind mögliche Ursachen. Es ist jedoch zu betonen, daß die Auseinandersetzung um das Konzept der offenen Stadt ständiger Begleiter der Stadtentwicklung ist und Phasen eines breiten Konsenses und hoher Integration in der Geschichte der offenen Stadt wohl eher die Ausnahme als die Regel sind.

Die Entwicklungschancen für die Offenheit einer Stadt sind im hohen Maße nicht durch die Stadtentwicklung und die Kultur einer Stadt, sondern makropolitisch bedingt. Die Regelung der Einwanderung, die aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen, die Möglichkeit, die Staatsbürgerschaft zu erlangen, sind äußerst wirkungsvolle Rahmenbedingungen für die Entfaltung einer offenen Gesellschaft. Dennoch finden sich innerhalb identischer Rahmenbedingungen unterschiedliche Grade und Formen der Offenheit oder Abschottung in den verschiedenen Städten. Die Frage nach den typisch städtischen Regulationsformen, die wir als sozialräumliche Regulierungen verstehen, ist uns aus diesem Grund wichtig.

Wenn wir also nach sozialräumlichen Bedingungen der offenen Stadt fragen, so sollten wir nach Thesen suchen, die dieses widerspruchsvolle Feld aufnehmen, aber nicht auflösen. Die offene Stadt ist nicht eine Struktur, sie ist kein System, sondern entweder eine Konfiguration, die sich erstellt oder ein Projekt, das in und durch seine Widersprüche lebt. Die gestellte Frage präzisiert sich also insofern, als wir versuchen, die Logik dieser Konfiguration zu begreifen, um die Chancen für eine Politik des „Offen Haltens“ der Stadt zu verbessern.

Wenn wir von einer offenen oder einer geschlossenen Stadt sprechen, so ist präziser ein Kontinuum angesprochen, dessen einer Pol die Abschließung der Stadt gegen alles Neue und Fremde ist und auf dessen anderem Pol die Stadt steht, die neue Ideen, Menschen und Güter ohne Behinderung aufnimmt. Beide Pole sind idealtypische Konstruktionen, die empirisch realen Fälle liegen zwischen den Eckpunkten der gedachten Skala. Der Grad der Offenheit bezieht sich auf Personen, Dinge und Ideen, die „neu“ sind, unabhängig davon, ob das Neue von außen kommt oder innerhalb der Stadt generiert wird. Diese beiden Aspekte zusammenzufassen ist insofern naheliegend, weil empirisch gesehen das Neue aus dem Zusammenspiel von „Importen und Importeuren“ und der inneren Differenzierung der Stadt und ihren subkulturellen Akteuren entstehen dürfte.

Migration und die Generierung von kulturellen Milieus

Die moderne Stadt ist nicht logisch oder notwendig mit einer offenen Stadt gleichzusetzen. Wir sollten zur Kenntnis nehmen, daß es schnell wachsende Städte in Afrika und Asien gibt, die dem Konzept der offenen Stadt eher nicht entsprechen, die aber gleichwohl nicht nur moderne Städte sind, sondern Träger der Modernisierung in diesen Ländern.¹ Wir sollten auch sehen, daß eine Reihe europäischer und amerikanischer Städte Entwicklungstendenzen aufweisen, die eher auf eine Schließung bestimmter Milieus hinweisen (Davis, 1990), und dennoch würde niemand auf die Idee kommen, daß es sich dabei nicht um moderne Städte handelt.

Gleichwohl gibt es mindestens zwei Strukturmerkmale der modernen Städte, die darauf hindeuten, daß das Konzept der offenen Stadt objektive Grundlagen hat.

Zum einen ist die Migration zu nennen, die sich aus generativen Ungleichgewichten ergibt. Moderne Städte entstehen und wachsen über lange Perioden durch Zuwanderungen. Die meist jungen und unverheirateten Zuwanderer tragen dann ihrerseits durch eigene Kinder zum Wachstum der Städte bei. (Pfeil 1972, Bähr 1995). Freilich sind dies nicht ständig fortlaufende Entwicklungen. Wenn sich das Stadtwachstum verringert, reduziert sich in der Regel auch die Bedeutung der Migration. Auf der anderen Seite finden wir gerade in Europa die Situation, daß auch nicht wachsende Großstädte auf Zuwanderung angewiesen sind. In vielen deutschen Großstädten reicht die Relation zwischen Sterbefällen und Geburten nicht aus, um den Bevölkerungsstand zu halten oder gar ein Bevölkerungswachstum zu erreichen.² Jede Migration bewirkt die Generierung neuer städtischer Kulturen oder trägt zur Veränderung vorhandener Kulturen bei.

Zweitens bestimmt sich die moderne Stadt als ein hoch arbeitsteiliges System. Dieser formalen Beschreibung entspricht es, daß sich konkrete Lebenssituationen ausdifferenzieren und auf der realen wie der symbolischen Ebene ständig neue Kulturmuster entstehen. Besonders auffällig sind dabei Jugendkulturen, die zumindest zunächst aus vorhandenen arbeitsteiligen Subsystemen ausgeschlossen bleiben und deshalb im öffentlichen Raum ihren Stil besonders deutlich präsentieren. Ebenso deutlich sind die symbolischen Differenzierungen bei großen, aber nicht mächtigen Migrantenkulturen wie dies in Deutschland bei den Türken der Fall ist.

¹ zu denken ist dabei an Städte wie Singapur und zum Teil sicherlich auch die neuen Stadtentwicklungen in China.

² Im einzelnen sind die Verhältnisse selbstverständlich jeweils unterschiedlich. So leben 1996 in Frankfurt a.M. 647304 BürgerInnen mit deutscher Staatsbürgerschaft und 165926 BürgerInnen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft. In diesem Fall ist die Bedeutung der Migration für die Stadt insgesamt unübersehbar. Der Geburten/Sterbe-Saldo ist negativ (-742) und trägt in diesem Fall mit einem vor allem durch Abwanderung der nicht-deutschen Bevölkerung zu einer Verringerung der Bevölkerung um 2752 BewohnerInnen bei. Auch in Kassel sinkt wegen der geringen Geburtenrate die Bevölkerung, doch wäre dieser Rückgang größer, wenn nicht im Saldo nicht-deutsche Bevölkerung zuwandern würde. In beiden Städten sind die saldierten Bewegungen insgesamt gering, es handelt sich also um weitgehend bevölkerungsstabile Städte. (Quelle: Hessische Gemeindestatistik 1997)

Wenn man also sagen kann, daß moderne Städte aus ihrer eigenen Logik heraus ständig neue Alltagskulturen generieren, so wäre eine außerordentliche Unterdrückung notwendig, um sie in ihrer Entfaltung zu unterdrücken. Mit anderen Worten: die moderne Stadt „verlangt“ nach Offenheit für die Entfaltung immer neuer städtischer Kulturen und es bedarf ausgeprägter Repression, diese Tendenz zu dämpfen oder zu unterdrücken. Allerdings begleiten zum Teil scharfe Auseinandersetzungen zwischen Kulturen und Repressionen, die von einer dominanten Kultur ausgehen, die Geschichte der modernen Stadt. In Deutschland steht dafür als ein historisch wichtiges Beispiel die Unterdrückung polnisch-katholischer kultureller Praxis durch den preußischen Staat im Ruhrgebiet und aktuell die Auseinandersetzung um den repräsentativen Raum, der der muslimischen Kultur in Deutschland gewährt wird.³

Das Spannungsfeld zwischen der Offenheit der modernen Stadt und der gleichzeitigen Auseinandersetzung zwischen Kulturen, Konflikten um die Besetzung von Räumen und Repressionen kultureller Praxis ist *das* Themenfeld der modernen Stadt. Walter Siebel formulierte kürzlich die zentrale Frage: „Daß aus dieser prekären Existenz zwischen zwei Kulturen intellektueller Gewinn und ökonomische Produktivität resultieren statt sozialer Ausgrenzung und psychischer Krankheit, ist höchst voraussetzungsvoll.“ (Siebel 1997, S.34). Aber wo suchen wir die Voraussetzungen für eine „produktive Kultur der Differenz“ (Siebel)? Finden wir die Antworten bei der von Simmel konstatierten Blasiertheit des Großstädtlers, die als Schutzmechanismus fungiert, wie immer wieder angeführt wird. Ist es der öffentliche Raum, der Kommunikation zwischen Fremden ermöglicht, wie Bahrd postuliert? Sind es die „natural areas“ der Chicagoer Schule, die „Halt und Schutz vor der anomischen Verarbeitung der Spannung der Kulturen“ ...bieten (Siebel 1997, S.36). Sind die Bedingungen der Integration des Fremden „als langer, konflikthafter und widersprüchlicher Prozeß“ (Siebel, 1997, S.37) hinreichend beschrieben?

Sicherlich sind die hier nur beispielhaft angeführten Faktoren wichtige Aspekte einer offenen Stadt und beruhen auf immer noch gültigen Beobachtungen und theoretischen Annahmen. Und doch können diese Thesen nicht recht befriedigen. Zum einen sind die Thesen eher sozialpsychologische Mechanismen und keine Bedingungen. Es bleibt die Frage, wie und wo entstehen Schutzmechanismen, resignative Toleranz, kommunikative Kompetenz? Wie wird die „konfliktreiche Integration“ bewältigt? Zum anderen fügen sich die Thesen nicht zu einer theoretisch konsistenten Formulierung, die dann eine strengere Überprüfung bestimmter Entwicklungen in spezifischen Städten in bestimmten Zeitperioden ermöglichen würde. Nur so aber ließe sich eine Stadtpolitik, die eine offene Stadt fördert und ermöglicht, experimentell entwickeln.

Wenn es eine Theorie der offenen Stadt gibt, so muß sie meines Erachtens drei Kriterien erfüllen. Erstens: Die Formulierung der Bedingungen einer offenen Stadt muß strukturell sein, d.h. die Organisationsform der Stadt als Ganzes betreffen. Zweitens: Die so gefundenen Bedingungen müssen sich auf

³ als ein interessantes Beispiel für diese Auseinandersetzung kann der Moschee-Bau in Mannheim gelten. Siehe Alboga, Bekir: Symbole der Integration türkischer Kultur, in Die Stadt, in Brech, J. u. Vanhúe, L. 1997

die gelebte Wirklichkeit beziehen, d.h., daß sich in ihnen auch die sozialpsychologischen Mechanismen wiederfinden müssen. Drittens: Die Bedingungen müssen sich sozialräumlich verorten lassen, da städtische Politik weitgehend räumliche Politik ist. Man könnte eigentlich eine vierte Bedingung hinzufügen, doch scheint sie mir selbstverständlich zu sein. Eine Theorie der offenen Stadt muß das vorhandene soziologische Wissen zu diesem Thema aufgreifen. Es kann also nicht darum gehen, besonders originelle Formulierungen zu finden, sondern Vorschläge zur Diskussion zu stellen, wie das Denken über die offene Stadt kohärenter, empirisch überprüfbarer und damit für eine mögliche Praxis der offenen Stadt relevanter werden könnte.

Drei Kulturen als strukturelle Konstellation

Das Problem der offenen Stadt, da herrscht große Übereinstimmung, ist die Umgangsweise verschiedener Kulturen miteinander, auch wenn über das „wie“ die politischen Ansichten sehr unterschiedlich sind. Aber wenn wir es zunächst einmal offenhalten, ob es sich um Akkulturation, Integration oder Pluralismus handelt, so ist es doch naheliegend, die Beziehung der Kulturen zueinander als die strukturelle Konstellation der offenen bzw. geschlossenen Stadt zu sehen.

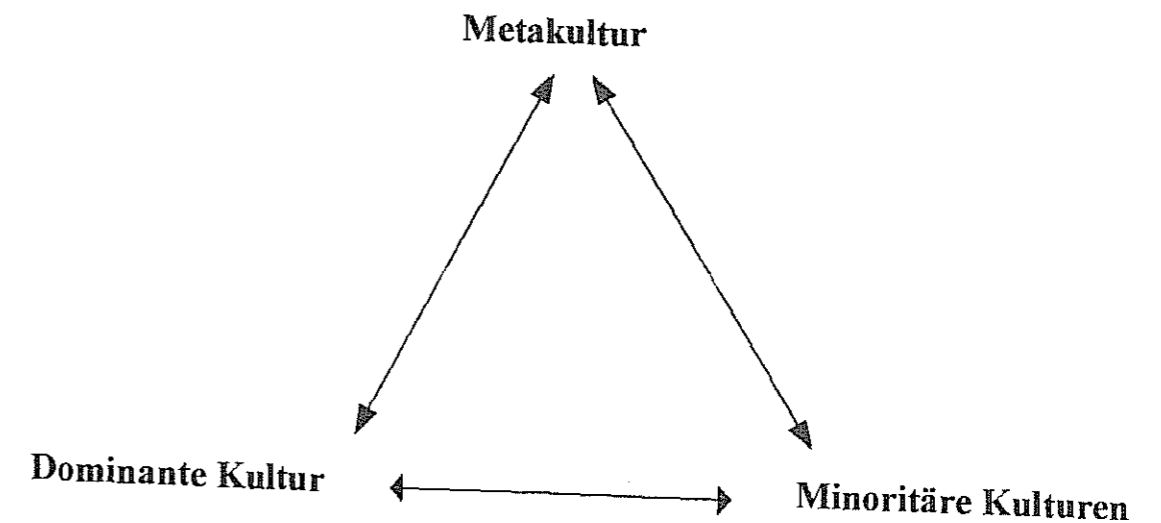
Es stellt sich dann sogleich die Frage, wie sich dieses Netzwerk der Kulturen strukturiert. Häufig wird, - eventuell auch nur um die Erörterung sprachlich zu vereinfachen - von zwei Kulturen gesprochen. Implizit geht es dabei aber immer um die Beziehung einer dominanten Kultur zu mehreren anderen Kulturen. Empirisch gesehen wird unter dem Fremden oder dem Anderen sehr Unterschiedliches zusammengefaßt. Nicht nur daß die Migrantenkulturen sehr verschieden sind und sich nicht selten feindlich gegenüber stehen, auch die aus der inneren Differenzierung der Stadt generierten Kulturen haben mit den Migrantenkulturen oft nur den Minderheitenstatus gemeinsam. Dieser gemeinsame Status als Minorität ist allerdings nicht unbedeutend. Durch ihn entstehen nicht nur Konkurrenzen und Konflikte um knappe Güter wie Wohnungen und Arbeitsplätze, sondern auch gemeinsame Interessen und solidarischer Widerstand gegenüber Repressionen, allgemeine Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung.

Man muß sich fragen, ob es immer und überall eine dominante Kultur geben muß oder gibt. Die Frage, ob es immer zur Herausbildung von Hierarchien kommen muß, - die dominante Kultur ist ja nur der eine Pol einer Hierarchie, - kann hier offen bleiben. Mir erscheint es jedoch so, daß es kaum eine Stadt in der Welt geben dürfte, in der nicht eine Kultur dominant wäre. Selbst in Brasilien, das gemeinhin als pluralistisch und antirassistisch gilt, zeigt nicht nur die gemeinsame portugiesische Sprache die Dominanz einer Kultur an. Eventuell gibt es einige Fälle, in denen zumindest über eine lange Zeit hin zwei Kulturen gleichberechtigt nebeneinander existieren, wie etwa in Beirut bis zu dem Krieg die moslemische und die christliche Kultur gleichrangige Bedeutung hatten.

Wenn man ein Netzwerk der Kulturen einer Stadt konstruiert, so kann man als ein Element eine Beziehung zwischen einer dominanten Kultur und einer Mehrzahl von minoritären Kulturen annehmen. Die Beziehung der minoritären Kulturen untereinander kann enger oder distanter sein, doch ist es wohl richtig anzunehmen, daß sie in sich hierarchisch gegliedert sind. Die Kriterien, nach denen sich die Hierarchie bildet, sind die Äußerungsformen und Privilegien der dominanten Kultur. Diese Hierarchien sind allerdings keineswegs stabil. Die Geschichte der Städte zeigt auch immer wieder die Veränderung der kulturellen Hierarchien bis hin zur Auswechslung der dominanten Kultur. Nehmen wir als Beispiel dafür die Entwicklung Istanbuls von dem oströmischen Konstantinopel über das griechisch orthodoxe Byzanz bis zum osmanischen und republikanisch kemalistischen Istanbul.⁴

Die Beziehung zwischen der dominanten Kultur und den Minoritätskulturen kann mehr oder weniger liberal sein. Dies allein ist jedoch lediglich eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine offene Stadt. Wir formulieren die Hypothese, daß das entscheidende Kriterium für die Offenheit einer Stadt die Entwicklung einer dritten Kultur ist, die alle Partikularkulturen einschließlich der dominanten transzendiert.⁵ Wir schlagen vor, diese Kultur Metakultur zu nennen. Ihr wesentliches Kennzeichen ist, daß sie auf allen Partikularkulturen aufbaut und sich zugleich von jeder unterscheidet. Sie enthält mit anderen Worten Elemente der verschiedenen Partikularkulturen, die sich aus dem Kontext ihrer jeweiligen Herkunft lösen und mit anderen Elementen anderer Kulturen eine neue Konfiguration eingehen.

Schema der kulturellen Beziehungen der Offenen Stadt



⁴ Für eine materialreiche Darstellung dieser Entwicklung siehe Batur, Efile (ed), Istanbul - world city, Tarh Vakfi Yayinlari, Istanbul 1996

⁵ Der Öffnung dualistischer Raumbeziehungen widmet Edward Soja sein Buch Thirdspace. Auch er beschäftigt sich mit den urbanen Kulturen, doch wenn ich es recht sehe, nicht in dem hier gemeinten Sinn der Transzendenz.

Die Hypothese der offenen Stadt geht also nicht davon aus, daß sich partikulare Kulturen auflösen, sondern daß sich ein Kräftefeld entwickelt, in dem sich die drei Kulturtypen gegenseitig beeinflussen. Die Integration erfolgt auch keineswegs nur über die Metakultur, obgleich ihre Existenz eine zentral notwendige Bedingung für die Offenheit der Stadt ist, sondern durch die Entwicklungen, Akkulturationen *aller* Kulturen.

Es ist offensichtlich, daß diese Hypothese empirisch überprüft und „gefüllt“ werden muß. Doch ergeben sich auch jetzt schon einige zentrale Forschungsfragen. Gibt es in einer Stadt mit mehreren Kulturen eine Metakultur, wie kohärent und manifest ist diese Kultur, auf welche Lebensbereiche bezieht sie sich (Sprache, Nahrung, Kleidung, Konsumpräferenzen, Beziehung der Geschlechter und Generationen, Freizeitverhalten etc.)? Bringt die Metakultur eigene Symbole und Leitbilder hervor? Wie liberal bzw. repressiv ist die Beziehung zwischen der dominanten Kultur und den minoritären Kulturen, gibt es einseitige oder wechselseitige Akkulturationen, welche issues spielen bei Konflikten zwischen den Kulturen eine Rolle?

Macht man gedanklich einen Streifzug durch verschiedene Städte Europas, so lassen sich in dieser Hinsicht wesentliche Unterschiede zwischen Amsterdam und Frankfurt, London, Paris, Berlin und Warschau vermuten. Auch innerhalb eines Landes sind durch ihre Geschichte und spezifische Rolle bedingte Unterschiede zwischen einzelnen Städten sehr wahrscheinlich.

Räume der Kulturen

Wie zu Beginn schon angedeutet, ist es wichtig, die auf der Ebene der Beziehungen und Konfigurationen der Kulturen formulierte Hypothese über die Entwicklungsbedingungen der offenen Stadt auf konkrete Räume, mehr aber noch auf die Raumstruktur zu beziehen, um den Bogen zur politischen und sozialen Praxis der offenen Stadt zu schlagen. Dabei steht im Mittelpunkt des Interesses nicht die räumliche Verteilung von Kulturen, - obgleich dies eine für die Stadtpolitik und die Planung wichtige Information ist, sondern die Frage nach den räumlichen Bedingungen der Generierung der offenen Stadt. Diese Frage gliedert sich in zwei Teilfragen:

Erstens: Welche raumtypologischen Anforderungen müssen oder sollten erfüllt sein, damit sich neue Partikularkulturen entfalten können? Diese Frage ist zentral, weil der „Test“ dafür, wie offen eine Stadt ist, weniger darin zu sehen ist, wie ausgeglichen die Beziehungen der schon existierenden Kulturen sind, sondern vielmehr darin, welche Chance die Neubildung von Kulturen hat.

Zweitens: Ist es günstig oder gar erforderlich, daß es Räume gibt, die die Metakultur repräsentieren und welchen Charakter könnten diese Räume haben?

Wenden wir uns zunächst der ersten Frage zu. Eine neue Kultur ist im Kontext der schon existierenden Kulturen eher schwach. Um die vorhandenen Kulturen haben sich Machtsysteme gebildet, die über die

Verfügung und Zugänglichkeit von Räumen bestimmen. Dadurch entstandene Konfliktlinien und Abhängigkeitsbeziehungen besetzen und strukturieren den Raum. Damit ergibt sich eine erste raumtypologische Bedingung für die Entfaltung neuer Kulturen. Es muß Räume geben, die nicht oder nicht in dem gleichen Maße besetzt sind wie die üblichen Flächen einer Stadt. Zwei Typen von Räumen erfüllen diese Bedingungen: die Nische und der Rand. Für beide gilt, daß sie in einem geringeren Maße formal reguliert sind, daß sie noch nicht oder nicht mehr besetzt sind. Nische und Rand sind jedoch nur dann für die Entfaltung neuer Kulturen günstig, wenn es sich nicht um von der Entwicklung der Stadt abgetrennte, sozial und ökonomisch isolierte Räume handelt. Nische und Rand sind dann günstig, um es positiv auszudrücken, wenn sich mit ihnen Aufwertungserwartungen verbinden können.

Nischen entstehen dadurch, daß die meisten städtischen Räume Zyklen von „Wert und Abfall“ durchlaufen. (Thompson 1981). Räume werden zu „urbanem Müll“ weil die Stilrichtung der in ihnen vorherrschenden Architektur aus der Mode gekommen ist oder weil sich ihre Nutzung ökonomisch überlebt hat. Dies führt zu einer Entwertung dieser Räume, die sich in sinkenden Grundrenten niederschlägt. Damit geraten diese Räume auch leicht aus dem Blick des öffentlichen Interesses, so daß die Dichte der formalen Regulierung hier im Vergleich zu anderen Stadträumen geringer ist. Kann sich mit solchen Räumen wenigstens in Umrissen die Erwartung einer zukünftigen Aufwertung verbinden, so sind sie für die Entfaltung neuer Kulturen optimal.

Ränder haben wenigstens in wachsenden Städten ähnliche Eigenschaften. Sie sind noch nicht besetzt und in vielen Ländern ist die dort existierende Regulationsdichte extrem gering. In Städten wie Athen und Istanbul, aber auch in vielen Städten Südamerikas entwickelt sich hier ein eigener Typus der Verstädterung, den wir an anderer Stelle periphere Stadtentwicklung genannt haben (Chtouris, Heidenreich, Ipsen 1993). Durch illegales Bauen, manchmal auch durch die Besetzung von fremdem Grund, schaffen sich Immigranten ein eigenes Haus als Basis für Produktion und Reproduktion. Die wachsende Stadt entwickelt erhebliche zentripedale Kräfte. Was heute noch Rand ist, ist morgen in der Stadt. Damit steigt der Bodenpreis, was noch zusätzlich durch die Legalisierung der bestehenden Bebauung verstärkt wird. Die neuen, oft regional und ländlich geprägten Immigrantenkulturen können sich so materiell (durch den Bau neuer städtischer Häuser) und kulturell urbanisieren; sie bringen sich in die Stadt ein. An den Rändern kann man allerdings vielerorts auch deutlich machen, wie leicht die geographisch gleiche Situation zu einer Ungunstlage werden kann, wenn sie von der allgemeinen städtischen Entwicklung abgekoppelt werden. Die sogenannten Favelas in den großen brasilianischen Städten zeigen diese doppelte Form. Man findet dort ausgesprochen aufstiegsorientierte Gebiete und solche, die als relativ dauerhafte Armutinseln nur ein marginales Dasein ermöglichen.

Nische und Rand haben noch eine weitere Eigenschaft gemeinsam. In ihnen ist das alltägliche soziale und ökonomische Leben in starkem Maß gemeinschaftlich geprägt. Familien und Regionen ähnlicher Herkunft, aber auch Wohngemeinschaften und Genossenschaften konstituieren ein Netz gemeinschaftlicher Ökonomie und Überlebensstrategien. Auf diese Weise kann sich neue Kultur relativ autonom entwickeln. Zugleich bieten diese gemeinschaftlichen Lebensformen in der modernen, gesell-

schaftlich geprägten Stadt Rückzug, Schutz und Sicherheit, um die starke Beanspruchung der Sinne und des Gemütes durch die Begegnung mit dem Fremden durch eine "Welt des Ähnlichen" zu kompensieren.

Hier ist auch ein Ansatzpunkt für die Sozialpsychologie der offenen Stadt zu finden. Gemeinschaftsformen und relativ homogene Milieus bilden den Gegenpol zur Heterogenität und Komplexität der offenen Stadt. Zwischen diesen Polen bewegen sich die verschiedenen Adaptionsniveaus, die auf der Ebene des einzelnen Individuums ein optimales Verhältnis von Komplexitäts-Induktion und Reduktion ermöglicht (Berlyne 1974)⁶

Wenden wir uns nun der zweiten Frage zu. Braucht die Metakultur einen Raum und wenn ja, wie ließe sich dieser Raum charakterisieren? Man muß zunächst konstatieren, daß hierzu recht wenig Forschungen vorliegen und die Thesen deshalb stark spekulativ sind. Dennoch möchte ich dazu drei Aussagen formulieren.

Die Metakultur kann aus vornehmlich mentalen Elementen bestehen und ist dann bestenfalls sekundär räumlich. Als Beispiel kann der „Lodzer Mensch“ dienen. Lodz entwickelt sich als Industriestadt auf der Basis deutscher, jüdischer und polnischer Kultur im 19. Jahrhundert. Zentriert um die Textilindustrie und einige wenige große Unternehmen entwickelt sich die Vorstellung eines besonderen Menschenschlages, eben des Lodzer Menschen. Der Lodzer Mensch ist, folgen wir dem Bild, arbeitsam und pünktlich, ordentlich und modern, weder polnisch noch jüdisch oder deutsch, sondern das gute Gemeinsame der Partikularkulturen dieser Stadt. Dieses Bild braucht keinen besonderen Raum in der Stadt, die Stadt selber ist sein Raum. Ähnliches gilt für Sprachformen der Metakultur, wie sie etwa in dem Film „Blade Runner“ auftauchen. In der Stadt hat sich ein Slang entwickelt, der im städtischen Raum insgesamt die Metakultur repräsentiert. Eine Möglichkeit ist es also, daß der Raum der Metakultur die Gestalt der Stadt als Ganzes ist.

Es ist aber zum zweiten auch denkbar, daß die Metakultur Symbole entwickelt, die sich räumlich materiell niederschlagen, auf einen konkreten Ort bezogen sind. So hat das Bewußtsein, New York sei die Welt, konkrete Orte. Little Italy oder China Town sind nicht italienisch oder chinesisch, sondern das über das Partikulare der Kultur hinausreichende Element, das alle teilen. Ein Bestandteil löst sich aus dem inhaltlichen Kontext der Partikularkultur, hat aber sehr wohl einen Ort. Diese Orte werden zum Raumbild, zum symbolischen Ausdruck einer allgemein geteilten Sicht der städtischen Welt. Der Raum der Metakultur ist in diesem Fall Ort einer Partikularkultur, der aber nicht mehr das Besondere einer Kultur sondern den verallgemeinerten Beitrag dieser Kultur zur Metakultur repräsentiert.

⁶ Die Kernthese der Erregungstheorie von Berlyne verbindet die Attraktivität einer Situation mit der Komplexität und Neuigkeit der diese Situation kennzeichnenden Informationen. Die Beziehung ist: ein sehr geringes Komplexitätsniveau wird als unangenehm empfunden, ein sehr hohes ebenso. Dazwischen liegt ein individuell variiendes Optimumniveau.

Drittens ist es möglich, daß die verschiedenen Kulturen einer Stadt einen gemeinsamen Ort haben, an dem sie sich nicht als „ethnologisches Museum“, sondern in ihrer eigenen Kultur transzendieren. In New York könnte dies die ostentative Individualität sein, die man im Central Park lebt. Wenn es solche gemeinsamen Orte gibt, so sind sie hochsensibel gegenüber Vereinnahmungen durch die eine oder andere Kultur (und dies gilt auch gegenüber Ansprüchen der dominanten Kultur). Die beharrlichen zivilgesellschaftlichen Bemühungen um die Offenheit des Central Parks können ein Hinweis auf die empirische Existenz solcher gemeinsamen Orte der Metakultur sein.⁷

Wir hätten damit drei mögliche Raumtypen der Metakultur: die Gestalt der ganzen Stadt, ein sich transzendierender besonderer Ort einer Partikularkultur und Orte gemeinsam geteilter Repräsentation.

Abschließende Bemerkungen zur politischen Praxis der offenen Stadt

Es ist ohne Zweifel so, daß die bislang vorgestellten Überlegungen und Thesen einer gründlichen und kritischen Diskussion sowie der empirischen Überprüfung bedürfen, bevor man Schlußfolgerungen für die Politik und Planung einer offenen Stadt ziehen sollte. Es kann hier also nur darum gehen, darauf hinzuweisen, daß aus diesen Überlegungen überhaupt praktische Hinweise zu gewinnen wären. Ich möchte die Richtung meiner Überlegungen durch zwei Bemerkungen andeuten.

Auf Grund der vorgestellten Thesen zur kulturellen Konstellation der offenen Stadt ist es plausibel, über die Praxis der sozialen Durchmischung nachzudenken. Unsere These würde es nahelegen, kulturell homogene Stadträume nicht nur zuzulassen, sondern zu fördern. Die Planung und Politik hätte allerdings darauf zu achten, daß diese Gebiete durch ihre Ausstattung und den Erhaltungszustand, durch die Verkehrsanbindung und ihr öffentliches Image nicht zu Räumen der Diskriminierung werden können.

Die formulierten Thesen legen es auch nahe, daß Politik und Planung in einem gewissen Maße „Abwertungsräume“ zulassen, und daß in diesen Räumen die Regulations- und Kontrollichte zu verringern wäre. Dabei besteht die Schwierigkeit, solche Maßnahmen oder die Unterlassung von Maßnahmen so anzulegen, daß nicht der Eindruck einer dauerhaften Vernachlässigung oder gar Abkoppelung entsteht. Dies könnte dadurch geschehen, daß in solchen Gebieten die lokale Politik und Planung Beratung und Unterstützung für die Entwicklung gemeinschaftszentrierter Ökonomie anbietet.

Die beiden Überlegungen, die hier beispielhaft aufgeführt wurden, haben eines gemeinsam. Planung und Politik müßten Ambivalenzen zulassen. Zwischen Verfall und Sanierung entstünde ein Drittes: innere Stadtränder, genutzte Brachen, eben Nischen. Zwischen der sozialen Durchmischung und dem „Ghetto“ entstehen „cultural areas“ mit eigenen Symbolen und einer Selbstregulierung des sozialen und ökonomischen Lebens. Neben der Marktökonomie steht eine Gemeinschaftsökonomie.

⁷ Siehe; Der Kitzel des Gruseligen, Der Spiegel 29, 1998, S.134ff

Damit wird erkennbar, daß die offene Stadt wahrscheinlich nicht ein klar strukturierter und insofern abstrakter Raum ist, sondern eher eine Reihung und Verknüpfung gelebter Orte, die Widersprüchliches miteinander verbinden. Ambivalenz ist ein wesentliches Kennzeichen der offenen Stadt. Das hat, wie man sich denken kann, erhebliche Konsequenzen für die Methoden der Planung.

Literatur

- Bähr, Jürgen; Mertins, Günter, Die Lateinamerikanische Gross-Stadt, Darmstadt 1995
Bahrd, Hans-Paul, Die moderne Großstadt, Reinbek b. Hamburg, 1991
Batur, Efi (ed), Istanbul - world city, Tarh Vakfi Yayinlari, Istanbul 1996
Berlyne D.E., Konflikt, Erregung, Neugier, Stuttgart 1974
Brecht, Joachim; Vanhúe, Laura (Hg.), Migration. Stadt im Wandel, Darmstadt 1997
Chtouris, Sotiris; Heidenreich, Elisabeth; Ipsen, Detlev, Von der Wildnis zum urbanen Raum. Zur Logik der peripheren Verstädterung am Beispiel von Athen, Frankfurt 1993
Davis, Mike, City of Quartz, London 1990
Lefebvre, Henri, The Production of Space, Oxford 1991
Pfeil, Elisabeth, Großstadtforschung, Hannover 1972
Siebel, Walter, Die Stadt und die Fremden in Brecht, J. op.cit.
Simmel, Georg, Die Großstädte und das Geistesleben in ders. Das Individuum und die Freiheit, Berlin 1984
Simmel, Georg, Exkurs über den Fremden. In: Gesamtausgabe Bd.2, S.764 - 771, Frankfurt a.M. 1992
Soja, Edward W., Thirdspace, Cambridge 1996
Thompson, Michael, Die Theorie des Abfalls, Stuttgart 1981

Frauen-Netzwerk Stadt- und Regionalsoziologie

Sinn(lichkeit), Schrift und Raum

von Sabine Thabe (Dortmund)¹

„Schlechte Poesie entspringt immer echtem Gefühl.“ Oscar Wilde

1. Ansätze narrativer Raumphilosophie

Mit den folgenden Überlegungen will ich ein Thema zur Diskussion stellen, das sich mit *Raumtheorie als Erzählform* befaßt. Dieser Ansatz, *Raum als Textstruktur* zu begreifen, ist in Nachbardisziplinen (insbesondere in den Literaturwissenschaften) bereits stärker verbreitet.

So beschreibt Michel Butor den Roman als „Suche“ und das Erzählen als „ein wesentliches Element für unser Verständnis von Wirklichkeit“². Für Butor spiegelt sich „Stadt“ im „Text“: „Wo ich auch haltmache, bin ich umgeben, eingekreist von Text (...)“³. Und er geht sogar noch darüber hinaus: „Die Funktion der Stadt als Speicher von Texten ist so wichtig, daß man sich fragen kann, ob darin nicht ihre wichtigste Wurzel liegt.“⁴ Auf die Textualität von Stadt rekurriert bereits Roland Barthes in seinem Japan-Buch⁵ und er betont insbesondere die Lust an der Stadt als die (abstrakte) Lust an einem Zeichensystem⁶.

Dieser Lust folgen auch (feministische) Literaturwissenschaftlerinnen⁷. Sigrid Weigel etwa führt in den „Topographien der Geschlechter“⁸ imaginäre Besetzungen städtischer Räume und deren Mythologisierung und Sexualisierung (sowohl durch Männer als auch durch Frauen) aus.

Am Beispiel von Walter Benjamins „Denkbildern“⁹ zeigt sie eine erkenntnistheoretische/geschichtsphilosophische Denkposition, die sich im „Bild“ als

¹ Die Autorin arbeitet als wissenschaftliche Assistentin am Fachgebiet Soziologische Grundlagen der Raumplanung in Dortmund. Der Aufsatz basiert auf einem Vortrag, der am 19.06.1998 im Rahmen eines Treffens des Frauennetzwerkes Stadt- und Regionalsoziologie in Marburg gehalten wurde und Auszüge eines Habilitationsvorhabens zur Diskussion stellte.

² Vgl. Butor, M., Die Alchemie und ihre Sprache. Essays zur Kunst und Literatur, Frankfurt 1990, S. 53 ff.

³ Vgl. Butor, M., Die Stadt als Text, Graz/Wien 1992, S. 9

⁴ Vgl. Butor, M., a.a.O., S. 13

⁵ Vgl. Barthes, R., Das Reich der Zeichen, Frankfurt 1981. Zur (räumlichen) Semiotik Japans (insbesondere Tokios) neuerdings: Roth, G., Der Plan, Frankfurt 1998

⁶ Vgl. Barthes, R., Die Lust am Text, Frankfurt 1974

⁷ Zum Beispiel: Scholvin, U., Döblins Metropolen. Über reale und imaginäre Städte und die Travestie der Wünsche, Weinheim/Basel 1985

⁸ Vgl. Weigel, S., Topographien der Geschlechter. Kulturgeschichtliche Studien zur Literatur, Hamburg 1990

⁹ Vgl. Weigel, S., Leib- und Bildraum. Lektüren nach Benjamin, Köln/Weimar/Wien 1992; Weigel, S., Entstellte Ähnlichkeit. Walter Benjamins theoretische Schreibweise,

„Drittes“ zwischen Inhalt und Form in Szene setzt. Insbesondere die Verbindung von *Eros und Sprache* ermöglicht hier einen neuen Umgang etwa mit Kreativität und Schöpfungsmythen.

Auch die LiteraturwissenschaftlerInnen C. W. Thomsen (1989), M. Smuda (1992), V. Klotz (1969), S. Hauser (1990) und H. Suhr/T. Steinfeld (1990) analysieren die Lesbarkeit einer Stadt über deren komplexes Zeichen- und Symbolsystem und regen zu kulturwissenschaftlich fundierten Raumbilddiskussionen an, die sicherlich auch für die Stadt- und Regionalsoziologie in Zukunft relevant werden.

Ausgehend von diesem (literatur)wissenschaftlichen Vorwissen zum Zeichen- und Symbolsystem „Stadt“ frage ich im folgenden nach der Relation von Ästhetik, Wissenschaft und Raum¹⁰. Dabei interessiert mich das ironische Changieren zwischen spielerisch-poetischer „Irrationalität“ und selbstgewiß-wissenschaftlicher „Rationalität“. Raymond Federman bezeichnet dieses „Spiel“ als „Surfiction“ und meint damit Literatur, die die Fiktionalität von „Realität“ offenlegt: „Die wirkliche Welt liegt nun in der Sprache, wird durch Sprache wiedererschaffen.“¹¹

Schreiben heißt also Bedeutung schaffen, denn es existiert keine Bedeutung *vor* der Sprache¹². Schreiben umfaßt dabei die Suche nach Identität und Auseinandersetzung mit Mythen, denn genau die fragen schließlich: „Wo komme ich her? Wo gehe ich hin?“ Diese raumrelevanten Fragestellungen und insbesondere ihre Antworten¹³ geben Aufschluß über die theoretische Positionierung der/des Fragenden.

Literatur „löst“ diese Fragen auf spielerisch-lustvolle Weise. In der „Hedonistik“¹⁴ zwischen *Literatur und Wissenschaft* stehen insbesondere *Humor und Spiel* „für die lustvolle Befreiung von unlustvollen Zwängen.“¹⁵ Diese Vorstellungen lassen sich historisch umfangreich dokumentieren¹⁶. Bevor ich nun zu meinem Erzählbeispiel komme, an dem ich zeigen will, was *narrative Raumphilosophie* meinen könnte, verweise ich (in der an dieser Stelle gebotenen Kürze) auf meinen eigentlichen theoretischen „Kronzeugen“: Richard Rorty.

Frankfurt 1997

¹⁰ Vgl. Hard, G.: „Ästhetische Dimensionen in der wissenschaftlichen Erfahrung“, S. 323-367, in: Jüngst, P./O. Meder, Aggressivität und Verführung, Monumentalität und Territorium. Zähmung des Unbewußten durch planerisches Handeln und ästhetische Formen?, Kassel 1995

¹¹ Vgl. Federman, R., *Surfiction: Der Weg der Literatur*. Hamburger Poetik-Vorlesungen, Frankfurt 1992

¹² Ich weise darauf hin, daß *TheologInnen* und *metaphysische RaumtheoretikerInnen* hier anderer Ansicht sind.

¹³ Vgl. z.B. für die Stadt- und Regionalsoziologie: Läßle, D.: „Essay über den Raum“, in: Häußermann, H. (Hg. et al.), *Stadt und Raum. Soziologische Analysen*, Pfaffenweiler 1991 und Sturm, G., *Wege zum Raum*, Dortmund 1997

¹⁴ Vgl. Anz, T., *Literatur und Lust. Glück und Unglück beim Lesen*, München 1998

¹⁵ Vgl. Anz, T., a.a.O., S. 37

¹⁶ Ich denke etwa an Aristoteles' „Poetik“, das „Lob der Torheit“ des Erasmus von Rotterdam oder H. Bergsons „Das Lachen“ (1921). Auch S. Freud hatte in dieser Hinsicht (also zu Witz und Phantasie) einiges zu sagen. Oder Paul Feyerabend mit seiner Vorstellung von „Wissenschaft als Kunst“ (1984). Zu aktueller Gelotologie (Lachforschung); vgl. Berger, P.L., *Erlösendes Lachen. Das Komische in der menschlichen Erfahrung*, Berlin/New York 1998

Rorty plädiert in seinem zweiten Hauptwerk „Kontingenz, Ironie und Solidarität“¹⁷ für eine radikale *Diesseitigkeit* und damit meint er die konsequente Verabschiedung von Metaphysik, so „daß wir versuchen sollten, an den Punkt zu kommen, wo wir *nichts* mehr verehren, *nichts* mehr wie eine Quasi-Gottheit behandeln, wo wir *alles*, unsere Sprache, unser Bewußtsein, unsere Gemeinschaft, als Produkte von Zeit und Zufall behandeln.“¹⁸

Dieser Position liegt die Annahme zugrunde, daß unsere „zentralen Überzeugungen und Bedürfnisse kontingent sind.“¹⁹ Mit dieser Vorstellung geht Rortys non-fundamentalistischer Wahrheitsbegriff einher, der sich von ewigen Wahrheiten, Werten und Ordnungen verabschiedet hat, so „daß es keine Wahrheit gibt, wo es keine Sätze gibt, daß Sätze Elemente menschlicher Sprachen sind und daß menschliche Sprachen von Menschen geschaffen sind (...) Die Welt ist dort draußen, nicht aber Beschreibungen der Welt. Nur Beschreibungen der Welt können wahr oder falsch sein. Die Welt für sich - ohne Unterstützung durch beschreibende Tätigkeit von Menschen - kann es nicht.“²⁰ Wahrheit wird, nach Rorty, „eher gemacht als gefunden“²¹.

Diese relativistische Wahrheitsvorstellung hat (dann) Konsequenzen für Rortys Subjektbegriff, denn den braucht er, um sprachliche Aussagen rückbinden zu können. So unterscheidet er zwei wesentliche Sprachpositionen, die der „liberalen Ironikerin“ und (in Anlehnung an Harold Bloom) die des „starken Dichters“. Menschliches Selbstbewußtsein kann auf diese Weise als Selbsterschaffung gedacht werden und zwar einmal aus einer kritisch-distanzierten Position sich selbst gegenüber hinaus²² und zum anderen als idiosynkratisches Produkt einer „starken Erzählung“.

Von einer solchen „starken“ und gleichzeitig „ironischen“ Erzählung soll im folgenden die Rede sein, wenn ich M. Atwoods Roman „Lady Orakel“ unter sprach- und raumtheoretischen Gesichtspunkten untersuchen werde.

2. Ein Beispiel narrativer Raumphilosophie

Den Eingangüberlegungen, was eine (sprach)analytische und ästhetische Fundierung narrativer Raumerschließung ausmachen könnte, soll nun ein Beispiel folgen. Ich wähle dazu einen frühen Roman der kanadischen Schriftstellerin Margaret Atwood, die 1939 in Ottawa geboren wurde. 1976 erschien Atwoods „Lady Oracle“ in englischer Sprache, 1984 erstmalig in deutscher Übersetzung. In diesem Roman erzählt die Schriftstellerin die Geschichte einer Schriftstellerin, die in verschiedenen, parallelen Universen zu Hause ist.

Neben einer Karriere als feministischer Autorin ist die Romanfigur mit einem (politisch korrekten, ein wenig lebensfremden) Politologen verheiratet, zudem mit einem exaltierten Künstler liiert und last not least Erfinderin zahlreicher Kitschromane. Das kann auf Dauer nicht gutgehen: Die verschiedenen Welten dringen ineinander, es kommt zu Irrungen und Wirrungen.

¹⁷ Vgl. Rorty, R., *Kontingenz, Ironie und Solidarität*, 3. Aufl., Frankfurt 1995

¹⁸ Rorty, R., a.a.O., S. 50

¹⁹ A.a.O., S. 14

²⁰ A.a.O., S. 24

²¹ A.a.O., S. 27

²² Diese (ironische) Haltung ließe sich etwa mit Niklas Luhmanns Einführung des Beobachters „zweiter Ordnung“ vergleichen.

Wer Woody Allens letzten Film („Deconstructing Allen“, 1998) gesehen hat, weiß, welch Derrida'sches Verwirrspiel hier betrieben wird. Leben als radikalisierte Version ästhetischer Praxis im Sinne künstlicher Künstlichkeit²³.

Was macht die Heldin der Story für meine Vorstellung einer narrativen Raumphilosophie so sympathisch? Lesen wir dazu ihre Selbstdarstellung, mit der sie sich in die Geschichte einführt: „Ich plante meinen Tod mit Bedacht - anders als mein Leben, das, trotz meiner lahmen Versuche, es unter Kontrolle zu halten, dauernd auf Abwege geriet. Mein Leben hatte die Neigung zu zerfasern, wackelig zu werden, es verschnörkelte sich girlandenartig wie der Rahmen eines Barockspiegels, was daher kam, daß ich immer den Weg des geringsten Widerstands ging. Meinen Tod wünschte ich mir im Gegensatz dazu schlicht und einfach, eher untertrieben, ja sogar mit einem kleinen Schuß Strenge, wie eine Quäker-Kirche oder wie das kleine Schwarze mit einer einzigen Perlenkette, das von allen Modemagazinen angepriesen wurde, als ich fünfzehn war. Diesmal sollte es keine Trompeten, kein großes Geschrei, keinen Flitter, keine Unklarheiten geben. Der Trick war, spurlos zu verschwinden, den Schatten einer Leiche zurückzulassen, einen Schatten, den jedermann fälschlich für handfeste Wirklichkeit hielt. Zuerst glaubte ich, ich hätte es geschafft.“²⁴

Am Anfang von Atwoods Geschichte steht also das „Ende der Geschichte“; das ist ein postmoderner Topos, der bei ihr in folgenden Gegensätzen aufscheint: So sehr sie sich auch „Schlichtheit“ und „Strenge“ einer modernen, rationalen Lebensführung wünscht, sie kann ihr Leben nicht unter „Kontrolle“ bekommen. Es gerät auf „Abwege“ und die Versuche, dies zu ändern, sind nur „lahm“. Der moderne, aufklärerische Topos eines zielgerichteten, auf Sinnhaftigkeit und Geradlinigkeit ausgerichteten Lebens gerät aus den Fugen, wird „wackelig“ und „verschnörkelt“. Angedeutet wird hier ein erzähltes Leben, das zwischen aufgeklärter, bewußter Lebenswelt und traumhafter Phantasiewelt changiert.

Die Autorin sitzt zu Beginn der Story am Ende des Geschehens, genauer gesagt: in Terremoto, einem kleinen, italienischen Dorf unweit Roms. Von hier geht sie noch mal zu den Anfängen ihrer Geschichte zurück und erzählt, wie alles begann. So erfahren wir über Atwoods Protagonistin „Joan Foster“ vordergründig erst mal folgendes: Sie ist rothaarig, grünäugig, „sentimental“²⁵ und „hoffnungslos romantisch.“²⁶ Diese frühe Beschreibung der Hauptfigur des Romans deutet bereits in Grundzügen literarische Traditionen (Manierismus und schwarze Romantik) an, die für die Story von wesentlicher Bedeutung sein werden.

Doch nun anfangen, wo es anfängt: „Joan Foster“, kanadische Romanautorin, sitzt in einem kleinen, italienischen Kaff und beginnt ihre Geschichte mit einer Rückbesinnung auf ihre Kindheit. Hier werden Erfahrungen thematisiert, die um die Aspekte „Leiblichkeit“ und „kindliche Wunschwelt“ kreisen. Als Mädchen ist Joan dick. Noch nicht darauf sozialisiert einem zeittypischen Schlankheitsideal zu entsprechen, besucht sie die heimische Tanzschule mit denselben Hoffnungen wie die gleichaltrigen Mädchen:

²³ Vgl. etwa Shearman, J., Manierismus - Das Künstliche in der Kunst, Weinheim 1994

²⁴ Vgl. Atwood, M., Lady Orakel, Frankfurt 1986, S. 5

²⁵ A.a.O., S. 15

²⁶ A.a.O., S. 175

„Ich liebte die Tanzschule (...) und in meiner Phantasie sah ich mich selbst, von einem schlanken Mann in schwarzem Trikot gehoben, durch die Luft fliegen, leicht wie ein Luftballon, angetan mit einer Art Spitzendeckchen, das Haar voller Bergkristalle, aus denen Hoffnung funkelte.“²⁷

Diese Hoffnung endet in einer Reihe von Demütigungen und hilflosem Zorn gegenüber einer (f)rigiden Mutter, deren Wunschbild das Kind so gar nicht entspricht: „Meine Mutter war ein Monster (...) Sie war Manager, Schöpfer, Agent; ich sollte das Produkt sein.“²⁸ Der spätere Kampf mit der Mutter, der sich in seinen Grundzügen hier bereits andeutet, ist ein Kampf um Autonomie. Und diese Autonomie umfaßt ein körperliches Abgenabeltsein und den Kampf um einen eigenen Körper. Die Grenzlinien dieses Streites sind „Leib und Form“: „Zu jener Zeit aß ich pausenlos, verbissen, stur alles, was ich kriegen konnte. Der Krieg zwischen meiner Mutter und mir war voll entbrannt, das umkämpfte Gebiet war mein Körper.“²⁹

Die Auseinandersetzungen zwischen Mutter und Tochter verlaufen also weniger auf einer rein sprachlichen Ebene, vielmehr geht es um „Anerkennung und Präsenz“ an konkreten Orten: „Ich hatte mir angewöhnt, zwar lautlos, aber deutlich sichtbar durch die Räume zu schlappen, in denen meine Mutter saß; es war eine Art umgekehrte Modeschau.“³⁰

Das Gegenbild zu Joans Mutter ist ihre Tante „Lou“, sie wird als positiver Bezugsrahmen, (allerdings nicht akzeptierter Weiblichkeit), geschildert: „Tante Lou dagegen war weich, wogend, wollig, pelzig; selbst ihr Gesicht, voller Puder und Rouge, war wie bei einer Biene mit winzigen Härchen bedeckt. Strähnen standen ihr vom Kopf ab, Fäden hingen von Kleidersäumen herunter, süßliche Düfte stiegen zwischen Kragen und Nacken auf, wo ich meine Stirn anlehnte, während ich den Geschichten vom sprechenden Fuchs zuhörte.“³¹

In dieser sinnlichen Welt der „Jahrmarktschreier und Blaskapellen“, der „rosa Zuckerwatte und des fettigen Popcorns“ entfaltet Atwood eine erste Gegenwelt, aus der das (magische) Bild der „dicken Dame“ entspringt, die fortan immer wieder Joans Leben durchkreuzen wird. Noch ist dieses Bild rudimentär und wartend: „Gewöhnlich stellte ich mir die dicke Frau auf einem Stuhl sitzend und strickend vor (...) Ich sah sie vor mir in Gazehosen und kastanienbraunem Satin-Büstenhalter und roten Slippers wie die Tanzmädchen. Ich dachte darüber nach, was sie fühlen mochte. Eines Tages würde sie aufbegehren, sie würde etwas tun; bis dahin lebte sie von der Neugier.“³²

Der Kampf mit der Mutter um selbstbestimmte Leiblichkeit setzt sich bis dahin als ein Kampf um Präsenz, Sprache und Freiraum fort. So wünscht sich das Mädchen seinen Protest im Operngesang zu artikulieren: „Eine Zeitlang wollte ich Opernsängerin werden. Obwohl sie fett waren, konnten sie extravagante Kostüme tragen, niemand lachte über sie, sie wurden geliebt und gepriesen. Unglücklicherweise konnte ich nicht singen. Aber die Vorstellung reizte mich: in der Lage zu sein, sich vor alle hinzustellen und, so laut es ging, zu schreien, über Haß und Liebe und Wut und

²⁷ A.a.O., S. 48

²⁸ A.a.O., S. 78

²⁹ A.a.O., S. 81f.

³⁰ A.a.O., S. 84

³¹ A.a.O., S. 107

³² A.a.O., S. 109

Verzweiflung, aus vollster Lunge zu brüllen und zu erleben, wie es zu Musik wurde. Das wäre toll.“³³

Auch der Kampf um den eigenen, geschützten Raum³⁴ findet hier seinen Ort als (symbolische) *Unordnung*: „Für mich bedeutete diese Unordnung, daß man tun konnte, was man wollte (...) und verstreute Kleider und Bücher und Schokoladenpapier über die von meiner Mutter so sorgfältig geplante Einrichtung.“³⁵

Mit dem Tod von „Tante Lou“ endet auch Joans Jugend. An das ihr vererbte Geld von der Tante ist die Auflage des Abnehmens geknüpft. Damit verbindet sich das Verlassen des Elternhauses, die Distanz zur Mutter und die Erfahrung, den eigenen Körper selbständig in Besitz zu nehmen, womit alte Schmerzen aufleben: „Die Welt, die ich so lange verschwommen gesehen hatte, mit der riesigen aber undeutlichen Figur meiner Mutter, die den Vordergrund stellte, wurde auf einmal scharf und deutlich. Sonnenschein und leuchtende Farben taten meinen Augen weh.“³⁶

Reduziert auf „Normalgewicht“ verläßt Joan ihre Heimatstadt Toronto und sucht neue Freiräume des Erlebens: „Ich suchte eine Stadt, in die ich ziehen konnte, in der ich frei sein würde, nicht ich selbst zu sein.“³⁷ Die Freiheit, nicht sie selbst zu sein³⁸, führt sie nach London. Dort beginnt sie ein Leben mit wechselnden Identitäten aufzubauen. Zu diesem neuen Leben zählt eingangs die Begegnung mit einem polnischen „Grafen“, der seinen Lebensunterhalt mit der Herstellung von Krankenschwester-Romanen bestreitet.

Angeregt, auf diese Weise leichtes Geld zu verdienen, beginnt Joan ebenfalls damit (historische) Kitschromane zu verfassen. Sie veröffentlicht fortan unter dem Namen ihrer Tante („Louise K. Delacourt“) und schafft sich damit eine zweite Existenz. Joan läßt ihrer Phantasie freien Lauf und sich von der Flohmarktatmosphäre der Portobello Road inspirieren: „Stundenlang vertiefte ich mich in die Stände mit getragenen Halsketten, vergoldeten Löffeln, Zuckerstangen in Form von Hühnerfüßen oder Miniaturhänden, Uhren, die nicht funktionierten, Porzellan mit Blumendekor, fleckigen Spiegeln und bombastischen Möbeln, Strandgut vergangener Jahrhunderte, in denen ich mehr und mehr lebte.“³⁹

Neben ihrer Tätigkeit als Kitschroman-Autorin lernt Joan „Arthur“, einen Politologen, kennen. Auf sein politisches Engagement reagiert sie mit Befremden. Politik, mit ihrer Implikation von „Ernsthaftigkeit“, gerät Joan zur Parodie, zur privatistischen Ironie:

³³ A.a.O., S. 93

³⁴ Zu dessen psychoanalytischer Bedeutung: Chasseguet-Smirgel, J. (Hg.), *Psychoanalyse der weiblichen Sexualität*, Frankfurt 1974; Rohde-Dachser, Ch., *Expedition in den dunklen Kontinent. Weiblichkeit im Diskurs der Psychoanalyse*, Berlin/Heidelberg 1991; Benjamin, J., *Phantasie und Geschlecht. Psychoanalytische Studien über Idealisierung, Anerkennung und Differenz*, Frankfurt 1996; Boothe, B./A. Heigl-Evers, *Psychoanalyse der frühen weiblichen Entwicklung*, München/Basel 1996

³⁵ Vgl. Atwood, M., a.a.O., S. 98

³⁶ A.a.O., S. 150

³⁷ A.a.O., S. 170

³⁸ Vgl. A. Rimbaud: "Ich ist ein anderer!"

³⁹ A.a.O., S. 197

„Castro stellte ich mir im Bett als Tiger vor, mit diesen Zigarren und diesem Bart (...) mein besonderer Liebling war Mao; man sah ihm an, daß er gerne aß (...) Stalins Privatleben war langweilig, zu vieles davon war bekannt, er war jedenfalls ein Puritaner. Mao dagegen, was für ein Garten der Lüste.“⁴⁰

Joans ästhetizistischer Blick auf „die Welt“, ihre künstliche Künstlichkeit, macht es ihr unmöglich: „(...) eine Theorie zu lieben.“⁴¹ Für sie sind Eindeutigkeit und ein gerades Ziel etwas schlicht Unmögliches: „Für mich existierten überhaupt keine Wege. Dickichte, Unterholz, Gräben, Tümpel, Labyrinth, Moraste, aber keine Wege.“⁴²

Nach dem Tod ihrer Mutter zieht Joan zurück nach Toronto. Arthur folgt ihr, die beiden heiraten. Arthur etabliert sich an der Uni, Joan wird durch mehrere Mißverständnisse und Zufälle gefeierte Autorin des Romans „Lady Orakel“, der ihren „feministischen Mythos“ begründet. Ihr Doppelleben setzt sich fort: „Das wirklich Wichtige (...) war die Tatsache, daß ich gleichzeitig zwei verschiedene Menschen war, mit zwei Personalausweisen, zwei Banknoten, zwei verschiedenen Gruppen von Leuten, die an meine Existenz glaubten. Ich war Joan Foster (...) Aber ich war auch Louise K. Delacourt.“⁴³

Im Zuge einer Werbekampagne für ihr neues Buch lernt sie einen exaltierten, mittellosen Künstler, „das Königliche Stachelschwein“, kennen und verliebt sich in ihn. Ihr bislang künstlerisches Doppelleben wird zur alltäglichen Praxis und zum intimen Freiraum: „Damit begann mein Doppelleben. Aber war mein Leben nicht schon immer doppelt gewesen? (...) Es war das Niemandsland, was dieser tollkühne Zwilling wollte. Aber auch Zwilling stimmte nicht ganz, denn mich gab es nicht nur doppelt, ich war dreifach, vielfach, und jetzt erkannte ich, daß es mehr als ein Leben, daß es viele Leben zu leben gab. Das Königliche Stachelschwein hatte eine Raum-Zeit-Tür zur fünften Dimension aufgestoßen, listig als Lastenaufzug verkleidet, und eines meiner Ichs stürzte sich tollkühn hindurch.“⁴⁴

Joans Phantasien, die sie bislang (über ihre Kitschroman-Identität) geheimhalten mußte, werden von dem „Königlichen Stachelschwein“ bestätigt, wenn nicht sogar überboten: „Endlich hatte ich jemanden, der mit mir Walzer tanzte, und wir wirbelten über den Tanzboden seines Lagerhauses (...) Wenn wir uns nicht im Walzertakt drehten oder miteinander schliefen, durchstöberten wir Ramschladen (...) Ich entdeckte bald, daß meine eigenes Interesse an Trivialitäten aus dem neunzehnten Jahrhundert keinen Vergleich aushielt mit der Besessenheit des Königlichen Stachelschweins für Kulturschrott (...) er war ein wandelnder Katalog des Vergänglichen, des Unbedeutenden und des Überflüssigen. Stil bedeutete ihm alles; Inhalt nichts. Neben ihm kam ich mir fast tiefsinnig vor.“⁴⁵

Der Rest der Geschichte ist schnell erzählt: Die Affäre geht zu Ende, das Verhältnis fliegt auf, Joan wird erpreßt. Aus Angst vor einem Skandal erfindet sie eine Möglichkeit des reibungslosen Untertauchens. Und findet sich wieder in Terremoto, diesem kleinen, italienischen Dorf. Und auch, wenn sie ihr eigenes Tun immer wieder

⁴⁰ A.a.O., S. 207

⁴¹ A.a.O., S. 208

⁴² A.a.O., S. 209

⁴³ A.a.O., S. 261f.

⁴⁴ A.a.O., S. 302

⁴⁵ A.a.O., S. 314

kritisch reflektiert, die Einsicht bleibt: „Ich habe zwar etwas Schlimmes angerichtet; aber schließlich, ich glaube nicht, daß ich je ein sehr ordentlicher Mensch sein werde.“⁴⁶

3. Ausblick: Manieristisches Barock und schwarze Romantik überwinden postmoderne Melancholie in burlesken Lebenspraktiken

Warum dieses scheinbar abwegige Beispiel für narrative Raumphilosophie? Mit Margaret Atwoods Roman „Lady Orakel“ läßt sich meines Erachtens folgendes zeigen: „Raum“, für sich genommen, hat keine besondere Bedeutung; seine (sozioliterarische) Qualität entfaltet sich vielmehr erst dort, wo er zur gelungenen *Kulisse* gerät, zum *komfortablen Containerraum*, in dem sich Wünsche und Phantasien interaktiv aushandeln lassen. Nicht „der Raum“ besitzt „künstlerische“ Qualitäten, sondern die Menschen, die in ihm leben und handeln. „Künstlerische Existenz“ meint demnach etwas zutiefst Menschliches, das sich in sprachlichen und schriftlichen Techniken des Selbstausdrucks artikuliert.

Welchen Stellenwert hat also „der Raum“ in Atwoods „Lady Orakel“? Von einer *physischen* Ebene aus betrachtet, fast keinen. „Raum“, das meint hier Wörter (Bezeichnungen) und Schriften, die sich im Fiktiven spiegeln. „Raum“ taucht beispielsweise in Ortsnamen auf („Terremoto“, „Rom“, „London“, „Toronto“, etc.), damit wird aber nichts weiter über diese (konkreten) Orte ausgesagt. „Raum“ meint (auch) das unordentliche Mädchenzimmer, die Wohngemeinschaften in London, das Atelier des Königlichen Stachelschweins. Doch alle diese Räume/Orte sind „in sich“ nicht-identisch, sie reflektieren lediglich die notwendige materiale Grundausstattung für ein *Sprechen und Handeln in der Zeit*. „Raum“ spiegelt auf dieser Ebene das, was Atwood sonst als gebrochene Ich-Identität erzählt; den materialen Ausdruck eines Nicht-Selbst in hochgradig kontingenten Zeitnetzen.

Und vor diesem Hintergrund beginnt mit dem (scheinbaren) Ende der Geschichte am Anfang der Erzählung *eine neue Geschichte*, die sich historisch bedingt. Wie ich bereits schrieb, handelt es sich bei diesem Auftakt um eine postmoderne Kritik an der Ordnung einer Geschichte. Doch wird diese Ordnung im weiteren Verlauf der Geschichte nicht nur kritisiert; vielmehr wird sie durch Atwoods Rückgriff auf traditionelle *und* avantgardistische Erzähltechniken künstlerisch überboten. So kann Atwoods Erzählkunst und gleichzeitige Sprachkritik am besten als „künstlerische Künstlichkeit“ beschrieben werden.

Erzählung als Manier und Manie

Die „Künstlichkeit“, die hier zutage tritt, ist freilich älteren Ursprungs. Sie bezieht sich auf (manieristisches) Barock und (schwarze) Romantik. Ihr *aktueller* Gebrauch verfremdet und historisiert jedoch eine gegenwärtige Sprach- und Erzählpraxis und überbietet postmoderne Kritik an sogenannten „großen Erzählungen“ weniger durch den melancholischen Rückgriff⁴⁷ auf „kleine Erzählungen“, sondern parodiert und ironisiert (diese) in Form burlesker Opulenz⁴⁸.

⁴⁶ A.a.O., S. 421

⁴⁷ Vgl. Lepenies, W. (1969), *Melancholie und Gesellschaft*, Frankfurt 1998

⁴⁸ Dazu aus literaturtheoretischer Perspektive: Bachtin, M.M., *Literatur und Karneval*.

Diese Opulenz findet sich bereits im (literarischen) Manierismus und den frühen Anfängen des Barock⁴⁹. Zu dieser Zeit, also etwa zwischen 1520 und 1650, entsteht der Manierismus als eine Reaktion auf die Krise von Reformation und Gegenreformation. In dieser Zeit, in der sich die gegenaufklärerischen Kräfte ihre Präsenz zurückerobert, entsteht, so P. Burke⁵⁰, eine Tendenz, dem *Stil*, der *Manier* und dem *Witz* wieder ein größeres Gewicht beizumessen. Ein Rückgriff auf diese Traditionen findet sich in Atwoods Darstellung unterschiedlicher Fluchtwelten: etwa der Kitschwelt des Schundromans und den utopischen Träumen linker, akademischer Politologen.

Im Manierismus reflektiert sich (demnach) eine Auseinandersetzung mit (gesellschaftlichen) Regeln nach *eigenen* Maßstäben. Es kommt ferner zu einem Spiel mit den Regeln⁵¹. Ganz bewußt wird von den (klassischen) Regeln der Renaissance-Proportionen abgewichen, bei Atwood bis in die komplexe Ebene der Körpermaße.

Neben dieser kunstvollen Körperlichkeit entfaltet sich ein idiosynkratischer Sprachduktus, den G. Hocke⁵² als „übermäßig, gekünstelt und vieldeutig“ beschreibt. Manierismus meint (also) eine Phantasie-Ästhetik, meint poetische Labyrinth, die den Leser in magische Welten entführen. „Die Welt als Labyrinth“, so G. Hocke⁵³, von dieser Vorstellung macht Margaret Atwood in ihrem Roman regen Gebrauch: Da existiert etwa, über die „offizielle“ literarische Erzählung „Lady Orakel“ hinaus, eine Welt in der Welt, ein Roman im Roman, als *literarisches Labyrinth*.

Dies zeigt sich im Roman folgendermaßen: So erscheint etwa immer wieder die Figur „der dicken Dame“. Diese „Dame“ ist ein manieristisch-barockes Leitmotiv⁵⁴ symbolischer Sinnlichkeit und Dunkelheit. Die „dicke Dame“ verweist auf das Abweichen von klassischen Harmonievorstellungen; sie symbolisiert eine introvertierte Erotik und intellektuelle Melancholie, die das Auftauchen erotischer Vieldeutigkeit und Präsenz wach und gleichzeitig passiv-verträumt reflektiert. Die Welt als Traum, als magische Landschaft, verdichtet sich hier zu einem Spiel um Morbidität und schwarzen Humor, der sich in einem weiteren Rückgriff Atwoods, auf Traditionen schwarzer Romantik, vollends entfaltet.

Manierismus, als Ausgangspunkt postmoderner Sprachspiele, zeigt, wie eng die Welten von Aufklärung und Gegenaufklärung, von Reformation und Gegenreformation, nebeneinander liegen⁵⁵. So interpretiert E. Friedell⁵⁶ etwa die extreme Lust am Spiel als äußerste Reaktion gegen die Renaissance. Und er

Zur Romantheorie und Lachkultur, Frankfurt 1996

⁴⁹ Vgl. Benjamin, W., *Ursprung des deutschen Trauerspiels*, Frankfurt 1963

⁵⁰ Vgl. Burke, P., *Städtische Kultur in Italien zwischen Hochrenaissance und Barock*, Frankfurt 1996

⁵¹ In vergleichbarer Weise (zu M. Atwood) spielt etwa auch C. Schine in ihrem Roman „Rameaus Nichte“, München 1997, mit den „Regeln“, wenn sie einen *galanten* Roman, als eine Mischung aus Pornographie und Philosophie, im „eigentlichen“ Roman entfaltet.

⁵² Vgl. Hocke, G.R., *Manierismus in der Literatur*, Hamburg 1959

⁵³ Vgl. Hocke, G.R., *Die Welt als Labyrinth*, Hamburg 1957

⁵⁴ Vgl. Praz, M., *Der Garten der Sinne. Ansichten des Manierismus und des Barock*, Frankfurt 1988

⁵⁵ Vgl. Hauser, A., *Sozialgeschichte der Kunst und Literatur*, München 1983

⁵⁶ Vgl. Friedell, E., *Kulturgeschichte der Neuzeit*, München 1989

kontrastiert eine (f)rigide, phantasiearme, doktrinaire Reformation mit dem Sensualismus, der Artistik, Erotik und zauberischen Illusion einer Gegenreformation.

Auf dieses (sinnliche) Verwirrspiel bezieht sich auch M. Praz⁵⁷, wenn er das ästhetische Ideal des weiblichen Körpers am Beispiel der „dicken Venus“ des 16. Jahrhunderts abliest. Diesem Körperbild entspricht (hier) eine allgemeine Verliebtheit in Material, Form und sogar Sprache, die sich ausgesprochen körpernah und sinnlich, zumindest in der Schrift (vgl. Körperalphabet), gibt. Phantasien dieses sinnlich-ästhetischen Weltzuschnitts finden im Übrigen ihre Entsprechung in den frühen Schlaraffenland-Phantasmen als (extrem) sinnlichen Utopien⁵⁸.

Erzählung als schwarze Romantik

Eine weitere (literarische) Verfremdung praktiziert Atwood in einem Rückgriff auf erzählerische Traditionen schwarzer Romantik. Auch hier taucht das Bild des Romans im Roman wieder auf. Bei Atwood ist es die Erzählerin von „Lady Orakel“ (Joan Foster), die immer wieder die Welt in der Welt (am Beispiel eines historischen Schmökers) beschwört. Das liest sich dann (in höchster Ironie) folgendermaßen:

„Während Samantha die Treppen hinabfloh, brannten ihre Wangen bei der Erinnerung an das, was gerade geschehen war. Sie hatte allein im Klassenzimmer gesessen, mit einer Stickarbeit beschäftigt, die sie für ihre wenigen Augenblicke der Muße bereithielt. Sie hatte das Öffnen der Tür nicht gehört, hatte nicht gehört, wie sich Sir Edmund näherte, bis er zwei Meter vor ihrem Stuhl stand. Mit einem Aufruf der Überraschung war sie aufgesprungen. Sir Edmund wirkte erregt und aufgelöst. Seine übliche eiserne Selbstbeherrschung war verschwunden. Während er sie anstarrte, flammten seine Augen auf wie bei einem wilden Tier, das sein Opfer wittert.“⁵⁹

Doch auch in der ersten Erzählperson, also Joan Foster „selbst“, ist eine schwarz romantische Erzählperspektive angelegt. In der Beschreibung, wie die Autorin ihren ersten, „feministischen“ Roman entwickelt, ironischerweise unter Zuhilfenahme von Techniken „automatischen Schreibens“, taucht dieser Duktus auf: „Zu Anfang kreisten die Sätze immer um dieselbe Gestalt, dieselbe Frau. Nach einer Weile konnte ich sie fast vor mir sehen: Sie lebte irgendwo unter der Erde, oder irgendwo drinnen, in einer Höhle oder in einem riesigen Gebäude; manchmal war sie auf einem Boot. Sie verfügte über gewaltige Kräfte, fast wie eine Göttin, aber es war eine unglückliche Macht. Diese Frau verwirrte mich (...) Und dann gesellte sich eine weitere Person, ein Mann, dazu. Etwas ging zwischen den beiden vor; rätselhaftes Liebesbriefe formten sich auf den Seiten des Notizblocks, dunkel, erschreckend.“⁶⁰

Die eben zitierte Passage greift auf das Motiv der dunklen, mächtigen Frau zurück. Dieses Thema finden wir bereits in der schwarzen Romantik⁶¹. Während in der frühen Romantik (1790-1830) die femme fragile, das puppenhafte Lustobjekt, in der Regel

⁵⁷ Vgl. Praz, M., Liebe, Tod und Teufel. Die schwarze Romantik, 4. Aufl., Frankfurt 1994

⁵⁸ Vgl. Richter, D., Schlaraffenland. Geschichte einer populären Utopie, Frankfurt 1995

⁵⁹ Vgl. Atwood, M., a.a.O., S. 200

⁶⁰ A.a.O., S. 273

⁶¹ Mein Dank geht an dieser Stelle an Gerhard Hard für heitere Gespräche über Männer- und Frauenphantasien in der Kunst und Literatur des 19. Jahrhunderts.

Opfer des *homme fatal* wurde⁶², ändert sich dieses Rollengefüge ab der Mitte des 19. Jahrhunderts⁶³.

Zunehmend betreten die *femmes fatales* die literarische Szene. Barbey d'Aureville⁶⁴ (1878) hat in seinen „Diabolischen Geschichten“ diesen Frauen am Beispiel von sechs verschiedenen Charakterstudien ein (wenngleich fragwürdiges) Denkmal gesetzt⁶⁵. Auch wenn sich an diesen Darstellungen der lasziven, (männermordenden) Verführerinnen unzählige Männerphantasien ablesen lassen, so hat die dämonisierte Herrschaftsfigur⁶⁶ der *femme fatale*⁶⁷ durchaus reale Dimensionen: Die vormals labyrinthischen, exzentrischen, „künstlichen Paradiese“ (C. Baudelaire) werden auch für Frauen bedeutsam.

Die (aufkommende) Idee der (literarischen) Dekadenz beginnt traditionelle Beziehungsformationen zu untergraben. Sexus und Eros sind nicht mehr ausschließlich Sache der (bürgerlichen) Ehe, vielmehr gerät diese in eine erste, tiefe Krise. Auch Frauen können jetzt außerhalb der Ordnung leben. So verschieben sich eindeutige Horizonte in (noch) unerwartete „Räume“, die von „unbürgerlichen“ Frauen besetzt werden⁶⁸.

„Lady Orakel“ greift dieses Thema auf. Hier werden Beziehungen nicht mehr absolut, sondern sehr relativ dargestellt. Erotische Vieldeutigkeit mit einem lasziven Beigeschmack, modisch würde man das vielleicht „queer“ nennen, verweist auf potentielle Grenzüberschreitungen nicht nur im „fiktiven“ Raum. Atwoods Frau mit den zwei Gesichtern meint (von daher) ein altes, romantisches Motiv, das sich auf die Figur des „Doppelgängers“ (z.B. bei E.T.A. Hoffmann) bezieht und zeigt, so M. Thalmann, „eine Person, die wir sehen und eine dahinter, eine Person mit vielen Gesichtern.“⁶⁹

4. Fazit

Mit diesen ersten Anregungen dazu, wie narrative Raumphilosophie betrieben werden könnte, wurde sicherlich kein „strenger“, stadtsoziologischer „Nachweis“ zur räumlichen Gebundenheit sozialer Phänomene geführt. Ganz im Gegenteil: Mit meinem Textbeispiel „Lady Orakel“ wollte ich vielmehr zeigen, wie sich Spiel, Ironie und Humor im „Raum“ höchst kontingent entfalten.

Postmoderne „kleine Erzählungen“ (J.-F. Lyotard) verwandeln sich hier zu burlesken Opulenzen, die es möglich machen, über neue Freiräume zu reflektieren.

⁶² Zum Beispiel in Vampirgeschichten; vgl. Brittnacher, H.R., Ästhetik des Horrors, Frankfurt 1994

⁶³ Vgl. Bronfen, E., Nur über ihre Leiche. Tod, Weiblichkeit und Ästhetik, München 1996

⁶⁴ Vgl. Barbey d'Aureville, J.A. (1878), Diabolische Geschichten, Nördlingen 1985

⁶⁵ Dazu auch sein Zeitgenosse L'Isle Adam, V. de, Novellen der Grausamkeit, Wien 1923

⁶⁶ Vgl. Hassauer, F./P. Roos, Félicien Rops. Der weibliche Körper, der männliche Blick, Zürich 1984

⁶⁷ Vgl. Stein, G. (Hg.), Femme fatale - Vamp - Blaustrumpf. Sexualität und Herrschaft, Bd.3, Frankfurt 1984

⁶⁸ Vgl. Heinich, N., Das „zarte“ Geschlecht. Frauenbilder in der abendländischen Literatur, Düsseldorf/Zürich 1997

⁶⁹ Vgl. Thalmann, M., Romantiker entdecken die Stadt, München 1965, S. 19

Dabei geht es mir weniger um die „nicht-sexistische Stadt“⁷⁰ als darum zu untersuchen, wie sich möglicherweise über Literatur, Kunst und Musik, also ein im wesentlichen ästhetisch verfaßtes Denken, eine sinnlich-erotische, ästhetisch ansprechende und multioptionale Stadt denken läßt.

Dieses Denken umfaßt für mich insbesondere eine ironisch-humorvolle Denkposition als *Bewußtseinsform* und als *Strategie* kritischer Wissenssoziologie. Skepsis, Ironie und Humor als Mittel des distanzierten Blicks, der herrschafts- und ideologiekritisch die eigene Profession und den eigenen Standpunkt (und nicht nur die der anderen!) in Frage stellt.

„Karnevalistisches Weltempfinden“ (M. Bachtin) als bewußter Non-Fundamentalismus, der *statt metaphysischer Letztbegründung metatheoretische Diesseitigkeit* vorschlägt! Und doch gehört zur Metatheorie, neben der bereits erwähnten *Distanz*, die (wiederentdeckte) *Nähe* in Form von Liebe und Humor, die alte Begrenzungen „transzendiert“: „Das Lachen setzt (...) die Überwindung der Furcht voraus. Das Lachen verfügt keine Verbote und Einschränkungen. Macht, Gewalt, Autorität sprechen niemals die Sprache des Lachens.“⁷¹

Wenn die „Postmoderne“, so U. Eco, als Versuch interpretiert werden darf, „noch einmal über die Liebe zu reden“⁷², dann läßt sich abschließend (vielleicht) sagen: „Das Leben ist schön.“

Literatur

- Anz, T., Literatur und Lust. Glück und Unglück beim Lesen, München 1998
Aristoteles, Poetik, Stuttgart 1987
Atwood, M., Lady Orakel, Frankfurt 1986
Bachmayer, H.M. (Hg. et al.), Bildwelten - Denkbilder. Texte zur Kunst, München 1986
Bachtin, M.M., Literatur und Karneval. Zur Romantheorie und Lachkultur, Frankfurt 1996
Barbey d'Aureilly, J.A., Diabolische Geschichten, Nördlingen 1985
Barthes, R., Die Lust am Text, Frankfurt 1974
ders., Das Reich der Zeichen, Frankfurt 1981
Benjamin, J., Phantasie und Geschlecht. Psychoanalytische Studien über Idealisierung, Anerkennung und Differenz. Frankfurt 1996
Benjamin, W., Ursprung des deutschen Trauerspiels, Frankfurt 1963
Berger, P.L., Erlösendes Lachen. Das Komische in der menschlichen Erfahrung, Berlin/New York 1998
Bergson, H., Das Lachen, Jena 1921
Bohrer, K.H./K. Scheel, Postmoderne. Eine Bilanz. Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Berlin 1998
Brittnacher, H. R., Ästhetik des Horrors, Frankfurt 1994
Bronfen, E., Nur über ihre Leiche. Tod, Weiblichkeit und Ästhetik, München 1996

⁷⁰ Vgl. Rodenstein, M., Wege zur nicht-sexistischen Stadt, Freiburg 1994

⁷¹ Vgl. Bachtin, M., a.a.O., S. 35

⁷² Vgl. Eco, U., Nachschrift zum „Namen der Rose“, 4. Auflage, München/Wien 1984, S. 79

- Burke, P., Städtische Kultur in Italien zwischen Hochrenaissance und Barock, Frankfurt 1996
Butor, M., Die Alchemie und ihre Sprache. Essays zur Kunst und Literatur, Frankfurt 1990
ders., Die Stadt als Text, Graz/Wien 1992
Chasseguet-Smirgel, J. (Hg.), Psychoanalyse der weiblichen Sexualität, Frankfurt 1974
Eco, U.: „Postmodernismus, Ironie und Vergnügen“, in: ders., Nachschrift zum „Namen der Rose“, 4. Aufl., München/Wien 1984, S. 76ff.
Federman, R., Surfiction: Der Weg der Literatur. Hamburger Poetik-Lektionen, Frankfurt 1992
Feyerabend, P., Wissenschaft als Kunst, Frankfurt 1984
Freud, S.: „Der Dichter und das Phantasieren“, in: ders., Studienausgabe Bd. X, Bildende Kunst und Literatur, Frankfurt 1969, S.169-179
ders.: „Der Witz und seine Beziehung zum Unbewußten“, in: ders., Studienausgabe Bd. IV, Frankfurt 1970, S.9-219
Friedell, E., Kulturgeschichte der Neuzeit, München 1989
Grotjahn, M., Vom Sinn des Lachens. Psychoanalytische Betrachtungen über den Witz, das Komische und den Humor, München 1974
Hard, G.: „Ästhetische Dimensionen in der wissenschaftlichen Erfahrung“, S. 323-367, in: Jüngst, P./O. Meder, Aggressivität und Verführung, Monumentalität und Territorium. Zähmung des Unbewußten durch planerisches Handeln und ästhetische Formen?, Kassel 1995
Hassauer, F./P. Roos, Félicien Rops. Der weibliche Körper, der männliche Blick, Zürich 1984
Hauser, A., Sozialgeschichte der Kunst und Literatur, München 1983
Hauser, S., Der Blick auf die Stadt. Semiotische Untersuchungen zur literarischen Wahrnehmung bis 1910, Berlin 1990
Heinich, N., Das „zarte“ Geschlecht. Frauenbilder in der abendländischen Literatur, Düsseldorf/Zürich 1997
Hocke, G.R., Die Welt als Labyrinth, Hamburg 1957
ders., Manierismus in der Literatur, Hamburg 1959
Jurzik, R., Der Stoff des Lachens. Studien über Komik, Frankfurt 1985
Klotz, V., Die erzählte Stadt, München 1969
Läpple, D.: „Essay über den Raum“, in: Häußermann, H. (Hg. et al.), Stadt und Raum. Soziologische Analysen, Pfaffenweiler 1991
Lepénies, W. (1969), Melancholie und Gesellschaft, Frankfurt 1998
L'Isle Adam, V. de, Novellen der Grausamkeit, Wien 1923
Praz, M., Der Garten der Sinne. Ansichten des Manierismus und des Barock, Frankfurt 1988
ders., Liebe, Tod und Teufel. Die schwarze Romantik, 4. Aufl., Frankfurt 1994
Richter, D., Schlaraffenland. Geschichte einer populären Utopie, Frankfurt 1995
Rodenstein, M., Wege zur nicht-sexistischen Stadt, Freiburg 1994
Rohde-Dachser, Ch., Expedition in den dunklen Kontinent. Weiblichkeit im Diskurs der Psychoanalyse, Heidelberg/Berlin 1991
Rorty, R., Kontingenz, Ironie und Solidarität, 3. Aufl., Frankfurt 1995
Roth, G., Der Plan, Frankfurt 1998

- Schine, C., Rameaus Nichte, München 1997
Shearman, J., Manierismus - Das Künstliche in der Kunst, Weinheim 1994
Smuda, M. (Hg.), Die Großstadt als „Text“, München 1992
Stein, G. (Hg.), Femme fatale - Vamp - Blaustrumpf. Sexualität und Herrschaft, Bd. 3, Frankfurt 1984
Sturm, G., Wege zum Raum, Dortmund 1997
Suhr, H. (Hg.)/T. Steinfeld, In der großen Stadt. Die Metropole als kulturtheoretische Kategorie, Frankfurt 1990
Thabe, S.: „Wege zu einer Philosophie des Raumes“, in: Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie, S. 54ff., 13. Jg., Nr. 1, 10/98
Thalman, M., Romantiker entdecken die Stadt, München 1965
Thomson, C.W., LiterArchitektur. Wechselwirkungen zwischen Architektur, Literatur und Kunst im 20. Jahrhundert, Köln 1989
Warning, R. (Hg.)/W. Preisendanz, Das Komische, München 1976
Weigel, S., Topographien der Geschlechter. Kulturgeschichtliche Studien zur Literatur, Hamburg 1990
dies., Leib- und Bildraum. Lektüren nach Benjamin, Köln/Weimar/Wien 1992
dies., Entstellte Ähnlichkeit. Walter Benjamins theoretische Schreibweise, Frankfurt 1997

STADTLANDSCHAFTEN UND GESCHLECHTERGEOGRAPHIEN.
ASPEKTE EINER GESCHLECHTERBEZOGENEN STADT- UND
RAUMFORSCHUNG

Susanne Frank

Sowohl die Geschlechterforschung als auch die Stadt- und Raumforschung erleben einen seit geraumer Zeit anhaltenden Boom. Beide strahlen interdisziplinär auf andere Fächer, aber bisher noch kaum aufeinander aus: Die Geschlechterforschung hat sich vom "Räumeln" (Weichhart 1993) in den Sozialwissenschaften noch wenig anstecken lassen, und umgekehrt zeigt sich die Stadt- und Raumforschung weitestgehend geschlechterblind. Dabei könnten eine geschlechtersensible Raumforschung bzw. eine raumbezogene Geschlechterforschung einen bedeutsamen Beitrag zum Verständnis des ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Wandels leisten, in dem (nicht nur) die westlichen Industriegesellschaften derzeit begriffen sind. Diese These soll hier in gebotener Kürze und mit den damit verbundenen Risiken am Beispiel des Konzepts der "GeschlechterGeographien", das ich in die hiesige Debatte einführen und zu einer Kategorie der Analyse des aktuellen Wandels sowohl der sozialräumlichen Verhältnisse als auch der Geschlechterarrangements schärfen möchte, erläutert werden. Der Begriff der GeschlechterGeographien reflektiert die Erkenntnis, daß sozialräumliche Umwelten alles andere als geschlechterneutral konstruiert sind. Annahmen über die Geschlechter und deren Rollen gehen in ihre Gestaltung ein, werden buchstäblich versteinert oder betoniert und machen sich wiederum als Voraussetzungen, unter denen Geschlechterbeziehungen ausgehandelt werden, geltend. Der Terminus soll sich dabei aber nicht nur auf die unterschiedliche Verteilung von Frauen und Männern in distinkten physisch-materiellen Sozialräumen beziehen, sondern auch auf deren symbolisch-geschlechtliche Codierungen, etwa die Imagination von Räumen als "männlich" oder "weiblich".¹

¹Wie der Begriff der Geschlechter, so sollen auch die Adjektive "männlich" und "weiblich" hier und im folgenden nicht als essentialistische, sondern als plurale, dynamische, in und nach verschiedenen sozialen Kontexten wie Klasse, Ethnizität und Sexualität relational konstruierte Kategorien von Identitäts- und Differenzbehauptungen verstanden werden. Der nachfolgende Text befaßt sich aus Platzgründen allerdings nur mit den "klassischen" Differenzen. So wurde z.B. die Entwicklung sogenannter "sexual geographies", wie sie etwa aus den unterschiedlichen Raumaktivitäten von Lesben und Schwulen hervorgegangen sind (vgl. Castells 1983; Adler/Brenner 1992; Bell/Valentine 1995), ebenso außer acht gelassen wie die im Kontext der Theoriebildung der postcolonial studies sich entwickelnde Debatte um das Verhältnis von gender, space/place und difference (vgl. McDowell 1993; Soja/Hooper 1993).

1. Industrielle GeschlechterGeographien

1.1 Androzentrismus in Stadt- und Raumplanung: Theoretische und empirische Bestandsaufnahmen

"Bisherige Stadtplanung orientierte sich weitgehend an erwachsenen, erwerbstätigen und motorisierten Männern." (Bundesbauminister Klaus Töpfer, zit. n. Bernack 1996: ZB5) - Daß eine solche Einsicht sich heute bis in die Chefetagen der Politik herumgesprochen hat, kann sich eine erste Generation frauenbewegter Architektinnen und Stadt-, Regional- oder Verkehrsplanerinnen als späten Erfolg anrechnen. Nicht zufällig kamen die Pionierinnen, die Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre die grundsätzliche Frage nach dem wechselseitigen Verhältnis von Gender und sozialräumlicher Umwelt auf die feministische und frauenpolitische Tagesordnung setzten, ganz überwiegend aus den praxisorientierten bzw. anwendungsbezogenen Sparten der Raumplanung. Aus fast allen Texten jener Zeit, in denen der "baulich-räumlichen HERRschaft" (Terlinden 1980) der Kampf angesagt wird, spricht eine dreifache Sensibilisierung der Fachfrauen für den Androzentrismus ihrer Disziplinen: Erstens als Außenseiterinnen in "Männerdomänen" beruflich marginalisiert, sind sie zweitens an der Basis und dort persönlich mit jenen "männlichen Prinzipien"² des Bauens und Planens konfrontiert, nach denen die Umwelt "verstümmelt" wird. Drittens sind sie schließlich als Nutzerinnen gezwungen, solchermaßen "verplante" und "eingeschränkte" Räume alltäglich zu "erleiden".³ Charakteristikum der theoretischen und praktischen Kritik an der formalen und inhaltlichen Gestaltung bebauter und unbebauter Räume ist denn auch der um jene Dekadenwende so verbreitete Gestus der persönlichen und kollektiven *Betroffenheit*: Frauen mußten entdecken, "daß nichts von all dem, was um uns aufgetürmt und gestaltet ist, von uns kommt. Als Fremde gingen wir von da an durch die Städte, durch unsere eigene Stadt und

²Als Merkmale des "eher weiblichen" gegenüber dem "eher männlichen Prinzip" in der Architektur werden u.a. genannt: Frauen planen und gestalten eher ergonomisch als monumental, eher funktional als formal, eher veränderbar als festgeschrieben, eher organisch als abstrakt, eher holistisch/komplex als spezialisiert/eindimensional, eher sozial als profitorientiert, eher langsam wachsend als schnell konstruiert (vgl. Kennedy 1979: 1280). In bezug auf die Formensprache: Frauen bauen rund, elliptisch, gewölbt, labyrinthisch, was auf die matriarchalen Urformen Kreis, Ei, Spirale verweisen soll. Männer hingegen tendieren zu Geraden, Quadraten, rechten Winkeln (vgl. Rentmeister 1979). Zu solch essentialisierender Mythenbildung von einer ursprünglichen weiblichen Formensprache hat Marianne Rodenstein lakonisch angemerkt, daß die Forderung nach deren Wiederaneignung wohl "kaum als adäquate Antwort auf eine mehrtausendjährige von Männern dominierte Architekturtheorie und -geschichte gelten" könne (1990: 216).

³Vgl. exemplarisch das Editorial der beiträge 4 (1980).

durch die eigene Wohnung." (Pitzen 1979: 1321)⁴ Im akademischeren Stil der neunziger Jahre ausgedrückt: Frauen sind in das Denken der Wohnungs- und Städtearchitektur "weder als Aktive (Planerinnen) noch als Passive (Nutzerinnen) einbezogen" (Dörhöfer 1990: 14).

Dieser Ausgangslage entsprechend, konzentrierten sich die meisten Beiträge zu einer feministischen Stadt- und Regionalforschung, die Marianne Rodenstein in einer ersten Bilanzierung des Feldes als "Situationsanalysen" (1990: 209) bezeichnet hat, auf die Darstellung und Anklage der strukturellen Nicht(be)achtung der "weiblichen Prinzipien" in der Architektur und der frauenspezifischen Lebensbedingungen und Alltagsbedürfnisse im Wohnungs- und Städtebau.

Diese frühen Texte, die häufig empirisch-pragmatisch auf eine Verbesserung der angeprangerten Mißstände abzielten, haben eine Vielzahl von Informationen bereitgestellt, welche die mannigfachen Belastungen und Benachteiligungen von Frauen in den und durch die städtischen Strukturen belegen. Ein besonders gut beforschter Bereich ist dabei die Analyse von Mobilitätsstrukturen und Verkehrspolitik: Frauen sind weniger mobil als Männer. Sie besitzen seltener einen Führerschein und haben seltener einen PKW zur Verfügung. Frauen sind Fußgängerinnen, Radfahrerinnen und Nutzerinnen des öffentlichen Personennahverkehrs, aber weder Fuß- noch Radwege und schon gar nicht die öffentlichen Verkehrsmittel sind strukturell und ausstattungsmäßig auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten. Auch wenn Frauen (meist zeitweise) erwerbstätig sind, auch wenn sie sogar über ein Auto verfügen, sind ihre Wegeketten völlig andere als die von Männern. Frauen bringen Kinder auf dem Weg zur Arbeit in die Schule und kaufen auf dem Rückweg im Supermarkt ein. Nachmittags chauffieren sie die Kinder zu deren zahlreichen Freizeitaktivitäten. Insofern sind sie auch in puncto Arbeitsplatzwahl eingeschränkt: Männer suchen sich ihre Arbeitsstellen nach Qualitäts-, Frauen nach Erreichbarkeitskriterien aus (vgl. Rau 1987; Pickup 1988; Buschkühl 1989; Spitthöver 1989; Bauhardt 1995; Bernack 1996).

Solche Untersuchungen bilden den Grundstock einer theoretisch fundierten feministischen Kritik an bestehenden sozialwissenschaftlichen Stadtmodellen. Diese bezieht sich auf die in der Stadtforschung gängige Sichtweise, welche die räumliche Organisation westlich-moderner Städte mit ihrer charakteristischen funktionalen Zonierung ("Arbeiten",

⁴Die Topoi der "Fremdheit" und der "Ortlosigkeit" der Frau durchziehen den Großteil der Publikationen jener Zeit, so z.B. Bauwelt 31/32 (1979), beiträge 4 (1980), Arch+ 60 (1981). Sie sind seither fester Bestandteil des orts- und raumbezogenen feministischen Diskurses (vgl. auch Günter 1996).

"Wohnen", "Freizeit/Erholung", "Fortbewegung/Verkehr")⁵ allein auf industriekapitalistische Strukturprinzipien zurückführt. Dagegen konnte die feministische Kritik zeigen, daß in die baulich-räumliche Ausdifferenzierung der Stadt von Anfang an die sattsam bekannte geschlechtsspezifische Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit eingelassen ist, welche den Bereich der nicht entlohnten Reproduktionsarbeit (im umfassenden Sinne von Sorge und Versorgung) an Frauen delegiert, in die "Privatsphäre" der Wohnviertel einschließt ("Haus-Frau") und damit auch räumlich auslagert. Der gesellschaftlichen Privilegierung der "produktiven" Erwerbsarbeit entspricht die wohnungs- und städtebauliche Orientierung an der männlichen Norm des individuell motorisierten Familienernährers als dem Nutzer der städtischen Strukturen. Forschungsergebnisse haben vielfach belegt, daß die bestehenden baulichen und sozialräumlichen Strukturen maßgeblich zur Erschwerung des Alltagslebens von Frauen und zur Befestigung geschlechtsspezifischer Rollenzuweisungen beitragen. Räumliche Segregation bewirkt demnach weit mehr als bloße physische Distanzierung. Sie entfernt Frauen real und symbolisch von und aus der Stadt und der Öffentlichkeit, beschneidet ihre Wahl- und Aktionsmöglichkeiten und damit auch die Chancen der Veränderung ihres gesellschaftlichen Status (Spain 1992: XI; Borst 1990: 237).

Frauen haben seither zahlreiche Versuche gestartet, auf die bauliche und soziale Gestaltung des städtischen Raumes Einfluß zu nehmen und Fraueninteressen insbesondere in der kommunalen Planung zu institutionalisieren. Vielerorts schlossen sich feministische Stadtplanerinnen und Architektinnen in (autonomen) Projektgruppen und/oder mit städtischen Gleichstellungsbeauftragten zusammen, um "Frauen(t)räume" (Bock u.a. 1989; Zimmermann 1995) und "FrauenPläne" (Martwich 1991) zu entwickeln, umzusetzen und sich dadurch städtische öffentliche "Frei-Räume"⁶ (zurück)zuerobern (vgl. Spitthöver 1989). Eine Antwort auf die immer und überall vorhandene Bedrohung der Sicherheit von Frauen in der städtischen Öffentlichkeit (Stadt als "Angst-Raum") stellen die seit den siebziger Jahren betriebenen Frauenzentren, -cafés, -kneipen etc. oder die Einrichtung von

⁵Als klassisches Manifest der räumlichen Trennung dieser städtischen Grundfunktionen gilt vielen feministischen Planerinnen die von Le Corbusier (erst 1943 anonym) veröffentlichte "Charta von Athen" (Abschlußklärung des 4. Kongresses der CIAM, Congrès Internationaux d'Architecture Moderne, 1928; vgl. Hilpert 1984). Der Androzentrismus dieses Stadtmodells ist von Feministinnen vielfach kritisiert worden (vgl. etwa Rau 1991: 36 ff.).

⁶So auch der Titel der seit 1983 erscheinenden "Streitschrift der feministischen Organisationen von Planerinnen und Architektinnen", FOPA e.V., dem 1981 gegründeten Dachverband der Stadt- und Regionalgruppen.

Frauen-Nachttaxis (Dackweiler 1990; s.a. Steg/Jesinghaus 1987) dar.⁷

Daß die älteren politischen, ökonomischen oder soziologischen Theorien über Stadt und Raum die raumprägende Kraft der Geschlechterverhältnisse systematisch ausgeblendet haben, wird zu großen Teilen auf die generelle Vernachlässigung der Reproduktionsseite bei der Analyse städtischer Prozesse zurückgeführt (vgl. Markusen 1980; Mackenzie/Rose 1982: 155-160; WGS 1984: 45; Borst 1990: 235; McDowell 1991b: 78). Diese Kritik trifft aber auch den in der aktuellen Stadtforschung vorherrschenden sogenannten Regulationsansatz, der die Veränderungen der Produktionsstrukturen, insbesondere die Veränderungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse und den Wandel staatlicher Regulierungsformen ins Zentrum des Forschungsinteresses stellt. Damit, so der Vorwurf, übersehe auch dieser die Bedeutung der Reproduktionsweisen sozialer Gruppen und Schichten (Borst 1990: 236 f.; s.a. McDowell 1991a), deren Last nach wie vor dominant auf den Schultern von Frauen liegt.

Aber auch neuere Arbeiten (zumeist von Frauen), die ihr Augenmerk in der Stadt- und Raumforschung gerade auf frauenspezifische Belange richten, bleiben undifferenziert, wenn sie sich überwiegend auf das Lebensmodell der Hausfrau und Mutter fixieren, obgleich es bekannt sein dürfte, daß es dieses - vor allem in den Städten! - weder als einheitliches noch als dominantes biographisches Muster seit Jahren nicht mehr gibt. Die Stadtforscherin Monika Alisch hat in diesem Zusammenhang kritisiert, daß die Gruppe der höher gebildeten, beruflich qualifizierten und gut verdienenden Frauen, deren Anwachsen zu Umstrukturierungen im städtischen Raum maßgeblich beiträgt, auch in der feministischen Debatte offenbar "leichtfertig den Männern zugeschlagen" und somit die Entgegensetzung "Hausfrauen und Mütter" versus die "Produzenten", die Erwerbstätigen" festgeschrieben wird (1993: 19 f.). In ihrer Arbeit über den Einfluß von Frauen auf die Konkurrenz um den gentrifizierten innerstädtischen Wohnraum hat Alisch (1993) gezeigt, daß und wie gerade die berufs- und karriereorientierten Lebensentwürfe einer zunehmenden Zahl von Frauen sich auf die soziale Nutzung und Zusammensetzung des städtischen Raumes prägend auswirken (vgl. auch Borst 1990: 255 ff.).⁸

Aus derselben theoretischen Fixierung auf die traditionelle Frauenrolle mag sich ein

⁷Der Erfolg von bald 20 Jahren theoretischer und praktischer Planungskritik wurde kürzlich als zwiespältig eingeschätzt. Die "feministischen Dauerläufe durch die Unebenheiten des Forschungsgeländes und das Dickicht männlicher Planungspraxis" erinnerten zwar "angesichts der Umsetzungsmöglichkeiten an 'die Maus im Laufrad'", die kontinuierlichen Bemühungen konnten aber als "produktive Wegweiser zu einer 'nicht-sexistischen Stadt' bewertet werden" (Hannemann/Hillmann 1996: 149).

⁸Als Gentrifikation wird die systematische "Aufwertung innenstadtnaher Wohngebiete durch Reinvestitionen in die Gebäudesubstanz" bei gleichzeitigem "sukzessivem Austausch einer statusniedrigeren Bevölkerung gegen jüngere, gut ausgebildete, meist kinderlose Haushalte einer mittleren oder oberen sozialen Schicht" bezeichnet (Alisch 1993: 7).

anderer blinder Fleck feministischer Stadt- und Raumforschung am entgegengesetzten Ende der sozialen Hierarchie erklären. Von Arbeitslosigkeit, Armut oder/und Obdachlosigkeit betroffene Frauen sammeln sich in den kontinentaleuropäischen Städten zumeist an deren Rändern, nämlich in den Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus (vgl. Borst 1990: 253 ff.). Hier entstehen Ballungsräume v.a. jüngerer alleinerziehender Mütter und älterer Frauen über sechzig (vgl. ebd.: 253). Von beiden Entwicklungen wird noch die Rede sein.

1.2 Die angloamerikanischen "Gender & Urban Studies"

Solche und andere Verbindungen von Raum- und Geschlechterlagen lassen auf einen beiderseitigen Zusammenhang der Veränderung, Heterogenisierung und Ausdifferenzierung der Lebenssituationen von Frauen und den Entwicklungsmustern des städtischen Raumes schließen. Solche Wechselbeziehungen werden hierzulande noch kaum beforscht. Hier empfiehlt sich dringend ein Blick auf die interdisziplinär arbeitende angloamerikanische Stadt- und Raumforschung. Diese hat schon in den siebziger (und nicht erst, wie hier, in den neunziger) Jahren mit der Frage eingesetzt, in welcher Weise sich der allgemeine sozialstrukturelle Wandel und die damit verbundenen Transformationen der Geschlechterverhältnisse in sozialräumlicher Hinsicht wechselseitig bedingen und aufeinander auswirken.

Als Bezugspunkt der breit gefächerten und kritischen Auseinandersetzung dient den angloamerikanischen Forscherinnen sehr häufig das angloamerikanische Phänomen der *Suburbanisierung* und dessen Formenwandel (vgl. Saegert 1980; Wekerle 1980; Mackenzie/Rose 1982; WGS 1984: 43-66; Mackenzie 1988; Borst 1990). Am Suburbanisierungsprozeß können die sozialen Prozesse der Verteilung der Geschlechter im Raum bzw. der geschlechtlichen Codierung städtischer Räume exemplarisch aufgezeigt werden, weshalb ich an ihm die materielle und symbolische Konstruktion von Geschlechtergeographien beispielhaft illustrieren möchte. Da die Suburbanisierung zugleich einige grundsätzliche Aspekte des komplexen gesellschaftlichen Verhältnisses von "Frauen und Stadt" beleuchten kann, soll zunächst schlaglichtartig auf die Entstehungsgeschichte der Suburbs im Verlauf des 19. Jahrhunderts eingegangen werden.

1.3 Suburbanisierung als sozialräumlicher Prozeß und als kulturelles Symbol

Suburbanisierung bezeichnet die extensiven Wohn- und Siedlungsmuster, wie sie insbesondere für den angloamerikanischen Raum charakteristisch sind: räumlich, funktional, sozial und überwiegend auch ethnisch segregierte, homogene, großflächige Einfamilienhaussiedlungen geringer Bebauungsdichte. Der typische Suburb ist zwar mit allen zur Versorgung der Familie nötigen Einrichtungen ausgestattet, aber weder mit öffentlichen Dienstleistungen versehen, noch über kommunale Transport- und

Verkehrsmittel an die bunte Welt städtischer Heterogenität angeschlossen. Suburbanisierung bedeutet die Schaffung und Abgrenzung reiner *Reproduktionsräume* und beruht auf der Durchsetzung des typischen Lebensmodells der bürgerlichen Kleinfamilie mit vollerwerbstätigem männlichem Haushaltsvorstand einerseits und Vollzeit-Hausfrau und Mutter andererseits. Deshalb steht der Begriff "Suburbia" in der feministischen Stadtforschung auch für jenen sozialen Raum, der in seiner inneren Konstruktion wie kein anderer den dichotomischen Strukturen folgt, die die kulturelle Logik des westlichen patriarchalen Industriekapitalismus ausmachen. Diese Logik schließt in einer langen Folge materieller und symbolischer Klassifikationen "männlich" mit lohnförmiger Erwerbstätigkeit - Öffentlichkeit - Cities und "weiblich" mit nicht entlohnter Hausarbeit - Privatheit - Suburbs zu polaren Oppositionen zusammen, weshalb der Suburb seine *raison d'être* auch und gerade aus der Entgegensetzung zur City bezieht (vgl. Schwartz 1976: 333 ff.; Saegert 1980: 96 ff.).

Die Bedeutsamkeit der Geschlechtersymbolik im Suburbanisierungsprozeß und ihr bis heute andauerndes Fortwirken erschließen sich in ihrer ganzen Tiefe aber erst, wenn man sich vor Augen führt, daß diese bis heute in Großstädten dominierende Wohn- und Siedlungsform schon in ihrer Entstehung maßgeblich auch eine Reaktion auf die Bedrohung der "natürlichen" Geschlechterordnung in der sich formierenden industriekapitalistischen Stadt des 19. Jahrhunderts darstellte: Die Großstadt bzw. das innerstädtische Treiben eröffnete Frauen zwar nach Alter, Herkunft und Klasse unterschiedliche, aber doch immer wieder vielfältige Chancen, aus der ihnen gesellschaftlich zugeordneten Rolle der sorgenden und versorgenden Hausfrau und Mutter auszubrechen. Frauen entdeckten und nutzten die Stadt als *Emanzipationsraum*.

Im Zuge der Industrialisierung boten sich für Frauen zunehmend Möglichkeiten, erwerbstätig und damit vom männlichen Ernährer unabhängiger zu werden. Unternehmer fragten billige weibliche Arbeitskraft nach, und gerade junge Frauen aus der Arbeiterklasse zogen die relative Freiheit der Büro- oder Fabrikarbeit der stark isolierten und sozial kontrollierten Arbeit als Hausangestellte vor (vgl. WGS 1984: 55). Manche Zweige der neu entstehenden Konsumgüterindustrie wurden bald zahlenmäßig von Arbeiterinnen dominiert. Mittelklasse-Frauen eroberten den entstehenden Bildungs- und Gesundheitssektor und verdrängten ebenfalls männliche Angestellte (vgl. Mackenzie 1988: 19). Die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit wurde aber nicht allein als Bedrohung von Männern durch Konkurrenz am Arbeitsplatz wahrgenommen. Die Teilhabe von Frauen an der korrupten und korrumpierenden Welt der Arbeit (vgl. Fishman 1990: 412) erschien darüber hinaus als Gefährdung sowohl der physischen und moralischen Reproduktion der Arbeitskraft in der Arbeiter-Familie als auch des bürgerlichen Familienideals und somit insgesamt als Gefahr für die Institution Familie als der Keimzelle des bürgerlichen Staates (vgl. Mackenzie 1988: 19). Während nämlich Heirats- und Geburtenziffern sanken, wuchs das Selbstbewußtsein der Frauen in den Städten. So verlangte etwa die sich um die

Jahrhundertwende formierende erste Frauenbewegung das Wahlrecht und bessere Bildungschancen für Frauen und meldete damit ihre weitgehenden Ansprüche auf sozio-politische Teilhabe im öffentlichen Raum an.

Die gesellschaftliche Konstruktion des Problems "Frauen in der Stadt" weist nicht nur eine politisch-ökonomische Seite der Gefährdung der Geschlechterordnung in der und durch die Stadt auf. Sie zeichnet sich auch durch ebenso bedeutsame kulturelle Aspekte aus. Diese nehmen ihren Ausgang in der Erfahrung der Ambivalenz, die die Wahrnehmung der modernen Großstadt seit jeher kennzeichnet. Die Großstadt galt aufgrund der Dichte, Intensität und Heterogenität ihres Treibens immer schon als Sitz und Quelle sowohl höchster kultureller Leistungen als auch tiefster moralischer Bedrohungen, als eine Welt von absoluter Gefahr (Tod) und unwiderstehlicher Verlockung (Eros). An der Basis dieser Ambivalenz steht vom 19. Jahrhundert an die ebenso faszinierende wie beängstigende Erfahrung von Masse sowie Massen-, Waren- und Konsumkultur. Als Träger der bürgerlichen Ordnung schreibt der Mann dem Massenphänomen all das zu, was seine so mühsam aufgebauten, aber letztendlich fragilen Ich-Grenzen bedroht: Macht-, Kontroll- und Identitätsverlust durch Verführung und Begierde, Emotionalität und Passivität, Naturgewalt und Revolution usw., d.h. all jene Kräfte, die als weiblich imaginiert und sexualisiert werden (vgl. Bergius 1986; Huyssen 1986; Weigel 1987; Wilson 1991; Swanson 1995).

Zum Sinnbild der Entgrenzung des Sexuellen und des Verschwimmens der Scheidelinien von Öffentlichem und Privatem wurde *die Frau in der städtischen Menge*, die "public woman" stilisiert: Nicht nur die unberechenbare Masse allein, sondern gerade auch die Präsenz von Frauen in dieser Masse wurde als Ausdruck einer "Pathologie des Urbanen" gedeutet (Swanson 1995: 80). Die Vorstellung von Frauen in der Öffentlichkeit war eng mit der von "Schande" verknüpft (Sennett 1983: 38). Beide Sichtweisen kulminieren in der Konstruktion der *Hure* als Symbol des großstädtischen Systems der Verführung (vgl. Bergius 1986). Als Motiv von Kunst und Literatur wie als reale gesellschaftliche "Problem"figur beschäftigte die Hure die westliche Großstadtswahrnehmung geradezu obsessiv bis weit ins 20. Jahrhundert hinein. Dem rigiden bürgerlichen Denken gelang es nicht, das Phänomen der "gefallenen Frau" auf die behauptete sexuelle Promiskuität v.a. junger Frauen aus der Arbeiterklasse zurückzuführen, um das soziale Problem so auf eine "Risikogruppe" zu begrenzen und damit überschaubar und lösbar zu machen.⁹ Aufgrund

⁹Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts hatte sich in vielen industriell geprägten Großstädten unter jungen Frauen der weißen Arbeiterklasse ein subkulturelles Vergnügungsmilieu herausgebildet, dessen Kern das städtische Konsumangebot bildete. Es zeichnet sich durch einen flexiblen, pragmatischen und insgesamt unkonventionellen Umgang mit Sexualität aus. Da der karge Fabriklohn allein nicht ausreichte, ermöglichten sich Arbeiterinnen die Teilhabe an den Freizeit- und Zerstreuungsmöglichkeiten, indem sie vielfältig abgestufte Beziehungen zu Männern eingingen, die die herrschenden Moralvorstellungen von "Ehebett oder Bordell" (Meyerowitz 1990: 282) unterliefen. Diese

seiner dichotomischen Struktur mußte das bürgerliche Denken auf einer viel grundsätzlicheren Ebene dazu gelangen, *jede* Frau in der Öffentlichkeit als "öffentliche Frau" wahrzunehmen: "The prostitute was a 'public woman', but the problem in nineteenth-century urban life was whether every woman in the new, disordered world of the city - the public sphere of pavements, cafés and theatres - was not a public woman and thus a prostitute." (Wilson 1995: 61; vgl. Schulte 1979: 26 f.; Schlör 1994: 162 ff.).

Frauen in der Stadt wurden also in ihrer Gesamtheit zu einer Störung der Ordnung des öffentlichen Lebens, zum Sinnbild für die Ambiguität des städtischen Treibens. So liegt die Schlußfolgerung nahe, daß, wer die Masse fürchtet und unter Kontrolle bringen will, die Frauen kontrollieren muß (vgl. Wilson 1991: 1-11). Elizabeth Wilson behauptet in diesem Zusammenhang sogar die Möglichkeit, die Geschichte der im 19. Jahrhundert entstehenden Stadtplanung als "organized campaign to exclude women and children, along with other disruptive elements - the working class, the poor, and minorities - from this infernal urban space altogether" (1991: 6) zu beschreiben. Auch die frühe feministische Stadtforschung hat die funktionale Zonierung des städtischen Raumes schon als wirkungsvollstes Macht- und Kontrollmittel über die soziale Zusammensetzung, den Gebrauch und die Nutzung des städtischen Raumes in der Hand der Stadtplanung analysiert (vgl. Hapgood/Getzels 1974; Wekerle 1980: 202).

Man muß keinen von Männern strategisch ausgeheckten und durchgeführten Plan unterstellen, um konstatieren zu können, daß sich die Suburbanisierung aus dieser zweifach motivierten Problemsicht als ideale Lösung präsentiert. Sie trug maßgeblich dazu bei, Frauen von der Stadt als der Welt der Verlockung durch Lohnarbeit einerseits und kultureller Heterogenität sowie sexueller Freizügigkeit andererseits, also vom "Abenteuer Stadt" fernzuhalten. Suburbanisierung beinhaltete, die politisch, ökonomisch und kulturell aus den Fugen geratene Verteilung der Geschlechter im öffentlichen und privaten städtischen Raum als "separate spheres" von City und Suburb zu rekonstituieren, gleichzeitig die "gefährlichen Energien" der Frauen zu domestizieren und dadurch letztendlich die bürgerliche Geschlechterordnung zu (re-)stabilisieren.

Spätestens nach dem ersten Weltkrieg folgte dann die baulich-räumliche Gestaltung von

konnten auch die Form gelegentlicher Prostitution annehmen, in den meisten Fällen ging es jedoch v.a. darum, zum Tanz, ins Kabarett, Kino oder Restaurant eingeladen zu werden oder kleine Geschenke zu erhalten (vgl. Peiss 1983; Meyerowitz 1990). Zwischen 1880 und 1930 produzierte die gesellschaftliche Wahrnehmung eine ganze Reihe von Stereotypen über die vergleichsweise freizügige Sexualität der Arbeiterinnen in den Mietskasernen der Stadt, deren inhaltlichen Verschiebungen jeweils auf Veränderungen in der Bewertung des 'Problem'komplexes Stadt-Geschlecht-Sexualität hindeuten. Diese Bilder reichen von besagter Diabolisierung der Frauen als Huren über ihre Viktimisierung als Opfer der Unbarmherzigkeit der Stadt hin zur Heroisierung als Pionierinnen einer neuen, selbstbestimmteren weiblichen Sexualität (vgl. Meyerowitz 1990: 282ff).

Stadtlandschaften in allen westlichen Industriegesellschaften dem Raummuster der Zonierung städtischer Funktionen und bis in die Grundrisse der Wohnungen hinein dem Leitbild der bürgerlichen Kleinfamilie. Auf diese Weise wurde die soziale Rolle der (suburbanen) Vollzeit-Hausfrau durch die baulich-räumliche Gestaltung der Umwelt untermauert und alternative Organisationsformen der alltäglichen Reproduktionserfordernisse extrem erschwert. Den höchsten Verfestigungsgrad erreichte diese industriekapitalistisch-patriarchale Verteilung der Geschlechter im Raum im Nordamerika der fünfziger und sechziger Jahre: "Walls (were) built where there had been fences of sexual segregation" (Mozingo 1981: 40), als im Zuge einer Explosion der Suburbanisierung und der gleichzeitigen "Manhattanisierung" der innerstädtischen Business Districts auch noch die letzte Enklave der Frauen im städtischen öffentlichen Raum, das Warenhaus, in die Shopping Malls der Suburbs ausgelagert wurde.¹⁰

2. Nachindustrielle GeschlechterGeographien: Die neue Dienstleistungsstadt

2.1 Geschlechter- und Raumordnungen im Umbruch

Der feministischen Stadtkritik gilt das vorstädtische Eigenheim nicht umsonst als das herausragende Symbol der räumlichen und geschlechtsspezifischen Teilung der Arbeit und der abgeschotteten, engen und restringierten Arbeits- und Lebenswelt der Hausfrauen und Mütter, in der jener "Weiblichkeitswahn" regiert, den Betty Friedan (1963) und auch Marilyn French in ihrem Roman "Frauen" (1977) so beklemmend beschrieben haben. Dem dominanten städte- und innenarchitektonischen Gestaltungsprinzip "A woman's place is in the home" (Hayden 1980: 179; Mackenzie/Rose 1982: 170) setzte die frauenbezogene Stadt- und Raumforschung entschieden ein programmatisches "A Woman's Place is in the City" (Wekerle 1984: 11; Antipode 1984) entgegen. Ausgangspunkt der in den siebziger Jahren einsetzenden feministischen angloamerikanischen Stadtkritik¹¹ sind die Ausdifferenzierung der Lebensverhältnisse von

¹⁰Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die Verallgemeinerung des industriekapitalistisch-bürgerlichen Geschlechterarrangements resultiert natürlich nicht aus isolierten Aktivitäten von Stadt- und Raumplanern. Sie wäre nicht möglich gewesen ohne staatliche Regulierung und massiven symbolischen Über- und materiellen Unterbau ("Ernährerehe" mit "Familieneinkommen", Verbesserung der Beschäftigungs- und Einkommenssituation von Arbeiterhaushalten durch Regulierung der Lohnverhältnisse) und schon gar nicht, wenn Frauen den "suburban dream" nicht auch selber mitgeträumt hätten. Noch 1980 identifizieren sich laut einer Studie von Saegert (1980) Frauen in Suburbs durchaus mit der entsprechenden Geschlechterrollenverteilung.

¹¹Als "Initialzündung" gilt die Kontroverse zwischen Pat Burnett (1973) und Irene Bruegel (1973) in der Zeitschrift Antipode.

Frauen in den Städten und der drastische Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit, die die städtische Raumordnung dysfunktional werden lassen: "While the lives of women have changed radically, the urban environment in which they live has not." (Wekerle 1984: 11) Diese Feststellung kann als repräsentativ für den Tenor der Forschungsarbeiten der siebziger und achtziger Jahre aus Großbritannien und Nordamerika angesehen werden. Allerdings gehört sie aus heutiger Sicht schon wieder relativiert. Neuere Forschungsergebnisse zeigen, daß und wie sich unter der Oberfläche von Beharrungsvermögen und relativer Beständigkeit die räumlichen Strukturen ebenso verändern wie der Gebrauch und die soziale Zusammensetzung verschiedener städtischer, aber gerade auch vorstädtischer und ländlicher Räume. Die Entstehung neuer, heterogener und kleinräumiger GeschlechterGeographien zeichnet sich ab. Die Umbrüche der Geschlechter- und Raumordnungen müssen im Zusammenhang des umfassenden gesellschaftlichen Wandels begriffen werden, der die westlichen Industriegesellschaften seit den siebziger Jahren tiefgreifend verändert. Dieser Transformationsprozeß wird vielfach entweder im Anschluß an Modernisierungstheorien als "Globalisierung" (vgl. Robertson 1990; Waters 1995; Schwengel 1997) konzeptualisiert oder im Kontext der Regulationstheorie als Übergang von einer "fordistischen" zu einer "postfordistischen" Formation kapitalistischer Gesellschaften (vgl. Hirsch/Roth 1986; Borst u.a. 1990; Demirovic u.a. 1992; Bruch/Krebs 1996) beschrieben. Trotz unterschiedlicher (soziokultureller oder politökonomischer) Akzentuierung stimmen die verschiedenen Analysen der globalen Restrukturierung, wie Linda McDowell (1991b: 81) herausgearbeitet hat, in der Betonung von drei Entwicklungsprozessen überein, die für den hier verhandelten Kontext bedeutsam sind. In den westlichen Industriegesellschaften, so die erste Diagnose, schlage sich der ökonomische und technologische Strukturwandel als Beschleunigung bzw. qualitativer Sprung im Übergang zu Informations- oder Dienstleistungsgesellschaften (vgl. Häußermann/Siebel 1995) bzw. "neuen Dienstleistungsstädten" (Noller/Ronneberger 1995) nieder. Zweitens bedeute die zunehmende Tertiärisierung indes nicht, daß der industrielle Fertigungsbereich im Verschwinden begriffen sei. Vielmehr werde der sekundäre Sektor im Zuge von De-, Re- und Neointustrialisierungsprozessen (vgl. Mayer 1995: 103 f.) technologisch und arbeitsorganisatorisch grundlegend restrukturiert.¹² Selten jedoch, so muß an dieser Stelle eingeschoben werden, geht in die makroökonomischen Analysen die Rolle der Frauenerwerbstätigkeit als weltweit wirksamer und zentraler Bestandteil der Globalisierungsprozesse ein (vgl. Christopherson 1995, Wichterich 1996). Dabei kommt der (Erwerbs-)Arbeit von Frauen nicht nur

¹²Die Stichworte hier lauten: Ersetzung der tayloristischen Fließband-Massenproduktion für den standardisierten Massenkonsum durch "functional flexibility, just-in-time ordering systems, multipurpose equipment, team working and Japanese-style quality circles" für die individuelle Nachfrage (McDowell 1991b: 81; vgl. Möller 1993).

quantitativ (wachsende Frauenerwerbstätigkeit, Feminisierung der Erwerbsbevölkerung) große Relevanz zu. Noch wichtiger erscheint der qualitative Aspekt der Verbreitung und Verallgemeinerung spezifisch "weiblicher" Muster der Arbeitsbedingungen (Feminisierung der Beschäftigungsverhältnisse) im Produktions- und Dienstleistungssektor (vgl. Jenson u.a. 1988; Stubbs/Wheelock 1990; Ward 1990; McDowell 1991a; Schmidt 1993; Kobayashi 1994).¹³ Als soziale Folge dieser Prozesse zeichnet sich eine Prekarisierung der Lebensverhältnisse von Frauen *und* Männern ab (vgl. McDowell 1991a). Frauen werden allerdings aufgrund ihrer strukturell fragileren Position in der Gesellschaft von den allgemeinen Tendenzen der Heterogenisierung, Pluralisierung und Differenzierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, wie sie die Dienstleistungsgesellschaften kennzeichnen, insgesamt stärker getroffen. Während sich eine wachsende Zahl qualifizierter Frauen Zugang zu den hoch dotierten Berufspositionen im tertiären Sektor verschaffen konnte, findet sich der Großteil der weiblichen Erwerbstätigen in jenen marginalen, informellen, peripheren bis illegalen Beschäftigungsverhältnissen wieder, die der postindustrielle Arbeitsmarkt unter Ausdünnung der mittleren Einkommen hervorbringt.

Drittens sind sich die gesellschaftstheoretischen Analysen über die zentrale Bedeutung der Transformation der industriegesellschaftlichen Raumordnungen einig. Der sozialräumliche Wandel, so der Tenor, vollziehe sich im Kontext einer allgemeinen Neubestimmung des Verhältnisses von Raum und Zeit, die als "time-space distancing" (Giddens 1990: 17-21) oder "time-space compression" (Harvey 1990: 201 ff.) beschrieben wurde. Die v.a. technologisch bedingte tendenzielle Aufhebung des Raumes in seiner Bedeutung als Zeit- und Kostenfaktor verflüssigt die überkommenen industriegesellschaftlichen Arrangements von Funktionalität und Territorialität und setzt die Bildung neuer, heterogener, sich überlagernder und konkurrierender Raummuster von "Lokalen Staaten", "Metropolitanen Regionen", "World Cities" usw. in Gang (vgl. Harvey 1990; Jessop 1992; Sassen 1996a; Thrift 1996; Schwengel 1997). Die neuen Raumordnungen zeichnen sich durch eine neue "geography of production" aus, die Linda McDowell beschreibt als "new regional economies or new industrial spaces characterized by a network of flexible firms in contradistinction to old patterns of concentration and dominance by a single large firm or sector in the old industrial heartlands of the Fordist era" (McDowell 1991b: 81; vgl. Scott 1988).

¹³Noch 1980 haben Piore und Sabel behauptet, "the migrants (foreign and domestic), the rural workers and the women are attractive precisely because they belong to another socio-economic structure and view industrial employment as a secondary adjunct to their primary roles." (zit.n. McDowell 1991a: 404f) Heute gibt es einigen Anlaß, diese einstigen marginalen Arbeitsbedingungen von Frauen als die künftige Norm zu erachten: "Women, who have always been at the margin of the labor force, now might even replace men as the 'model worker' in a situation where employers frequently seek to base their employment strategies precisely in such marginal categories." (Hagen/Jenson 1988: 11)

In diesem Kontext ist die von Paul Virilio 1983 prognostizierte Tendenz des "Zerfalls der historischen Stadt und des traditionellen Städtewesens" (1983:16) nicht ganz von der Hand zu weisen. Die Grenzen zwischen Stadt, Umland und ländlicher Peripherie verschwimmen zunehmend zugunsten von regionalisierten StadtLandschaften mit fließenden Übergängen. Dennoch kommt es im Zuge der "postindustriellen Entstädterung" (ebd.) durch Telekommunikation gerade nicht zur Entstehung einer grenzenlosen elektronischen Peripherie. Im Gegenteil bilden sich im weltweiten "space of flows" von Geld, Informationen und Menschen (vgl. Appadurai 1990) immer wieder hierarchisch geordnete Knotenpunkte innerhalb und zwischen den Stadtregionen aus, in denen Macht-, Steuerungs- und Kontrollfunktionen unterschiedlicher (globaler, nationaler oder regionaler) Reichweite strategisch gebündelt werden (vgl. Sassen 1996a). Die Bedeutung dieser "urbanen Direktionszentren" (Krätke 1995: 41) steigt.

In den entstehenden Stadtregionen prägen sich bei aller lokal spezifischen Unterschiedlichkeit sozialräumliche Strukturen aus, die sich auch und gerade im Hinblick auf die Verteilung und Wahrnehmung der Geschlechter im Raum von denjenigen der alten, industriellen Zentren deutlich unterscheiden. Im Zuge der Herausbildung nachindustrieller Geschlechter- und Raumordnungen werden die industriegesellschaftlichen GeschlechterGeographien, die ich als materiellen und symbolischen Ausdruck einer historisch geronnenen Konstellation geschlechtsspezifischer und sozialräumlicher Arbeitsteilungen beschrieben habe, dynamisiert. In einem komplexen Ursachen- und Wirkungsgefüge gehen die GeschlechterGeographien in den Transformationsprozeß ein, werden dabei selber verändert und wirken als veränderte wiederum auf die sie konstituierenden gesellschaftlichen Prozesse zurück. Sie können deshalb als "medium through which social relations are produced and reproduced" (Gregory/Urry 1985: 3) bzw. als "mitreagierender Katalysator" (Pohl 1993: 263, Anm.13) bezeichnet werden (vgl. Wood 1996: 58).¹⁴ Nachindustrielle GeschlechterGeographien entstehen. Auf einige der sich abzeichnenden Muster möchte ich im folgenden näher eingehen.

2.2 GeschlechterGeographien als "Standortfaktoren"

2.2.1 Suburbs

Zu den hervorstechendsten Kennzeichen des sozialräumlichen Wandels gehört der in allen kapitalistischen Staaten verzeichnete Prozeß der Dezentralisierung von Unternehmen und die damit verbundene Abwanderung von Arbeitsplätzen aus den städtischen Kernzonen an die Stadtränder, ins städtische Umland, in ländliche Regionen oder auch in die sogenannten Niedriglohnländer der Dritten Welt. Diese Tendenz wurde auf der Basis

¹⁴Diese Konzeptualisierungen entnehme ich dem Kontext der angelsächsischen "New Regional Geography" (vgl. Wood 1996).

produktions-, informations- und kommunikationstechnischer Innovationen möglich und kennzeichnet den Fertigungs- wie den Dienstleistungssektor gleichermaßen. Im angloamerikanischen Raum setzte die Dezentralisierung von Fabriken schon bald nach dem 2. Weltkrieg ein. In den siebziger Jahren wurden die Unternehmen dann aufgrund von technologischen Entwicklungsschüben im Telekommunikationsbereich zunehmend unabhängiger in ihrer Standortwahl, so daß die Rede von der "footloose industry" aufkam (Floeting/Golm 1991: 151). In der vormaligen suburbanen Peripherie entstanden ganze High Tech-Cluster, von denen das kalifornische Silicon Valley sicherlich das bekannteste ist.¹⁵ Zeitgleich teilten große Unternehmen ihre Verwaltungen in front- und back offices und lagerten die nachgeordneten Bürotätigkeiten ebenfalls in die Suburbs aus (vgl. Nelson 1986; Fishman 1987; Floeting/Golm 1991). Mittlerweile hat das ungebremste Wachstum der Suburbs weitere spezialisierte Dienstleister für Dienstleister angezogen, so daß die Suburbs als "neue Zentren" die alten industriellen Entwicklungspole ablösen, nämlich als "decentralized environment that nevertheless possesses all economic and technological dynamism we associate with the city. This phenomenon ... is not suburbanization but a new city." (Fishman 1987: 485)

In der Regel geht mit der Dezentralisierung von Produktions- und Dienstleistungsunternehmen auch die Feminisierung der Belegschaft und der Beschäftigungsverhältnisse einher. Vollzeit-Arbeitsplätze (meist von Männern) werden dequalifiziert und in flexibilisierte Teilzeit-Arbeitsplätze für Frauen umgewandelt (vgl. Mackenzie/Rose 1982: 176 ff., Pearson 1986; Massey 1992). Dieser Strukturwandel hat zur Folge, daß eine im Suburb lebende Frau heute mit höherer Wahrscheinlichkeit erwerbstätig ist als eine Innenstadtbewohnerin (vgl. Hanson/Pratt 1995: 95). Damit zeichnet sich am Ende des 20. Jahrhunderts eine grundlegende Umkehrung des Verhältnisses von City und Suburb in bezug auf die Erwerbs- und Lebenslagen von Frauen ab. Diese Entwicklung ist zugleich Resultat und Katalysator der wachsenden Differenzierung und Polarisierung der Erwerbs- und Lebenslagen von Frauen nach Klasse und Ethnizität, aber auch und gerade nach Wohnort (Inner City, Stadt(teil), Suburb, Land). Diese immer kleinräumiger segregierte soziale Polarisierung wird, wie nun zu zeigen ist, bei Standortentscheidungen von Unternehmern als profitable Ressource genutzt und dadurch noch verstärkt.

In ihrer mittlerweile klassischen Studie hat Kristin Nelson (1986) den aus Gründen der Kostenersparnis erfolgenden Prozeß der Verlegung sogenannter nachgeordneter Büro- und Verwaltungstätigkeiten aus den Cities in die Suburbs am Beispiel der San Francisco Bay Area untersucht. Mit der Verlagerung der Betriebsfunktionen ging hier nicht nur die massenhafte Umwandlung von Vollzeit- in flexibilisierte Teilzeitarbeitsplätze einher. Sie

¹⁵Solche High Tech-Areale bringen ihrerseits wiederum ganz eigene (post)industrielle GeschlechterGeographien hervor, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann (vgl. Hossfeld 1990; Stacey 1992).

kann auch als gezielte Erschließung eines begehrten Reservoirs an weiblichen Arbeitskräften beschrieben werden, das bisher aufgrund seiner sozialräumlichen Isolation nicht verfügbar war: Im Zuge der Auslagerung von Betriebsteilen wurde systematisch die sozial problematisch erscheinende Gruppe der in den Innenstädten konzentrierten statusniedrigen, häufig alleinerziehenden, häufig ethnischen Minderheiten angehörenden Frauen durch die ebenfalls weibliche, aber unproblematisch erscheinende Belegschaft weißer, mittelklassesozialisierter Suburb-Frauen ersetzt.

Mit dem Einsatz von Computer- und Kommunikationstechnologien, die den Betriebsablauf in vielfältiger Weise störanfällig machten, wuchsen sowohl die Ansprüche an die Ausübung speziellster Arbeitstätigkeiten, welche aber als gering qualifiziert eingestuft und damit schlecht bezahlt wurden, als auch die Ansprüche an die soziale Angepaßtheit der Angestellten, die sich mit schlechten Arbeitsbedingungen zufrieden geben sollten. Ihre oftmals prekäre soziale Situation verunmöglicht es Frauen in den Innenstädten aber sehr häufig, sich mit diesen Arbeitsbedingungen abzufinden. Sie werden aufgrund von realem oder nur antizipiertem Widerstand zu gut organisierten, gar militanten Arbeitskämpferinnen stilisiert. Im Suburb hingegen meinen die Firmen jene gewünschten, höchst widersprüchlichen Eigenschaften der idealen Arbeitskraft vorzufinden, und zwar bei den gut ausgebildeten Mittelklasse-Frauen, die sich in Zeiten sinkender Realeinkommen zunehmend veranlaßt sehen, zum Erhalt des kostspieligen vorstädtischen Lebensstandards einen "Zuverdienst" (!) zu erwirtschaften. Doch nicht die Frauen in den suburbanen Einfamilienhäusern sind mobiler geworden, sondern die Arbeitgeber, die sich heute dort zu plazieren vermögen, wo die begehrten weiblichen Arbeitskräfte situiert sind. Die verschiedenen biographischen Muster und Lebenssituationen der Suburb- und der Innenstadtfrauen gehören heute somit zu den markantesten Differenzierungsfaktoren in der Standortkonkurrenz. Die (männlichen) Firmenleiter spielen dabei die Lebenslagen der City- und der Suburb-Bewohnerinnen gezielt gegeneinander aus: "We get a lot of women who get married, and then work here because of the opportunity to work close to home. Most of them have worked before, and most have some college experience. They have families and own homes, so they tend to be more stable workers, with a stronger work ethic. ... When we moved out here, we tapped the beautiful source of suburban womanhood!" (zit. in Nelson 1986: 154)

Mit der beschriebenen wirtschafts- und sozialräumlichen Entwicklung verändert sich gleichfalls die Symbolik, die dem suburbanen Leben (gerade auch im feministischen Diskurs) zugeschrieben wurde. Das suburbane Einfamilienhaus, das die Architektin Dolores Hayden zu Beginn der frauenbezogenen Stadt- und Raumforschung als "commodity *par excellence*: a spur for male paid labor and a container for female unpaid labor" geißelt hatte (1980: 172), wird pragmatisch zur "convenient base from which both spouses can rapidly reach their jobs" (Fishman 1987: 489) umdefiniert: Weit von ihrer vormaligen Bedeutung, Mittelklasse-Frauen vom städtischen Erwerbsleben zu isolieren und auf eine "neighborhood"-orientierte Häuslichkeit festzulegen, entfernt,

werden nun ausgerechnet die Suburbs zum Setting für die Reintegration besagter Frauen in die Erwerbsbevölkerung der Dienstleistungsgesellschaft, gerade weil es sich bei den Arbeitsverhältnissen größtenteils um jene schlecht bezahlten, flexiblen und ungesicherten Teilzeitjobs handelt, die eben keine langen Anfahrtswege zum Arbeitsplatz rechtfertigen. Robert Fishman geht sogar so weit, der sozialräumlichen Struktur postindustrieller StadtLandschaften emanzipatorische Wirkung zu attestieren: "The economic and spatial structure of the new city tends to equalize gender roles." (1990: 412) Gegen solchen Optimismus muß jedoch einschränkend vermerkt werden, daß die steigende Beteiligung von Frauen an der Erwerbstätigkeit zum einen noch nichts über eine gerechtere Verteilung und Bezahlung der notwendigen Arbeit aussagt. Zum anderen zeitigt die Blüte der Suburbs direkte und indirekte Folgen für die sozialräumliche und soziostrukturelle Entwicklung der Innenstädte, in denen die Mittelklasse ausdünnt. Die Abwanderung der Jobs artikuliert sich gerade hier als zunehmende soziale und räumliche Polarisierung und Segregation.

2.2.2 Ländliche Peripherien

Der Prozeß der Restrukturierung des industriellen Fertigungsbereiches bei gleichzeitiger Dezentralisierung wurde vor allem für das Beispiel Großbritannien gründlich untersucht. Hier haben feministische Geographinnen mit ihrer Frage nach der Rolle der Geschlechterverhältnisse bei Standortentscheidungen maßgeblich zum Verständnis der sich ausbildenden neuen Raummuster beigetragen (vgl. Massey 1992). In Großbritannien äußerten sich De-, Re- und Neoindustrialisierung seit den siebziger Jahren als Verlagerung der Erwerbsarbeit aus den industriellen Zentren in die ehemaligen Peripherien der nördlichen Regionen sowie nach Schottland und Wales. Wie Massey im Hinblick auf Großbritannien geschildert hat, waren sich die traditionelle Industriegeographie und -soziologie der Bedeutung der lokal spezifischen GeschlechterGeographien in diesem Zusammenhang lange nicht bewußt. Sie erklärten die Dezentralisierung in erster Linie als Erfolg regionaler Anreizpolitiken. Darüber hinaus aber achteten die Unternehmer bei ihrer Standortwahl ganz offensichtlich auf die Verfügbarkeit billiger und flexibler, also insbesondere weiblicher Arbeitskraft.¹⁶ Die regionalpolitische und die frauen(arbeits)zentrierte Erklärung reichten aber immer noch nicht aus, um zu verstehen, warum Regionen mit traditionell männlich geprägten lokalen Kulturen und eher rigiden

¹⁶ "Aberdeen is a booming town with high wages and only 2% unemployment ... Here, there is cheap labor and a very large pool of female labour." Oder ein anderer Unternehmer: "We are predominantly female labour oriented ... the work is more suited to women, it's very boring, I suppose we're old-fashioned and still consider it as women's work ... the men aren't interested ... we changed from full-time to part-time women ... because two part-timers are cheaper than one full-timer ... we don't have to pay national insurance if they earn less than £27.00 a week, and the women don't have to pay the stamp ... the hours we offer suit their social lives" (beide Unternehmer zit. n. Mackenzie/Rose 1982: 182).

Geschlechterrollenverteilungen (z.B. Bergbau) gegenüber Gebieten mit einer starken lokalen Tradition der organisierten Frauenerwerbstätigkeit (z.B. Baumwolle) von Unternehmern stark bevorzugt wurden (vgl. McDowell/Massey 1984). Als dritter Erklärungsfaktor mußten somit die lokalen *Geschlechterverhältnisse* herangezogen werden (vgl. Massey 1992:188): Die gesuchte weibliche Arbeitskraft sollte für bestimmte Grundeinstellungen und soziale Eigenschaften garantieren. Es geht auch hier folglich um willige, anpassungsbereite, kooperative, nicht der Renitenz verdächtige Arbeiterinnen. Lokale androzentrische Kulturen schienen den Unternehmern noch am ehesten für diese "weiblichen" Eigenschaften zu bürgen. Wie im Suburbanisierungsprozeß, so wurden also auch hier historisch gewachsene GeschlechterGeographien und damit verbundene Bilder und Vorstellungen von Maskulinität und Femininität als bedeutende Ausstattungsmerkmale von Industriestandorten in Wert gesetzt und als profitverheißende Ressource genutzt.

2.2.3 Inner Cities: die gentrifizierte Stadt und die Stadt der informellen Arbeit

In direktem und indirektem Zusammenhang mit der Dezentralisierung gerade derjenigen Unternehmen, die Arbeitsplätze mit mittleren bis niedrigen, aber geregelten Einkommen bieten, ist die soziostrukturelle und sozialräumliche Entwicklung der Innenstädte zu sehen.¹⁷ Hier sind (Wohn-)Viertel, die von Aufwertung bzw. Degradation betroffen sind, häufig unmittelbar benachbart. Funktional aufeinander bezogen und interdependent in der Entwicklung (vgl. Sassen 1996b), sind sie doch durch sichtbare und unsichtbare Mauern markiert und Welten voneinander entfernt (vgl. Marcuse 1993).¹⁸ In diesen innerstädtischen Bereichen ist "Life without father and Ford" (McDowell 1991a) besonders ausgeprägt. Die veränderte gesellschaftliche Situation und die Polarisierungen in den Erwerbs- und Lebenslagen von Frauen artikulieren sich in der kleinräumigen Segregation der Innenstädte am sichtbarsten. Gerade Frauen (aber natürlich auch Männer) in sozial prekären Situationen zieht es notgedrungen in die Innenstädte, wo Sozialwohnungen noch verfügbar, Mieten günstiger und städtische Angebote vom Kinderhort bis zum Nahverkehrsmittel eher vorhanden sind (vgl. Wekerle 1984: 15). Dies gilt besonders für alleinerziehende Mütter, deren Zahl sich

¹⁷Ilse Helbrecht hat darauf hingewiesen, daß der angloamerikanische Begriff "Inner City" im Gegensatz zur deutschen "Innenstadt" auch die innenstadtnahen Wohngebiete einschließt. Ich schließe mich ihrer aus Vereinfachungsgründen getroffenen Sprachregelung an, nach der "Innenstadt" diese Randgebiete umfaßt (vgl. Helbrecht 1996: 1, Anm. 1).

¹⁸Peter Marcuse (1993) spricht von einer vier- bzw. fünfgeteilten Stadt. Er unterscheidet (1) die internationale, räumlich nicht gebundene Luxusstadt der mächtigen Eliten, (2) die gentrifizierte Stadt, (3) Suburbia, (4) die Stadt der Mietwohnungen (Arbeiterklasse) und (5) die aufgegebene Stadt des Elends.

beständig erhöht hat. Zudem bietet sich in den Stadtzentren, in denen die großen Unternehmen und ihre wohlsituierten Angestellten lokalisiert sind, auch am ehesten die Möglichkeit, im (informellen) Dienstleistungssektor eine Beschäftigung zu finden. Da die soziale Segregation meist von ethnischen Zugehörigkeiten überlagert wird, ist die Welt der "New Urban Poor" sehr häufig eine der ethnischen Minderheiten (vgl. Wilson 1996). Hier wirkt sich jener von Kristin Nelson analysierte Teufelskreis der Suburbanisierung von "back office jobs" gerade für sozial schwache Frauen ethnischer Minderheiten verheerend aus. Für sie (und natürlich auch für Männer) kann der innerstädtische Raum somit zur "Falle" werden (Borst 1990: 254; Wilson 1996).

Auf der anderen Seite der sozialen Hierarchie wird das Phänomen der Aufwertung der Innenstädte durch Gentrifikation maßgeblich auf die wachsende Anzahl von Frauen zurückgeführt, die sich Zugang zu den qualifizierten, gut bezahlten Arbeitsplätzen der tertiären Ökonomie verschafft haben. Diese Frauen, unter ihnen besonders viele Akademikerinnen, sind als zahlungskräftige Nachfragerinnen nach innenstadtnahem Wohnraum überproportional aktiv (vgl. Alisch 1993). Sie leben überwiegend mit einem/einer ebenfalls erwerbstätigen PartnerIn in kinderlosen Haushalten mit zwei Gehältern zusammen. Dieser Haushaltstyp der DINKs (double income no kids) gilt als Resultat der zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit (vgl. Borst 1990: 259). In der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung wird der Gruppe der Gentrifizier darüber hinaus ein Lebensstil zugeschrieben, für den "individualistisch-materialistische Verhaltensweisen" als typisch gelten: Berufs- und Karriereorientierung, hedonistische Freizeit- und Konsummuster und vor allem die "Ablehnung eines kleinfamilialen Lebensmodells tradierten Musters" (ebd.: 256). Um ein effizientes Zeit- und Geldmanagement bei der Organisation von Transport und Reproduktion bemüht, bevorzugen gerade die wohlsituierten Berufstätigen-Haushalte zentral gelegene Wohngegenden mit guten Einkaufsmöglichkeiten, kurzen Wegen und einem vielfältigen Angebot an privaten Dienstleistungen. Insbesondere Reproduktionstätigkeiten werden dabei häufig direkt oder im Rahmen von kommerziellen Dienstleistungsfirmen in der Mehrzahl an Frauen ethnischer Minderheiten bzw. einkommensschwacher Schichten delegiert.¹⁹ Die klassische geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen, die in den Gentrifizier-Haushalten zu erodieren scheint, kehrt als klassenspezifische bzw. ethnisch differenzierte

¹⁹Felicitas Hillmann hat in ihrer Untersuchung über die Migrationsstrategien von Frauen aus der sogenannten Dritten Welt nach Europa (hier: nach Mailand) eine geschlechtsspezifische Verteilung der MigrantInnen im städtischen Raum festgestellt: Vor allem Immigrantinnen leben in den zentralen, "besseren" Wohngebieten; männliche Einwanderer hingegen finden sich eher an den Stadträndern. Dieses Muster erklärt sich aus der geschlechtsspezifischen Integration in den städtischen Arbeitsmarkt: Immigrantinnen werden - ungeachtet ihrer Qualifikationen - fast ausschließlich als Hausangestellte in den Dienstleistungssektor eingegliedert. Als 24 Stunden-Hausarbeiterinnen wohnen sie zumeist bei ihren Arbeitgebern. (vgl. Hillmann 1996: 103 f.)

Arbeitsteilung zwischen Frauen wieder. Die Sparte der "neuen Hausangestellten", deren Tätigkeit zu den schlechtbezahltesten und am wenigsten abgesicherten des neuen informellen Arbeitsmarktes gehört, ist nur ein Beispiel dafür, wie sich der Zusammenhang von Geschlecht und instabiler sozialer Situation noch mit anderen sozialen Schichtungskategorien postindustrieller Gesellschaften hierarchisierend verbindet. Dieses Muster läßt sich auf andere "Frauenarbeits"bereiche übertragen:

"Die Formen traditionell als weiblich definierter Arbeiten und Tätigkeiten, die Frauen in hochindustrialisierten Gesellschaften teilweise verweigern, jedenfalls aber nicht mehr in ausreichendem Maße übernehmen, werden weder abgeschafft noch zwischen Männern und Frauen geteilt. Sie werden den Frauen anderer Kontinente und Kulturen zugewiesen. Das gilt für die Fließband- und Putzarbeit ebenso wie für die Prostitution und das Gebären und Aufziehen von Kindern sowie die Reproduktion der Arbeitskraft." (Potts 1993: 87)

In den Gentrifizierten Vierteln der Besserverdienenden zeigt sich also in Ansätzen (vgl. Floeting/Golm 1991: 156) eine Reintegration von Wohnen und Arbeiten, die besonders erwerbstätigen Frauen zugutekommt. Zugleich werden hier aber auch Tendenzen der erneuten "Entmischung" durch die Verdrängung sozial Schwächerer deutlich (vgl. ebd.).²⁰ Verschiedene Autorinnen haben im Kontext der Diskussion um die "Feminisierung der Armut" (Goldberg/Kremen 1990) darauf hingewiesen, daß die Folgen der Verdrängung durch Gentrifikation alles andere als geschlechterneutral seien: "Women are over-represented among the urban poor, who, directly or indirectly, suffer negative effects as a result of gentrification." (Bondi 1991a: 114) Hier schließt sich zum wiederholten Male der Kreis, der die Stadt für viele zum "Ort und zur Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung" (Dangschat 1995) macht.

3. Ausblick

Aufgrund der Tatsache, daß in Gentrifizier-Haushalten weit seltener die typischen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilungen praktiziert werden als in traditionellen Haushaltstypen, wurde die Gentrifikation im angloamerikanischen Kontext auch als sozialräumlicher Ausdruck einer sukzessiven Aufweichung traditioneller Geschlechterrollen interpretiert.²¹ An solche Überlegungen anschließend hat Bondi den Vorschlag gemacht,

²⁰Gegen die unkritische Rede von der "Revitalisierung der Innenstädte" wendet auch Liz Bondi ein, daß es sich bei den Gentrifizierten Gebieten ja vorher nicht um soziales oder kulturelles Brachland gehandelt habe. Lebendige Wohnviertel der Arbeiterklasse würden zerstört: "Thus, profit-making for some is impoverishment for others; the 'lifestyle choices' of some deny those of others." (Bondi 1991b: 191)

²¹Ann Markusen hat schon 1980 die Fachwelt mit ihrer feministisch-euphorischen Interpretation provoziert, nach der die innerstädtischen Gentrifikationsprozesse in weiten Teilen als ein Resultat des Zusammenbruchs des patriarchalen Haushalts anzusehen seien

Gentrifikation nicht nur als Prozeß der Klassenbildung, sondern auch als Prozeß der Dynamisierung von Geschlechterverhältnissen und Geschlechteridentitäten zu analysieren: "The issue is whether gentrification is a process through which changes in gender identities are constructed and expressed." (1991a: 121) Genauso wie der industriegesellschaftliche Suburbanisierungsprozeß untrennbar mit bestimmten, aus heutiger Sicht konventionellen Geschlechterrollen und Vorstellungen von Femininität und Maskulinität verbunden war, zeuge Gentrifikation von deren Veränderung und müsse in bezug auf die Produktion neuer Geschlechterrollen und neuer Bilder von Weiblichkeit und Männlichkeit analysiert werden. So schließe beispielsweise die Vorstellung von Femininität eine Karriereorientierung zumindest unter "gentrifiern" nicht mehr aus. Diese von Bondi im Kontext der Gentrifikation nur angedeutete Analyserichtung, die ich hier insbesondere am Beispiel des industriegesellschaftlichen Suburbanisierungsprozesses umzusetzen versucht habe, möchte ich zukünftig auch auf die oben skizzierten neuen sozialräumlichen Muster wie Suburbs, ländliche Regionen, die Stadt der informellen Arbeit übertragen.

Mit Hilfe des Konzepts der GeschlechterGeographien, das physisch-materielle und kulturell-symbolische Aspekte sozialräumlicher Geschlechterarrangements in den Blick nimmt, konnte u.a. gezeigt werden, daß für "traditionell" gehaltene Geschlechterverhältnisse heute ein begehrtes Ausstattungskriterium von Standorten in der Standortkonkurrenz darstellen. Diese glaubt man eindeutig lokalisieren zu können: in den Suburbs und in bestimmten (!) ländlichen Regionen. Indem das Klischee von sozial konformen und leicht steuerbaren suburbanen Mittelklasse- und Landfrauen (re)produziert wird, wird zugleich dasjenige von unangepaßten, renitenten und schwarzen Innenstadtbewohnerinnen verfestigt. Solche diskursiven und symbolischen Konstruktionen sind ihrerseits wiederum realitätsmächtig: Sie machen es möglich, unterschiedliche Bilder von Weiblichkeit gegeneinander auszuspielen. Die darauf basierende Abwanderung von Jobs kann ein Resultat sein, das seinerseits massive soziale Folgewirkungen zeitigt. Zugleich führen solche Verschiebungen auf dem Land, in den Suburbs, in den Städten und zwischen diesen zu neuen Codierungen und Dynamisierungen der Beziehungen zwischen Frauen und Männern sowie unter Frauen und unter Männern.

Aufgrund historisch unterschiedlich gewachsener Stadt- und Raummuster, unterschiedlicher industrieller GeschlechterGeographien, unterschiedlicher Pfade zur Dienstleistungsgesellschaft, unterschiedlicher politischer, sozialer und kultureller Traditionen u.v.m. sind die hier auf der Basis angloamerikanischer Forschungen dargestellten neuen GeschlechterGeographien empirisch nur bedingt auf deutsche bzw. kontinentaleuropäische Verhältnisse übertragbar. Die an der Rezeption der angloamerikanischen Debatte gewonnenen theoretischen Annahmen über die Interaktion

(1980: 35); zur Kritik s. Alisch (1993: 116 f.).

von Geschlechterbeziehungen und Raumentwicklungen und das auf diesen Annahmen basierende Konzept der GeschlechterGeographien können allerdings für den hiesigen Kontext fruchtbar gemacht werden, um die enge Beziehung bzw. das komplexe Zusammenspiel der Restrukturierungen des (städtischen) Raumes und der Veränderung von Geschlechterbeziehungen und Geschlechterrollen weitergehender zu untersuchen, als dies bisher erfolgt ist.

Literaturverzeichnis

- Adler, Sy/Brenner, Johanna, 1992: Gender and Space: Lesbians and Gays in the City, in: International Journal of Urban and Regional Research 16, 24-34.
- Alisch, Monika, 1993: Frauen und Gentrifikation. Der Einfluß von Frauen auf die Konkurrenz um den innerstädtischen Wohnraum, Wiesbaden.
- Antipode. A Journal of Radical Geography, 1984: Special Issue on "Women and the built environment", Vol. 16, Nr. 3.
- Appadurai, Arjun, 1990: Disjuncture and Difference in the Global Cultural Economy, in: Mike Featherstone (Hrsg.), Global Culture. Nationalism, globalization and modernity, London/Newbury Park/New Delhi, 295-310.
- Arch+, 1981: Kein Ort, nirgends - Auf der Suche nach Frauenräumen, Nr. 60, Aachen.
- Bauhardt, Christine, 1995: Stadtentwicklung und Verkehrspolitik. Eine Analyse aus feministischer Sicht, Basel.
- Bauwelt, 1979: Frauen in der Architektur -: Frauenarchitektur?, 70. Jg., Nr. 31/32, August.
- beiträge zur feministischen theorie und praxis, 1980: Frauen Räume Architektur Umwelt, H.4, München.
- Bell, David/Valentine, Gill, 1995: Mapping Desire. Geographies of Sexualities, London/New York.
- Bergius, Hanne, 1986: Berlin als Hure Babylon, in: Jochen Boberg/Tilman Fichter/Eckhard Gillen (Hrsg.), Die Metropole: Industriekultur in Berlin im 20. Jahrhundert, Berlin, 102-119.
- Bernack, Jenny, 1996: Vermisst wird der Kaufladen um die Ecke. Zeitgemäße Stadtplanung orientiert sich an der Lebensgestaltung, in: Frankfurter Rundschau vom 1.6.1996, ZB5.
- Bock, Stephanie/Hünlein, Ute/Klamp, Heike/Treske, Monika (Hrsg.), 1989: Frauen(t)räume in der Geographie. Beiträge zur feministischen Geographie, Urbs et Regio 52, Kassel.
- Bondi, Liz, 1991a: Women, Gender Relations and The Inner City, in: Michael Keith/Alisdair Rogers (Hrsg.), Hollow Promises? Rhetoric and Reality in the Inner City, 110-126.
- Bondi, Liz, 1991b: Gender Divisions and Gentrification: a Critique, in: Transactions of the Institute of British Geographers N.S. 16, 190-198.
- Borst, Renate u.a. (Hrsg.), 1990: Das neue Gesicht der Städte: Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte, Basel.
- Borst, Renate, 1990: Die zweite Hälfte der Stadt. Suburbanisierung, Gentrifizierung und frauenspezifische Lebenswelten, in: Dies u.a. (Hrsg.), Das neue Gesicht der Städte: Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte, Basel, 235-

268.

- Bruch, Michael/Krebs, Hans Peter* (Hrsg.), 1996: Unternehmen Globus: Facetten nachfordistischer Regulation, Münster.
- Bruegel, Irene*, 1973: Cities, women and social class: a comment to Pat Burnett, in: *Antipode*, Nr. 3, Vol. 5, 62-63.
- Burnett, Pat*, 1973: Social change, the status of women and models of city form and development, in: *Antipode*, Nr. 3, Vol. 5, 57-62.
- Buschkühl, Angelika*, 1989: Frauen in der Stadt: Räumliche Trennung der Lebensbereiche, veränderte Planung mit Frauen, in: *Stephanie Bock* u.a. (Hrsg.), *Frauen(t)räume in der Geographie. Beiträge zur feministischen Geographie*, Urbs et Regio 52, Kassel, 101-115.
- Castells, Manuel*, 1983: Cultural Identity, Sexual Liberation and Urban Structure: The Gay Community in San Francisco, in: *Ders.*, *The City and the Grassroots*, Berkeley, 138-170.
- Christopherson, Susan*, 1995: Changing Women's Status in a Global Economy, in: *R.J. Johnston* u.a. (Hrsg.), *Geographies of Global Change. Remapping the World in the Late Twentieth Century*, Oxford UK/Cambridge MA, 191-205.
- Dackweiler, Regina*, 1990: Nicht die Hälfte des Himmels, sondern die ganze Stadt, Frankfurter autonome Frauenbewegung gegen sexuelle Gewalt im öffentlichen Raum, in: *Forschungsjournal NSB*, 3.Jg., H. 4, 45-54.
- Dangschat, Jens S.*, 1995: "Stadt" als Ort und als Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B31-32, 50-62.
- Demirovic, Alex* u.a. (Hrsg.), 1992: Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß, Münster.
- Dörhöfer, Kerstin* (Hrsg.), 1990: Stadt - Land - Frau. Soziologische Analysen und feministische Planungsansätze, *Forum Frauenforschung* Bd. 4, Freiburg.
- Dörhöfer, Kerstin/Terlinden, Ulla* (Hrsg.), 1985: Verbaute Räume. Auswirkungen von Architektur und Stadtplanung auf das Leben von Frauen, Köln.
- Fishman, Robert*, 1987: Beyond Suburbia: The Rise of the Technoburb, in: *Richard T. LeGates/Fredric Stout* (Hrsg.), 1996: *The City Reader*, London/New York: 485-492.
- Fishman, Robert*, 1990: Megalopolis Unbound, in: *Philip Kasinitz* (Hrsg.), 1995: *Metropolis. Centre and Symbol of our Times*, Houndmills/Basingstoke/Hampshire/London, 395-417.
- Floeting, Holger/Golm, Stefan*, 1991: San Francisco Bay Area - Strukturwandel einer Stadtregion. Qualitative Umstrukturierung im Dienstleistungsbereich und ihre räumlichen Folgen, in: *Die Erde* 122, 145-160.
- French, Marilyn*, 1977: *The Women's Room*, New York (dt. Übersetzung: *Frauen. Roman*, Reinbek 1978).
- Friedan, Betty*, 1963: *The Feminine Mystique*, New York.
- Giddens, Anthony*, 1990: *The Consequences of Modernity*, Cambridge.
- Goldberg, Gertrude Schaffner/Kremen, Eleanor*, 1990: *The Feminization of Poverty - Only in America?*, New York/Westport, Connecticut/London.
- Gregory, Derek/Urry, John*, 1985: Introduction, in: *Dies.* (Hrsg.), *Social Relations and Spatial Structures*, Houndmills u.a., 1-8.
- Günter, Andrea*, 1996: Ort(s)Politik. Über die frauenbewegte Rede vom Ort und vom Raum, in: *Freiburger FrauenStudien*, H.1, 109-122.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter*, 1995: *Dienstleistungsgesellschaft*, Frankfurt/M./New York.

- Hagen, Elisabeth/Jenson, Jane*, 1988: Paradoxes and Premises. Work and Politics in the Postwar Years, in: *Dies./Reddy, Ceallaigh* (Hrsg.): *Feminization of the Labor Force. Paradoxes and Premises*, Cambridge and Oxford, 3-16.
- Hannemann, Christine/Hillmann, Felicitas*, 1996: Die Maus im Laufrad oder Dauerläufe des feministischen Blicks auf Stadt und Raum: Wohnen und Mobilität, in: *Feministische Studien* Nr. 2, 149-156.
- Hanson, Susan/Pratt, Geraldine*, 1995: *Gender, Work and Space*, London/New York.
- Hapgood, Karen/Getzels, Judith* (Hrsg.), 1974: *Women, Planning and Change*, Chicago.
- Harvey, David*, 1990: *The Condition of Postmodernity*, Cambridge, Ma./Oxford, UK.
- Hayden, Dolores*, 1980: *The grand domestic revolution*, Cambridge.
- Helbrecht, Ilse*, 1996: Die Wiederkehr der Innenstädte. Zur Rolle von Kultur, Kapital und Konsum in der Gentrification, in: *Geographische Zeitschrift*, Nr. 1, 1-15.
- Hillmann, Felicitas*, 1996: Jenseits der Kontinente. Migrationsstrategien von Frauen nach Europa, Pfaffenweiler.
- Hilpert, Thilo* (Hrsg.), 1984: *Le Corbusiers "Charta von Athen"*. Texte und Dokumente. Kritische Neuausgabe, Braunschweig.
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland*, 1986: *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus*, Hamburg.
- Hossfeld, Karen J.*, 1990: "Their logic against them": Contradictions in sex, race and class in Silicon Valley, in: *Kathryn Ward* (Hrsg.), 149-178.
- Huyssen, Andreas*, 1986: Mass Culture as Woman: Modernism's Other, in: *Ders.*, *After the Great Divide. Modernism, Mass Culture, Postmodernism*, Bloomington/Indianapolis, 44-62.
- Jenson, Jane/Hagen, Elisabeth/Reddy, Ceallaigh* (Hrsg.), 1988: *Feminization of the Labor Force. Paradoxes and Premises*, Cambridge/Oxford.
- Jessop, Bob*, 1992: Regulation und Politik, in: *Alex Demirovic* u.a. (Hrsg.), *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß*, Münster, 232-262.
- Kennedy, Margrit*, 1979: Zur Wiederentdeckung weiblicher Prinzipien in der Architektur, in: *Bauwelt* 31/32, 1279-1284.
- Kobayashi, Audrey* (Hrsg.), 1994: *Women, Work and Place*, Montreal.
- Kräike, Stefan*, 1995: *Stadt-Raum-Ökonomie. Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie*, Basel/Boston/Berlin.
- Mackenzie, Suzanne/Rose, Damaris*, 1982: Industrial Change, the Domestic Economy, and Home Life, in: *James Anderson/Simon Duncan* (Hrsg.), *Redundant Spaces in Cities and Regions?*, London, 155-200.
- Mackenzie, Suzanne*, 1988: Building Women, Building Cities: Toward Gender Sensitive Theory in the Environmental Disciplines, in: *Caroline Andrew/Beth Moore Milroy* (Hrsg.), *Life Spaces. Gender, Household, Employment*, Vancouver, 13-30.
- Marcuse, Peter*, 1993: Not Chaos, but Walls: Postmodernism and the Partitioned City, in: *Sophie Watson/Katherine Gibson* (Hrsg.), *Postmodern Cities and Spaces*, Cambridge/Oxford UK, 243-253.
- Markusen, Ann R.*, 1980: City Spatial Structure, Women's Household Work, and National Urban Policy, in: *Women and the American City*, Special Issue of *Signs*, Vol. 5, No. 3, 23-44.
- Martwich, Barbara* (Hrsg.), 1991: *FrauenPläne: Stadtumbau, sozialer Wandel und Fraueninteressen*, Darmstadt.
- Massey, Doreen*, 1992: Space, Place and Gender, in: *Dies.*, 1994: *Space, Place and*

- Gender, Cambridge/Oxford UK, 185-190.
- Mayer, Margit, 1995: Los Angeles und Berlin im Vergleich, in: Frank Sträter (Hrsg.), Los Angeles - Berlin. Stadt der Zukunft - Zukunft der Stadt, Stuttgart, 98-111.
- McDowell, Linda, 1991a: Life without father and Ford: the new gender order of post-Fordism, in: Transactions of the Institute of British Geographers N.S. 16, 400-419.
- McDowell, Linda, 1991b: Restructuring production and reproduction: some theoretical and empirical issues, relating to gender, or women in Britain, in: Mark Gottdiener/Chris Pickvance (Hrsg.): Urban life in transition (Urban Affairs Annual Review 39), Newbury Park, Ca., 77-105.
- McDowell, Linda, 1993: Space, place and gender relations: Part II. Identity, difference, feminist geometries and geographies, in: Progress in Human Geography 17,3: 305-318.
- McDowell, Linda/Massey, Doreen, 1984: A woman's place?, in: Doreen Massey/Allen J. Scott (Hrsg.): Geography matters! A reader, Cambridge, 128-147.
- Meyerowitz, Joanne, 1990: Sexual Geography and Gender Economy: The Furnished Room Districts of Chicago, 1890-1930, in: Gender & History, Vol. 2, No. 3, 273-296.
- Möller, Carola, 1993: "Lean production" - japanischer Joker für europäische Arbeitgeber, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Nr. 34, Köln, 85-92.
- Mozingo, Louise, 1981: Women and Downtown Open Spaces, in: Places 6:1, 38-47.
- Nelson, Kristin, 1986: Labor demand, labor supply and the suburbanization of low-wage office work, in: Allen J. Scott/Michael Storper (Hrsg.): Production, Work, Territory. The geographical anatomy of industrial capitalism, Winchester, Ma., 149-171.
- Noller, Peter/Ronneberger, Klaus, 1995: Die neue Dienstleistungsstadt. Berufsmilieus in Frankfurt am Main, Frankfurt/M./New York.
- Pearson, Ruth, 1986: Female Workers in the First and Third Worlds: the "Greening" of Women's Labour, in: Kate Purcell u.a. (Hrsg.), The Changing Experience of Employment. Restructuring and Recession, Houndmills u.a., 75-94.
- Peiss, Kathy, 1983: "Charity Girls" and City Pleasures: Historical Notes on Working-Class Sexuality, 1880-1920, in: Ann Snitow/Christine Stansell/Sharon Thompson (Hrsg.), Powers of Desire. The Politics of Sexuality, New York, 74-87.
- Pickup, Laurie, 1988: Hard to get around: a study of women's travel mobility, in: Jo Little/Linda Peake/Pat Richardson (Hrsg.), Women in Cities. Gender and the Urban Environment, London, 98-116.
- Pitzen, Marianne, 1979: Frauen formen ihre Stadt, in: bauwelt, Nr. 31/32, 1321-1323.
- Pohl, Jürgen, 1993: Kann es eine Geographie ohne Raum geben? Zum Verhältnis von Theoriediskussion und Disziplinpolitik, in: Erdkunde Bd. 47, 255-266.
- Potts, Lydia, 1993: Migrantinnen im Weltmarkt für Arbeitskraft, in: Arbeitsgruppe 501 (Hrsg.): Heute hier - morgen fort. Migration, Rassismus und die (Un)Ordnung des Weltmarkts, Freiburg, 84-87.
- Rau, Petra, 1987: Stadtplaner sind autofahrende Männer. Die Gewalt der Stadt gegen Frauen am Beispiel Verkehr, in: Elke Steg/Inga Jesinghaus (Hrsg.), Die Zukunft der Stadt ist weiblich. Frauenpolitik in der Kommune, Bielefeld, 116-121.
- Rau, Petra, 1991: Der Alltag als Maßstab für Infrastrukturplanung. Strukturelle Gewalt durch Planung, eine vorläufig letzte Zustandsbeschreibung, Berlin (=Arbeitsberichte des Verkehrswesen Seminars der TU Berlin, Bd. 4).
- Rentmeister, Cillie, 1979: Die Quadratur des Kreises, in: Bauwelt 31/32, 1292-1296.
- Robertson, Roland, 1990: Mapping the Global Condition: Globalization as the Central Concept, in: Mike Featherstone (Hrsg.), Global Culture. Nationalism, globalization and

- modernity, London/Newbury Park/New Delhi, 15-30.
- Rodenstein, Marianne, 1990: Feministische Stadt- und Regionalforschung - Ein Überblick über Stand, aktuelle Probleme und Entwicklungsmöglichkeiten, in: Kerstin Dörhöfer (Hrsg.), Stadt - Land - Frau. Soziologische Analysen und feministische Planungsansätze, Forum Frauenforschung Bd. 4, Freiburg, 199-228.
- Saegert, Susan, 1980: Masculine Cities and Feminine Suburbs: Polarized Ideas, Contradictory Realities, in: Signs, Vol. 5, Nr. 3 (=Supplement: Women and the American City), Chicago, 96-111.
- Sassen, Saskia, 1996a: Metropolen des Weltmarkts. Die neue Rolle der Global Cities, Frankfurt/M./New York.
- Sassen, Saskia, 1996b: Rebuilding the Global City: Economy, Ethnicity and Space, in: Anthony D. King (Hrsg.), Re-Presenting the City. Ethnicity, Capital and Culture in the Twenty-First Century Metropolis, Houndmills u.a., 23-42.
- Schlör, Joachim, 1994: Nachts in der großen Stadt. Paris, Berlin, London. 1840-1930, München.
- Schmidt, Manfred G., 1993: Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern im Industrieländervergleich, Opladen.
- Schulte, Regina, 1979: Sperrbezirke. Tugendhaftigkeit und Prostitution in der bürgerlichen Welt, Frankfurt/M..
- Schwartz, Barry, 1976: Images of Suburbia: Some Revisionist Commentary and Conclusions, in: Ders. (Hrsg.), The Changing Face of the Suburbs, Chicago/London, 325-340.
- Scott, Allen J., 1988: New Industrial Spaces. Flexible Production Organisation and Regional Development in North America and Western Europe, London.
- Schwengel, Hermann, 1997: Vor und nach dem Medienspiel. Globalisierung als kulturelle Verfassung der Moderne, in: Stefan Hradil (Hrsg.), Differenz und Integration. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996, Frankfurt/M./New York (im Erscheinen).
- Sennett, Richard, 1983: Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität, Frankfurt/M..
- Signs: Journal of Women in Culture and Society, 1980: Vol. 5, Nr. 3 (=Supplement: Women and the American City), Chicago.
- Soja, Edward/Hooper, Barbara, 1993: The Spaces that Difference Makes. Some Notes on the Geographical Margins of the New Cultural Politics, in: Michael Keith/Steve Pile (Hrsg.), Place and the Politics of Identity, London/New York, 183-205.
- Spain, Daphne, 1992: Gendered Spaces, Chapel Hill/London.
- Spitthöver, Maria, 1989: Frauen in städtischen Freiräumen, Köln.
- Stacey, Judith, 1992: Sexism by a Subtler Name? Postindustrial Conditions and Postfeminist Consciousness in the Silicon Valley, in: Dorothy O. Helly/Susan M. Reverby (Hrsg.), Gendered Domains. Rethinking Public and Private in Women's History, Ithaca/London, 322-338.
- Steg, Elke/Jesinghaus, Inga (Hrsg.), 1987: Die Zukunft der Stadt ist weiblich. Frauenpolitik in der Kommune, Bielefeld.
- Stubbs, Cherril/Wheelock, Jane, 1990: A Woman's Work in the Changing Local Economy, Aldershot.
- Swanson, Gillian, 1995: "Drunk with the Glitter": Consuming Spaces and Sexual Geographies, in: Sophie Watson/Katherine Gibson (Hrsg.), Postmodern Cities and Spaces,

- Cambridge/Oxford UK, 80-98.
- Terlinden, Ulla*, 1980: Baulich-räumliche HERRschaft. Bedingungen und Veränderungen, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis 4, 48-62.
- Thrift, Nigel*, 1996: A Phantom State? International Money, Electronic Networks and Global Cities, in: *Ders.*, Spatial Formations, London, 213-255.
- Virilio, Paul*, 1983: Der kritische Raum, in: Tumult Nr. 7, 16-27.
- Ward, Kathryn* (Hrsg.), 1990: Women Workers and Global Restructuring, Ithaca.
- Waters, Malcolm*, 1995: Globalization, London/New York.
- Weichhart, Peter*, 1993: Vom "Räumeln" in der Geographie und anderen Disziplinen. Einige Thesen zum Raumaspekt sozialer Phänomene, in: *Jörg Mayer* (Hrsg.), Die aufgeräumte Welt. Raumbilder und Raumkonzepte im Zeitalter globaler Marktwirtschaft (=Loccumer Protokolle 74/92), Rehburg-Loccum, 225-239.
- Weigel, Sigrid*, 1987: "Die Städte sind weiblich und nur dem Sieger hold". Die Funktion des Weiblichen in Gründungsmythen und Städtedarstellungen, in: *Sigrun Anselm/Barbara Beck* (Hrsg.), Triumph und Scheitern in der Metropole, Berlin, 207-227.
- Wekerle, Gerda R.*, 1980: Women in the Urban Environment, in: *Signs*, Vol. 5, Nr. 3 (=Supplement: Women and the American City), Chicago, 188-214.
- Wekerle, Gerda R.*, 1984: A Woman's Place is in the City, in: *Antipode* Vol. 6, Nr. 3, 11-19.
- Wichterich, Christa*, 1996: Von der "Feminisierung" der Beschäftigung. Frauen auf dem globalen Erwerbsarbeitsmarkt, in: Frankfurter Rundschau vom 18.05.1996, ZB5.
- Wilson, Elizabeth*, 1991: The Sphinx in the City: Urban Life, the Control of Disorder, and Women, Berkeley.
- Wilson, Elizabeth*, 1995: The Invisible Flaneur, in: *Sophie Watson/Katherine Gibson* (Hrsg.), Postmodern Cities and Spaces, Cambridge and Oxford, 59-79.
- Wilson, William Julius*, 1996: When Work Disappears. The World of the New Urban Poor, New York.
- Wood, Gerald*, 1996: Regionale Geographie im Umbruch? Ansätze einer sozialwissenschaftlichen "New Regional Geography" im angelsächsischen Sprachraum, in: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 70, H. 1, 55-72.
- WGSG (=Women and Geography Study Group of the Institute of British Geographers), 1984: Urban Spatial Structure, in: *Geography and Gender. An introduction to feminist geography*, London/Melbourne/Sydney/Auckland/Johannesburg, 43-66.
- Zimmermann, Barbara*, 1995: Wie Frauenräume in der Stadt entstehen, oder Von der Kuschelecke zum Millionenprojekt. Frauen bauen, nicht nur für Frauen, in: *Freiburger FrauenStudien* Nr. 2, 9-18

Susanne Grieser

Die „Obst- und Gartenbauschule für gebildete Frauen“ in Marienfelde bei Berlin - eine weibliche Bildungseinrichtung zwischen bürgerlicher Frauenemanzipation und Lebensreform

1889 wurde in Charlottenburg eine Bildungseinrichtung für Frauen eröffnet, die die Stadt in Aufruhr versetzte: „Sie rief einen Sturm in der Hauptstadt hervor, der bis zu Aufrufen an den Litfaßsäulen sich steigerte. Die ganze Gärtnerwelt war empört und rief energisches Sichauflehnen gegen die Frauenwelt hervor“ (NB 24/23/1889, 182), berichtete Minna Cauer auf dem Erfurter Frauentag im Herbst des Jahres über die Reaktion der von ihr initiierten Schule.

Was war geschehen?

Im Frühjahr 1889 hatte Cauer, Vorsitzende der „Frauengruppe der deutschen akademischen Vereinigung“ (der spätere „Verein Frauenwohl“ Berlin) auf einer Sitzung der Gruppe in Berlin den Plan einer Gärtnereischule für Frauen vorgestellt. Eine qualifizierte (Aus)bildung und die Schaffung bzw. Öffnung neuer Erwerbszweige für *gebildete* Frauen waren zentrale Themen der Gruppe. Für diese Schicht waren die Erwerbsmöglichkeiten Ende des 19. Jhdts. sehr begrenzt. Zwar lag nach einer Statistik des Deutschen Reiches 1882 die weibliche Erwerbsquote bei 36%, von diesen Frauen waren aber nur 7,5% in Bereichen tätig, die den höheren sozialen Schichten offenstanden (Handel und Verkehr 5,4%, Öffentliche Dienste und freie Berufe 2,1%). Der Hauptteil der erwerbstätigen Frauen war in der Landwirtschaft (46%), in der Industrie (ca. 20%) oder als Dienstboten (23%) beschäftigt, also den Arbeitsgebieten der sozialen Unterschicht.

Cauer hatte nun die Überzeugung formuliert, daß „wie jede Tätigkeit im Kulturleben auch der Gärtnerberuf „eine weibliche Seite“ habe, die bis jetzt unbeachtet geblieben sei, die aber liebevoll gepflegt, sich reich entfalten könne, ohne die männliche Arbeit entbehrlich zu machen, geschweige zu beeinträchtigen“ (NB 24/12/1889, 90). Viele Bereiche des Gartenbaus, wie z.B. Treibhauskultur, Zimmerschmuck oder Teppichgärtnerei „verlangen sogar die Hand der Frauen, da diese oftmals einen feinen Schönheitssinn und angeborene Geschicklichkeit der Hand besitzen“ (a.a.O., 91).

Die Gärtnerzunft hatte sich jedoch von ihren Argumenten nicht überzeugen lassen. Cauer's Versuch, eine gärtnerische Berufsausbildung für Frauen an den bereits existierende staatlichen und privaten Gartenbauschulen durchzusetzen, scheiterte an den Widerständen der Leiter. „Es blieb also auch hier kein anderer Weg als der energischer Selbsthilfe“, konstatierte Cauer schließlich in ihrem Vortrag in Erfurt. Sie hatte jedoch in Hedwig Heyl eine tatkräftige Unterstützerin gefunden. Heyl hatte bereits ihre privaten Ländereien und Gewächshäuser sowie ihren eigenen Gärtner in Charlottenburg für die gärtnerische Ausbildung von Frauen zur Verfügung gestellt und den Betrieb der ersten Gärtnereischule für Frauen aufgenommen.

Die Ausbildung sollte nach Cauer's Überlegung „wohl zunächst im Hause anzuwenden sein, in der Blumenpflege des Zimmers“ (a.a.O.), würde jedoch auch „ein schönes Nebefeld“ (a.a.O.) für Frauen in hauswirtschaftlichen Berufen darstellen. Diese Vorstellung schien in den entsprechenden Frauenkreisen große Resonanz gefunden zu haben, so daß „die Damen der sog. besseren Stände Berlins (...) mit auffallendem Fleiß und

unverdrossenem Mut sich auch der geringsten Gartenarbeit unterwerfen und (...) nicht allein unermüdet, sondern auch voller Begeisterung für die Arbeit (sind)" (a.a.O., 91-92), berichtete Cauer in Erfurt über die ersten Schülerinnen.

Die Möglichkeit einer regulären Berufsausbildung in diesem Bereich wollte allerdings keine der Frauen wahrnehmen, wozu sicher die Proteste der männlichen Gärtner und die damit verbundene Sorge um berufliche Perspektiven wesentlich beigetragen haben.

Eine eindeutig neue Qualität erhielt die weibliche Gartenbauausbildung 5 Jahre später. Im Frühjahr 1894 richtete der „Verein Frauenwohl“, wie sich die „Frauengruppe der deutschen akademischen Vereinigung“ nach ihrer Selbständigkeit 1893 nannte, eine „Kommission für die Gartenbauschule“ ein. Ihre Leitung übernahm Dr. Elvira Castner, die sich fortan energisch für die gärtnerische Ausbildung von Frauen einsetzte. Die 50jährige Zahnärztin, Vorstandsmitglied des „Verein Frauenwohl“, hatte die Idee des Gartenbaus von ihrem Studienaufenthalt in den USA mitgebracht. In ihrem Vortrag im Juni des Jahres vor dem Verein hob sie die soziale und wirtschaftliche Bedeutung dieses neuen weiblichen Berufszweiges in den Vordergrund (FWO 2/13/Juli 94, 105-111; FWO 2/14/Juli 94, 113-118 und NB 29/18/Sept. 94, 140-141). Der Gartenbau würde „die Ausdehnung der Erwerbshätigkeit und die Eröffnung neuer Berufsarten für die Frau auf gewerblichen resp. wirtschaftlichen Gebieten“ (FWO a.a.O., 105) bedeuten, die sich der Verein auf seiner Generalversammlung als Ziel gesetzt hätte. Um Frauen aber genügend für den Beruf vorzubereiten, müßten Gartenbauschulen geschaffen werden, „die genau nach dem Muster und dem Plane der für Männer geschaffenen eingerichtet werden“ (FWO a.a.O., 113), um den Frauen „aufgrund derselben Vorbedingungen, desselben Wissens und Könnens wie der Mann“ (a.a.O.) eine Berufstätigkeit zu ermöglichen. Ein weiterer wichtiger Punkt wäre, daß Deutschland dringend eine Steigerung der einheimischen Gartenproduktion bräuchte. Die Importe an Obst und Gemüse hätten sich 1893 bereits auf ca. 30 Mio. Mark belaufen, obwohl die Produkte auch im eigenen Land hätten angebaut werden können. Die Frauen könnten wesentlich dazu beitragen, den Obst- und Gartenbau in Deutschland zu fördern, zur Autarkie Deutschlands beizutragen und das Obst als wertvolles Nahrungsmittel für die Bevölkerung erschwinglicher zu machen. Hierzu sei besonders die Ausbildung von Bäuerinnen und ihren Töchtern geeignet, die die „allgemeine Notlage der Landwirtschaft“ lindern könnte und durch eine Steigerung der Erträge die Landflucht einzudämmen vermöchte.

Vor allem diese Argumentation erhielt während des 1. Weltkrieges ein besonderes Gewicht und sorgte in dieser Zeit für einen schwunghaften Anstieg gärtnerischer Bemühungen in der Frauenbewegung.

Der „Prospekt der Obst- und Gartenbauschule für Frauen Friedenau“, den die Zeitung „Frauenwohl“, das Mitteilungsblatt des gleichnamigen Vereins, im September 1894 veröffentlichte, legte daher als Zweck der Einrichtung die Aufgabe fest, „Frauen und Mädchen mit guter Schulbildung durch theoretischen Unterricht und praktische Arbeiten so auszubilden, daß sie im Stande sind, als Berufsgärtnerinnen Stellungen zu bekleiden, oder die gewonnenen Kenntnisse nutzbringend auf eigenem Grund und Boden zu verwerten vermögen. - Vorallem sollen sie erkennen lernen, daß bei rationeller Ausnützung des Bodens bessere Ernten und Erträge und bei besserer Verwertung der gewonnenen Erzeugnisse höhere Bodenrenten erzielt werden und daß alle dazu notwendigen Arbeiten mit Erfolg von Frauen ausgeführt werden können“ (FWO 2/17/Sept. 94, 142). Der

Lehrplan der Schule sah deshalb für zukünftige Gärtnerinnen einen 2jährigen Kursus vor, der außer praktischen Arbeiten täglich 3-4 Stunden theoretischen Unterrichts in den Fächern Obst-, Gemüse- und Weinbau, Blumenzucht, Botanik, Zoologie, Chemie und Mineralogie, Boden- und Düngerlehre sowie Zeichnen, Buchführung und Korrespondenz umfaßte. Bei entsprechender Vorbildung ließ sich die Ausbildungszeit auf ein Jahr reduzieren. Die jährlichen Abschlußprüfungen, über die verschiedene Frauenzeitungen regelmäßig berichteten, fanden unter staatlicher Aufsicht statt und garantierten somit die offizielle Anerkennung der Ausbildung, bei der der Erwerbszweck im Vordergrund stehen sollte. Die Berichte über die Abschlußprüfungen informierten auch über den zukünftigen Verbleib der Absolventinnen, die entweder „nach Hause zurück(kehren), um die erworbenen Kenntnisse auf heimischer Scholle zu verwerten“ (CBL 13/7/Okt. 05, 100), als Gärtnerinnen in Stellung gingen, sich selbständig machten oder die Leitung von Betrieben übernahmen bzw. als Lehrerinnen z.B. in Kinderheimen oder Genesungsheimen tätig wurden. 1914 hatten 400 der bis dahin über 670 Schülerinnen der Marienfelder Schule einen „befriedigenden Erwerb gefunden“ (FF 1/16/April 14, 5), der, so ein anderer Artikel, „bei freier Station und vollständigem Familienanschluß ein Anfangsgehalt von 400 Mark“ (FRAU 6/8/Mai 99, 506) im Jahr bedeuten konnte.

Auch Castner ging, wie ihre Vorgängerin Cauer, direkt an die Umsetzung ihrer Idee und stellte ein 2,5 Morgen (6 250 qm) großes Grundstück aus ihrem Familienbesitz in Friedenau zur Verfügung. Dennoch fehlte Geld für die Errichtung der Gebäude, die Bezahlung der Lehrerinnen und die Ausstattung sowie für Darlehen, die für minderbemittelte Schülerinnen und für die spätere Selbständigkeit der Absolventinnen gestellt werden sollten. Zur Finanzierung dieser Kosten regte Castner daher die Gründung einer Frauengenossenschaft an, deren Anteilscheine zu einem Minimalsatz von 100 Mark verkauft werden sollten. Im November 1894 druckte die Zeitung „Frauenwohl“, den „Aufruf zur Bildung einer Frauengenossenschaft mit beschränkter Haftung zur Förderung des Obst- und Gartenbaus“ (FWO 2/22/Nov. 94, 185-186) ab. Diese Organisationsform schien sich jedoch nicht durchsetzen zu können, das erforderliche Startkapital von 60 000 Mark kam nicht zusammen. Statt dessen gründeten die Initiatorinnen im Januar 1896 den „Verein „Trägerverein“ genannt, d. V.), der sich dem „Bund Deutscher Frauenvereine“ (BDF) anschloß (FRAU 3/2/Nov. 95, 123; FB 2/1/Jan. 96, 6 und FB 3/13/Juli 97, 140) und dem „Ausschuß für Wohlfahrtspflege auf dem Lande“ (NB 33/11/Juni 98, 122). Im Mai 1896 zählte der Trägerverein 110 Mitglieder (FB 2/10/Mai 96, 102); im Juni 1897 waren es bereits „über 150 Einzelmitglieder und sechs Vereine“ (FB 3/13/Juli 97, 140). Durch die Herausgabe regelmäßiger Mitteilungen, die als monatliche Beiblätter zur „Deutschen Frauenzeitung“ erschienen, machte der Verein seine Arbeit einem breiten Leserinnenkreis bekannt (NB 33/11/Juni 98, 121).

Dessen ungeachtet, gleichzeitig aber enttäuscht von den Frauen, die „noch kein Verständnis für die Tragweite der Frage“ (FRAU 21/6/März 14, 360) aufbringen konnten, hatte Castner bereits am 1. Oktober 1894 den Betrieb der „Obst- und Gartenbauschule für gebildete Frauen“ in Friedenau auf eigene Kosten übernommen. Eine Hälfte der Doppelhausvilla, die Castner mit ihrer Mutter und ihren Schwestern bewohnte, diente den ersten 8 Schülerinnen als Lehr- und Unterkunftsraum, der eigene Garten als Ausbildungsstätte unter Aufsicht eines Gärtners. Weitere Grundstücke waren von Dr. Franziska

Tiburtius und einem Frl. Dr. von Heyden gepachtet und zur Verfügung gestellt worden. 12 interne und 12 externe Schülerinnen fanden Platz in der Einrichtung.

Martha Back, die später eine eigenen Gartenbauschule eröffnen sollte, berichtete im September 1895 in den „Neuen Bahnen“ über ihre Schulzeit: „Am Morgen vereinigt uns das Frühstück um 6 1/2 Uhr; um 7 Uhr beginnt der theoretische Unterricht. Derselbe dauert bis 8 oder 9 Uhr, und eine Viertelstunde später versammeln sich alle Schülerinnen im Garten zum Beginn der praktischen Arbeiten. Das Programm der Arbeit wird täglich ausgegeben (...). Während 2 Damen sich an das Umgraben eines soeben abgeernteten Beetes begeben, um dasselbe sofort wieder neu zu bepflanzen, (...), sind 2 andere Schülerinnen mit dem Einsetzen und Verglasen der Fenster an dem kürzlich erbauten Treibhause beschäftigt. (...). Die beiden Damen, welche in dieser Woche die Frühbeete zu beaufsichtigen haben, ernten soeben wunderschöne Netzmelonen, sowie eine Anzahl großer Gurken und bereiten alsdann einen anderen Mistbeetkasten zum Bepflanzen vor. (...). Nach dem Mittagessen tritt im Sommer eine allgemeine Ruhepause bis 3 Uhr ein, welche ausschließlich der Erholung dienen soll. Später beginnt für die erste Abteilung die Gartenarbeit, an welcher auch die zweite Abteilung nach Schluß der theoretischen Stunde teilnimmt. (...). Um 6 Uhr ist Schluß mit der Arbeit, und die Abende sind der Erholung und der Fortbildung gewidmet. (...). Im Winterhalbjahr umfaßt der tägliche theoretische Unterricht 4-5 Stunden, der praktische dagegen fällt auf die Zeit von 10-3 Uhr“ (NB 30/18/Sept. 95, 141-142).

Nach wenigen Jahren hatte sich die Schule bereits so gut etabliert, daß die bestehenden Gebäude nicht mehr ausreichten. Castner kaufte 5 Morgen (1,25 ha) Land in Marienfelde bei Berlin, das sich durch Vorverkaufsrecht auf 12 Morgen erweitern ließ, und sorgte für den Bau eines Schul- und Wohngebäudes, das 40 internen und 20 externen Schülerinnen Platz bot. Am 1. Oktober 1899, fünf Jahre nach ihrer Gründung, zog die „Obst- und Gartenbauschule für Frauen“ von Friedenau nach Marienfelde an ihren endgültigen Standort um. 25 Jahre später meldete sich am Jubiläumstag die 1000ste Schülerin an. Während die erste Schule in Charlottenberg mit ihrem Konzept gescheitert war und zu Gunsten der Friedenauer ihren Betrieb einstellte, zeigte sich die Gartenbauschule nach dem Konzept von Elvira Castner als voller Erfolg.

Eine Idee verbreitet sich: das Ende der „Obst- und Gartenbauschulen für gebildete Frauen“

Die Idee der Gartenbauschulen hatte unter den Frauen rasch Verbreitung gefunden und zahlreiche neue Einrichtungen entstanden. 1896 eröffnete Baroness von Barth-Harmating die Gartenbauschule „Schneckengrün“ in Plauen/Vogtland, die jedoch noch im selben Jahr aus der Berichterstattung in den Zeitungen verschwand, also vermutlich ihren Betrieb einstellte. 1899 folgte die Schule in Holtenau bei Kiel unter der Leitung von Martha Back, der ehemaligen Schülerin Castners, die bis 1915 existierte, und 1904 der „Verein Rheinische Obst- und Gartenbauschule für Frauen“, der in Godesberg a. Rhein

¹ Über die Finanzierung dieses Projektabschnittes finden sich in den Frauenzeitungen keine Angaben; entweder erfolgte sie wieder durch die Privatinitiative einzelner Frauen oder mit Unterstützung des Trägervereins.

die Errichtung einer Schule nach Marienfelder Vorbild in Angriff nahm, die als längste bis 1933 in Betrieb blieb.

1908 gab Clara Weiman im „Centralblatt“ einen Überblick über die qualifizierten Ausbildungsmöglichkeiten für Gärtnerinnen (CBL 10/2/April 08, 13-14). Ihre Zusammenstellung aus den Materialien des BDF listete 7 Gartenbauschulen für Frauen auf, Marienfelde (gegr. 1894) mit 74 Schülerinnen, Holtenau (1900) mit 15 Schülerinnen, Godesberg a. Rh. (1904) mit 23, Wolfenbüttel (1905) mit 17 Plätzen, Leutesdorf bei Andernach a. Rh. (1906) mit 20 Plätzen, Bassenheim bei Koblenz a. Rh. (1908) und Weimar (1908) ohne Größenangaben. Daneben hätten sich nach ihren Angaben 5 „Handelsgärtnereien“ in Scherpingen, Ludwigslust/Meckl., Tannenhof/Schwerin, Tondern/Schleswig und Wittenberg bei Tharau bereit erklärt, Schülerinnen für eine praktische Lehrzeit zur Vor- oder Weiterbildung aufzunehmen (a.a.O., 14). Bis 1913 schienen sich außer der Marienburger Schule mindestens 5 weitere Gartenbauschulen für Frauen etabliert zu haben, soweit sich das aus den Inseraten in den „Neuen Bahnen“ ablesen läßt: in Friedrichstadt, Godesberg a. Rh., Maidburg bei Kempen, Orbishöhe-Zwingenberg und Holtenau b. Kiel (NB 48/1/Jan. 13, 8 etc.). Nach dem 1. Weltkrieg nahm die Berichterstattung über die Obst- und Gartenbauschulen rapide ab, ihre Anzeigen verschwanden aus den Zeitungen. Bis auf die Godesberger Schule scheint keine der privaten Einrichtungen die Kriegszeit überstanden zu haben ².

Die Erfolge der Obst- und Gartenbaukurse griffen aber auch in anderer Form auf Frauenorganisationen über, die in kleinerem Maßstab Garten- und Obstbaukenntnisse vermittelten. So bildete z. B. der „Verein Jugendschutz Berlin“ ab 1907 Volontärinnen im Obst- und Gartenbau aus bzw. richtete später eine eigene Gartenbauschule ein (NB 42/18/Sept. 07, 143; CBL 11/19/Jan. 10, 147-148; CBL 12/9/Nov. 10, 68 und CBL 12/24/März 11, 189 etc.), ebenso wie der „Schwäbische Frauenverein“ in Stuttgart, der 1908 einen Gartenbaukursus an seine Haushaltungsschule angliedert hatte (NB 43/2/Jan. 08, 15 etc.) oder die Ortsgruppe Breslau des Vereins „Frauenwohl“, die im Mai 1900 „einen Kursus für Obst- und Gartenbau (...) eröffnet“ (FB 6/13/Juli 00, 102). Auch die meisten Hausfrauenvereine in den Städten boten in dieser Zeit Gartenbaukurse für Frauen an, wodurch die Zahl der gärtnerischen Fortbildungseinrichtungen für Frauen unüberschaubar wurde und sich auch über die konkreten Lehrinhalte der einzelnen Angebote keine Aussage mehr treffen läßt.

Diese Entwicklung lag eindeutig nicht im Interesse der Gründerin und der Förderinnen. Zwar hatte Castner in einem Vortrag vor dem Trägerverein 1897 die Forderung ausgesprochen hatte, daß „Haushaltungsschulen (...) überall mit Gartenbau verbunden sein (sollten)“ (FB 3/4/Feb. 97, 41), jedoch 2 Jahre später auf einer Versammlung des Vereins die Hoffnung formuliert, daß besser zukünftig „in den verschiedenen Provinzen (...) Fachschulen (für Gartenbau, d. V.) eingerichtet werden“ (NB 34/11/Juni 99, 128), da sich dieser Arbeitsbereich gerade „nicht mit anderen, z.B. mit Haushaltungsschulen, vereinigen läßt“ (a.a.O.). Auch K. Schneider kritisierte die Errichtung von Gartenbaukursen an „Haushaltungsschulen oder ähnliche(n) Instituten, wo den Schülerinnen nur ganz nebenbei etwas vom Obst- und Gartenbau erzählt wird“, da diese „die Thätigkeit der

² Während des Krieges wurden zumindest zwei konfessionelle Obst- und Gartenbauschulen für Frauen gegründet (Gärtnerinnenschule Kaiserwerth der Diakonissen 1916, Gärtnerinnenschule Gandersheim/Düsseldorf der Missionsschwestern v. hlst. Herzen Jesu o.J., verlegt 1925/26 nach Balduinstein/Lahn), die bis 1962 bzw. 1977 existierten, vgl. Franz 1984

Frauen für Obst- und Gartenbau nur in Verruf (bringen)" (FB 4/24/Dez. 98, 266) würden.

Ähnlich kritisch war vermutlich auch das Verhältnis der Obst- und Gartenbauschulen zu den „Wirtschaftlichen Frauenschulen auf dem Lande“ des aus der ländlichen Hausfrauenbewegung entstandenen „Reifensteiner Verband“, an denen ebenfalls eine gärtnerische Ausbildung für gebildete Frauen stattfand. Dort wurden die Frauen jedoch nicht ausschließlich im Gartenbau unterrichtet, sondern dieser in Verbindung mit einer landwirtschaftlichen und hauswirtschaftlichen Ausbildung vermittelt. In der Berichterstattung der Zeitungen finden sich allerdings keine Hinweise auf die Beziehung zwischen diesen maßgeblichen Ausbildungsinstituten. Nachweisen läßt sich jedoch, daß die Reifensteiner Schulen die Absolventinnen der Gartenbauschulen nur nach einer zusätzlichen staatlichen Prüfung als Lehrkräfte akzeptierten und daß die Gartenbauschulen für Frauen nach dem 1. Weltkrieg fast vollständig als Bildungseinrichtungen verschwanden, während der „Reifensteiner Verband“ noch 1933 mit 25 Schulen eine führende Rolle in der ländlich-hauswirtschaftlichen bzw. hauswirtschaftlich-gärtnerischen Ausbildung einnahm und bis heute halten konnte³.

Warum die überwiegende Zahl der Obst- und Gartenbauschulen für Frauen bereits nach relativ kurzer Zeit zugunsten anderer Einrichtungen ihren Betrieb aufgeben mußten, läßt sich nur vermuten. Zum einen lag es sicher daran, daß nach der Jahrhundertwende zunehmen auch die herkömmlichen, bisher Männern vorbehaltenen gärtnerischen Ausbildungsinstitute sich für Frauen öffneten, womit eine wesentliche Forderung der Frauenbewegung Realität wurde. Spezifisch weibliche Bildungsinstitute in diesem Bereich verloren damit an Bedeutung. Zum anderen fand nach dem 1. Weltkrieg mit Übernahme der Ausbildungshoheit durch das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten mit dem Erlaß vom 24. August 1918 eine Nivellierung der unterschiedlichen Schulen statt. Die Ausbildung wurde unterteilt in verschiedene Stufen und Abschlüsse, als „Staatlich diplomierter Gartenmeister (Gartenmeisterin)“, als „Fachlehrerin für Gartenbau“, „Lehrerin für Kleingartenbau“ und als letzter die „Gärtnerin“ mit den üblichen Lehr- und Gesellinnenjahren, der einzigen Ausbildungsstufe, die nun an den privaten Schulen noch erlaubt war (NB 54/9/10/Mai 19, 29). Einher ging damit eindeutig eine Abwertung der Frauenschulen, deren Bildungsniveau nun als „durchaus unzulänglich“ (a.a.O.) bezeichnet wurde. Den beruflich am Gartenbau interessierten Frauen wurde empfohlen, sich in den staatlichen Lehranstalten einzuschreiben, statt die „bisher gänzlich unregelte“ (a.a.O.) Ausbildung an den Obst- und Gartenbauschulen für Frauen zu absolvieren.

Diese Argumentation ist jedoch nicht nachzuvollziehen, da die Abschlußprüfungen der Frauen bisher, wie auch an den staatlichen Schulen, ebenfalls unter ministerieller Aufsicht abgehalten wurden. Der freie Zugang zu den „Männerschulen“, aber auch die veränderten, verschärften Ausbildungsbedingungen scheinen daher eine entscheidende Ursache für die rückläufigen Belegungszahlen der Frauenschulen gewesen zu sein.

Die Obst- und Gartenbauschulen als Orte stadt- und lebensreformerischer

³ vgl. dazu Wörner-Heil 1997 und Schwarz 1990

Strömungen

Ungeklärt bleibt, inwieweit sich der politische Hintergrund der Obst- und Gartenbauschulen auf die Belegung der Einrichtungen bzw. ihre Akzeptanz in der Frauenbewegung auswirkte.

Entstanden aus dem „radikalen“ Zweig der bürgerlichen Frauenbewegung, waren die Obst- und Gartenbauschulen ein Teil der umfassenden sozialpolitischen Aktivitäten, die Elvira Castner und der „Verein zur Förderung des Frauenerwerbs durch Obst- und Gartenbau“ entfalteten.

Im bildungspolitischen Bereich gründete der Verein 1899 eine „Kommission zur Förderung der praktischen Erwerbstätigkeit und wirtschaftlichen Selbständigkeit gebildeter Frauen“, die sich um die Öffnung neuer Berufszweige für gebildete Frauen bemühen sollte. Bereits ein Jahr zuvor hatte der Trägerverein an das preußische Kultusministerium die Petition gerichtet, an den ländlichen Volksschulen Schulgärten einzurichten und Lehrerinnen Kurse für Obst- und Gartenbau zu finanzieren. Ab 1900 wurden diese Kurse mit einem von der königlichen Regierung in Potsdam genehmigten Unterrichtsprogramm in Marienfelde durchgeführt; die Kosten übernahm ab 1906 das Kultusministerium. Auf zahlreichen Versammlungen, Tagungen und Ausstellungen waren Castner und die verschiedenen Gartenbauschulen vertreten, um für die Inhalte und Ziele der Einrichtung zu werben oder eigenen Produkte auszustellen, so z.B. auf dem Internationalen Frauenkongreß 1896 in Berlin, auf der 1. internationalen Gartenbau- und Kunstausstellung 1904 in Düsseldorf oder dem Ostdeutschen Frauenkongreß 1913.

Deutlich ist allerdings auch die Verbindung Castners bzw. des Trägervereins zu den stadt- und sozialkritischen Strömungen der damaligen Zeit. Die massive Industrialisierung Deutschlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und die daraus resultierende Urbanisierung und Landflucht hatte zu katastrophalen Wohnbedingungen in den Städten geführt. Die Kritik an diesen Verhältnissen wurde von der Frauenbewegung deutlich formuliert⁴. Dabei ging es ihnen in vielen Fällen nicht mehr nur um die Darstellung der ungesunden und unerträglichen Zustände in den Armenquartieren, sondern um die grundsätzliche Kritik an der Stadt selbst, die als untaugliche Form bzw. als nicht reformfähig angesehen wurde. Statt dessen wurden Alternativen durch die Siedlung auf dem Land oder in den Vorstädten erhofft. Auf diese Weise sollte die Stadt entlastet werden und zugleich ein menschenwürdiges Leben auf dem Land und in der Natur verwirklicht werden.

Mit den Gartenbauschulen bzw. der gärtnerischen Ausbildung von Frauen verbanden sich viele Hoffnungen, dieses Ziel zu erreichen. Bereits oben erwähnt wurde die Überlegung Castners, den Bäuerinnen und ihren Töchtern durch eine gärtnerische Ausbildung zu einer Steigerung der Erträge zu verhelfen und so einer Abwanderung in die Städte aus Geldnot entgegen zu wirken. Gärtnerinnen aus den Städten könnten sich in Arbeitersiedlungen oder auf den Dörfern selbständig machen und „durch Lehre und Beispiel zur Nachahmung anspornen“. Eine vergleichbare Aufgabe könnten auch die Schulgärten an den ländlichen Volksschulen erfüllen, indem sie den zukünftigen Bauern die Möglichkeit der Ertrags- und Einkommenssteigerung durch eine gezielte Ausnutzung des Bodens vermitteln bzw. den Mädchen eine Erwerbsperspektive auf dem Land böten.

⁴ vgl. Grieser/Roß/Terlinden 1998

Darüberhinaus war der Trägerverein der Überzeugung, daß im Gartenbau hohe erzieherische und moralische Qualitäten steckten. Die Arbeit im Freien, das Leben in und mit der Natur wurden als positives Gegenkonzept zum Moloch Stadt konstruiert, in dem Sittenverfall, Unmoral und krankmachende Lebensbedingungen vorherrschten. „Die gebildete Frau, wollte sie sich des Obst- und Gartenbaus annehmen, (könnte) in erzieherischer, sittlicher und wirtschaftlicher Beziehung segensreich wirken“ (FWO 2/22/Nov. 94, 185), wurde im Aufruf zu Gründung des Vereins im November 1894 formuliert. Die Initiatorinnen äußerten die Hoffnung, „daß durch Einführen in die Natur und durch Arbeit auf dem Lande“ dem Verfall der gesellschaftlichen Werte entgegengewirkt und ein Weg gefunden werden könnte, „der zurückführt zur Einfachheit, Zufriedenheit und zu der früher an den Deutschen gerühmten Sittenreinheit“ (a.a.O.).

Eine vergleichbare Aussage machte Castner in ihrem Vortrag 1897 vor dem Trägerverein, in dem sie betonte, daß „(n)ur indem man wieder zur Arbeit in der Natur, zur Liebe und Freude an einem kleinen, bescheidenen Heim zurückkehre, (...) man wieder ein gesundes, glückliches und zufriedenes Geschlecht (erziehe), das uns so not thue“ (FB 3/4/Febr. 97, 41). Mit den geplanten Schulgärten, so Anna Luise Wächtler in der Zeitung „Die Frau“, ließe sich den Kinder „der soziale Einfluß dieser körperlichen Arbeitsleistung sowie das Bewußtsein und die Verantwortung eines Besitztums“ nahebringen, aus dem „ein gewisses rechtliches Solidaritätgefühl“ entspringen könnte, das zur „Bildung gesunder, willensfester und freier Charaktere“ beitragen würde (FRAU 21/10/Juli 14, 618-625). Die Bedeutung der Gartenbauschulen läge schließlich nicht nur in ihrer gärtnerischen Berufsausbildung, sondern auch in der „Wertung, die die Gartenarbeit als Erziehungsfaktor in der Jugendpflege, in Jugendheimen, in Besserungs- und Fürsorgeanstalten gefunden hat“ (FRAU 21/6/März 14, 360), lobte Anna Blum das Werk Castners zu deren 70. Geburtstag 1914⁵.

1901 schloß sich der „Verein zur Förderung des Frauenerwerbs durch Obst- und Gartenbau“ als kooperatives Mitglied der „Frauengruppe für Bodenreform“ an. Diese Frauengruppe bildete den weiblichen Zweig des „Bundes Deutscher Bodenreformer“ (BDB)⁶ unter Adolf Damaschke, der gegen die Bodenspekulation in den Städten und für die Schaffung von privaten „Heimstätten“ auf dem Lande zur Förderung der ländlichen Ansiedlung agierte. Auch diese sog. „Heimstättenkampagne“ war geprägt von den Vorstellungen eines moralisch und sozial höherwertigen Landlebens, die sich hier allerdings in Richtung reaktionärer, völkischer Ideale entwickelten⁷. Zwar ist nirgends in den Zeitungen über konkrete Aktivitäten des Obst- und Gartenbauvereins im Rahmen der Bodenreformbewegung zu lesen, dennoch läßt sich dieser Beitritt, wie auch die Mitgliedschaft im „Ausschuß für Wohlfahrtspflege auf dem Lande“ (s. o.), als eine politische Aussage verstehen, mit dem die Inhalte der Bewegung unterstützt werden sollten.

Im Vordergrund stand hier der gesundheitliche Vorteil, den das Leben und Arbeiten auf

⁵ Die Überzeugung von der positiven erzieherischen Qualität der Gartenarbeit hat sich bis heute gehalten. Auch wenn die Zielsetzung und die Argumentation sich heute gändert hat, wird Gartenarbeit immer noch bzw. wieder als therapeutisches und sozialintegratives Element bei der Betreuung von geistig Behinderten, psychisch Kranken, Straffälligen oder ImmigrantInnen eingesetzt, in den USA unter dem Namen „horticultural therapy“, in Deutschland im Rahmen der Werk- bzw. Arbeitstherapie, vgl. dazu Relf 1992

⁶ ...dem sie aufgrund des Vereinsrechts nicht beitreten durfte; nach Änderung des Gesetzes 1908 löste sich die Frauengruppe auf bzw. ging in den BDB über.

⁷ vgl. dazu Berger-Thimme 1976

dem Lande bieten würden. Dies war ein wichtiger Aspekt, der auch für die Gartenarbeit der Frauen von Anfang an betont worden war.

„Bekanntlich empfehlen die Aerzte die Gartenarbeit besonders für Bleichsüchtige“, berichteten die „Neuen Bahnen“ in einem der ersten Artikel über Gartenbauschulen für Frauen 1889 (NB 24/12/89, 90-91). Ein Beruf, „der die Frau den größten Teil des Tages im Freien beschäftigt (dürfte) dazu geeignet sein, ein kräftigeres, widerstandfähigeres Geschlecht heranzubilden“ (NB 37/18/Sept. 02, 222), als es die Frauen bisher gewesen seien, hoffte Marie Wegner in den „Neuen Bahnen“, und zahlreiche weitere Artikel erwähnten den hervorragenden Gesundheitszustand der Schülerinnen in den Gartenbauschulen. Die Gartenbauschule in Friedenau trug diesen Überlegungen Rechnung, in dem sie mehrwöchige Kurse für Frauen anbot, die sich aus gesundheitlichen Gründen im Freien betätigen wollten.

Da liegt es natürlich nahe, daß die Gartenbauschulen auch Vorreiterinnen bei einer Reform der Frauenkleidung waren⁸. Die Friedenauer Schule war daher mit ihrer Arbeitskleidung auf der „Ausstellung für verbesserte Frauenkleidung und für Frauenhygiene“ 1898 in Berlin vertreten (NB 33/22/Nov. 98, 244). Die Tracht, die „aus Blouse, Rock und Rockbeinkleid von wasserdichtem, naturfarbenen Loden genau nach den Grundsätzen des „Vereins für Verbesserung der Frauenkleidung“ gearbeitet ist“ (a.a.O.) und die Arbeit selbst wären in hygienischer und gesundheitlicher Hinsicht vorbildlich, kommentierte die Autorin des Berichts über die Ausstellung.

Wenn wir uns an den Bericht von Martha Back über ihre Schulzeit in Friedenau erinnern und an die Arbeiten, die die Frauen dort geleistet haben, so wird deutlich, wie revolutionär dieser neue Ausbildungs- und Arbeitsbereich für die damalige bürgerliche Frauenwelt war. Beide Aspekte zeigen eine starke Anlehnung an lebensreformerische Vorstellungen der damaligen Zeit, die ebenfalls die positive Wirkung des Landlebens, der Arbeit im Freien und der Reformkleidung (z.T. in Verbindung mit kollektiven Idealen) auf die sittliche, moralische und soziale Entwicklung der Menschen propagierten und damit eine deutliche Abkehr vom kapitalistisch geprägten städtischen Leben demonstrierten⁹.

Allen Reformansätze zum Trotz waren die Gartenbauschulen jedoch kein Ort der schichtübergreifenden Begegnungen. Zwar sah das Lehrkonzept auch die Schulung von Bäuerinnen in kürzeren Kursen vor; inwieweit dieses Angebot allerdings genutzt wurde oder ob diese Frauen eher die wirtschaftlichen Frauenschulen des „Reifensteiner Verband“ aufsuchten (der aus der ländlichen Hausfrauenbewegung entstanden ist), läßt sich nicht nachweisen. Belegbar ist allerdings, daß Castner vehement auf die Aufnahme *gebildeter* Frauen bestanden hatte und eine Öffnung der Schule für Frauen aller Stände offiziell nicht erfolgte. Eine entsprechende Begründung oder eine umfassendere Diskussion zu diesem Thema fand in den Zeitungen jedoch nicht statt, obwohl einzelne Autorinnen diese Überlegung unterstützten. Verlangt wurde zumindest noch 1906 von den Schülerinnen „als Vorbildung (...) die Absolvierung einer 10klassigen höheren Mädchenschule oder der Nachweis gleicher Kenntnisse“ (NB 41/14/Juli 06, 109). Erst die staatlichen Lehranstalten wurden ab 1915 auch für Absolventinnen der 9klassigen Mittelschulen geöffnet, eine Entwicklung, die sicher dem erhöhten Nahrungsmittelbedarf in den Kriegs-

⁸ Die Reform der Frauenkleidung kam um 1850 aus den USA nach Deutschland. Vorreiterinnen waren Amelia Bloomer und E. Cady Stanton mit ihrem „Amerikanischen Kostüm“, in Deutschland gründete sich 1897 der „Verein zur Verbesserung der Frauenkleidung“ mit 180 Mitgliedsfrauen, der Unterstützung durch die Lebensreformbewegung erfuhr; vgl. dazu „verziert, verschnürt ... befreit“ 1990 und Kölner Geschichtsverein (Hg.) 1995

⁹ zur Großstadtkritik und Argrarromantik vgl. Bergmann 1970 und Linse 1983

zeiten geschuldet war.

Der Obst- und Gartenbau als Ausbildungsberuf für gebildete Frauen wurde daher auch von den Sozialistinnen abgelehnt, bzw. korrekter ausgedrückt: Nach einer grundsätzlichen Ablehnung in der sozialistischen Zeitung „Die Gleichheit“ waren die neuen Schulen kein Thema mehr. Der Autor des Artikels korrigierte die Einschätzung des Gartenbaus als *neuen* Beruf für Frauen, die in Wirklichkeit „von jeher“ in diesem Bereich arbeiten würden und verwies auf die in Wirklichkeit gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen durch „(d)as tägliche Arbeiten im Freien bei jeder Witterung, das häufige Liegen oder Knieen auf feuchter Erde und dann vornehmlich der stete, oft recht schroffe Temperaturwechsel, welchem die Arbeitenden beim Betreten und Verlassen der Gewächshäuser ausgesetzt sind“, die zu „Schwindsucht und Rheumatismus“ führen würden (GL 11/18/Aug. 01, 144). Wesentlich wichtiger wäre eine gewerkschaftliche Unterstützung und Organisierung der Frauen, die in den Gärtnereien unter schlechten Bedingungen arbeiten würden. Daß die Obst- und Gartenbauschulen jedoch das erste Mal eine qualifizierte gärtnerische Ausbildung für Frauen ermöglichten und damit auch die Aussicht auf bessere Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten eröffneten, schien dem Autor nicht bewußt geworden zu sein.

Die Obst- und Gartenbauschulen waren und blieben also eine Errungenschaft der bürgerlichen Frauenbewegung.

Bei der Suche nach neuen Frauenberufen, zu der sich die Frauenbewegung verpflichtet hatte, war auch die Gartenarbeit als „spezifisch weibliche“ Tätigkeit in das Blickfeld gerückt. Argumentiert wurde mit der Zuständigkeit der Frauen für das Hegen und Pflegen (hier der Pflanzen) und für das Ausschmücken des Heims, mit ihrem Schönheitssinn und ihrer Geschicklichkeit. Gleichzeitig sahen die Befürworterinnen im Gartenbau einen neuen, bisher noch wenig reglementierten Berufszweig für Frauen, in dem sich diese sogar selbständig machen konnten. Dieser Aspekt gewann im Laufe der Zeit mehr und mehr Bedeutung. Darüberhinaus bot die Arbeit im Gartenbau Anlaß für körperliche Tätigkeit, trug also zur neuen Gesundheitsbewegung bei, die als Teil weiblicher Emanzipation betrachtet wurde. Die Möglichkeit, die neue Reformkleidung zu tragen, die z.B. der Berliner „Verein zur Verbesserung der Frauenkleidung“ entwickelt hatte, wurde dabei gerne aufgenommen, vielleicht sogar weiterentwickelt.

Elvira Castner, Gründerin der bedeutendsten Gartenbauschule für Frauen, steuerte eine weitere wichtige Begründung für diesen neuen Ausbildungsbereich bei. Sie argumentierte mit der Abhängigkeit Deutschlands von ausländischen Obst- und Gemüseimporten, die hohe Kosten verursachen würde, und formulierte die konkrete und ideelle Bekämpfung der Landflucht und die Förderung qualifizierter Frauenarbeit auf dem Land durch gärtnerische Ausbildung als wichtige Ansätze, die inländische Nahrungsmittelproduktion zu steigern. Damit öffnete sich den Frauen durch den Gartenbau eine Möglichkeit, in den Dienst der Volkswirtschaft zu treten, eine Argumentation, die den Gartenbau während des ersten Weltkrieges zu einem wichtigen Arbeitsgebiet der Frauen machte.

Die Gartenbauschulen erfüllten vielfältige Zwecke. Sie eröffneten den Frauen einmal eine neue Berufschance und boten ihnen gleichzeitig die Möglichkeit, die als wichtig

erachteten Pflichten für den Staat und die Volkswirtschaft wahrzunehmen. Darüberhinaus schienen sie, ohne dies jedoch konkret zu formulieren, ein Ort weiblicher Emanzipation und der Umsetzung aktueller Reformansätze z.B. im Rahmen der Siedlungsbewegung gewesen zu sein. Der Kampf gegen die Landflucht, die Vorstellung der „socialen(n) Bedeutung“ der gärtnerischen Frauenarbeit im Hinblick auf Sittlichkeit, Hygiene, Charakterstärke und Heimatliebe zeigen eine ideelle Verbindung dieses Berufszweiges zu stadtkritischen, sozialreformerischen Elementen. Eine direkte Bezugnahme bzw. inhaltliche Auseinandersetzung mit einzelnen Konzepten der Stadtreform wie z.B. der Gartenstadtbewegung läßt sich jedoch in den Publikationen nicht finden. In gewisser Weise schienen die Gartenbauschulen „Siedlungen auf Zeit“ darzustellen, in denen die Frauen gemeinschaftliches Leben und Wirtschaften, alternative Wirtschaftsformen durch Subsistenzproduktion und lebens- und gesundheitsreformerische Ideen hinsichtlich Kleidung und körperlicher Arbeit am Freien umsetzen konnten. Sie teilten diese Grundlagen mit den gemischgeschlechtlichen Siedlungen der „Agrarromantiker“, so z.B. der „Obstbaukolonie Eden“¹⁰ bei Oranienburg/Berlin, die 1907 eine eigenen Gartenbauschule einrichtete. Diese Aspekte der Gartenbauschulen wurden jedoch in den Zeitschriften sehr zurückhaltend dargestellt und lassen sich z.T. nur zwischen den Zeilen herauslesen. Inwieweit diese Aktivitäten zu einem vorzeitigen Ende der meisten Gartenbauschulen beitrugen, läßt sich nur spekulieren. Dennoch ging mit den Gartenbauschulen ein wichtiger Bereich alternativer weiblicher Berufsausbildung und Lebensform verloren.

¹⁰ vgl. Linse a.a.O., 37-61

Zeitschriften

Zitierweise: Zeitschrift, Jahrgang, Nummer, (Monat,) Jahr, Seite

CBL:

Centralblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine, Bundesorgan.

Ort/ Zeit: Berlin Jg. 1.1899 - Jg. 8.1909/10, vierzehntägig.
Berlin/ Leipzig Jg. 9.1910/11 - Jg. 14.1912/13, vierzehntägig. Ab 13.1911/12
in 5 Ausgaben, hier Ausgabe A, außer in 13.1911/12 (Ausgabe B)

Hrsg.: Schwerin, Jeanette (1899).
Stritt, Marie (1900 - 1912/13).

FB:

Die Frauenbewegung, Revue für die Interessen der Frauen (1895 - 1907)

Publikationsorgan der fortschrittlichen Frauenbewegung (1908 - 1919)

Ort/ Zeit: Berlin Jg.1.1895 - Jg. 25.1919, vierzehntägig, ab Jg. 23.1917, Heft 5/6
monatlich mit Doppelnummer, ab Jg. 25.1919, Heft 7 vierzehntägig

Hrsg.: Cauer, Minna; Gizycki, Lily von (1895).
Cauer, Minna (1896 - 1919)

FF:

Die Frauenfrage, Zentralblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine.

Ort/ Zeit: Berlin/ Leipzig Jg.15.1913/14 - Jg.23.1921, in 5 Ausgaben mit verschiedenen
Beilagen, hier Ausgabe A mit Beilage s. unten, vierzehntägig, ab 1916 monatlich
mit Heft 1 im Januar

Hrsg.: Vorstand des BDF
Red.: Stritt, Marie

FRAU:

Die Frau, Monatsschrift für das gesamte Frauenleben unserer Zeit.

Ort/ Zeit: Berlin Jg. 1.1893/94 - Jg. 54.1943/44, monatlich.

Hrsg.: Lange, Helene (1893 - 1910).
Bäumer, Gertrud; Lange, Helene (1911 - 1930).
Bäumer, Gertrud (1930 -1933).
Bäumer, Gertrud; Magnus-von Hausen, Frances (1933 - 1944)

FWO:

Frauenwohl, Zeitschrift für Frauen-Interessen.

Ort/ Zeit: Berlin Jg.1.1893 - Jg. 2.1894, vierzehntägig.

Hrsg.: Verein Frauenwohl.
Red.: Cauer, Minna

GL:

Die Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (1892 - 1916/17).

Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen (1917/18 - 1918/19).

Zeitschrift für die Frauen der SPD Deutschlands (1920 - 1923).

Ort/ Zeit: Stuttgart Jg. 2.1892 - Jg. 28.1917/18, vierzehntägig.
Berlin Jg. 29.1918/19 - Jg. 33.1923, wöchentlich.

Hrsg.: Ihrer, Emma (1892 - 1896).
Red.: Ihrer, Emma (1892 - 1896).
Zetkin, Clara (1892 -1917).
Juchacz, Marie (1917 -1921).
Bohm-Schuch, Clara (1921-1923)

NB:

Neue Bahnen, Organ des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins.

Ort/ Zeit: Leipzig Jg.1.1866 - Jg. 42.1906, vierzehntägig.
Berlin Jg. 43.1907 - Jg. 46,1911, vierzehntägig.
Karlsruhe Jg. 47,1912 - Jg. 54.1919, vierzehntägig.

Hrsg.: Otto, Luise (1866 - 1876).
Schmidt, Auguste (1866 - 1902).
Krukenberg, Elsbeth (1903 - 1906).
Allgemeiner Deutscher Frauenverein (1907 - 1919).

Red.: Altmann-Gottheiner, Elisabeth.

Literatur

Berger-Thimme, Dorothea:
Wohnungsfrage und Sozialstaat. Untersuchungen zu den Anfängen staatlicher Wohnungspolitik in Deutschland (1873-1918), Frankfurt a.M./Bern 1976

Bergmann, Klaus:
Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft Bd. 20, Meisenheim 1970

Franz, Günther (Hrsg.):
Geschichte des deutschen Gartenbaus, Deutsche Agrargeschichte Bd. 6, Stuttgart 1984

Grieser, Susanne/Roß, Bettina/Terlinden, Ulla:
Die wohnungs- und siedlungspolitische Debatte in der alten deutschen Frauenbewegung und ihr Beitrag zu den Wohn- und Siedlungsreformen in Kaiserreich und Weimarer Republik 1871 - 1933, unv. Forschungsbericht, Kassel 1998

Kölner Geschichtsverein (Hrsg.):
„10 Uhr pünktlich Gürzenich“: 100 Jahre bewegte Frauen in Köln, Münster 1995

Linse, Ulrich (Hrsg.):
Zurück o Mensch zu Mutter Erde. Landkommunen in Deutschland 1890-1933, München 1983

Relf, Diane (ed.):

The Role of Horticulture in Human Well-Beeing and Social Development: A National Symposium, 19.-21. April 1990, Arlington/Virginia, Portland 1992

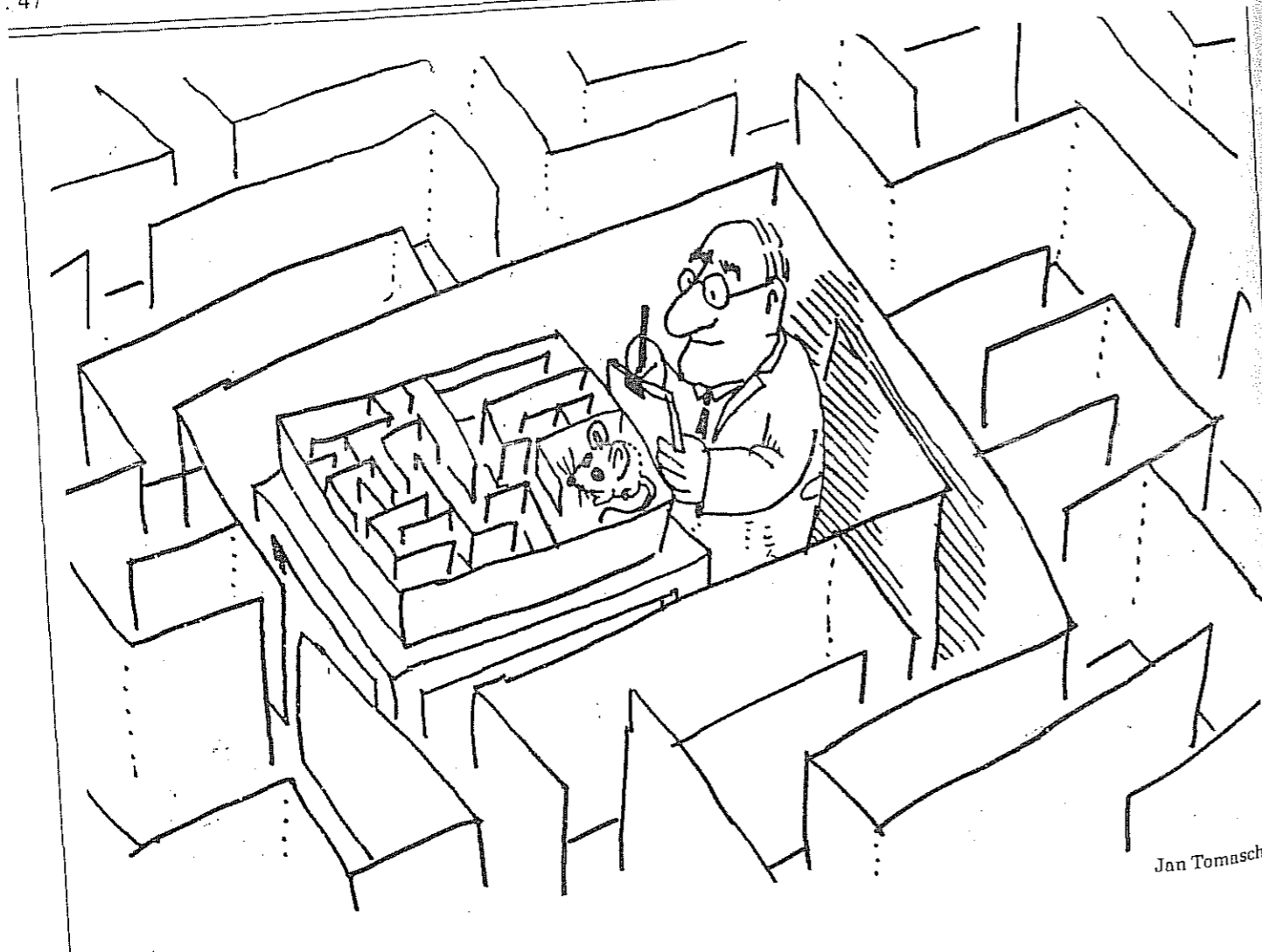
Schwarz, Christina:
Die Landfrauenbewegung in Deutschland. Zur Geschichte einer Frauenorganisation unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1898 bis 1933, Mainz 1990

„Verziert, verschnürt ... befreit“. Katalog zur Ausstellung, Stuttgart 1990

Wörner-Heil, Ortrud:
Frauensschulen auf dem Lande. Reifensteiner Verband 1897 - 1997, Schriftenreihe des Archivs der deutschen Frauenbewegung Bd. 11, Kassel 1997

DIE LETZTE SEITE

.47

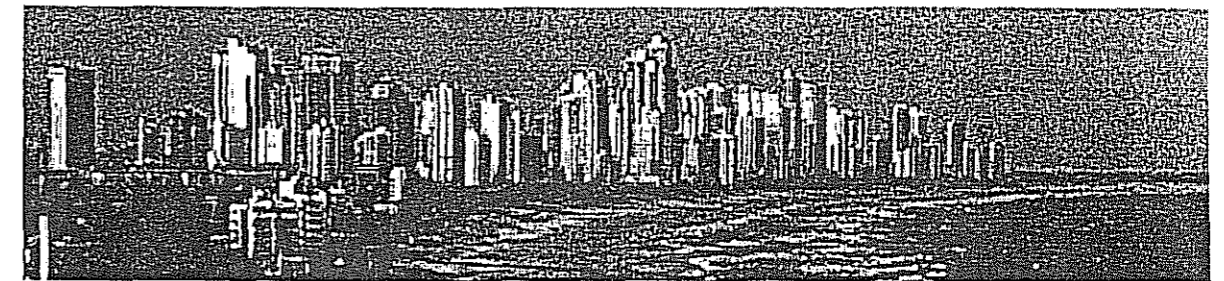


Patrick Mullins, Editor
The University of Queensland

December 1998

NEWSLETTER

Research Committee 21: Sociology of Urban and Regional Development
International Sociological Association



MESSAGE FROM THE PRESIDENT: MARISOL GARCIA (BARCELONA, SPAIN)

Dear colleagues,

After the formal and informal discussions with members of the Research Committee during the ISA XIV World Congress of Sociology, it is clear to me that we are facing both challenging and interesting times for the RC21. There is an increasing diversification of topics addressed by our members from different disciplines. In order for all of us to be aware of these changes I will ask the Secretary, Anne Haila, to distribute a new list of members with research interests in the near future. Moreover, for those who were not in Montreal or did not attend our discussion on new perspectives, here are some of the main points that came out:

1. Urban and regional scholars continue to look for new lines of research which do not always appear clear. Young scholars manifested their concern about an opening to theories which may undermine the RC21. Post-modernism is a case in point.
2. Senior members also voiced their concern at the danger of eclecticism and of undermining the critical perspective that has characterised this - portraying a move from confrontation to co-operation in urban questions.
3. The general view was that the RC21 has a strong identity in doing research with a political

economy perspective, but that there is a need to incorporate more analysis on the process of transformation of cities as cultures. As we need common tools, such a move does not necessarily have to involve methodological relativism.

4. The RC21 has a tradition of incorporating new members from different geographical parts of the world as well as from different disciplines. Our next large international conference will take place in Shanghai in July of 1999, and is to be organised by John Logan. This forthcoming conference in China will bring new membership from Asia. Also the RC21 board will incorporate a member from India to reinforce membership from the East. The board is planning a series of conferences for the next four years, which shall confirm our international spirit. My intention is to continue the initiatives of previous presidents and board members by working toward the opening of the RC21 to new issues. I also seek to broaden the geographical scope of our membership in governmental and international institutions, which appear more prone to define social problems with a caring face. Moreover, I propose eight different areas of discussion which is intended to encourage members to engage in dialogue with each other. The newsletter welcomes debates. This is by no means an exclusive list:

1. Poverty and welfare restructuring
2. International tourism and the transformation of cities
3. Impact of technologies in urban life and organisation of cities
4. Modernisation and risk in Central and Eastern Europe
5. Globalization, ethnicity and migration
6. Planning, values and urban theory
7. Local politics and citizenship within reshaping nation states
8. The regional question in the globalization age

**World Congress of Sociology
RC21 Business, Montreal, 21 July 1998**

The RC21 met on Wednesday 21 of July at 10am. The meeting was chaired by President John Logan, who reported on the four year period. During this time, the Committee has organised two large conferences in Brisbane and Berlin, where social networks have been strengthened. Also, John Logan explained the work in progress for the preparation of a conference in Shanghai in July 1999, for which he has been responsible.

Following the statutes of the ISA Research Committees, the President proceeded to suggest the new list of officers for election to the 1998-2002 period. The list was unanimously agreed upon. President: Marisol Garcia (Spain); Secretary: Anne Haila (Finland); Newsletter Editor: Pat Mullins (Australia); Vice-Presidents: Pierre Hamel (Canada), Harmut Haeussermann (Germany), Serena Vicary (Italy), Machimura Takashi (Japan); Board Members: Bob Beauregard (USA), Nick Buck (UK), Sophie Body-Gendrot (France), Kuniko Fujita (Japan), Josep Hegedus (Hungary), Drago Kos (Slovenia), Licia Valladares (Brazil); RC21 Representative in the ISA: Chris Pickvance (UK). Ex officio: John Logan (USA) and Patrick LeGales (France).

The Secretary Serena Vicari reported on the finances and membership changes. First, resources have increased due to increasing membership numbers, as well as the payments provided by the *International Journal of Urban and Regional Research* Foundation. Chris Pickvance explained the origin and purpose of the Foundation. Money is issued for travel grants for conferences. Second, the total

number of members increased during the period from 352 to 375, with a significant turnover. There was an increase in geographical diversity and research interests.

Chris Pickvance provided information on the ISA elections and a list of candidates was discussed and supported for election. Finally, Pat Mullins welcomed any suggestions by members for the configuration of a Web page for the RC21, which is in progress.

FORTHCOMING CONFERENCES

International Conference on Urban Development In China: Last Half Century and into the next Millennium

Date: 6-9 December 1999
 Venue: Zhongshan University, Guangzhou, China
 Contact: Prof. Yan Xiao-pei, Center for Urban and Regional Development, Zhongshan University, Guangzhou Province, Peoples Republic of China
 Email: cesyxp@zsu.edu.cn

The People's Republic of China will celebrate its 50th anniversary in 1999. The past five decades have witnessed the rapid expansion, slowdown and even shrinkage in urban development closely related to the political, social and economic transformations in the whole country. Urban study in China, along with urban development, has made rapid progress, particularly after the 1980s. The Reform and Open Policies implemented since the late 1970s had a significant impact on urban development and research. Since then, more and more disciplines have been involved and a lot of high level research achievements have emerged. These studies have played an important role in guiding urban development and urban planning in the PRC. Owing to background factors and distinctive urban characteristics, urban development in China has also attracted much attention in foreign academic circles. The related international academic exchanges are gradually becoming stronger.

The aim of this conference, to be held at the end of 1999, is to make a comprehensive review and assessment on the experience and

lessons of urban changes in China after 1949. A further aim is to look into China's possible urban horizon in the next century. This conference will be of great significance to the improvement of urban theories and the understanding and setting of a research agenda for existing and forthcoming urban problems in China. It will also enhance academic exchanges between China and the rest of the world. We warmly and sincerely invite you to attend this meaningful academic meeting at the turn of the 20th and 21st centuries!

Themes of the Conference

Regional transformations and urban development
 Urban economic restructure
 Urban society and life
 Urban form and structure
 Urban ecology and environment

Language
 Chinese and English

Size of the Conference
 150 to 180 people

Conference Fees
 Registration Fee: per international participant
 Transport expenses at participants' own expense and arrangement
 Accommodation expenses: free for Regular Participants (those who registered and will present a paper)

Plan for Conference Contacts
 The first announcement will be sent by June 30, 1998
 The second announcement will be sent by January 1999
 The third announcement will be sent by July 31, 1999

Deadline
 After the First Announcement, those who intend to present a paper, or organize a panel are asked to send back to the Secretary Office their:
 (a) receipt by September 31, 1998
 (b) abstract (800-1000 words) and/or plan by December 31, 1998

The Conference Organizing Committee will review the abstracts and determine the regular participants and number and title of the panels. After the Second Announcement, receipts are to be sent back to the Secretary Office by May 31, 1999

After the Third Announcement, receipts are to be sent back to the Secretary Office by September 31, 1999

**RC21 Shanghai Conference
July 1999**

As announced at the World Congress, RC21 will organize a conference on "Cities in Their Global Context" in Shanghai, China. The conference will be held in the last week of July, 1999. The organizer for RC21 is John Logan, and the local co-organizer is Lu Hanlong of the Shanghai Academy of Social Science. The conference has been proposed as an official event of the Shanghai city government and the exact dates and other details will be determined about November.

A special feature will be a series of panels on issues of urban research in China itself. Efforts are already underway to invite many of the leading experts on Chinese urbanization to discuss their work.

Proposals for papers or panels are invited from all members of RC21, preferably by January 15. For those who do not plan to present a paper, registration will remain open until June 1.

Shanghai has become an important location for global investment, and the Chinese government clearly intends for it to be a major gateway between the "new China" and the world. Excursions will be arranged to key development sites, such as the new financial district of Pu Dong, which boasts Asia's tallest office building.

The conference will be held at a hotel in central Shanghai, convenient to the rest of the city. Rates at the conference hotel will be in the range of ; information on alternative hotels at other rates will also be available. For those who are interested in combining their visit to Shanghai with travel in other parts of China, plans are being made to offer a group package to Beijing, Xian, and Guilin.

For more information, or to propose a paper or panel, contact:

Dr. John Logan

Dr. Robbie Goh, Department of English Language and Literature, National University of Singapore, 10 Kent Ridge Crescent, Singapore 119260. Tel: (65) 8746033 - Fax: (65) 7732981 - E-Mail: ellgohbh@nus.edu.sg

City as Text: Urban Topographies and Critical Interventions
8-10 September 1999, Singapore

Call for Papers:

In the third of the Department's (English, NUS) biennial series of conferences on "Meaning as Production", the phenomena characterizing our lived urban experiences will be explored from the perspectives of literature, architecture, geography, sociology, linguistic and cultural studies. By recognizing the city as text, we hope to foster critical interventions that will be at once spatio-temporal and figurative: a double topography - alert to the complex dialectic of the urban and the textual. Accordingly, relevant topics for the conference include:

- Neighbourhoods, Ghettos, Enclaves and Slums
- Undergrounds and the Unconscious of the City
- Pathways and Passages
- Consumption and Space
- Subcultures
- Urban Literature
- Graffiti: Patterns and Languages
- Urban Communications: Language and Media
- Travel, Tourism and Text
- Surveillance and Power
- The "Virtual" City
- Wandering: the "Meander Tale"
- Organism, Tradition, Change
- Noise
- Urbanism, Theatricality and Performances

Panels are currently envisaged on the following topics, and suggestions for others are welcome:
Walter Benjamin and the City
Joyce and Urban Literature
Narrativizing/Representing the City: Theories and Topics

If you wish to present a paper, join a panel, or simply know more about the conference, kindly direct your enquiries to:

Exploring Cyber Society: Social, Political, Economic and Cultural Issues
5-7 July 1999

An International Conference at the School of Social, Political and Economic Sciences, University of Northumbria at Newcastle, UK

What is Cyber Society? What are its social, political, economic and cultural dimensions? What are its theoretical and policy implications for the 21st century?.

New Information and Communications Technologies (ICTs) now touch on almost every aspect of our lives. No serious discussions of society, politics, economics or culture can be complete without their consideration. This interdisciplinary conference will assemble theorists and practitioners from the social sciences, the humanities and the arts, to explore the emergence of Cyber Society. Both the rhetoric and reality of Cyber Society will be addressed at a regional, national and international level. The conference will provide a forum for the critical evaluation of the impact of ICTs on individuals, communities, the state, economy, and culture.

Conference Themes
Cyber Society- Cyber communities; Cyberspace and everyday life; Cyberfeminism; The virtual class; Cyber ethnicities and identities; The cyber classroom; Cyber medicine; Research methods; Cyber Politics; Policy- Information age government and public administration; Power and control; Geopolitics; Net politics and activism; Censorship, Privacy; Regulation and surveillance; Access; Interactivity; Democracy; Cyberwarfare; Cybercrime.

Call for papers related to the above themes are welcome. Abstracts (150 - 300 words) should be sent to the conference secretary (see below)

stating the theme under which the paper should be considered

Deadlines for papers
31.1.99 - Submission of abstracts
31.3.99 - Notification of acceptance
31.5.99 - Submission of full papers

All papers will be published in conference proceedings. A selection of papers will be published in edited volumes. Professor Manuel Castells, University of California, Berkeley, has agreed to contribute a commentary to one of these conference volumes.

Closing date for booking: 31st May 1999
Enquires to: Lorna Kennedy,
<mailto:lorna.kennedy@unn.ac.uk>
Conference Secretary, School of Social, Political and Economic Sciences, University of Northumbria at Newcastle, Room 143, Northumberland Building, Newcastle Upon Tyne. NE1 8ST. UK.

Tel: +44 (0)191 227 4937.
Fax: +44 (0)191 227 4515

Embodied Utopias: Gender, Social Change, and the Built Environment

Location: Center for Gender Studies, University of Chicago

Conference Dates: April 16-18, 1999
Sponsored by the CGS with a grant from the Graham Foundation
Keynote speaker:

Elizabeth Grosz (Philosophy, SUNY-Buffalo).

Embodied Utopias seeks to examine the relationship between gender, sexuality and projects of social transformation through architecture, design and urban planning. Presentations will address gendered projects of social change or improvement as a crucial factor in the intentions and avowed ambitions of architects, designers, and urban planners, and also in the unexpected consequences and sometimes idiosyncratic (re)use of existing space. We take the term "utopia" to describe not naive optimism or purely imaginary space, but the ways in which people have, both historically and more recently, envisioned potential futures for space and architecture and

the gendered bodies and societies that inhabit them.

Topics currently planned for panels include: virtual space, domestic architecture and spatial tactics, avant-garde and utopian architectures, and same-sex utopias. We welcome proposals in these areas and also hope to receive proposals on environmental design and ecofeminism, global and transnational space, the relationship of utopia and dystopia, feminist geography, gender and futuristic design, and any other topics relating gender and the imaginative design and use of the built environment. Presentations that focus on the urban space of Chicago are also encouraged, as are participants from the Chicago area who can also attend meetings of a regular workshop/seminar during the 1998-99 year. Participants may be invited to contribute to a publication resulting from the conference. We especially encourage proposals for presentations by graduate students and younger scholars, architects and planners, activists and artists, and proposals for presentations in non-traditional formats.

Please submit two copies of a one-page proposal with title and a short bio or cv (no more than one page) by October 1, 1998 to - Embodied Utopias, Center for Gender Studies, University of Chicago, 5835 S. Kimbark Avenue, 422, Chicago, IL 60637. If you submit supporting materials (slides, etc.) please enclose a SASE for their return.

For additional info, contact:

Rebecca Zorach:
Rezorach@midway.uchicago.edu
Lise Shapiro, (773) 4040-6946
<http://www.spc.uchicago.edu/CGS>

CONFERENCES YOU MAY HAVE BEEN INTERESTED IN BUT HAVE MISSED

Model USA: Social Justice Through Growing Employment?

Organisers:

Prof. Dr. Margit Mayer

Dr. Sabine Lang

Dr. Christoph Scherrer

Summary

The conference raised the question of whether the United States can serve as a model for job creation without simultaneously fueling social polarization. We discussed the causes of job growth, the relationship between growing employment and social polarization, and the possibility of politically influencing both of these developments. The analysis focused on two generally underrated factors: women in the workforce and population growth through immigration. We asked specifically how increased employment and social justice can be enhanced through social policies and local employment policies. The conference addressed audiences from academia, the media, politics and business and took place over two days.

Date of conference: November 19th and 20th 1998

Location: Amerikahaus Berlin
FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

John F. Kennedy-Institut für
Nordamerikastudien Abteilung für Politik
Lansstr. 5-9 D-14195 Berlin

Telephone: (030) 838 2871/5,
Facsimile: (030) 838 2642

A Vision of The Future of Life in Our Cities

4th European Digital Cities Conference:
Salzburg (AT), 29-30 October 1998

Conference Themes:

Changing Patterns of Urban Life
Urban Telematics Solutions and Key
Applications in

Urban Telematics Solutions

Urban Telematics Solutions and Key

Further information e.g. conference abstracts
and registration are available at:

www.edc.eu.int/events/salzburg291098.html

Or contact:

Eric Mino

European Digital Cities project coordinator (a
Telematics Applications

Programme support action)

Telecities - 18 square de Meeus B-1050

Brussels

Phone +32 2 552 08 68 -

Fax: +32 2 552 08 89 -

Desktop videoconference : +32 2 502 96 03

Email : telecities enter.org

WWW: <http://www.edc.eu.int/>

From Trends to Visions: European Spatial Development Perspective (ESDP)

Date: December 10-11, 1998

Location: Nordregio, Stockholm, Sweden

Another conference on the European Spatial
Development

Perspective (ESDP)?

Programme

Practicalities including registration form

Following the adoption of the first official draft of the European Spatial Development Perspective (ESDP), the length and breadth of European territory has been starred throughout conferences. Arranged at both European and national levels, they are aimed at influencing the final ESDP draft and future work in the field of European Spatial Planning.

Why, then, was there a need for Nordregio to offer a second international conference on ESDP: a transnational platform for the exchange of Nordic or "European" viewpoints and experience?

European Trends - and Visions?

The recent ESDP process shows clearly that coherent spatial development strategies need to be designed, identifying relevant principles, problems and opportunities of spatial development.

Conference Themes:

Changing Patterns of Urban Life

Urban Telematics Solutions and Key

Applications in

Urban Telematics Solutions

Urban Telematics Solutions and Key

For further information on the European Digital Cities project or the conference please contact the EDC Coordination office on telephone +32 25520868, fax +32 25520889/52 or by e-mail - Telecities@enter.org

Or edc@mcr1.poptel.org.uk

Further questions: Questions regarding registration, the venue, or other practicalities will be answered by Liselott Happ-Tillberg

Phone +46 8 463 54 41

E-mail: liselott.happ@nordregio.a.se

Questions on programme content may be directed to Kai B'hme

Phone +46 8 463 54 35E-mail - kai.bohme@nordregio.a.se

Social Networks and Social Capital

October 30 to November 1, 1998

Duke University Geneen Auditorium

Fuqua School of Business

The conference brought together scholars who are conducting research programs on social capital from various perspectives. They presented overviews of their programs and their current thinking and plans on this topic. The conference also served as an opportunity to identify current research trends and agenda on social capital. For this purpose, social capital was broadly defined as resources embedded in social relationships and networks accessible or accessed for utilitarian purposes. The proceedings of selected papers may be published as a volume. The conference was open to a limited number of attendants, and to registered guests only.

Community Resources and Volunteers

Shanghai, November 11-12, 1998

Several institutions, including the YMCA of China, have been interested in issues of community organisation and mobilisation, especially on how to involve residents in neighbourhood activities (like neighbourhood crime watch). The purpose of this conference was to gather together social scientists from other countries to share knowledge on this topic.

For information, contact

E-mail - mailto:luh1@fudan.ac.cn

Hanlong Lu Shanghai Academy of Social Science.

Fax: Dr. Shen Guanbao, Shanghai University, 86-21-6320-3050

1998 Conference of the American Studies Association on Seattle, WA.

19-22 November, 1998

Proposed panel on the Ethni-City: Cultural Forms and Built Landscapes in U.S. urban areas. Topics included (but are not limited to): new construction (ie: spaces designed and dedicated to a specific use whenever built); refunctioning existing spaces; marketing ethnic districts; ethnic-historical simulacra; examination of the urban landscape or representations of built landscapes in literature and film, alternatively, architectures of reaction to difference.

Mail to: mcnamara@uhcl4.c1.uh.edu

Kevin R. McNamara, School of Human Sciences and Humanities, University of Houston-Clear Lake, 2700 Bay Area Boulevard, Houston, TX 77058

Public Good: A Conference in Honour of Patrick Troy

Over 11-12 December 1998, a conference was held in the Humanities Research Centre, Australian National University (ANU), in honour of Patrick Troy, Professor of Urban Research at ANU. Patrick Troy is a unique academic who is well known to many members of RC21. In addition to being an influential academic, he has been a transport engineer, a senior public servant, an influential policy adviser, a powerful critic of successive governments, and an indefatigable entrepreneur, distinguished as much by his generosity as his remarkable intellectual range.

The conference explored questions of justice, citizenship, gender, and inequality, which have informed Patrick Troy's contributions to urban and regional, and social, research. The conference covered the continuing salience of justice in public understandings of social change and social conflict. It examined issues of access and distribution, regulation and compliance, and the proper place of the public

and private sectors in contemporary Australian cities. It explored the balance between commonality and difference in revising - and reviving - citizenship. Above all, it considered the place of public intellectuals - of advocacy and public service - in the future of Australian universities.

Contributors included Graeme Davison (History, Monash), Ruth Fincher (Planning, Melbourne), Susan Smith (Geography, Edinburgh), Frank Stilwell (Economics, Sydney), and Sophie Watson (Cultural Studies, East London).

Conference organisers were Tim Bonyhady (Urban Research, ANU) and Mark Peel (History, Monash).

ANNOUNCEMENTS: PRIZES AND AWARDS

1999 Prize for Best Book Award in Urban Affairs

The Urban Affairs Association (UAA) is proud to announce the inauguration of a biannual award for the best book in urban affairs. The purpose of the award is to encourage high-quality research on urban areas and reward cogent writing on urban

Papers were sought that examine differing constructions of space and spatial practices in urban ethnic enclaves among ethnic groups affairs. The first award will be given in April of 1999 at the annual meetings of the UAA in Louisville.

Eligibility. In order to be eligible for the award, the book must address a significant issue in urban affairs or contribute to our understanding of urban institutions and processes, and, must approach its topic in a scholarly fashion. North American urban areas should be the substantive focus, although comparative and cross-national works that include urban areas of the U.S. or Canada are also eligible. The book can be a theoretical argument or based on empirical research. Its argumentative style should be systematic, non-polemical, and situated within a relevant literature. Textbooks, dissertations, consultant and research reports, and journal articles are ineligible.

The book must have a copyright date that falls in one of the two calendar years prior to the year in which the award is being given; that is, 1997 or 1998 for the up-coming 1999 Award. The author(s) does not have to be a member of the UAA. Members of the UAA Governing Board are ineligible.

Award. The award will be presented at that year's annual conference. In addition to a plaque and , the prize consists of one complimentary registration to that conference and a maximum of toward the winning author(s)' expenses to that conference. The book will be honoured as the subject of a conference panel or a mini-plenary.

Nomination. Books can be nominated by their author(s), publishers, the Best Book Award Committee, or members of the UAA. After nomination, the author(s) or publisher must arrange for each member of the Committee to receive a copy of the book by November 15 of the year preceding the annual conference at which the award is to be given. Books will not be returned to author(s) or publisher.

Committee. The 1999 Best Book Award Committee is comprised of Robert A. Beauregard, Chair (New School for Social Research), Alma H. Young (Wayne State University), and Hal Wolman (University of Maryland: Baltimore County).

For additional information about the award and how to submit books to the Committee, contact Robert A. Beauregard
Milano Graduate School of Management and Urban Policy
66 Fifth Avenue
New School for Social Research
New York, NY 10011

Tel: 212) 229-5434
e-mail: Beauregr@Newschool.edu

The Research Committee on Housing and the Built Environment (RC43) of the International Sociological Association

RC43 invites submissions for the first Jorge E. Hardoy Memorial Prize for Best Paper by a Researcher from a Developing Country. This prize was instituted to honour the late Jorge Hardoy and to recognize current work similarly concerned with improving the living conditions of low-income households in the developing countries.

Papers must contribute new insights into housing and the built environment, broadly viewed, in the developing world. Topics may be theoretical or empirical; local, national, or international in scope; and need not represent any particular discipline. Text must be in English. Maximum length is 25 pages, double spaced, including notes and bibliography, with 1.5" margins all around. Abstract of no more than 200 words is required. Name, address and title must appear on a separate cover page, without identifiers in the paper itself.

Submissions will be evaluated and ranked by a distinguished Board of Reviewers. The winner will receive and a special certificate. The paper will also be published in HABITAT INTERNATIONAL, along with other qualifying submissions. To be eligible, papers must be received by June 30, 1999. Please, send four copies to: Willem van Vliet-, College of Architecture and Planning, CB 314, University of Colorado, Boulder, CO 80309-0314, USA.

FORTHCOMING PUBLICATIONS OF INTEREST

Fantasy City: Pleasure and Profit in the Postmodern Metropolis
John Hannigan
Published by Routledge
1999

ISBN/ISSN: 0-415-15098-1

ISBN/ISSN: 0-415-15097-3,

Fantasy City analyses the post-industrialist city as a site of entertainment. By discussing examples from a wide variety of venues, including casinos, malls, heritage developments and theme parks, Hannigan questions urban entertainments economic foundations and historical background. He asks whether such areas of fantasy destroy communities or instead create new groupings of shared identities and experiences. The book is written in a student friendly way with boxed case studies for class discussion.

"Verdana" Contemporary Japan, despite its prominence in the world economy, has so far received little systematic sociological attention from western scholars. One of the most neglected areas has been urban sociology. This volume demonstrates a fresh approach to urban studies as well as a new way of looking at contemporary Japan which links economy and society in an innovative way. In so doing, the volume breaks new ground methodologically and conceptually by exploring contemporary Japanese urban lifestyles through the medium of an analysis of consumption behaviour. This allows for the exploration and depiction of actual everyday urban life, makes possible the linking of patterns of social and cultural behaviour with urbanization and the physical growth and organization of Japanese cities and allows the relating of Japanese material on these subjects to theoretical debates in contemporary urban and sociological thought. Contemporary Urban Japan will be of interest to upper-level students and above of urban studies and social and cultural anthropology.

The Political Economy of Consumption. 4. Shopping and the Social Self. 5. Gender, Class and the Internationalization of Consumption. 6. Consuming Bodies: Media and the Construction and Representation of the Body. 7. Sites and Sights: The Consuming Eye and the Arts of the Imagination in Japanese Tourism. 8. Theorizing Consumption in Urban Japan. References. Index.

Networks in the Global Village
Barry Wellman (editor)
Published by Westview Press
1999

This is the first book to present a wide range of scholars who have used social network analysis to study community. It goes beyond just documenting the existence of supportive community networks. The trick is to treat community as a social network rather than as a place. The principle defining criteria for community is what people do for each other and not where they live. The social network approach enables the authors to study community without necessarily assuming that all communities are local solidarities. They do so by defining community as personal

community, a person's set of ties with friends and relatives, neighbours and workmates.

Handbook of Urban Studies
Ronan Paddison (editor)
Sage
1999

This book provides a comprehensive account of contemporary urban studies, and it will be of interest to a wide readership, from academics to researchers, and from consultants to policy makers. It contributes theoretically and empirically informed accounts, and it draws upon work in number of different disciplines involved in urban studies.

II. Berichte / Informationen

Eva Wonneberger

Raum ergreifen und Platz nehmen!

1. Wieviel Raum beanspruchen Frauen?

Wenn Frauen sich selbständig machen, mieten sie in der Regel Räume und werden damit in ihrer Berufstätigkeit öffentlich. Das Anmieten eines Raumes für ein Ladengeschäft oder eine Dienstleistung macht weibliches Arbeiten nach außen hin sichtbar. Damit treten Frauen in Wirtschaftsbezüge und Wirtschaftshandeln ein und bewegen sich in einem öffentlichen Feld, das gesellschaftlichen Regeln und gesetzlichen Bestimmungen unterworfen ist. Dieser Schritt des Raumergreifens ist deshalb von besonderer Tragweite, auch wenn sich die einzelne Gründerin dessen oft nicht bewußt ist. Allein die zahlenmäßige Zunahme von Frauen an den Selbständigen in der BRD führt zu Veränderungen in der Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik.

Mit unserem Projekt für Existenzgründerinnen in Oberschwaben (NOW-Projekt, gefördert von EU und Sozialministerium Baden-Württemberg) wollten wir die Frauen zunächst einmal ermutigen, sich Räume zu mieten, Geschäfte zu eröffnen, öffentlich sichtbar zu werden. Des weiteren wollten wir sie dazu animieren, diesen Prozeß nicht ganz allein zu gehen, sondern sich in gegenseitiger Anerkennung und Wertschätzung aufeinander zu stützen. Zu diesem Zweck haben wir, unter dem Stichwort "Vernetzung", Stammtische für Existenzgründerinnen in der Region - also in der Region Bodensee-Oberschwaben - ins Leben gerufen, die sich in mehreren kleineren Städten zusammenfinden. Wir haben außerdem die organisatorische Vorbereitung zur Entstehung eines Gründerinnenzentrums in Ravensburg geleistet. Bei einem solchen Gründerinnenzentrum geht es darum, daß mehrere Frauen gemeinsam Räume mieten. Jede Gründerin bezieht für sich einen eigenen Raum, aber alle stehen in unmittelbarer räumlicher Nähe zueinander; möglich sind gemeinsame Einrichtungen wie Teeküche, Foyer und die gemeinsame Nutzung elektronischer Geräte. Auch hierin liegt ein öffentlich sichtbarer Prozeß der gegenseitigen Hilfe und Anerkennung, welcher wiederum neue Räume eröffnen kann - gesellschaftliche Räume, wo Frauenaktivitäten, -unternehmungen und -gründungen sichtbar werden.

Ein nicht zu übersehendes Problem bei der Art, wie Frauen sich selbständig machen, ist die Isolation und der geringe Austausch zwischen den vielen kleinen Einzelgründungen. Diese Vereinzelung beeinträchtigt das Bewußtsein darüber, daß alle Frauen bei ihrer Gründung mit ähnlichen

Hindernissen zu kämpfen haben, und macht es schwer, gemeinsam verbesserte Startbedingungen einzufordern.

Das A und O ist also, daß wir uns vergegenwärtigen: Raumeinnehmen und Platzergreifen ist ein Akt des öffentlich Sichtbarwerdens von Frauen-Arbeit. Wenn deutlich wird, in welchen gesellschaftlichen Feldern speziell Frauen arbeiten und auf welche spezifische Art sie das tun, so wirft dies ein Licht zurück auf die Bedingungen von Erwerbsarbeit, die bisher bei uns gelten. Und diese Einsicht ist wiederum Vorbedingung dafür, daß die Bedingungen sich verändern.

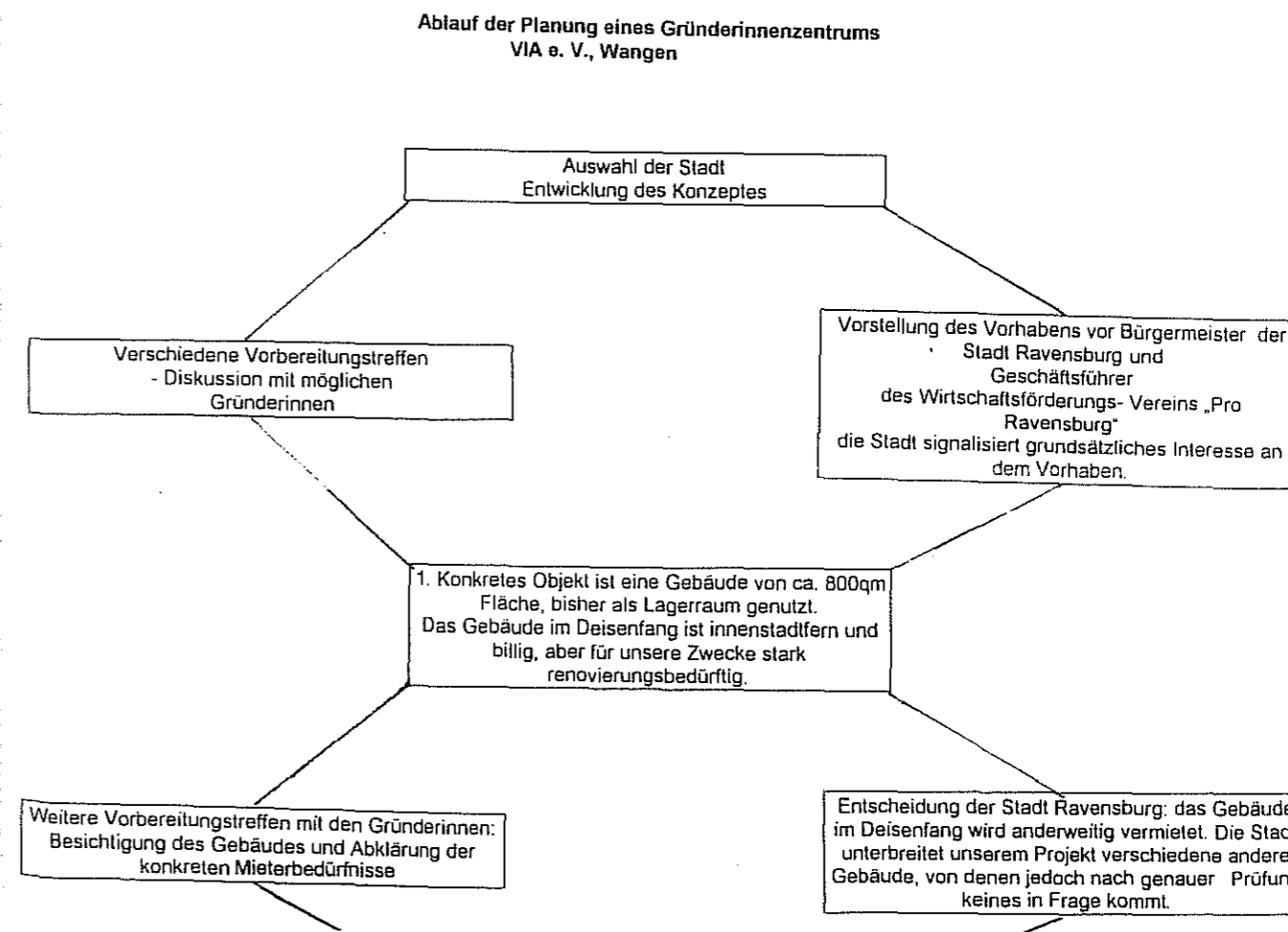
Im Grunde steht immer noch das Postulat im Raum, das Virginia Woolf schon Anfang des Jahrhunderts aufgestellt hat, nämlich daß jeder Frau ein eigener Raum und ein eigenes Einkommen zustehen. Ihre These war: erst ökonomische Unabhängigkeit wird es überhaupt möglich machen, daß Frauen in selbstbestimmter und kreativer Weise arbeiten und ihre Fähigkeiten in die Welt bringen. Diese berühmte Forderung von Virginia Woolf war damals auf künstlerisch tätige Frauen bezogen, ich bin aber überzeugt, daß sie für alle Frauen ebenso wie für verschiedenste Berufe Gültigkeit besitzt.

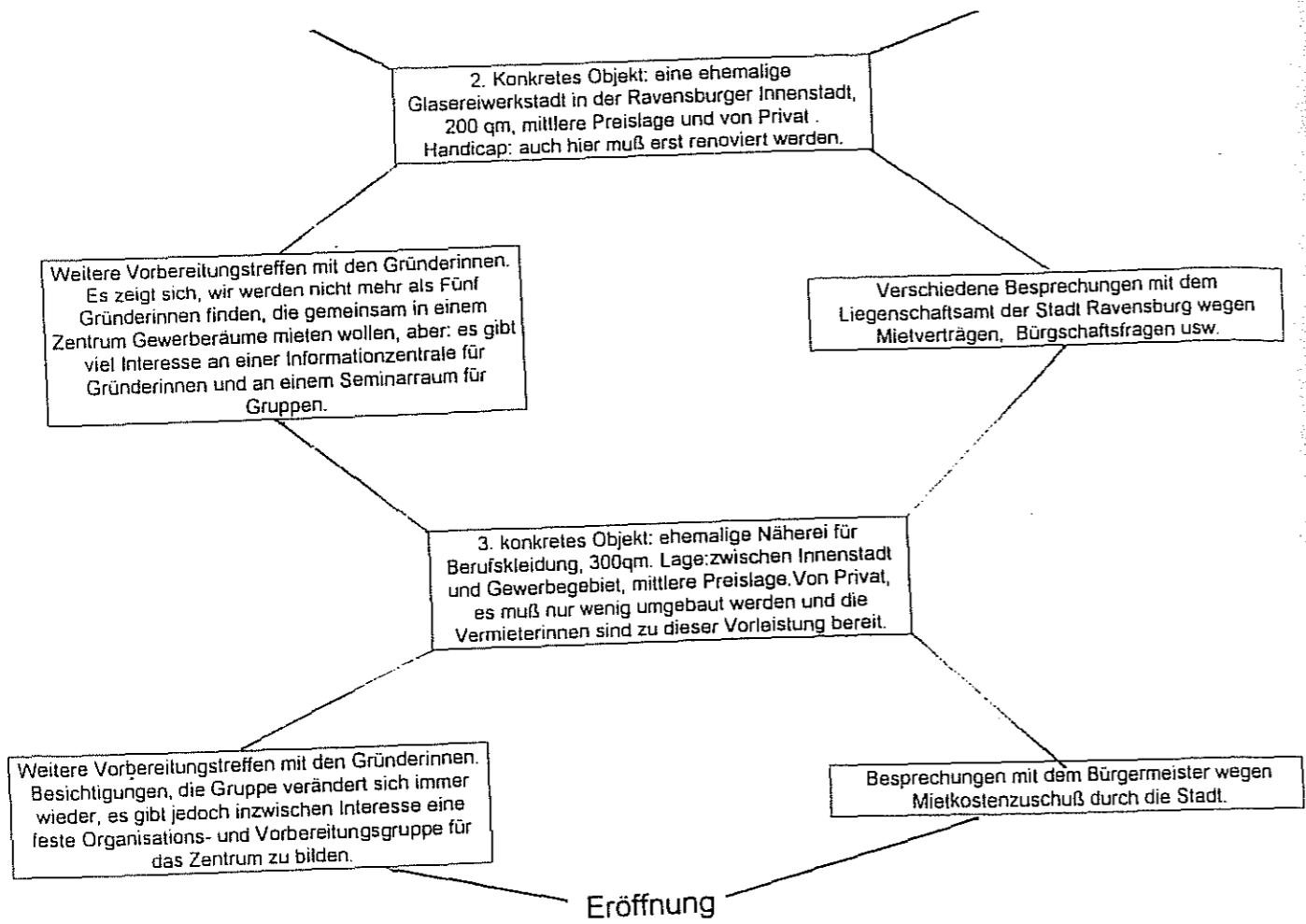
Ziel unseres Projektes war in diesem Zusammenhang, möglichst innovative Kommunikationsprozesse zwischen den Einzelgründerinnen zu ermöglichen. Darauf haben wir ganz besonderen Wert gelegt. Denn wir halten neue Kooperationsformen zwischen neugegründeten Kleinbetrieben für politisch unabdingbar, wenn Frauen ihre Bedürfnisse und Standpunkte, was berufliche Selbständigkeit betrifft, in die Diskussion bringen wollen. Unser Projekt hatte es sich also zur Aufgabe gemacht, Kommunikationsprozesse anzustoßen, sie überhaupt in ihrer Wichtigkeit erst herauszustellen und kontinuierlich immer wieder auf ihrer Bedeutung zu insistieren. Was wir veranstalteten, war sozusagen eine methodische Inszenierung von Kommunikationsprozessen, und die Methode der Inszenierung mußte sich im Verlauf des Projektes erst entwickeln - und zwar speziell für unsere Gegend, für den ländlichen Raum Bodensee/Oberschwaben mit seiner besonderen Raumstruktur.

Unsere Region ist die zweit-dünnbesiedelste Gegend in Baden-Württemberg nach der Region Donau-Iller. Sie zeichnet sich weiter dadurch aus, daß es keine eigentliche Großstadt gibt. Die Gegend ist geprägt durch Mittel- und Kleinstädte mit zwischen 10.000 und 30.000 Einwohnern. Die Kernregion um Ravensburg und die Entwicklungsachse Ravensburg/Friedrichshafen hat allenfalls Mittelstädte im Bereich von 50 - 60.000 Einwohnern zu verzeichnen. Dieser Raumstruktur haben wir Rechnung getragen und die

Vernetzung der Existenzgründerinnen der Gegend dezentral gestaltet. Konkret geschah dies mit Stammtischen in verschiedenen Ortschaften, mit einem räumlich gesplitteten Veranstaltungsangebot (Kurse und Infoabende) und einer regen Infrastruktur für Informationsmaterial. So wurde eine Datenbank angelegt mit den Adressen von Referentinnen, Coacherinnen und Beraterinnen in den drei Landkreisen. Dazu kam im Zentrum der Region - in Ravensburg - das Gründerinnenzentrum, das wir als Mittelpunkt dieses Vernetzungsprozesses ansehen. Dezentrale Organisation, Fokussierung im Gründerinnenzentrum: unser Anliegen war es, sensibel zu bleiben für die Entwicklungen, die der neu entstandene Kommunikationsprozeß zwischen den selbstständig tätigen Frauen nimmt.

Um dies zu konkretisieren, sei hier eine kleine Ablaufskizze zur eineinhalbjährigen Vorbereitungs- und Entwicklungszeit bis zur Eröffnung des Gründerinnenzentrums eingefügt. Diese verdeutlicht sowohl die Veränderungen auf seiten des Konzeptes wie den Prozess der Tuchföhlung mit der Stadt Ravensburg und der dortigen Wirtschaftsförderung.





Für die teilnehmenden Gründerinnen, die regelmäßig zu den Vorbereitungstreffen kamen war dieser Planungsvorlauf auch eine gute Einführung ins rechtlich kodierte System der staatlichen Wirtschaftsförderung und bestehenden politischen Institutionen. Mit anderen Worten, wir haben viel gelernt über Kommunalpolitik und -planung, im zähen ringen um Wirtschaftsraum für Frauen.

Vom Raumgreifen zum Einwirken auf die Politik

An dieser Stelle möchte ich eine kurze Erklärung zum Politikbegriff machen: Politik umfaßt nach unserem Verständnis diskursive Aushandlungsprozesse, die eben nicht nur in den offiziellen Politikarenen (Fraser, 1994) stattfinden. Das heißt, Politik findet in unserer Region nicht nur in Kommunalverwaltungen oder Parlamenten wie Kreistagen und Regionalverbandsversammlungen statt. Sämtliche Aktivitäten und Diskurse von Menschen und gerade auch von Frauen, die z.B. zusammentreffen als Existenzgründerinnen und über ihre Belange sprechen, sind politisch. Sie

sind Vorbedingung für Klärungsprozesse die dahin münden können, Forderungen in politische Gremien hineinzutragen, in denen sie bisher noch nicht Thema sind. Es geht hierbei anders ausgedrückt um diskursive Bedürfnisartikulation.¹

Die „Begrenzung“ und „Umfriedung“ von Politik auf bestimmte politische Schauplätze ist tatsächlich eine hochpolitische Konstruktion, durch die gesellschaftliche Relevanz per Definition zu- oder aberkannt wird.² Mithin sind sämtliche Aktivitäten und Diskurse, die diese Grenzziehungen in Frage stellen, ihrerseits politische Diskurse. In jedem Falle aber sind es Diskurse, die die Politik langfristig beeinflussen und verändern können. Dieses stark handlungs- bzw. diskursorientierte Politikverständnis stellt sich nicht gegen bestehende politische Einrichtungen, Parlamente, Diskussionsforen, Versammlungen u.a. Diese sollen ganz im Gegenteil im Blick behalten werden, denn die Einflußnahme auf diese Gremien ist gerade für Frauenaktivitäten sehr wichtig. Allerdings müssen wir nach den Erfahrungen mit unserem Projekt sagen, daß es ein sehr langwieriger und nervenaufreibender Prozess ist, Diskussionsinhalte aus Gründerinnendiskursen in die Gremien der Wirtschaftsplanung der Region einzubringen. Hier fehlt es offenbar noch an den grundsätzlichen Voraussetzungen, nämlich, daß die Männer und Frauen, die in der Regional- oder Wirtschaftspolitik arbeiten, den Frauen, die ein Unternehmen gegründet haben, Anerkennung und Wertschätzung zollen. Und dies auch, wenn es sich um Kleinstgründungen oder Teilzeitselbständigkeiten handelt. Wenn Frauen Bedürfnisse an Politik äußern tun sie sich meist schwer, die richtige Ebene zu finden und eine Form der Artikulation zu wählen, die den eingespielten Verfahrensregelungen entsprechend ist. Dazu gibt es viele Beispiele und Erfahrungen von Gemeinderätinnen, die versucht haben Fraueninteressen in die Gemeinde- und Stadträte zu transportieren. Die Denkweisen von Männern, die jahrhundertlang selbstverständlich im „öffentlichen“ Bereich agiert haben und von Frauen, die jahrhundertlang das „Private“ als ihre Domäne ansahen, unterscheiden sich, und dies wird vor allem bei der Art der Bedürfnisartikulation deutlich. Bedürfnisse von Frauen an Planungsprozesse werden erst wahrgenommen und politikfähig wenn sie bereits auf der Ebene der konkreten Planung vorliegen. Beispielsweise wäre die Forderung nach Veränderung des §§ sowieso im Landesplanungsgesetz politikfähig, aber vage Bedürfnisse nach „verbesserten

¹ als eine der Ersten hat meines Erachtens Christine Mussel auf die Bedeutung von Diskussionen zur Inszenierung von Bedürfnisartikulation hingewiesen. vgl.: Mussel, Christine: Bedürfnisse in der Planung der Städte. Kassel, 1992.

² in der Wortwahl habe ich mich hier bewußt bezogen auf den Artikel: Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Frauen aus Forschung, Praxis und Politik - ein Resümee, In: Tübinger Institut für frauenpolitische Sozialforschung e. V. (Hg.): Den Wechsel im Blick. Pfaffenweiler 1998, S. 286ff

Rahmenbedingungen" für Existenzgründerinnen werden nicht erstgenommen.

Die Region profitiert ungemein von den neuen Gründerinnen, die vornehmlich in den Kleinstädten bleiben, die Zentren beleben, den Mittelstand stärken und häufig lebensnahe Angebote für den täglichen Bedarf in der Region anbieten. (Läden, Dienstleitungen, Sozial- und Ökoberatungen usw.) Dies zu verdeutlichen war eines unserer Anliegen innerhalb unserer Projektlaufzeit, dies haben wir mehrfach in Podiumsdiskussionen und über Pressearbeit eingebracht.

Aus Frauendiskursen über Berufstätigkeit und Wirtschaftsförderung werden am Ende womöglich sogar neue politische Gremien entstehen. Denkbar sind etwa runde Tische, um Frauenpolitik und Wirtschaftspolitik ineinander zu verzahnen. Primäres Ziel sollte sein, die bestehenden Formen der zu "Realität" geronnenen Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsplanung in ihrer Relativität zu zeigen. Damit würde deutlich, daß diese bestehenden politischen Strukturen, die ja Machtstrukturen sind, prinzipiell veränderbar sind. Machtstrukturen sind zunächst einmal Bedingungen des Handelns, sie treten den Subjekten in einer scheinbar festgezurrten institutionalisierten Form (eben als der "Realität) entgegen. Sie sind jedoch prinzipiell beeinfluß- und veränderbar. In der Wirtschaftsplanung aber steht der Prozeß, Fraueninteressen in politische Diskussionszusammenhänge oder gar planungspolitische Abläufe hineinzubringen, noch ganz an seinem Anfang. Ein erster Schritt wird also sein, die neu entstandenen diskursiven Strukturen, Kommunikationsmöglichkeiten von Frauen in denen sie sich als Existenzgründerinnen austauschen als solche wahrzunehmen und ihre politische Relevanz zu erkennen.

Diesem soeben eher abstrakt formulierten Ziel glauben wir konkret näherzurücken mit unserem Gründerinnenzentrum und seiner Möglichkeit, Diskurse anzuregen und zu inszenieren. Hierbei geht es allerdings auch darum, neue und frauenspezifische Formen der Artikulation zu entwickeln. Bei unseren Stammtischen äußerten die Frauen zum Beispiel das Interesse, sich nicht nur sachlich zu unterhalten, sondern auch Spaß miteinander zu haben und einen Teil des Abends zur gemeinsamen Entspannung zu nutzen. Sie hatten den Wunsch, sich auch in ihren privaten Belangen auszutauschen und nicht nur über trockene Informationen zu diskutieren.

Dieses Anliegen der Frauen haben wir gern aufgegriffen, indem wir verschiedene Sorten von Veranstaltungen organisiert haben - solche Abende, die vorrangig der Information und Diskussion dienten, und solche, an denen es eher um Selbsterfahrung, Gespräche und das Erleben gegenseitiger Solidarität ging. Diesen konkreten Erfahrungen mit den

kommunikativen Bedürfnissen von Frauen hat uns den Weg zu einem Entwurf davon gewiesen, welche Diskurse wichtig sind, um weibliche Bedürfnisse und Vorhaben in den öffentlichen Raum weiter einzubringen und fester zu verankern.

Margit Brückner hatte 1994 ein Dilemma aufgezeigt, das entsteht, sobald Frauen in die Öffentlichkeit treten. Es äußert sich zum Beispiel, wenn Frauen in Führungspositionen in Beruf oder Politik öffentlich auftreten und ist, in politischen Diskussionen oder in öffentlichen Räumen, als greifbarer Widerspruch dingfest zu machen: meist legen diese Frauen ein merkwürdig geschlechtsloses Auftreten an den Tag, anstatt sich der Chance durchaus bewußt zu sein, daß es gerade jetzt darauf ankommt sich positiv als Frau zu präsentieren.³ Margit Brückner hat meines Erachtens sehr schön beschrieben, daß zur Auflösung dieser Widersprüchlichkeit neue innovative Räume oder Handlungsfelder entstehen müssen, in denen Frauen beides tun können: für ihre öffentlichen Interessen Partei ergreifen, sichtbar werden, und sich als eine Frau erleben, die sich in ihrer Weiblichkeit wohlfühlt, Spaß hat, entspannen kann. Es muß möglich sein, all dies zu integrieren: im Geschäftsleben aufzutreten, sich auszutauschen und Hilfe und Solidarität zu erfahren.

Als Antwort darauf scheint mir, daß die Gründerinnenzentren hier einen neuen Weg eröffnen und tatsächlich Räume bieten, wo in mehrfacher Hinsicht Raum für Frauen entsteht; wo die Möglichkeit geboten ist, sich als veränderbare Wesen zu erfahren, und wo Ermutigung gegeben wird, sich immer wieder und weiter zu verändern. Um in der Begrifflichkeit von "Raum" und "Platz" zu bleiben, gehört natürlich auch der "Weg" dazu. Will sagen, diese neu gefundenen Räume, in denen Frauen Platz ergreifen können, eröffnen auch Wege ... oder Auswege, die letztlich auch Auswege aus herrschenden patriarchalen Strukturen eröffnen.

Worin bestehen die Impulse von Existenzgründerinnen für die nachhaltige Regionalentwicklung?

Unter eigenständiger oder nachhaltiger Regionalentwicklung wird normalerweise verstanden, daß die zu erstellende Planungskonzeption ihre Förderungen an der Eigenart der Region ausrichtet sowie kulturelle, soziale und Naturpotentiale miteinbezieht. So steht es auch im Regional-Plan Bodensee-Oberschwaben geschrieben, und das seit den siebziger Jahren. Wenn man genau hinschaut ist die "Planung" jedoch auf der Stufe der

³ vgl.: Margit Brückner. "Geschlecht und Öffentlichkeit". Für und wider das Auftreten als Frau oder als Mensch. In: Brückner/Meyer (Hrsg). Die sichtbare Frau. Die Aneignung der gesellschaftlichen Räume. Freiburg 1994, S. 19-56

Strukturanalyse stehen geblieben; Daneben gibt es die willkürliche Vergabe von Fördergeldern, meist im Rahmen irgendwelcher Förderprogramme des Bundes. Völlig getrennt sind die Politikfelder "Wirtschaftsförderung" und "Beschäftigungspolitik" in der Region. Nach wie vor gibt es eine regionale Wirtschaftsförderung, die auf die Zunahme von (scheinbar neutralem) Wirtschaftswachstum ausgerichtet ist ohne Ansehen der Fragen: wieviel Arbeitsplätze entstehen hierbei? und sind auch Frauenarbeitsplätze dabei? Beschäftigungspolitik dagegen, betreiben die Arbeitsämter nach wieder anderen Richtlinien, die mit der Region gar nichts tun haben, Arbeitslosenzahlen verringern sollen, ohne Anbindung an regionale Strukturplanung. Hier fehlen bisher in Baden-Württemberg die Möglichkeiten⁴ - etwa im Rahmen einer "regionalisierten Strukturpolitik", wie sie in Nordrhein-Westfalen angestrebt wird, Optionen zur wirtschaftlichen Entwicklung mit Optionen zur Beschäftigungsentwicklung in regionalen Planungsvorhaben zu verbinden.⁵

Umso nachdrücklicher sei auf die eigenständige Entwicklung vorhandener regionaler Initiativen verwiesen, etwa die Gründerinnenzentren in Baden-Württemberg. Ihre Einrichtung bedeutet einen wichtigen Impuls für die Entstehung eines öffentlichen Diskurses über Bedürfnisse von Frauen an regionale Förderstrukturen. Was in Bezug auf Technologiezentren übrigens jedem Politiker einleuchtet: solche Einrichtungen können als "Handlungsarena oder Gärungszentren für die experimentelle Erprobung innovativer Erwerbsmuster"⁶ angesehen werden und deren Bedeutung in die Diskussionen um regionale Entwicklungsziele einbringen. Nach wie vor werden bei "Runden Tischen" zu regionalen Leitbildern die Gründerinnenzentren jedoch keineswegs einbezogen. "Gräbt sich auch die Arbeit ihr Flußbett selber", um die von Peter Gross benutzte Metapher aufzugreifen, so bedarf es doch gewisser politischer Regulierungen, um den Lauf des Flusses in die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen einzubetten.

- das viel beschworene Regionale Leitbild kann ohne die Beteiligung der Frauen oder gar gegen ihre Interessen nicht gefunden werden. Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Region: wie könnte das aussehen, was benötigen wir dazu, was fehlt?
- Wir müssen Diskussionsformen entwickeln, müssen Prozesse der Selbsthilfe und Selbstorganisation von regionalen Akteuren einleiten.
- Dem Aufbau der Institution Gründerinnenzentrum lag ja genau dieser Selbsthilfegedanke zugrunde - von unserem Projekt angeregt und

⁴ vgl. dazu die Ausführungen von Albert Herrenknecht in "Perspektiven ländlicher Entwicklung" Dokumentation einer Fachtagung der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg, Stuttgart 1998, S. 41 ff

⁵ vgl.: Rogge, Klaus I.: Neue Wege braucht das Land?! Zur Renaissance dezentraler Konzepte in Nordrhein-Westfalen, ebenda, S. 107-119

⁶ vgl.: Thomas, Michael; Woderich, Rudolf: Berufliche Selbständigkeit, 1997, S. 59

organisiert. Hieraus könnten sich neue Ideen und Projekte entwickeln. - Raum einnehmen!

Auf einer allgemeinen Ebene oder - so könnte man sagen - in Planersprache formuliert, geht es darum, die defizitorientierte Förderung durch eine solche zu ersetzen, die an die Fähigkeiten und Ressourcen einer Region anknüpft. Oder, wie es immer so schön heißt: "Regionalplanung sollte sich auf das Schließen regionaler Wirtschaftskreisläufe, die Befähigung lokaler Akteure zur Kombination ökonomischer, ökologischer, sozialer und kultureller Strategien für eine ganzheitliche Entwicklung der Gemeinwesen und Regionen und auf die Ermöglichung des interregionalen ökonomischen wie kulturellen Ausgleichs konzentrieren."⁷

Hier fehlt jedoch bisher ein Bindeglied zwischen dem Anspruch an Planungsziele und der Möglichkeit der Bevölkerung - in unserem Fall einer bestimmten Gruppe - ihre Interessen an Planungsziele zu artikulieren. Meines Erachtens fehlen in unserem Bundesland sogar zwei Zwischenglieder zur Partizipation und Artikulation verschiedener Bewohnergruppen. Zum einen fehlt die Möglichkeit einer regionalisierten Strukturplanung, zum anderen fehlen Instrumente zur Moderation von Planungsinteressen. Ich denke hierbei an ein vielfältiges Instrumentarium der Moderation, das von Zukunftswerkstätten bis zu runden Tischen reichen kann.

Als Letztes möchten wir einige konkrete Vorschläge machen, wie bestimmte Einrichtungen für unsere Zielgruppe spezielle Maßnahmen einleiten könnten. Wir möchten damit Weichen stellen, bzw. Empfehlungen aussprechen an regionale Entscheidungsträger, eingedenk der Tatsache, daß es sich bisher um sehr rudimentäre Vorschläge handelt und daß bisher keinerlei Anspruchspartner für solche Bedürfnisse neuer Selbständiger an Wirtschaftsplanung vorhanden sind.

- Wichtig für Frauen-Gründungen wären billige Räume in den Innenstadt-Quartieren. Daraus leitet sich eine entsprechende Empfehlung für die Kommunen ab, nicht nur günstige Gewerbegebiete außerhalb der Innenstädte zu erschließen, sondern Räume im Zentrum zu erwerben und an Gründerinnen für Ateliers, Praxen, Büros und Fachgeschäfte zur Verfügung zu stellen.
- Weiter wäre die Vergabe kleiner Kredite im Bereich bis 20.000DM zu erleichtern. Dazu könnten die regionalen Banken spezielle Angebote erarbeiten, die Landkreise könnten dahingehend Empfehlungen aussprechen, etwa an die Kreissparkassen. Möglich wären auch

⁷ Position des "Ausschusses der Regionen" der EU vorgelegt im Herbst 1996, zitiert nach NURSERY, Zeitschrift für Nachhaltige Regionalentwicklung des Bauhauses in Dessau, April 1997, S. 8.

Landesdarlehen ohne Bindung an eine Hausbank: also die Möglichkeit für Gründerinnen, zusammen mit unserer Beratungsstelle Anträge für kleine Kredite auszuarbeiten und diese an die Landeskreditbank einzureichen. Eine Ursache des Desinteresses an kleinen Krediten durch normale Kreditinstitute liegt in der mangelnden Wachstumsorientierung dieser Unternehmen. Es kann daher nur eine politische Entscheidung sein, diese Kleinstgründungen zu fördern, die entsprechende kreditpolitische Möglichkeiten eröffnen würde.

- Eine Verlängerung des Überbrückungsgeldes für Empfänger von Arbeitslosengeld von einem halben Jahr auf ein Jahr - wie in Schweden - wäre hilfreich für Gründerinnen, die aus der Arbeitslosigkeit heraus in die Selbständigkeit gehen. (Einer Statistik der Bundesanstalt für Arbeit zufolge sind 70% der Leute, die in den 90er Jahren das Überbrückungsgeld des Arbeitsamtes in Anspruch nahmen nach 3 Jahren noch selbständig gewesen).
- Geschlechtsspezifische Statistiken des Landesgewerbeamtes zur wirtschaftlichen Entwicklung in den Regionen fehlen bisher. Eine Auswertung der IHK Statistik über die Neu-Gewerbe-Anmeldungen sollte vorliegen, um all jene Frauen zu erfassen die nach wie vor allein und mit wenig Informationen gründen. Überhaupt sollten Strukturanalysen die geschlechtsspezifischen Ausprägungen von Branchenentwicklungen in der Region widerspiegeln.

In der Bilanz laufen alle diese Vorschläge darauf hinaus: Um solche weichenstellenden Vorhaben zu verwirklichen, brauchen wir ein Zusammenspiel von verschiedenen regionalen und überregionalen Institutionen und Behörden. Wir können dies hier nur andeuten, langfristige Lösungen für eine frauenfreundliche, nachhaltige regionale Wirtschaftsplanung bleiben zu entwickeln. Dazu fehlen bisher jedoch die Instrumentarien - regionale Zusammenkünfte zur Entwicklung von planerischen Leitbildern für die Region, Runde Tische oder Expertengespräche, vor allem aber geeignete Methoden um die Partizipation der verschiedenen Interessengruppen, z. B. der Existenzgründerinnen zu gewährleisten.

Wolfgang Sodeur, Universität GH Essen
**Volkszählung 2001:
Primärerhebung oder Registerauszug?**
(erscheint in Soziale Welt, Info-Seiten der ASI)

Politisch scheint entschieden zu sein: In Deutschland wird es im Jahr 2001 keine Volkszählung herkömmlicher Form geben. Statt dessen sind Ersatzmaßnahmen in Form von Registerauswertungen geplant. Dazu wurden vom Bund und von einigen Ländern zwei konkurrierende Modelle entwickelt. Sie unterscheiden sich nicht nur im geschätztem Aufwand, sondern vor allem in ihrer vermutlichen Leistung. Gemeinsam ist ihnen, daß für ihre sorgfältige Prüfung zu wenig Zeit bleibt: Nach einer Übereinkunft der EU-Staaten soll ein gemeinschaftliches Programm für Volks- und Wohnungszählungen in allen Ländern bis zum Jahr 2001 realisiert sein.

Vor, während und nach der letzten Volkszählung 1987 gab es eine umfangreiche Diskussion um die Zukunft dieser Erhebung und um mögliche Alternativen (vgl. u.a. "Volkszählung 2000 - oder was sonst?", Statistisches Bundesamt, Schriftenreihe zu Methodenfragen, Band 21, 1992 (Metzler/Poeschel)). Die fachlichen Bedenken gegen den Verzicht auf eine Volkszählung als Primärerhebung überwogen: Die amtliche Statistik wie auch die öffentliche Verwaltung in Deutschland sind aufgrund bloßer Bestandsfortschreibung vieler ihrer Daten auf periodische "Inventuren" angewiesen. Deshalb schien die Überlegung zur grundsätzlichen Abkehr von der Volkszählung als beendet und nur die Frage nach dem nächsten Zeitpunkt offen.

Nachdem aber die Terminfrage durch Vereinbarungen in der EU geklärt war und Entscheidungen über die Form dringlich wurden, hat sich die Bundesregierung im Jahr 1996 gegen die Volkszählung 2001 als Primärerhebung ausgesprochen. Dies wurde Fachkreisen außerhalb der Statistischen Ämter erst im Laufe des Jahres 1997 bekannt.

Als Gründe für die Entscheidung der Bundesregierung werden Widerstände gegen die Volkszählung 1987 und vor allem der finanzielle Aufwand genannt.

Das finanzielle Argument erstaunt insofern, als es in Deutschland als einzigem Land der EU den Verzicht auf die Volkszählung bewirkte. Es ist auch nicht klar, in welcher Höhe Einsparungen realisiert werden können. Sicher scheint nur eine Verlagerung von Kosten: Während die Bundeskasse bei einem Verzicht auf die Volkszählung entlastet wird, müssen die notwendigen Ersatzmaßnahmen überwiegend von den Länder- und Gemeindehaushalten getragen werden.

Widerstände gab es tatsächlich gegen die Volkszählung 1987, und sie wären wegen der besonderen Sichtbarkeit durch Beteiligung aller Bürger auch künftig nicht ausgeschlossen. Ein Staat muß jedoch bei der Erfüllung zentraler Aufgaben seine Bürger (in Grenzen) belasten können und darf sich nicht von Einwänden jeweils kleiner Minderheiten blockieren lassen. Andererseits sollte der Umgang mit minderheitlichen Bedenken, wenn ihre Begründungen anerkannt werden, nicht durch bloß "oberflächliche" Berücksichtigung erfolgen. Mit den notwendigen Ersatzmaßnahmen würden aber - weniger sichtbar, ohne direkte Beteiligung der Bürger und ohne ihre relativ leichte Mobilisierung - zumindest ähnliche Nebenfol-

gen erzeugt. So wird z.B. in skandinavischen Ländern und insbesondere in Schweden die Volkszählung durch Registerauswertungen ersetzt: Diese Register enthalten (deshalb?) Informationen weit größeren Umfangs als bei uns. Während die Daten von Volkszählungen unter besonders restriktiven Bedingungen im geschlossenen Bereich der Statistischen Ämter verbleiben, stehen die Register im direkten Zugriff der öffentlichen Verwaltungen. Argumente, wie sie im Rahmen des Widerstands gegen die Volkszählung 1987 vorgebracht wurden, gelten deshalb gegenüber solch umfangreichen Registern in weit stärkerem Maße als gegenüber gelegentlichen Inventuren unter besonderen Aufsichtsbedingungen.

Ob man nun die Entscheidung der Regierung für akzeptabel oder inakzeptabel, die Argumente für richtig oder falsch hält: Die pure Entscheidung bewirkte, daß nunmehr erhebliche Mittel für die Entwicklung von Alternativen eingesetzt wurden.

Beide bislang entwickelten Verfahren, kurz "Bundesmodell" und "Ländermodell" genannt, werden die Daten ganz überwiegend nicht durch Primärerhebungen ermitteln, sondern vorhandenen Registern entnehmen, die im laufenden Verwaltungsvollzug erzeugt bzw. fortgeschrieben werden. In beiden Modellen sind dies für den bevölkerungsstatistischen Teil des Zensus die Einwohnermelderegister sowie für den erwerbsstatistischen Teil (1) die Beschäftigten- und Arbeitslosendatei der Bundesanstalt für Arbeit, (2) die Personalstandsstatistiken von Bund und anderen Gebietskörperschaften (vor allem von Ländern und Gemeinden) und ergänzend die Dateien über Wehrpflichtige und Zivildienstleistende des Verteidigungsministeriums bzw. des Bundesamtes für Zivildienst. Alle weiteren Informationsbedarfe müssen gegebenenfalls durch Mikrozensus-Erhebungen oder durch zusätzliche Stichproben- oder Vollerhebungen gedeckt werden.

Die Registerdaten werden nach beiden Modellen an die Statistischen Ämter übermittelt. Die weitere Überprüfung, Bereinigung und Verarbeitung der Daten erfolgt nach beiden Modellen - ebenso wie bei den Daten aus amtlichen Primärerhebungen - ausschließlich im geschlossenen Bereich der Statistischen Ämter, damit also auch ohne Rückkopplung an die öffentlichen Verwaltungen, aus denen die Register stammen. Unterschiede zwischen beiden Modellen bestehen aber in der Art und dem Umfang, wie die Daten bereinigt und weiterverarbeitet werden.

Im "Bundesmodell" sind keine zusätzlichen Vollerhebungen vorgesehen. Ergänzungen des Auswertungsprogramms bleiben hauptsächlich auf den Mikrozensus verwiesen. Der Kreis verfügbarer Merkmale ist damit sowohl gegenüber früheren Zensus in der BRD wie auch gegenüber den gegenwärtig und künftig in anderen Ländern der EU verfügbaren Merkmale deutlich beschränkt. So gibt es z.B. in diesem Zensus keine Daten über Gebäude und Wohnungen.

Die Bereinigung der Einwohnermeldeamtsdaten erfolgt - nach ihrer bundesweiten Zusammenführung im Statistischen Bundesamt - überwiegend durch Feststellung von Doppelnennungen, die einmal durch Haupt- und Nebenwohnsitze, zum anderen durch unterlassene Abmeldungen beim Umzug entstehen.

Haushalte werden allein aufgrund der in den Daten der Einwohnermeldeämter enthaltenen Informationen gebildet. Das Verfahren wird derzeit erprobt (vgl. Friedrich

von Klitzing: Haushaltsgenerierungsverfahren HHGEN98. Deutscher Städtetag, Stand 1.1.1998). Einpersonenhaushalte werden dabei aber unvermeidlich überschätzt, weil es bei Personen im gleichen Hause außer bei Namensgleichheit, bei verheirateten Personen und bei Personen im Eltern-Kind-Verhältnis im Register keine Hinweise auf die Zugehörigkeit zum gemeinsamen Haushalt gibt.

Vor allem aber sollen im Bundesmodell die Daten aus Registern unterschiedlicher Art unverbunden nebeneinander stehen. Kombinationsauswertungen sind damit auf solche Merkmale beschränkt, die in den Datensätzen des jeweils gleichen Registers vorkommen.

Auch das "Ländermodell" vollzieht den Methodenwechsel von einer Primärerhebung zu einem "registergestützten Zensus". Gleichzeitig soll aber sowohl der Kreis der Merkmale über zentrale Bereiche wie Bevölkerung, Erwerbsbeteiligung und Wohnen wie auch die Möglichkeit zur Auswertung von Merkmalskombinationen ohne dramatische Abstriche erhalten bleiben. Als Basis dienen neben den beim Bundesmodell genannten Registern über Bevölkerung und Erwerbsbeteiligung zusätzlich eine postalische Gebäude- und Wohnungszählung (Vollerhebung) sowie eine postalische Ergänzungserhebung (als 10%-Stichprobe geplant) zur Erwerbsbeteiligung von Personen wie z.B. Selbständigen, die in keinem der oben genannten Verwaltungsdatenbestände vorkommen.

Die zusätzliche Vollerhebung der Gebäude und Wohnungen schließt zunächst eine offenkundige Lücke des Bundesmodells. Sie soll darüber hinaus im Ländermodell wichtige Funktionen bei der Datenbereinigung und der Integration der Datensätze aus unterschiedlichen Registern erfüllen. Beispielhaft sei der für viele Ziele der Sozialberichterstattung wichtige Haushaltsbezug der Personen genannt. Die Verbindung von Gebäude- und Wohnungszählung mit den Daten der Einwohnermeldeamtsregister liefert gegenüber den reinen Registerdaten zusätzliche Hinweise auf die Haushaltszuordnung; außerdem ist eine grobe Fehlschätzung (insbesondere der Einpersonenhaushalte, s.o.) durch die nun bekannte Zahl der Wohnungen pro Adresse (Hausnummer) begrenzt.

Für die Bereinigung der Registerdaten bietet das Ländermodell aufgrund der Zusammenführung aller Personendaten weitreichende Möglichkeiten. Insbesondere durch die Verbindung mit den Daten der Gebäude- und Wohnungszählung gibt es bessere Ansätze, den Umfang lokaler Bevölkerungen unabhängig von der Qualität der jeweiligen Registerführung nach einheitlichen Regeln festzustellen.

Der wichtigste Unterschied gegenüber dem Bundesmodell ist, daß die personenbezogenen Daten aus den verschiedenen Quellen nach dem Ländermodell zusammengeführt werden, womit wie bei früheren Volkszählungen die Auswertung beliebiger Merkmalskombinationen möglich wird.

Insgesamt bietet das Ländermodell einen interessanten und vielversprechenden Ansatz, der den Informationsbedarf der Gesellschaft auf neuartige Weise, vermutlich auch unter Einsparung von Mitteln und bei gleichzeitiger "Schonung der Bürger" vor Einzelerhebungen sichern könnte. Die nötige Zusammenführung der Daten aus unterschiedlichen Quellen würde außerhalb der öffentlichen Verwaltungen im abge-

geschlossenen Bereich der Statistischen Ämter erfolgen und damit individuelle Rechte auf gleiche Weise wahren, wie es bei herkömmlichen Volkszählungen mit Primärerhebung geschah.

Fraglich ist jedoch, ob die wachsende Bedeutung der Register nicht die Tendenz verstärkt, dort immer mehr Daten über die Bürger anzuhäufen. Diese Gefahr droht vor allem vom Bundesmodell:

Aufgrund mangelnder Verknüpfbarkeit der Daten aus unterschiedlichen Quellen wird der gesellschaftliche Informationsbedarf hier auf lange Sicht einen Druck erzeugen, Merkmale >im gleichen Register< zu konzentrieren. Bedenklich erscheint dies vor allem, weil solche Register - anders als die Daten des herkömmlich erhobenen Zensus und anders als die nach dem Ländermodell im geschlossenen Bereich der Statistischen Ämter zusammengeführten Registerdaten - im unmittelbaren Zugriff der staatlichen Verwaltungen stehen.

Ein Zensus nach dem Bundesmodell würde die Informationen über zentrale Bereiche der gesellschaftlichen Entwicklung in einem heute kaum vorstellbaren Umfang vermindern. Er brächte aufgrund des allzu beschränkten Kreises an erreichbaren Merkmalen und des Fehlens von Verknüpfungsmöglichkeiten Deutschland an das "informativische Ende" der EU-Staaten.

Auch ein Zensus nach dem Ländermodell ist insbesondere aufgrund des engen zeitlichen Rahmens für seine Realisierung nicht unbedenklich: Zentrale Konzepte dieses Ansatzes wie z.B. zur Bereinigung der Daten und zur Haushaltsgenerierung können nicht mehr in einem Umfang erprobt werden, wie dies bei derart wichtigen Instrumenten zur gesellschaftlichen Berichterstattung eigentlich nötig wäre.

Die wissenschaftlichen Fachdisziplinen haben diese Entwicklung erst sehr spät bemerkt. In der verbleibenden Zeit müssen sie in ihren Bereichen die Aufmerksamkeit für die drohenden Gefahren wecken und auf künftige Informationslücken hinweisen.

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) wird auf dem gemeinsamen Kongress der Deutschen, Österreichischen und Schweizer Gesellschaft für Soziologie in Freiburg am 17. September 1998 eine ad-hoc-Sitzung zu diesem Thema veranstalten.

Auch auf der "Statistischen Woche" vom 5.-9. Oktober 1998 in Lübeck, einer gemeinsamen Veranstaltung der Deutschen Statistischen Gesellschaft und des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, ist für den 7. Oktober 1998 eine ganztägige Veranstaltung zum Zensus 2001 geplant.

UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH

Arbeitskreis Suburbanisierung

„Ostdeutsche Stadt-Umland-Regionen¹ unter Suburbanisierungsdruck“

Positionspapier

1. Zum Anliegen

Aus Sorge darum, daß sich die bisherigen Entwicklungsverläufe in den ostdeutschen Stadt-Umland-Regionen zum Nachteil der dort lebenden Menschen verstetigen, wenden sich die Vertreter mehrerer wissenschaftlicher Einrichtungen mit dieser gemeinsamen Stellungnahme an Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung und an die Öffentlichkeit. Das vorliegende Papier formuliert handlungsorientierte Thesen für eine ausgewogene und sinnvoll gesteuerte Entwicklung von Stadt-Umland-Regionen auf Basis von Forschungsergebnissen in Ostdeutschland verschiedener wissenschaftlicher Einrichtungen und Erfahrungen aus der Verwaltungspraxis.²

Suburbanisierung und Siedlungsdispersion in den Stadt-Umland-Regionen der neuen Länder sind - nach 40 Jahren kompakter Stadtentwicklung in der ehemaligen DDR - zu zentralen Elementen der gegenwärtigen Raumentwicklung geworden. Mit der Ausbreitung urbaner Bevölkerung, Lebensweisen und Wirtschaftsformen und der sehr dynamischen Flächeninanspruchnahme im Umland der Kernstädte werden administrative Grenzen zwischen Kernstadt und Umland übersprungen und verlieren an Bedeutung. Dennoch ist die Planungshoheit einzig und allein bei den Kommunen geblieben, wodurch Konflikte innerhalb der Stadt-Umland-Regionen vorprogrammiert sind. Daraus resultiert die Notwendigkeit einer verstärkten, qualitativ neuen Stadt-Umland-Kooperation.

Im folgenden werden Analyseergebnisse, Handlungsempfehlungen und weiterer Forschungsbedarf zum Thema aufgezeigt.

¹ Stadt und Umland bilden eine funktionale Gemeinschaft räumlicher Struktur. Sie ist als Ganzes in ihren gleichwertigen und gleichberechtigten Teilen (Stadt und Umland) die bestimmende Einheit für konzeptionelle Gestaltung und räumliche Entwicklung. Deshalb wird der übliche „stadtdominierende“ Begriff „Stadtregion“ hier nicht verwendet.

² Auf die gesamtstaatliche Verantwortung, ohne die eine sinnvolle Entwicklung nicht möglich ist, kann in diesem Papier nicht eingegangen werden.

2. Zum aktuellen Suburbanisierungsprozeß

In den neuen Bundesländern ist die derzeitige Situation im urbanen und suburbanen Raum das Ergebnis einer Entwicklung, die in einem außerordentlich kurzen Zeitraum zu baulich manifestierten und vielfach dispersen Strukturen geführt hat. Diese sehr dynamisch verlaufende Entwicklung führte zu einer deutlichen Aufwertung des Umlandes, zu einer absoluten Dekonzentration von Bevölkerung und Arbeitsplätzen trotz insgesamt abnehmender Bevölkerungs- und Beschäftigtenzahlen innerhalb der Stadt-Umland-Region mit weitreichenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Konsequenzen für die betroffenen Gebietseinheiten:

Kernstadt:

- Anhaltende Einwohnerverluste infolge der Abwanderung ins Umland;
- zunehmende sozialräumliche Differenzierung zwischen und innerhalb von Stadtteilen;
- zurückgehende Steuereinnahmen bei steigenden finanziellen Belastungen;
- Auslastungsrückgang und Schließung von sozialen Infrastruktureinrichtungen;
- bedeutender Leerstand bei Gewerbe- und Wohnraum;
- wachsende Verkehrsströme zwischen Kernstadt und Umland;
- rückläufige Umsätze des innerstädtischen Einzelhandels zugunsten der 'Grünen Wiese'.

Umland:

- Anhaltende Zuwanderung einkommensstarker Familien und von Paaren aus der Kernstadt;
- steigende Steuereinnahmen;
- unzureichende Infrastrukturausstattung in den neu entstandenen Wohngebieten, insbesondere mit Engpässen in der sozialen Infrastruktur;
- Defizite in der Integration in der neuen Wohngebiete in die gewachsene Dorfstruktur;
- fehlende Belegung erschlossener Gewerbeflächen und Leerstand von Bürohäusern;
- hoher Flächenverbrauch durch Gewerbeansiedlung und Neubau von Wohnsiedlungen;
- Versiegelung, Zerstörung und Zerschneidung der Kulturlandschaft;
- wachsende zentrifugale, zentripetale und tangentialen Verkehrsströme, insbesondere durch Pendler.

Zurückzuführen sind die dynamischen Suburbanisierungsprozesse zu einem wesentlichen Teil auf:

- eine abschreibungsorientierte Förderpolitik in den vergangenen Jahren und das zeitweise Fehlen adäquater planungsrechtlicher Instrumente bzw. deren Unwirksamkeit;
- Entwicklungshemmnisse, die sich in den Städten räumlich konzentrieren, wie verzögerte Aktivierung vorhandener Flächenreserven, ungeklärte Eigentumsverhältnisse und flächenhafter Denkmalschutz;
- spezifische Interessen der beteiligten Akteure (Nachfrager, Anbieter, Investoren, Grundstückseigentümer u.a.).

Die bisherigen Entwicklungen in den Stadt-Umland-Regionen der neuen Länder sind nur schwerlich mit einer kooperativen Regionalentwicklung in Einklang zu bringen. Deshalb kommt es darauf an, den weiteren Prozeß der Suburbanisierung gezielt zu gestalten – ihn nicht

nur negativ zu bewerten –, Verständigung hinsichtlich der Entwicklungsziele des suburbanen Raumes als Bestandteil der Stadt-Umland-Region zu erreichen –, letztlich urbane und suburbane Entwicklungsstrategien zum beiderseitigen Nutzen miteinander zu verbinden. In Anbetracht dessen sind Formen der Kooperation erforderlich, die die Stadt-Umland-Region als Ganzes begreifen, kommunale Abgrenzungen einschränken und Privilegien wie auch Benachteiligungen eindämmen. Das gemeinsame Ziel muß sein, die Wohn- und Lebensqualität in Kernstädten *und* ihrem Umland zum gegenseitigen Vorteil zu erhalten bzw. zu verbessern.

Die Notwendigkeit einer engen Stadt-Umland-Kooperation ist bereits erkannt, jedoch mangelt es an konkreten Formen der Umsetzung. Bisher sind auch in den alten Ländern erst wenige positive Ansätze realisiert worden, z.B. in den Regionen Stuttgart und Hannover sowie im Umlandverband Frankfurt. Die vorhandenen Erfahrungen sollen berücksichtigt werden, sie können jedoch nicht pauschal auf die neuen Bundesländer übertragen werden. Letztlich muß jede Region unter Berücksichtigung ihrer spezifischen Bedingungen sukzessive eigene Wege erproben.

3. Handlungsempfehlungen

Konkrete Handlungsempfehlungen richten sich an kommunale und regionale Entscheidungsträger und an beteiligte bzw. betroffene Akteure. In der Gestaltung planungs- und förderrechtlicher Rahmenbedingungen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene ist eine stärkere Orientierung auf Zielstellungen für die gesamte Stadt-Umland-Region zu fordern. Die Analyse und die Berücksichtigung der Akteursperspektiven stellen eine wesentliche Voraussetzung für eine Konsensfindung unter den Beteiligten dar. Die spezifischen Perspektiven müssen möglichst gleichberechtigt in der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden. Nur auf dieser Basis sind von allen Beteiligten getragene Konsenslösungen bzw. Kompromisse zu erwarten. Die zur Anwendung gelangenden Instrumente sind hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit zu bewerten und entsprechend der Zielstellungen weiterzuentwickeln. Da sich die Einzelhandels- und Gewerbesuburbanisierung in den neuen Ländern – nach einer sehr expansiven Phase Anfang der 90er Jahre – stark verlangsamt haben, wird nachfolgend der anhaltenden Wohnsuburbanisierung besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Wohnsuburbanisierung qualitativ gestalten

Es ist davon auszugehen, daß auch weiterhin Bevölkerungsgruppen ins Umland ziehen werden, die hier entsprechend ihren Wohnpräferenzen die adäquaten Bedingungen vorfinden. Allerdings sollte dieser Prozeß so gesteuert werden, daß der Raum in unmittelbarer Umgebung der Städte weiterhin verschiedene Funktionen erfüllen kann. Neben dem Angebot eines attraktiven Wohnumfeldes wird das Umland durch seine spezifisch gewachsene Form einer Kulturlandschaft charakterisiert. Die Siedlungsstrukturen sollen so geplant werden, daß die Bildung überschaubarer Nachbarschaften unterstützt und damit Identitäten geschaffen werden. In jedem Fall sollte verhindert werden, daß um die Städte struktur- und gesichtslose 'Speckgürtel' entstehen, die von den Erholungssuchenden aus den Städten übersprungen werden. Eine Voraussetzung

dafür ist das Abrücken von architektonischen Lösungen ohne Rücksichtnahme auf traditionelle Ortsstrukturen. Suburbane Lebensräume müssen so entwickelt werden, daß sie Voraussetzungen zur Entstehung spezifischer Lebensweisen bieten und gleichzeitig hochwertige (Aufenthalts)qualitäten offerieren.

Sich daraus ableitende Handlungsempfehlungen sind:

- Nutzung des Handlungsspielraumes, den die stärkere Berücksichtigung von Belangen des Bodenschutzes sowie des Naturschutzes und der Landschaftspflege in der Flächennutzungsplanung (§1a, §5 Abs. 2, Pkt. 10 u. Abs. 2a; BauGB) bietet (Bereitstellung naturschutzrechtlicher Ausgleichsflächen (§200a BauGB), Verhinderung von Siedlungsmaßnahmen in ungeeigneter Lage und Dimension sowie Schutz wertvoller Landschaftsbestandteile);
- Ausgestaltung neuer Wohngebiete nicht mehr vorrangig durch die Bauträger, sondern in gemeinsamer Verantwortung mit kommunalen und regionalen Einrichtungen;
- Zugänglichkeit und Attraktivität der Landschaft im Umland, unter Einbeziehung des Naturschutzes erhöhen sowie eine Vernetzung mit Freiflächen der Kernstadt schaffen;
- Vernetzung von alten und neuen Siedlungsgebieten als Beitrag zur Diversifizierung suburbaner Lebensformen und Steigerung der Wohnattraktivität, Einbeziehung der Dorfkerns in die Bebauungspläne.

Attraktivität der Kernstädte erhöhen

Um den massiven Abwanderungsverlusten aus den Großstädten zu begegnen, erscheinen uns folgende Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität der Stadt als Wohnstandort geeignet:

- Erhaltung und Förderung der Vielfalt der städtischen Angebote und der damit gegebenen Wahlmöglichkeiten;
- Erhaltung und Förderung kleinteiliger Strukturen auf der Ebene der Viertel und der Blöcke, die Nachbarschaften hervorbringen und soziale Netzwerke begründen;
- Erhaltung existierender Wohnmilieus als Grundlage der Stabilisierung sozialer Netzwerke;
- Erhaltung und Stärkung spezifischer innerstädtischer Qualitäten urbanen Lebens (z.B. Nutzungsvielfalt durch kulturelle Angebote, ein breites Spektrum an Versorgungsmöglichkeiten, einladende öffentliche Räume);
- Erhalt und Ausbau von Möglichkeiten zur barrierefreien Distanzüberwindung (fußgängerfreundliche Wege, gut ausgebautes Radwegenetz);
- Forcierung der Sanierungsmaßnahmen durch Veränderung der Subventionspolitik hinsichtlich der Kanalisierung der Fördermittel in innerstädtische Sanierungsmaßnahmen
- Prüfung neuer Modelle genossenschaftlicher Sanierungsaktivitäten, um damit u.a. eine Eindämmung des Leerstandes von Wohnungen und der Zahl ruinöser Wohngebäude zu erreichen;
- Ausweisung von preiswerten Arealen für flächensparenden Eigenheimbau an infrastrukturell erschlossenen Standorten;
- Naturschutz berücksichtigende Umnutzung und Gestaltung von Brachflächen, u.a. zur Neuschaffung von Grünanlagen und dadurch Aufwertung des Wohnumfeldes;
- Verringerung von Umweltbelastungen mit Priorität auf Minderung des motorisierten Individualverkehrs im Wohnumfeld.

Stadt-Umland-Kooperation verbessern

Die Verflechtungen zwischen Stadt und Umland sind heute so eng, daß das Beharren auf eigenständiger Entwicklungsplanung für beide Seiten ineffizient ist. Andererseits zeigen bisherige Erfahrungen, daß eine Politik der Eingemeindung des Umlandes in die Großstädte grundsätzliche Probleme nicht lösen konnte und somit als Steuerungsinstrument nur bedingt geeignet ist. Die Betrachtungsebene der Zukunft muß die der Stadt-Umland-Region sein. Hierfür gibt es derzeit keine generellen Handlungsstrategien, sondern allenfalls modellhafte Beispiele. Ansätze zur Umsetzung solcher Stadt-Umland-Kooperation werden beispielhaft benannt:

- Schaffung von Regelungen zum finanziellen Ausgleich und Abbau ungleicher Belastungen, z.B. durch Bemessungsgrundlagen im Kommunalausgleich auf Basis der Bevölkerungszahl der Region;
- Neuregelung der Zuschüsse der Gebietskörperschaften für den Stadtverkehr in Hinsicht auf eine stabilisierte und ggf. verbesserte ÖPNV-Anbindung der Umlandgemeinden, Schaffung von Anreizsystemen zu dessen Nutzung (z.B. verkehrsmittelunabhängige Entfernungspauschale) und Abstimmung zur Verkehrserschließung von randstädtischen Umlandgemeinden;
- Erstellung regionaler Entwicklungskonzepte einschließlich ihrer Umsetzung und Sicherstellung der Nachbegleitung und Auswertung im Sinne einer Effizienzkontrolle als ständiger Prozeß der interkommunalen Kooperation;
- Erweiterung der Moderatorenfunktion neben der Erstellung von regionalen Entwicklungskonzepten auf andere Bereiche der Flächennutzungsplanung mit dem Ziel einer verbesserten Abstimmung der Akteure;
- Nutzung von Umwelt-Fördermitteln für die Entwicklung der Stadt-Umland-Region,
- Koordinierung der Bauleitplanung unter der Prämisse der Neu- und Umnutzung bereits ausgewiesener Bauflächen vor Neuausweisungen,
- Nutzung der Möglichkeit, einen Regionalen Flächennutzungsplan [RegFNP] zu erstellen (§9, Abs. 6 ROG), was gemäß § 204 Abs. 1 BauGB vor allem von solchen Gemeinden gefordert wird, deren „städtebauliche Entwicklung wesentlich durch gemeinsame Voraussetzungen und Bedürfnisse bestimmt wird“ oder bei denen „ein gemeinsamer Flächennutzungsplan einen gerechten Ausgleich der verschiedenen Belange ermöglicht“.

4. Forschungsbedarf

Aus den bisherigen Überlegungen und Diskussionen sind zu zahlreichen Fragestellungen noch keine schlüssigen Antworten vorhanden. Dies resultiert daraus, daß die Suburbanisierungsprozesse in den neuen Bundesländern hinsichtlich Ablauf, Dynamik und Ausmaß selbst ein Novum darstellen. Zudem erschwert das Fehlen einer ständigen wissenschaftlichen Begleitung der regionalen Entwicklungen die Suche nach angemessenen Lösungen und Antworten. Ein entsprechendes Monitoring sollte über die zeitweise Begutachtung einzelner Vorhaben hinausgehen. Die Komplexität der Stadt-Umland-Vernetzung in ihrer Entwicklung ist verstärkt zu verdeutlichen. Dazu sind ihre Charakteristik, die Erklärung ihrer ambivalenten räumlichen Wirkungen

und ihre Bewertung erforderlich, um zukünftige Entwicklungschancen und -hemmnisse von Stadt-Umland-Regionen erkennen zu können.

Der Forschungsbedarf konzentriert sich nach unserer Überzeugung auf zwei Schwerpunktbereiche:

- a) Die begleitende Beobachtung, das Monitoring, der sich vollziehenden Entwicklungen, einschließlich deren Bewertung. Dies heißt u.a.:
- Kontinuierliches Monitoring des Suburbanisierungsprozesses unter Nutzung der vorhandenen Datenbasis aus der laufenden Raumbewertung der Landesplanung und anderer statistischer Quellen;
 - periodische Auswertung der beobachteten Raumentwicklung in Berichtsform als Instrument spezifischer Regionalplanung;
 - Analyse der Veränderungstrends in der Flächennutzung im Stadtumland, u. a. Herausarbeitung der Profile der Freizeit- und Naherholungsangebote und -aktivitäten;
 - Ermittlung der Akteursperspektive zur Erkundung von Wohnpräferenzen, Aufzeigen von Chancen für neue Lebensweisen und neue Lebensstile im urbanen und im suburbanen Raum, um lokale Identität zu stärken.
- b) Ableitung von Leitbildern und Handlungsempfehlungen für die Stadt-Umland-Region, einschließlich dem Erproben von Modellvorhaben, d.h.:
- Entwicklung von Szenarien für interkommunale Zusammenarbeit, von der alle beteiligten Partner profitieren;
 - Konzepte für eine ökologisch orientierte Entwicklung von Klein- und Mittelstädten im suburbanen Raum;
 - Weiterentwicklung von Konzeptionen zur Lenkung des Suburbanisierungsprozesses in Stadt-Umland-Regionen als Alternative und Ergänzung zur kommunalen Planungshoheit;
 - Gestaltung der Fördermittelpolitik u.a. unter dem Aspekt regionaler Wohnungsbauförderung;
 - Untersuchungen zum Regelungsinstrument Bodenpreis bezogen auf rechtliche und wirtschaftliche Fragen, Steuerregularien nach Flächennutzung ausrichten;
 - Erarbeitung von Handlungsempfehlungen und Anreizen zur regionalen Stadt-Umland-Kooperation mit der Zielorientierung, die Attraktivität von Stadt und Umland zu erhöhen;
 - Entwicklung von kurz-, mittel- und langfristigen Kooperationsvorhaben im Rahmen eines Stadt-Umland-Verbandes mit konkreter Zeitplanung;
 - Entwicklung von Leitbildern der Kulturlandschaften für Stadt-Umland-Regionen.

Das vorliegende Positionspapier ist das Ergebnis eines Diskussionsprozesses, an dem Vertreter des UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, des Instituts für Länderkunde Leipzig, der Institute für Geographie an den Universitäten Halle und Leipzig, des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, der Fachhochschule Merseburg, der Thüringer Landesanstalt für Umwelt, der Bauhaus-Universität Weimar, des ehem. Interdisziplinären Instituts für Natur- und Umweltschutz der Universität Leipzig und der Usbeck-GmbH mitgewirkt haben.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Arbeitskreises:

S. Kabisch (federführend), P. Böhm, J. Breuste, P. Franz, K. Friedrich, O. Funck, G. Herfert, S. Heydenreich, P. Jakob, T. Keidel, U. Knabe, G. Knoth, I. Kollatzsch, I. Kuhpfahl, P. Moser, H. Niemann, R. Patz, J. Schulz, H. Usbeck, M. Wächter, D. Wagler, S. Wohlleber.

Ein wichtiges Ziel des vorliegenden Papiers ist es, mit den Adressaten in einen Diskussionsprozeß einzutreten. Meinungsäußerungen sind daher herzlich willkommen.

Am 4.11.1999 wird zum Thema ein Workshop im UFZ Leipzig-Halle stattfinden.

Publikationen (Auswahl)

- Breuste, Jürgen (1997): Der suburbane Raum als neue Kulturlandschaft. - In: Breuste, Jürgen (Hrsg.): 2. Leipziger Symposium Stadtökologie: "Ökologische Aspekte der Suburbanisierung" (= UFZ-Bericht 7/1997), S. 3 - 16
- Breuste, J., Kabisch, S. (1996): Stadtregion Leipzig - Konfliktfeld der Raumentwicklung. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 4/5, 221-231
- Franz, P., Richert, R., Weilepp, M. (1997): Suburbanisierung von Handel und Dienstleistungen in Ostdeutschland - Auswirkungen auf die Innenstädte und Maßnahmen der Gegensteuerung. Archiv für Kommunalwissenschaften, 36. Jg., 48-72
- Friedrich, K. (1998): Die Suburbanisierung in der Stadtregion Halle (Saale). Hallesches Jahrbuch Bd. 20, 107-115.
- Herfert, G., Dangschat, J. (1997): Wohnsuburbanisierung im Umland deutscher Oberzentren. In: Institut für Länderkunde (Hrsg.): Atlas Bundesrepublik Deutschland (Pilotband), 58-61, Leipzig. (Textband und CD-Version)
- Herfert, G. (1997): Struktur und regionale Differenziertheit der Wohnsuburbanisierung in Großstadtregionen der neuen Länder. In: BfLR (Hrsg.): Regionalbarometer neue Länder - Dritter zusammenfassender Bericht. Materialien zur Raumentwicklung, Heft 83, 17-29
- Kabisch, S., Linke, S., Funck, O. (1998): Revitalisierung von Tagebaurandgemeinden - Chancen und Hemmnisse aus Bewohnersicht. In: Dachverband Bergbaufolgelandschaften e. V. / Stiftung Bauhaus Dessau (Hrsg.): Jahrbuch BergbaufolgeLandschaften 1998.
- Schulz, J. (1997): Zu Suburbanisierungstendenzen im Umland von Erfurt, Weimar, Jena und Gera. In: Breuste, J. (Hrsg.) (1997): 2. Leipziger Symposium Stadtökologie „Ökologische Aspekte der Suburbanisierung“. UFZ-Bericht 7/1997.
- Usbeck, H., Niemann, H., Usbeck, B. (1998): Suburbanisierung in Thüringen. Studie im Auftrag des Thüringischen Ministeriums für Wirtschaft und Infrastruktur, Abteilung Raumordnung und Landesplanung.
- Usbeck, H., Neumann, H. (1995): Aspekte des wirtschaftlichen und räumlichen Strukturwandels in deutschen Großstadtregionen - Deindustrialisierung, Schrumpfung, Funktionsverlust? In: Verband deutscher Städtestatistiker, Jahresbericht 1995: 99-126.

Kontaktadresse:

UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH
Projektbereich Urbane Landschaften, Dr. Peter Moser
Permoserstr. 15
04318 Leipzig

Tel.: 0341/235-2369 / Fax: 0341/235-2534
e-mail: moser@pro.ufz.de

Universität Gesamthochschule Kassel
Fachbereich Stadtplanung und Landschaftsplanung

Europäische Sommerschule für Nachhaltige Regionalentwicklung

Die Europäische Sommerschule für Nachhaltige Regionalentwicklung ist eine Einrichtung des Fachbereichs Stadt- und Landschaftsplanung der Universität Gesamthochschule Kassel. Sie dient der Weiterbildung von PraktikerInnen aus dem Bereich Regionalentwicklung und richtet sich an Personen aus ganz Europa.

Die einwöchige Veranstaltung findet während der vorlesungsfreien Zeit vom 5.-11.9.1999 an der Außenstelle der Universität in Witzenhausen statt.

HINTERGRUND

Das Berufsfeld Regionalentwicklung und regionales Management erweiterte sich in den letzten Jahren ständig um neue Aufgaben und Anforderungen und um neue räumliche Handlungsebenen. Hieraus leitet sich eine Nachfrage nach Weiterbildung ab.

KONZEPT

Die Europäische Sommerschule für Nachhaltige Regionalentwicklung will PraktikerInnen, WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen zu einem aktiven und kreativen Lernprozeß zueinander führen. Aktuelle Informationen, neue Methoden, klärende Theorien und praktische Erfahrungen werden vernetzt, um zukunftsweisende Konzepte der Regionalentwicklung zu entwerfen.

ANGEBOT

Vormittags finden Seminare und Diskussionsveranstaltungen statt, an den Nachmittagen liegt der Schwerpunkt auf aktiven Arbeitsphasen. Das Programm der Sommerschule setzt sich zusammen aus vier Modulen mit jeweils unterschiedlichen Lernzielen:

Im Zentrum steht das **STUDIO**, in dem die TeilnehmerInnen in aktiven Arbeitsphasen und mit Hilfe fachlicher Betreuung angeregt werden, ihre Tätigkeit in der Praxis zu reflektieren und neue Methoden zu erproben.

In den **IMPULSEN** werden zu einem Rahmenthema Ergebnisse aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen vorgetragen und neue Denkansätze vermittelt.

Die **TRENDS** bringen aktuelle politische und rechtliche Perspektiven in der Regionalentwicklung ein, die vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Erfahrungen der TeilnehmerInnen diskutiert werden.

In den **ARBEITSTECHNIKEN** werden Schnittstellen zwischen Theorie und Praxis vorgestellt mit dem Schwerpunkt Methoden der Planung.

FÜR DIE SOMMERSCHULE 1999 IST GEPLANT:

Impulsreferate: Neue Landschaften
Trends: Wohin geht die europäische Regionalpolitik
Arbeitstechniken: Marketing und Pressearbeit
Studio: Chancen einer Flußlandschaft
Exkursion: Regionale EXPO-Projekte

5. bis 11. September 1999 **Anmeldung bis 30.5.1999**

Ort: Universität Gesamthochschule Witzenhausen
Kosten: Hotel (EZ, HP), Kurse, Materialien, Dokumentation
Teilnehmer: ca. 30 Personen
Sprache: deutsch - englisch

Team: Prof. Dr. Detlev Ipsen
Dipl. Ing. Patricia Ruffini
Dipl. Des. Traudel Katharina Donner

Kontakt: Universität Gesamthochschule Kassel
Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung
Europäische Sommerschule für Nachhaltige Regionalentwicklung
Mönchebergstraße 17
34109 Kassel

Fon +49 561 804 3505
Fax +49 561 804 2485
e-mail summersc@hrz.uni-kassel.de
<http://www.uni.kassel.de/~summersc/html>

III. Literaturhinweise

Arbeitspapiere des Fachgebietes Soziologische Grundlagen der Raumplanung der Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund

- SOZ 1997 - 1: Margit Rodemann:
Strategien grenzübergreifender Kooperation im deutsch-polnischen Grenzraum – Der Netzwerkansatz
- SOZ 1997 - 2: Uwe Schneider/Evelin Unger:
Die Dynamik in der stadtreionalen Peripherie in Ostdeutschland – das Beispiel der Wohnungsbauentwicklung der Stadtregion Leipzig
- SOZ 1997 - 3: Rainer Sprehe:
Das neue Dortmunder Westfalenstadion - Modernisierung und Privatisierung kommunaler Freizeitinfrastruktur
- SOZ 1998 - 1 Bettina Holthoff:
Bürgerinformation und Partizipation in der Bauleitplanung unter Nutzung des Internet
- SOZ 1998 - 2 Andreas Knappe:
Kommerzialiserte Lebensumwelten in einer Übergangsgesellschaft – Postmoderner Widerstand und Raumplanung in einer Gesellschaft des Übergangs
- SOZ 1998 - 3 Michael Stein:
Die Regionale – Ein neues Instrument kooperativer Regionalentwicklung in NRW?
- SOZ 1998 - 4 Mark Fleischhauer / Sandra Osowski / Robert Schlick:
Wohnraumversorgung in Palästina – Finanzierungskonzept für einkommensschwache Haushalte bis zum Jahr 2010
- SOZ 1998 - 5 Sandra Huning:
Schattenwirtschaft in Berlin – Das Beispiel polnischer Hausarbeiterinnen

Anschrift:
Universität Dortmund – Fakultät Raumplanung
Fachgebiet Soziologische Grundlagen der Raumplanung
August-Schmidt-Str. 10
44221 Dortmund
Telefon: 0231/755-2244
Telefax: 0231/755-2245
e-mail: soz@www.raumplanung.uni-dortmund.de

Neuerscheinung

Großstadt



Hartmut Häußermann (Hrsg.)
Großstadt
Soziologische Stichworte
1998. 335 Seiten.
Gebd.
ISBN 3-8100-2126-1

Dieses Buch gibt in 29 Stichwortartikeln einen Überblick über das theoretische und empirische Wissen der stadtsoziologischen Forschung zu den wichtigsten Themen der Stadtforschung – ein Handbuch zur Stadtentwicklung der Gegenwart.

Die soziologische Stadtforschung in Deutschland hat in den vergangenen Jahrzehnten umfangreiches theoretisches und empirisches Wissen angesammelt, über das in diesem Band ein Überblick gegeben wird. Über Gegenstände und Ergebnisse der Stadtsoziologie wird in Artikeln informiert, die jeweils ein Stichwort

als Überschrift haben, das in der Diskussion über die Entwicklung der großen Städte immer wieder eine wichtige Rolle spielt. So ist ein vielseitiges und informatives Handbuch entstanden, dessen einzelne Artikel von erfahrenen Stadtforschern verfaßt sind. Dieses Buch ist sowohl nützlich für wissenschaftlich Interessierte als auch für stadtpolitische Praktiker, die gerne wissen möchten, was die soziologische Stadtforschung zu einem bestimmten Problem zu sagen hat.

Die Stichworte (in alphabetischer Reihenfolge) und Autoren:

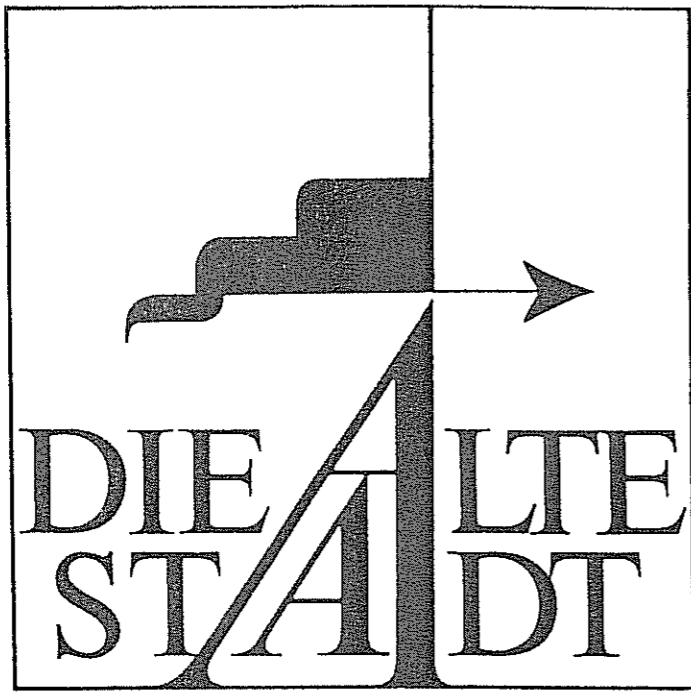
- Armut, Ausgrenzung, Unterklasse (Martin Kronauer)
Bevölkerungsalterung (Uwe Jens Walther)
Dichte (Erika Spiegel)
Frauen (Marianne Rodenstein)
Gentrification (Jürgen Friedrichs)
Gewalt, Kriminalität (Dieter Keim)
Globalisierung, Global City (Hartmut Häußermann, Frank Roost)
Großsiedlungen – Ost (Christine Hannemann)
Großsiedlungen – West (Johann Jessen)
Lebensformen, städtische und ländliche (Hans Bertram)
Leitbilder (Heidede Becker)
Lokale Demokratie (Hellmut Wollmann)
Macht (Harald Bodenschatz, Tilman Harlander)
Milieus (Ulfert Herlyn)
Mobilität (Thomas Krämer-Badoni, Klaus Kuhm)
Nachbarschaft (Bernd Hamm)

- Ökologie, Naturverhältnis (Detlev Ipsen)
Ökonomie (Dieter Läßle)
Segregation (Jens Dangschat)
Stadtentwicklung (Wendelin Strubelt)
Stadtentwicklungsplanung (Werner Heinz)
Stadterneuerung/Sanierung (Erhart Pfothenhauer)
Stadtkultur (Rolf Lindner)
Urbanität (Walter Siebel)
Wohnen (Peter Gleichmann)
Wohnungsnot, Obdachlosigkeit (Ingrid Breckner)
Wohnungsversorgung (Rudi Ulbrich)
Zeitstrukturen (Dietrich Henckel)
Zuwanderung, Migration (Michael Krummacher)

Der Herausgeber:
Dr. Hartmut Häußermann,
Professor am Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.

Leske + Budrich

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Alte Stadt – neu gebaut

HARALD BODENSCHATZ / HANS SCHULTHEISS, Die stille Revolution
(Editorial) 297

ABHANDLUNGEN

HARALD BODENSCHATZ, Alte Stadt – neu gebaut 299

FRANK ROOST, Walt Disneys »Celebration«. Die amerikanische Stadt der Zukunft
im Gewande der Vergangenheit 318

HARALD KEGLER, Mehr Sehnsucht nach der alten Stadt: New Urbanism in den USA ... 335

VOLKER M. WELTER, Die Stadt als Freilichtmuseum. Patrick Geddes in Edinburgh 347

WERNER SEWING, Zwischen Hochkultur und Populärkultur. Neotraditionalismus
in den USA und Großbritannien 359

DIE AUTOREN 372

Städtische Armut – Solidarische Stadt



Monika Alisch/
Jens S. Dangschat
**Armut und soziale
Integration**
Strategien sozialer
Stadtentwicklung und lokaler
Nachhaltigkeit
1998. 255 Seiten.
Kart.
3-8100-1974-7

Dieses Buch setzt sich einerseits kritisch mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen sozialen Wandels in Städten, insbesondere mit Untersuchungen der bundesdeutschen Armutforschung auseinander. Andererseits werden für einen sozialen Ausgleich Wege zu einer lokalen Politik aufgezeigt, die trotz des ambivalenten Eingebunden-Seins der Städte in wirtschaftliche Zusammenhänge die Solidarität gegenüber den an den Rand Gedrängten wieder verstärkt.

Städte integrieren nicht mehr – sie spalten, über den Arbeits- und den Wohnungsmarkt und die Segregation der Stadtquartiere. Das hat eine zunehmende Armuts- und Wohlstandsbevölkerung zur Folge. Das deutliche Anwachsen der Sozialhilfekosten wird oft als wesentliche Ursache für die kommunale Verschuldung angesehen, doch das Senken der Sozialhilfekosten wird häufig zum Kampf gegen die Armen. Wenn Städte einerseits Opfer eines zunehmend globaler organisierten Kapitalverwertungsinteresses sind, so sind sie jedoch auch Täter zunehmender sozialräumlicher Disparitäten, weil der Modernisierungsschub vor allem in Großstädten ausgelöst und verstärkt wird.

Der erste Schritt zu einer wieder solidarischeren Stadt bedeutet, die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und zunehmender Armut, gesellschaftlicher Desintegration und Entsolidarisierung wahrzunehmen und zu akzeptieren. Im zweiten Schritt müßten Begleit- und Kompensationsstrategien entwickelt werden. Hierbei kommt dem Wohnquartier in seinem Potential zur gesellschaftlichen Integration eine hohe Bedeutung zu; dieses gilt es zu entwickeln und zu stärken.

Aus dem Inhalt:

Vorwort: Die Herausforderung der Solidarischen Stadt

Armut als Thema der Wissenschaft

Armut als extreme Form sozialer Benachteiligung: Auf der Suche nach den „richtigen“ Indikatoren

Die Ursachen von Armut und ihrer räumlichen Konzentration

Armut: Ein (groß)städtisches Problem

Das unübersehbare Phänomen: Armut in der reichen Stadt Hamburg

Der Zwang zum Umsteuern

Neue Verwaltungs- und Planungskulturen

Neue Strategien in „klassischen“ Politikfeldern

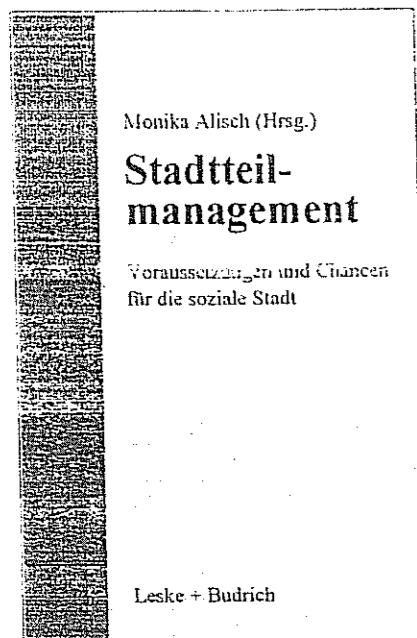
Von der Gebäudereparatur zum Stadtteilmanagement: Bausteine einer Politik sozialer Integration

Die Autorin und der Autor:

Dr. Monika Alisch, Dipl. Soziologin. Freie Sozialplanerin. Vorsitzende der GSS: Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Stadtforschung. Lehrbeauftragte an der Universität Hamburg.

Dr. Jens S. Dangschat, Professor für Allgemeine Soziologie sowie Stadt- und Regionalsoziologie, Technische Universität Wien, Institut für Stadt- und Regionalforschung.

Die soziale Stadt: Voraussetzungen und Chancen



Monika Alisch (Hrsg.)
Stadtteilmanagement
 Voraussetzungen und Chancen
 für die soziale Stadt
 1998. 292 Seiten
 Kart.
 3-8100-1973-9

Bewohnerbeteiligung, Kooperation, die Aktivierung des privaten Sektors haben als Begriffe der sozialen Stadtentwicklung Konjunktur. Allerdings werden politische Konzepte häufig auf einer mangelhaften Datenbasis und ohne integriertes Wissen halbherzig umgesetzt. Das Buch zeigt Auswege aus diesem stadtpolitischen Dilemma.

Wachsende Armut und ihre zunehmende räumliche Konzentration sind zu einem der Hauptprobleme der westlichen (Groß-)Städte geworden. Die Einflußmöglichkeiten auf lokaler Ebene scheinen be-

grenzt, aber die Handlungsspielräume sind keineswegs ausgeschöpft. Konzepte und Ideen, wie benachteiligte Stadtteile nachhaltig entwickelt werden können, gibt es durchaus. Sie greifen aber meist nur einzelne Aspekte heraus. Zu einer integrierten Sicht kommt es kaum. Es muß aber erreicht werden, daß neben der Beschreibung von Armut und ihrer Ursachen auch die Komplexität der Lösungsstrategien ihren Platz in der Diskussion erhält und das Wissen über Bewohnerbeteiligung, Gemeinwesenökonomie oder die Potentiale des „privaten Sektors“ in ein neues Instrument „Stadtteilmanagement“ einfließt.

Aus dem Inhalt:

Monika Alisch, Stadtteilmanagement – Zwischen politischer Strategie und Beruhigungsmittel

Lokalpolitische Ansätze für die Implementation eines Stadtteilmanagements

Werner Pomrehn, Wirtschaftspolitik zurückholen – Lokale und regionale Ökonomie zur Gewinnung sozialer Handlungsfähigkeit

Yolanda M. Koller-Tejeiro, Neue Aufgaben der Sozialplanung – Ein sozialpolitisches Instrument als Zauberinstrument oder zahnlöser Tiger?

Klaus-Peter Stender, Gesundheits- und sozialverträgliche Stadtpolitik – Vom Versuch, einen Anspruch politikfähig zu machen.

Berichterstattung als Basis einer integrierten sozialen Stadtentwicklung

Wolfgang Schütte, Sozialberichterstattung: Barrieren, Chancen, Risiken und Anforderungen

Waldemar Süß, Policy-Analyse „Armut und Gesundheit“: Berichterstattung und intersektorale Kooperation im Politik-Prozeß des Public Health Action Cycle

Bernd Leutner/Heidrun Pluquett, Eine Reformpolitik unter Erfolgsdruck: Strategisches Controlling

durch prozeßbegleitende Evaluation

Bewohnerbeteiligung: Ansprüche, Konzepte, Utopien

Wolfgang Hinte, Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren – Methoden und Strukturen für ein effektives Stadtteilmanagement

Heike Herrmann, Institutionalisierte Öffentlichkeit, Bewohnerbeteiligung oder Alibi? Die Funktion von initiierten Stadtteilforen

Britta Becher/Andrea Luksch, Frauen auf dem Dulsberg: Formen der Partizipation zur Umsetzung frauenspezifischer Anforderungen

Gegensätze überwinden: Zur ökonomischen Dimension sozialer Stadtentwicklung

Axel Vogt, Partnerschaftliche Stadtteilentwicklung – Die Beteiligung des privaten Sektors bei der Erneuerung benachteiligter Stadtteile in Manchester

Malte C. Krugman, Verantwortungsbewußtsein entwickeln – Das Beispiel Social Investment

Mark Nerlich/Volker Kirchberg, Social-Sponsoring und Social-Investment – Unternehmerische Förderung für soziale Projekte im Quartier

Claudia Schwarz/Brigitte Voß, Gemeinwesenökonomie – Fortbildung in einem neuen Berufsfeld

Die Herausgeberin:

Dr. Monika Alisch, Dipl. Soziologin. Freie Sozialplanerin. Vorsitzende der GSS: Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Stadtforschung. Lehrbeauftragte an der Universität Hamburg.

Leske + Budrich

Soziologischer Klassiker



Hans-Paul Bahrtd

Die moderne Großstadt

Soziologische Überlegungen zum Städtebau

Herausgegeben von Ulfert Herlyn

Leske + Budrich

Hans Paul Bahrtd
 Die moderne Großstadt
 Soziologische Überlegungen
 zum Städtebau
 Herausgegeben von
 Ulfert Herlyn
 1998. 243 Seiten.
 Kart.
 ISBN 3-8100-2131-8

In diesem Anfang der 60er Jahre zuerst erschienenen Buch wird eine soziologische Theorie der Stadt entwickelt, die die gegenwärtige Renaissance der Diskussion um eine neue Urbanität und Öffentlichkeit bereichert.

Das Buch ist ein Klassiker der deutschen Stadtsoziologie nach dem 2. Weltkrieg. Aus der Kritik an der konservativen Großstadtkritik entwickelt H. P. Bahrtd in Anlehnung an Max Webers Definition der Stadt die Grundzüge seiner Theorie über die Polarisierung von Öffentlichkeit

und Privatheit als Grundlage für einen soziologischen Begriff von Stadt in der bürgerlichen Gesellschaft. Darauf aufbauend entwickelt er eine Kritik der industriellen Großstadt der 60er Jahre bis hin zu Vorstellungen über eine Urbanisierung der Großstadt. Seine geistreichen theoretischen Ausführungen haben nicht nur die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit städtisch geprägtem Leben wesentlich beeinflusst, sondern haben auch großen Einfluß auf den Städtebau und die Städteplaner in den letzten Jahrzehnten gehabt. Der Herausgeber ordnet in seiner Einführung das Buch in die neuere Diskussion um Urbanität ein und gibt einen Überblick über die deutsche stadtsoziologische Literatur der letzten 50 Jahre.

Aus dem Inhalt:

Zur Neuauflage des Buches „Die moderne Großstadt“ (Ulfert Herlyn)

Einleitung 1969

Einleitung 1961

Kritik der Großstadtkritik
 Im Nebel der Vorurteile – Irrtümer der Biologen – Reduktion der Familie – Funktionsverlust der Familie – Desintegration

Öffentlichkeit und Privatheit als Grundformen städtischer Vergesellschaftung
 Der Markt – Begriff der Öffentlichkeit – Begriff der Privatheit, Wechselbeziehungen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit – Öffentlichkeit und Privatheit als Grundprinzipien städtischer Sozialisierung

Die moderne industrielle Großstadt
 Der Stadtbewohner als Arbeitnehmer – Die Krise der kommunalen Öffentlichkeit – Großbetriebe und Bürokratien – Die Dynamisierung der Stadt

Die Urbanisierung der Großstadt
 Entstädterung oder Urbanisierung – Von der Theorie zur Praxis – Mut zur Utopie

Literaturhinweise

Anmerkungen

Quellenverzeichnis

Stadtsoziologische Literatur der letzten 50 Jahre (Ulfert Herlyn)

Zur Person Hans Paul Bahrtd (Ulfert Herlyn)

Leske + Budrich

Der Autor:

Dr. Hans Paul Bahrtd († 1994). Professor und Direktor des Soziologischen Seminars der Universität Göttingen bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1983.

Der Herausgeber:

Dr. Ulfert Herlyn, Professor für Soziologie am Institut für Freiraumentwicklung und Planungsbezogene Soziologie der Universität Hannover.



"There aren't any such books written as yet, in ten years there might be"
(Saskia Sassen)

Possible Urban Worlds Urban Strategies at the End of the 20th Century

INURA (ed.)

In this book, some of today's most inspiring urban action groups and leading urban scientists present a unique compilation of practical experiences and theoretical analyses of the most pressing urban issues. This reader explores some of the possible urban worlds at the end of the 20th century in order to discern possible common strategies among communities in different cities. Oscillating between concrete urban experiences and theoretical considerations, it assembles contributions by distinguished, well-known academics and some of today's most innovative urban-movement groups and projects. We are convinced that these experiences - in addition to their local and historical relevance - open pathways towards a solidary, democratic and sustainable urban life. The contributions are presented in large format and are illustrated with numerous pictures. Thus the book appeals not only to academics and activists, but to anyone interested in urban development at the end of the 20th century.

Global restructuring confronts cities of today with innumerable challenges. At the same time, people in all sorts of places are probing new concepts of local action, implementing urban projects and developing new ideas for a

sustainable and just urban development. Activism occurs in areas as diverse as urban ecology, social exclusion, local economics and community development, public space, urban culture and participatory planning. All of these activities explore "possible urban worlds" and open horizons for the renewal of the most important urban qualities: the creation of places which offer the possibility of mutual encounters and where the most diverse experiences and social projects can flourish.

The book is the result of the 7th INURA conference "Possible Urban Worlds" held in Zürich in June 1997. It continues a debate about new concepts of local action and new ideas for a solidary, democratic and sustainable city, which has been going on for years among people of diverse social and professional backgrounds who have come together in the International Network for Urban Research and Action (INURA). This network has developed a deep mutual understanding among its members, always attempting to link theoretical and practical knowledge in a common act of learning.



1. INURA - THEORY AND ACTION
The International Network for Urban Research and Action (INURA)
Message to INURA
Bob Colenutt
Research and Action: The INURA Agenda
Roger Keil
On the Waves of Urban Development?
Arie van Wijngaarden
The University and the City
Giancarlo Paba, Raffaele Paloscia
INURA Zurich - Urban Public Space in a Small Global City
Andreas Hofer
2. LOCAL ECONOMY, SOLIDARITY AND ENVIRONMENTAL JUSTICE
 - 2.1. Local Economy, Solidarity and Environmental Justice
Andreas Schneider
 - 2.2. Globalization and the Body
David Harvey
 - 2.3. Exodus - Movement of IAH People
Exodus Collective
 - 2.4. Making a Difference - Making Green Work
Roger Keil
 - 2.5. KraftWerk 1: An Approach to a Civilisation Beyond Work p.m.
3. BUILDING LOCAL PLACES IN A GLOBAL WORLD
 - 3.1. Building Local Places in a Global World
Philipp Klaus
 - 3.2. The Changing Scope of Action in Urban Politics: New Opportunities for Local Initiatives and Movements
Margit Mayer
 - 3.3. Gilde van Werkgebouwen, Amsterdam: The Turning Tide
Peti Buchel, Carolien Feldbrugge, Bert Hogervorst, Annie Wright.
 - 3.4. Islands in a Coded Urban Space - Wagenburgen in Berlin
Renate Berg
 - 3.5. Cities of the World Economy Need Places Like Zentralstrasse 150
Philipp Klaus
 - 3.6. Women Plan Toronto: Grassroots Participation in Re-Shaping the City
Barbara Loevinger Rahder
 - 3.7. Hammersmith Community Trust: Developing Local Strategies in Multi-Ethnic Britain
Louanne Tranchell
4. RECLAIMING HISTORY FOR URBAN ACTION
 - 4.1. Reclaiming History for Urban Action
Andreas Hofer
 - 4.2. Territorial Heritage: A Genetic Code for Sustainable Development
Alberto Magnaghi
 - 4.3. The "Pure Genius" Land Occupation: Reimagining the Inhuman City
Dave Featherstone
 - 4.4. Participated Projects on the Outskirts of Florence
Anna Lisa Pecoriello, Iacopo Zetti
 - 4.5. The Small Historic Town as a Planning Model for Today
Giancarlo Paba
 - 4.6. The Town Plan of Villasanta: A Case of Community Planning
Monica Vercesi (Ecopolis)
5. THE POLITICS OF URBANISATION
 - 5.1. The Politics of Urbanisation
Christian Schmid
 - 5.2. Globalisation, Urban Development, and Policies for the Urban Poor
Bernd Hamm
 - 5.3. The La Habana/Ecopolis Project:
Urban Regeneration and Community Development
Raffaele Paloscia
- 5.4. The Development of Housing Policy in Mexico in Recent Decades
Beatriz García Peralta, Victor Imas Ruiz, Sara García Jiménez
- 5.5. Urban Politics in the 1990s: Notes on Toronto
Stefan Kipfer
- 5.6. The Monkey's Tail: The Amsterdam Digital City Three and a Half Years Later
Geert Lovink, Patrice Riemens
6. THE CITY AS A CONTESTED TERRAIN
 - 6.1. The City as a Contested Terrain
Christian Schmid
 - 6.2. The City: Strategic Site/New Frontier
Saskia Sassen
 - 6.3. Is There Still Room for Public Space? Globalizing Cities and the Privatization of the Public Realm
Ute Angelika Lehrer
 - 6.4. InnerCity!Action! Crowd Control, Interdictory Space and the Fight for Socio-Spatial Justice
Britta Grell, Jens Sambale, Dominik Veith
 - 6.5. The Dialectics of Urbanisation in Zurich: Global City Formation and Urban Social Movements
Christian Schmid
 - 6.6. A Star is Born - Rote Fabrik Cultural Centre
Richard Wolff
 - 6.7. Urban Movements in Italy: The Struggle for Sociality and Communication
Marvi Maggio
 - 6.8. Liberated Spaces: Possibilities for Liberating Everyday Life
Alessandra Romano
 - 6.9. Welcome to Medellin - The Capital of the 21st Century
Angela Stienen
7. HORIZONS OF POSSIBLE URBAN WORLDS
Panel Discussion
Biographies of Authors and Editors

ORDER FORM

Please order through your bookseller or return this directly to:

Birkhäuser Verlag, P.O. Box 133
CH-4010 Basel / Switzerland
Fax: +41/61/205 07 92
e-mail: orders@birkhauser.ch
http://www.birkhauser.ch

For orders in N&S America,
UK and Ireland:
Princeton Architectural Press
37 East 7th Street - New York, NY
10003
fax: (212) 995-9454
e-mail: sales@papress.com

Please send me:

___ copy(ies) INURA (ed.)
Possible Urban Worlds

ISBN 3-7643-5986-2

Please inform me regularly about your publications in this field.

Name: _____

Institution: _____

Address: _____

Date, Signature: _____

A check is enclosed (make payable to Birkhäuser)

Please charge my credit card: American Express Mastercard Eurocard Visa

Card number: _____

Expiry date: _____

Signature: _____

Prices are subject to change without notice

Albrecht Göschel
Volker Kirchberg (Hrsg.)

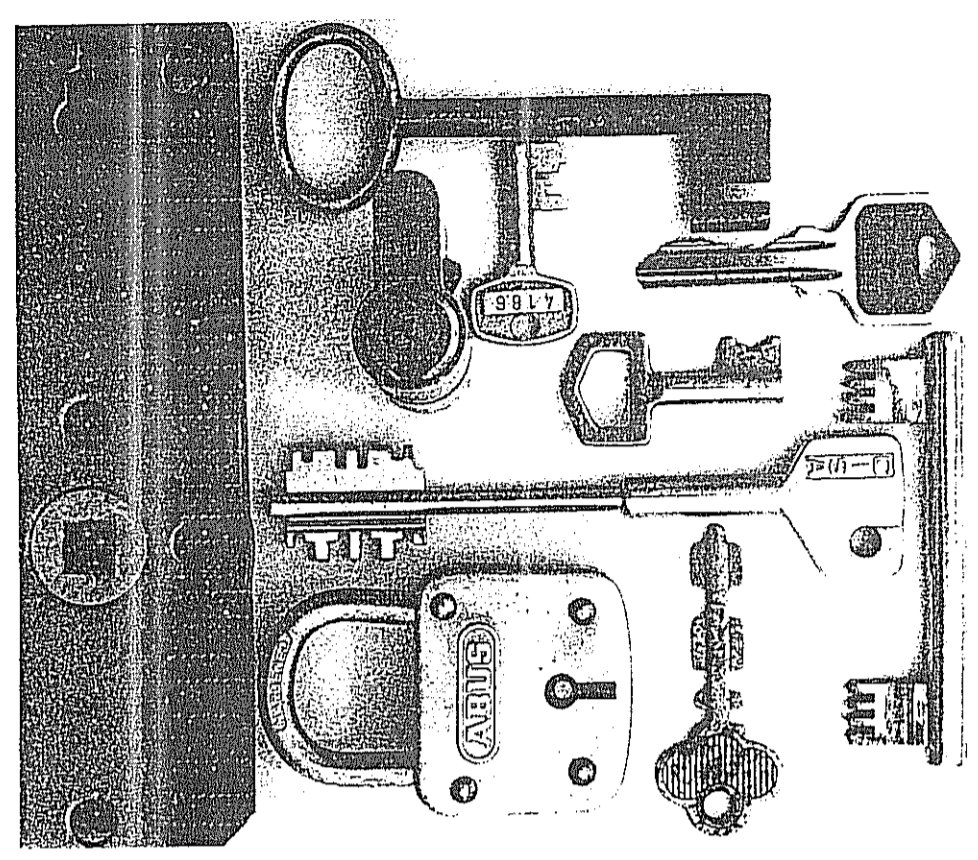
Kultur in der Stadt
Stadtsoziologische Analysen
zur Kultur

Leske + Budrich, Opladen 1998

Inhaltsverzeichnis

	<i>Albrecht Göschel, Volker Kirchberg</i>
<i>Detlef Ipsen</i> Ökologie als Stadtkultur	189
<i>Elisabeth Heidenreich</i> Urbane Kultur. Plädoyer für eine kulturwissenschaftliche Perspektive auf die Stadt	215
<i>Albrecht Göschel</i> Kultur in der Stadt – Kulturpolitik in der Stadt	229
Die Autoren	255
<i>Albrecht Göschel und Volker Kirchberg</i> Einleitung: Kultur der Stadt – Kultur in der Stadt	7
<i>Pierre Bourdieu</i> Ortseffekte	17
<i>Sharon Zukin</i> Städte und die Ökonomie der Symbole	27
<i>Volker Kirchberg</i> Stadtkultur in der Urban Political Economy.....	41
<i>Christine Hannemann und Werner Sewing</i> Gebaute Stadtkultur: Architektur als Identitätskonstrukt	55
<i>Volker Kirchberg</i> Kulturerlebnis Stadt. Money, Art and Public Places	81
<i>Uwe Rada</i> Die Urbanisierung der Angst. Von einer kulturellen zur sozialen und räumlichen Technik der Verdrängung	101
<i>Harvey Molotch</i> Kunst als das Herzstück einer regionalen Ökonomie	121
<i>Jürgen Friedrichs</i> Soziale Netzwerke und die Kreativität einer Stadt	145
<i>Johannes Boettner</i> Die Stadt im Mehr-Arenen-Streß. Weimar auf dem Weg zur Kulturstadt Europas	165

Hans Joachim Kujath
(Hg.)
**Strategien
der regionalen Stabilisierung**
Wirtschaftliche und politische Antworten auf die
Internationalisierung des Raumes



IRS Institut für
Regionale Entwicklung
und Strukturplanung

edition
sigma

Inhalt

Vorwort 7

Zur Einführung

Hans Joachim Kujath
Regionen im globalen Kontext 13

Regionale Ökonomien - Organisation und Perspektiven

Dieter Rehfeld
Unternehmensstrategien zwischen Regionalisierung und Globalisierung 41

Dieter Läßle
Globalisierung - Regionalisierung: Widerspruch oder Komplementarität 61

Hans Joachim Kujath
Zwischen Marginalisierung und Aufstieg.
Regionen unter dem Einfluß technologischen Wandels und
industrieller Restrukturierung 83

Georg Dybe
Zwischen Welt- und Wochenmarkt.
Perspektiven peripherer Großstadtregionen 109

Michael Arndt
Raum ohne Geld.
Räumliche Auswirkungen der Konzentrations- und
Deregulierungsprozesse des Kreditmarktes 133

Heike Flämig, Markus Hesse
Räumliche Arbeitsteilung und Gütertransport.
Der Verkehr im Spiegel von globalen und regionalen Tendenzen 159

"regional governance" - Formen und Strategien

James Scott
Der Wettbewerb als Ordnungsprinzip.
Erfahrungen mit strategischer Strukturpolitik in den USA,
Schlußfolgerungen für Westeuropa 189

Helmut Voelzkow
"Inszenierter Korporatismus".
Neue Formen strukturpolitischer Steuerung auf regionaler Ebene 215

Dietrich Fürst
Regionalmanagement als neues Instrument
regionalisierter Strukturpolitik 233

Nicole Hoffmann, Henning Nuissl
Zwischen Halbgott und Handlanger.
Zum Akteursverständnis in Konzepten der eigenständigen
Regionalentwicklung 251

Karl-Dieter Keim
Nicht-Kooperation oder Zukunftsgestaltung durch
neue Formen regionalen (Ver)Handelns 291

Die Autoren 305

ZOLTÁN CSÉFALVAY

AUFHOLEN DURCH REGIONALE DIFFERENZIERUNG?

VON DER PLAN-ZUR
MARKTWIRTSCHAFT -
OSTDEUTSCHLAND UND UNGARN
IM VERGLEICH

MIT 9 ABBILDUNGEN, 15 TABELLEN
UND 21 KARTEN



FRANZ STEINER VERLAG STUTTGART
1997

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

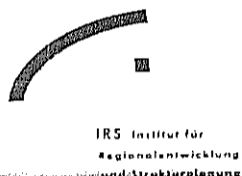
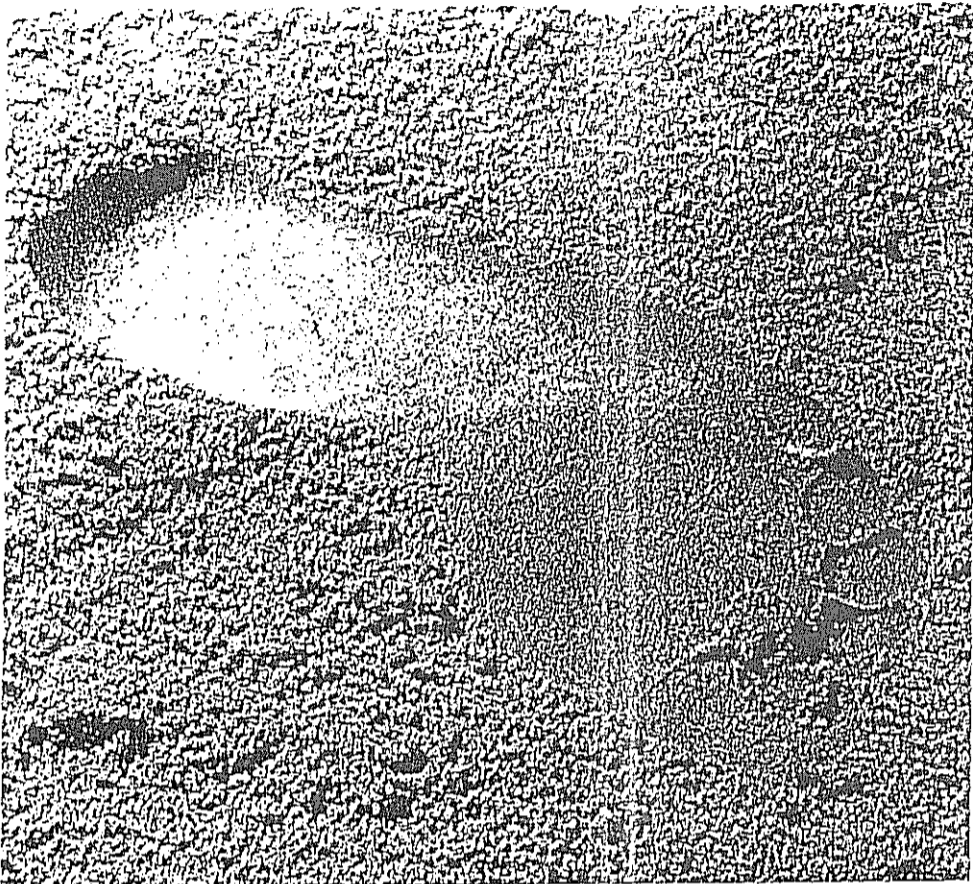
1. Der Transformationsprozeß vom Plan zum Markt.....	1
1.1. Zur Definition des Begriffes Transformation vom Plan zum Markt.....	2
1.2. Die stillschweigende Dominanz der neoklassischen Betrachtungsweise.....	22
1.3. Dominanz der Metaphern.....	30
1.4. Analytische Standpunkte der Studie.....	45
2. Grundzüge der regionalen Umstrukturierung in Ostmitteleuropa.....	51
2.1. Regionale Konsequenzen des ökonomischen Systemwandels nach der Wende.....	52
2.2. Regionale Folgen der ökonomischen Aufholprozesse nach der Wende in Ostmitteleuropa.....	68
2.3. Regionale Konsequenzen der Anpassung der Länder Ostmitteleuropas an die Transition in den entwickelten Industrieländern.....	82
2.4. Thesen zur regionalen Umstrukturierung in den Ländern Ostmitteleuropas.....	104
3. Makroanalytische Strukturmuster des Wandels auf dem Arbeitsmarkt.....	109
3.1. Rückgang der Erwerbstätigkeit.....	110
3.2. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit.....	116
3.3. Zweiter Arbeitsmarkt.....	120
3.4. Sektorale Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt.....	125
3.5. Grundzüge der makroanalytischen Muster des Wandels auf dem Arbeitsmarkt.....	135
4. Regionalmuster des Strukturwandels auf dem Arbeitsmarkt.....	141
4.1. Regionalstruktur des Rückgangs in der Erwerbstätigkeit.....	142
4.2. Regionalstruktur der Arbeitslosigkeit.....	145
4.3. Regionalstruktur des sektoralen Wandels der Ökonomie und des Arbeitsmarktes.....	158
4.4. Zusammenfassende Darstellung der regionalen Konsequenzen des Strukturwandels auf dem Arbeitsmarkt.....	165

5. Die historische Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Regionalstruktur in Ostmitteleuropa.....	167
5.1. Die Entwicklung der Regionalstruktur in den vorsozialistischen Epochen.....	169
5.2. Dualismus in der Ökonomie und auf dem Arbeitsmarkt in der Zeit des Sozialismus.....	174
5.3. Regionalmuster des Dualismus in der Ökonomie und auf dem Arbeitsmarkt während des Sozialismus.....	185
5.4. Die Auflösung der dualen Strukturen der Ökonomie aus der Zeit des Sozialismus nach der Wende.....	198
5.5. Das regionale Muster der Auflösung der dualen Strukturen der Ökonomie nach der Wende.....	205
5.6. Zusammenfassende Darstellung der historischen Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Regionalstruktur.....	209
6. Modelle zur historischen Entwicklung der Regionalstruktur und des Arbeitsmarktes in den Ländern Ostmitteleuropas.....	213
Statistische Quellen.....	221
Literatur.....	222

Hans Joachim Kujath
 Timothy Moss
 Thomas Weith (Hg.)

Räumliche Umweltvorsorge

Wege zu einer Ökologisierung der Stadt- und
 Regionalentwicklung



Hans Joachim Kujath, Timothy Moss, Thomas Weith (Hg.)

Räumliche Umweltvorsorge

Wege zu einer Ökologisierung der Stadt- und
 Regionalentwicklung

Hrsg. v. Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)

Berlin: edition sigma 1998

272 Seiten, Kt. ISBN 3-89404-451-9

Der Raumplanung fällt beim präventiven Umweltschutz eine Schlüsselfunktion zu. Dennoch wird in Forschung und Praxis oft bemängelt, daß das Potential der Raumplanung zur Ökologisierung der Stadt- und Regionalentwicklung im Rahmen ihrer Steuerungs- und Abwägungsfunktion kaum erkannt, geschweige denn ausgeschöpft wird. Dieser Band greift Kernpunkte bei der Ökologisierung der Raumplanung in der Absicht auf, Hemmnisse herauszuarbeiten und Lösungsansätze aufzuzeigen. Die zwölf Beiträge widmen sich schwerpunktmäßig der Verknüpfung zwischen Umwelt-, Raum- und Sektoralplanung; der Entwicklung von umweltpolitischen Bewertungsmaßstäben; der Integration des Stoff- und Energiemanagements in die Raumplanung und der Umnutzung von Flächen und Infrastrukturen. Durch eine Fülle von Anregungen aus Wissenschaft und Praxis werden Schritte zu einem regionalen Ressourcenmanagement deutlich, das Stadt- und Regionalplanern hilft, eine frühzeitige und sektorübergreifende Umweltvorsorge zu betreiben.

- 146 -

Aus dem Inhalt

Vorwort

Lothar Finke: Integration landschaftsökologischer Ziele in die Regionalplanung und Stadtentwicklung

Thomas Bunge: Auswirkungen des Bau- und Raumordnungsgesetzes 1998 auf ein raumbezogenes Umweltmanagement

Thomas Horlitz: Umweltentwicklung durch Regionalplanung

Jürgen Niebuhr-Ette: Verknüpfungen zwischen Raumplanung, Umweltplanung und Sektoralplanung – das Beispiel Kommunalverband Großraum Hannover

Peter Knauer (†): Umweltqualitätsziele im Spannungsfeld zwischen überregionalen Erfordernissen und kommunaler Planungsautonomie

Ulf Surburg: Methodiken der Operationalisierung von Umweltqualitätszielen im Verwaltungsvollzug

Christian Aegerter: Umweltqualitätsziele im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft – Das Beispiel Flächennutzungsplan Leipzig

Hans Joachim Kujath: Internationale Arbeitsteilung und regionales Ressourcenmanagement

Stefan Bringezu: Ausgangssituation, Ziele und Planungselemente für ein integriertes Ressourcenmanagement

Thomas Weith, Svend Zimmermann: Umweltvorsorge im Flächen-nutzungsmanagement – Brachflächen als Potential einer umweltorientierten Stadt- und Regionalentwicklung

Timothy Moss: Neue Managementstrategien in der Ver- und Entsorgung europäischer Stadtregionen – Perspektiven für den Umweltschutz im Zuge der Kommerzialisierung und Neuregulierung

Helga Kanning: Räumliche und ökologische Aspekte der technischen Infrastrukturplanung – zukünftige Aufgaben der Regionalplanung und die Bedeutung des Öko-Audits

Ebenfalls bei edition sigma – eine Auswahl:

Ulf Matthiesen (Hg.): *Die Räume der Milieus.* Neue Tendenzen in der sozial- und raumwissenschaftlichen Milieuforschung, in der Stadt- und Raumplanung Hrsg. vom Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) 1998 371 S. ISBN 3-89404-452-7

Werner Rietdorf (Hg.): *Weiter wohnen in der Platte.* Probleme der Weiterentwicklung großer Neubauwohngebiete in den neuen Ländern Hrsg. vom Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) 1997 256 S. ISBN 3-89404-440-3

Karl-Dieter Keim (Hg.): *Aufbruch der Städte.* Räumliche Ordnung und kommunale Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern Hrsg. vom Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) 1995 270 S. ISBN 3-89404-397-0

Klaus Mensing, Andreas Thaler (Hg.): *Stadt, Umland, Region.* Entwicklungsdynamik und Handlungsstrategien: Hamburg, Bremen, Hannover 1997 157 S. ISBN 3-89404-438-1

☞ -----

Bestellung

Ich bestelle aus dem edition sigma-Programm

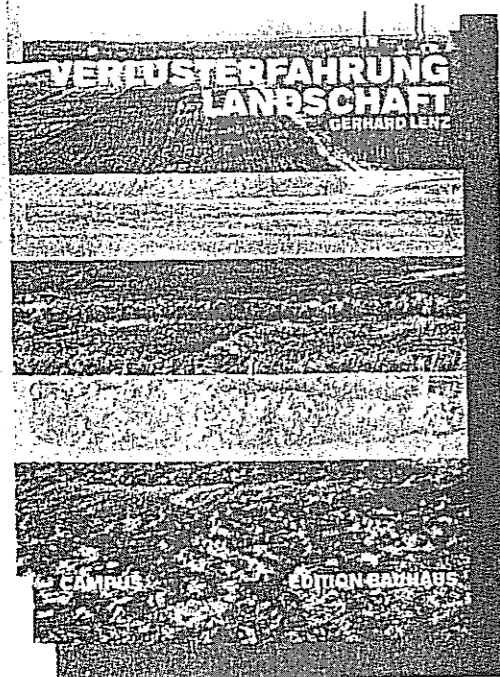
Anzahl	Kurztitel, ISBN	Ladenpreis DM

Ich erbitte – unverbindlich und kostenlos – weitere Informationen über das sigma-Programm.

Name, Anschrift:
Datum, Unterschrift:

edition sigma Karl-Marx-Str. 17 D-12043 Berlin Tel. 030/623 23 63
 Fax 030/6239393 E-Mail: Verlag@edition-sigma.de Web: http://www.edition-sigma.de

- 147 -



Gerhard Lenz

Verlusterfahrung Landschaft

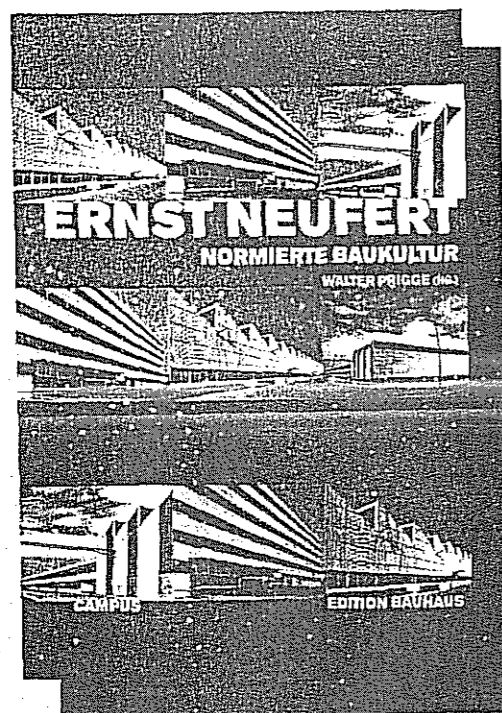
Über die Herstellung von Raum und Umwelt seit Mitte

des letzten Jahrhunderts

Edition Bauhaus, Bd. 4

März 1999. Ca. 240 S., kt., 17 x 24 cm

ISBN 3-593-36255-4



Walter Prigge (Hg.)

Ernst Neufert

Normierte Baukultur im 20. Jahrhundert

Edition Bauhaus, Bd. 5

März 1999. Ca. 380 S., kt., 17 x 24 cm

ISBN 3-593-36256-2

Edition Bauhaus

Die Reihe Edition Bauhaus wird herausgegeben von der Stiftung Bauhaus Dessau

Landschaft ist ein Spiegel individueller wie kollektiver kultureller Leistungen. Ihre Wahrnehmung ist gebrochen durch subjektive Sehnsüchte, aber auch durch die Bilder, die jede Gesellschaft von sich selber entwirft. »Unser Gegenüber« Landschaft existiert nur im Kopf als zeitlose Konstante oder als überzeitliches Idyll; seine Realität aber ist die einer historischen Momentaufnahme. Die Kontinuität aller Landschaften heißt Wandel – ein Prozeß, den wir seit der Industrialisierung gemeinhin als Verlust wahrnehmen.

Dieses illustrierte Lesebuch analysiert die historische Genese und die kulturellen Deutungsmuster unseres *alter ego* Landschaft am Beispiel des mitteldeutschen Industriegebietes. Es offenbart Landschaft als Prozeß absichtsvoller wie absichtsloser räumlicher Inszenierungen, in denen vergangene und zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten menschlicher Umweltaneignung aufgehoben sind.

Autor: Gerhard Lenz ist Kulturhistoriker und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Bauhaus Dessau.

Ernst Neufert ist der einflußreichste deutsche Architekt des 20. Jahrhunderts – doch keine der üblichen Architekturgeschichten nimmt von ihm Kenntnis. Sein Maßsystem aus den 30er Jahren prägte die deutsche Baunormung. Die in 13 Sprachen übersetzte *Bautechnik* liegt in jedem Architekturbüro zur Überprüfung von Maßberei bereit, und mit seinen Planungen beeinflußte er die Industriearchitektur der Nachkriegszeit. Wie kein anderer verkörpert Neufert Mitarbeiter von Walter Gropius am Bauhaus und später Hochschul lehrer in Weimar und Darmstadt – die normierte Baukultur der Bauhaustradition, die auch heute noch den architektonischen Alltags bestimmt.

Dieses erste Buch über den ebenso prekären wie bedeutenden Architekten erscheint zur großen Neufert-Ausstellung im Bauhaus Dessau

Mit Beiträgen u.a. von Werner Durth, Thilo Hilpert, Gerd Kihl, Bernd Meurer, Winfried Nerdinger, Wolfgang Voigt, Reinhart Wustlich.

Herausgeber: Walter Prigge ist Leiter der Akademie der Stiftung Bauhaus Dessau.

Peter Neitzke, Carl Steckeweh und Reinhart Wustlich (Hrsg.)
CENTRUM. Jahrbuch Architektur und Stadt 1998 - 1999
1998. 228 S. mit zahlr., überw. vierfarbigen Abb. Kart.
ISBN 3-528-08807-9

KULTURELLES LEITMEDIUM ARCHITEKTUR? Beiträge von Christian Kühn, Peter Neitzke und Reinhart Wustlich. Aktuelle Projekte von Kiessler + Partner, Peter Kulka, Scheuring + Partner, Thomas van den Valentyn und Gernot Schulz

ARBEIT, ARCHITEKTUR, STADT (I) Städte der Moderne: Strukturbrüche und Lösungsversuche am Beispiel der finnischen Hafenstadt Turku, der norditalienischen Metropolen Mailand und Turin sowie der spanischen Hafenstadt Bilbao. Konversion historischer Industriebauten: Projekte von Becker Gewers Kühn Kühn und OHM. Rückblick auf die Synthetik des retrospektiven Leitbilds der "Europäischen Stadt" Berlin am Beispiel des "Planwerks Innenstadt". Beiträge von Ado Franchini, Karl Ganser, Claus Käßlinger, Ritva Nummiora, Sabine Schneider, Werner Sewing und Reinhart Wustlich

ARBEIT, ARCHITEKTUR, STADT (II) Die Stadt, die Georg Simmel als eine Art Pulverfaß beschrieben hat, die soziale Explosionen nur durch die Einhaltung strenger Distanzierungsregeln verhinderte und die Integration unterschiedlichster sozialer, ökonomischer, kultureller und ethnischer Differenzen nur durch Separation sicherte, die Stadt dieses Typus ist in Gefahr – und damit das Konzept einer Urbanität als Vielfalt in der Einheit. Die "Integrationsmaschine Stadt" scheint am Ende des Jahrhunderts zu versagen: "Sieht man sich die Studien über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft und der Arbeitsmärkte an, zeichnet sich das Bild einer ökonomisch stark fragmentierten, durch vielfältige Ausgrenzungen gekennzeichneten Stadtgesellschaft ab, die sich zunehmend in einen Teil Gutverdienender auf sicheren Arbeitsplätzen und einen anderen – wachsenden – Teil mit wechselhaften, unsicheren und schlechtbezahlten Arbeitsmöglichkeiten ausdifferenziert." (Hartmut Häußermann): Arbeitslose, Arme, Wohnungslose und Migranten prägen das zunehmend belastete soziale Klima in vielen großen Städten. Texte von Elisabeth Blum, Hans Magnus Enzensberger, André Gorz, Peter Neitzke, Werner Sewing, Walter Siebel und Markus Wehner

ZITADELLE VS. GHETTO (USA) Wem nützt der neue Urbanismus? Neil Smith über "Zero Tolerance", die "Giuliani-Zeit" und den Revanchismus der Neunziger, Michael Schmitt über T. Corraughesan Boyles Roman *América*

EXIT CHINATOWN Im Gespräch: der Düsseldorfer Architekt Christoph Ingenhoven, nach dessen Entwurf zur Zeit ein Hochhaus in der Stadt entsteht, die man als "größte Baustelle in der Geschichte der Menschheit" bezeichnet: Shanghai. Dazu Ausschnitte aus Rem Koolhaas' Text *The City of Exacerbated Difference*

BAUTEN von Assmann, Salomon und Scheidt; Augustin und Frank; Bothe Richter Teherani; Fink + Jocher; Heers Salmhofer Vollmer / Lange, Ullrich + Partner; Hegger Hegger Schleiff; Ingenhoven Overdiek Kahlen + Partner; Knerer + Lang; Lange, Ullrich + Partner; Daniel Libeskind; LOG ID Dieter Schempp; Walter von Lom & Partner; Petzinka, Pink + Partner; Sauerbruch Hutton; Schneider + Schumacher; Otto Steidle + Partner; Helmut Schulitz + Partner; Ulf Zimmermann

ÜBER DIE GRENZEN Reinhart Wustlich über neue Architektur in Belgien

Bestell-Coupon

Ja, das interessiert mich. Ich bestelle über meine Buchhandlung:



— Expl. P. Neitzke, C. Steckeweh, R. Wustlich (Hrsg.)
CENTRUM. Jahrbuch Architektur und Stadt 1998 – 1999
ISBN 3-528-08807-9

Vorname und Name

Firma/Abtl.

Straße (bitte kein Postfach)

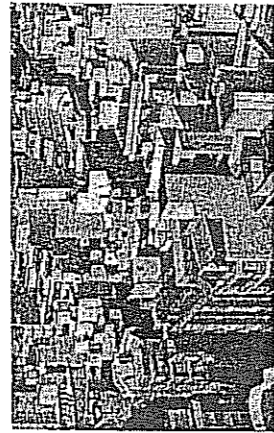
PLZ, Ort



Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 87

Gerd Held

Potentiale der kompakten Stadt



Eine institutionenökonomische Studie über die spanische Schuhstadt Elche

ZUM BAND

Die kompakte Stadt in Verbindung mit spezifischen sozio-ökonomischen Strukturen ist Gegenstand dieser Arbeit. In der spanischen Schuhstadt Elche (Region Valencia) analysiert der Autor den Strukturwandel einer Low-Tech-Branche, die sich immer weniger in abhängiger Fabrikarbeit, hingegen verstärkt über selbständige Heimarbeit organisiert. Die Potentiale der kompakten Stadt ergeben sich aus diesen neuen Strukturen. Sie werden mit den theoretischen Ansätzen der Transaktionskostenanalyse und der Institutionenökonomie erfaßt.

Die vielfältigen Zusammenhänge zwischen ökonomischen Rahmenbedingungen, sozio-kulturellen und städtebaulichen Strukturen in dieser peripher gelegenen, monostrukturierten Industriestadt werden verdeutlicht. Der Autor hat mit dieser Arbeit an der Fakultät Raumplanung zum Dr.rer.pol. promoviert.

Gerhard Held (*1957) hat in Hannover Sozialwissenschaften (Diplom) und an der Universität Paris VIII Philosophie (M.A.) studiert. Er arbeitet am Fachgebiet Geographische Grundlagen der Raumplanung an der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund.

INHALT

Vorwort

1. Einleitung
Ein restriktives Szenario. Die geographische Wahl.
Die Theoriestrategie. Die wissenschaftlichen Anknüpfungspunkte. Aufbau der Arbeit.
2. Grundbegriffe und Rationalität der Neuen Institutionenökonomik
2.1 Von der Produktion von Gütern zur Reduktion von Komplexität
Eine andere Sicht gesellschaftlicher Umweltbeziehungen.
Eine andere Modernisierungstheorie. Fazit.

- 2.2 Transaktionskosten im Wirtschaftsleben - Beispiele
Die effiziente Grenze zwischen Markt und Unternehmen.
Vertragslösung oder Eigentumslösung bei Arbeiterwohnungen. Alternative soziale Arrangements bei verschiedenen Umwelteinflüssen.
- 2.3 'Unsicherheit' - Die Sphäre der Transaktionsprobleme
Risiko und Reibungen. Schwierige Reduzierung.
Spezifität und Fragmentierung. Transaktionsprobleme der 'flexiblen Spezialisierung'.
- 2.4 Institutionelles Handeln
Vom Transaktionsproblem zu rationalisierbaren Transaktionskosten. Institutionen als Formen der Reduktion von Komplexität. Relationale Formen.
- 2.5 Ökonomie der institutionellen Formen
Eine erweiterte Grenzkostenrechnung. Anwendungsfall 1. Anwendungsfall 2.
- 2.6 Die Spreizungstheorie
- 2.7 Die Aktualität der Spreizungstheorie am Beispiel der Schuhindustrie
- 2.8 Der Mythos der 'organischen' Zusammenetzung des Kapitals
Die Substitutionstheorie
- 2.10 Zur Diskussion um die 'Industriezentrie' - eine Anmerkung

- 4.8 Neue Grenzräume der Stadt
Die Huerta als neues Ackergebiet der Schattenwirtschaft.
Das Gewerbegebiet Carris als 'Handelidor' der Stadt.
Der Barrio Los Palmerales als 'Grensposten' der sozialen Integration.
- 4.9 Die Gesamtkonfiguration des Stadtraums
Urbane Logik. Welche Gründe entscheiden über die Standortwahl? Industriezentrie oder Industriestadt? Eine metropolitane Region Elche-Alicante? 4.10 Die Rolle der Stadtplanung
Die Revision des PCOU 1992 - 1997. Ein Rekurs auf die 'industrielle Toleranz'. Eine starke räumliche Grundordnung. Der bürokratisch-praktische Sinn. Die Selbstkritik der Planung in den 70er und 80er Jahren. Stadtplanung als Definition von Eigentumsanteilen.
5. Die institutionenökonomische Effizienz eines kompakten Stadtraums
Einzelne als System von Eigentumsanteilen. Räumliche Einflüsse als Formen der Selbstbeeinflussung.
6. Die Formulierung einer Dienstleistungsmetropole.
Zentrale Areale als Kristallisationspunkte. Zentralisation durch Kooperation. Transaktionskostenreduktion durch stadträumliche Bündelung.
7. Der institutionelle Charakter des urbanen Raums
7.1 Stadträumliche Arrangements
7.2 Die urbane Welt als Transaktionsosphäre
7.3 Transaktionskosten der funktionsräumlichen Spezialisierung
7.4 Raum als institutionelles Medium
'Einschlüsse' - Stadträume als institutionelle Güter.
Leistungen und Grenzen des Geldmediums. Das Medium der Verletzlichkeit. Noch einmal zur Substitutionstheorie.
- 7.5 Das moderne Städteystem
Von 'zentralen Gütern' zu 'zentralen Schnittstellen'.
Kompakte Stadt und gebündelte Stadt. Noch einmal zur Spreizungstheorie.
8. Fazit
Anmerkungen
Bibliographie
Presse
Glossar

Auszug aus den „Schnellinformationen“ des BBR über neu erworbene Literatur

Kainrath, Wilhelm; Kotyza, Georg (Bearb., Hrsg.); Wünschmann, Peter (Bearb., Hrsg.); Hofer, Andreas (Bearb., Hrsg.)
Die Bandstadt. Städtebauliche Vision oder reales Modell der Stadtentwicklung
Wien: Picus Verl. 1997. 136 S., Kt.; Abb.; Lit.
Siedlungsstruktur, Stadt, Raummodell, Städtebauziel, Stadtplanung, Entwicklungsachse
BfLR; C 25 934

Passmann, Heinz (Hrsg.)
Österreichische Akademie der Wissenschaften, Institut für Stadt- und Regionalforschung, Wien (Hrsg.)
Die Rückkehr der Regionen. Beiträge zur regionalen Transformation Ostmitteleuropas.
Wien 1997. 247 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Beitr.z.Stadt- u. Regionalforsch. Bd. 15
Regionalentwicklung, International, Regionale Disparität, Wirtschaftsentwicklung, Strukturwandel, Planwirtschaft, Marktwirtschaft, Arbeitsmarkt, Regionalpolitik
Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Polen
BfLR; B 13 738

Hardt, Helmut (Hrsg.); Kläsener, Robert (Hrsg.)
Förderverein Europäische Schule für Städteplanung e.V., Xanten (Hrsg.); Europäische schule für Städteplanung, Xanten (Veranst.)
Die europäische Stadt auf der Schwelle zum 3. Jahrtausend. Stadterneuerung u. Bevölkerungsentwicklung. 1. Xantener Stadtkongreß 1995.
Dortmund: Verl. Praxiswissen 1996. 203 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Xantener Ber.
Stadtentwicklung, International, Stadterneuerung, Stadtverkehr, Städtebauziel, Telematik, Wohnen, Einzelhandel, Bevölkerungsentwicklung
Europa, Italien, Reval, Estland, Sankt Petersburg, Moskau, Rußland
BfLR; B 13 567

Konter, Erich
Lebensraum Stadt - Stadt Regulation. Grundlegung einer Planungstheorie u. -soziologie. Zus. dt.
Berlin: Verl.f.Wissenschaft u. Forschung 1997. 346 S., Lit.=Akad.Abh.z.Raum-u. Umweltforschung
Stadt, Stadtplanung, Regulationstheorie, Gesellschaft, Stadtsoziologie, Planungstheorie
BfLR; A 13 373

Europäische Kommission, Brüssel (Hrsg.)
Wege zur Stadtentwicklung in der Europäischen Union. Mitteilung der Kommission.=Auch als Z 14: Verh.d.Dt.Bundestages. Drucks., Bonn 13/8965(1997)
Luxemburg: Amt f.Amtl.Veröff. 1997. 36 S., Abb.; Tab.; Lit.=Dokumente. 1997/197 endg.
Stadtentwicklung, International, EU, Arbeitsmarkt, Wirtschaftsentwicklung, Kompetenz, Städtebaupolitik, Strukturpolitik, Zukunft
BfLR; C 25 844

Bertels, Lothar
Die dreiteilige Großstadt als Heimat. Ein Szenarium. Zus. dt.
Opladen: Leske u. Budrich 1997. 100 S., Abb.; Lit.
Räumliche Identität, Großstadt, Sozialwandel, Urbanität, Szenario, Stadtsoziologie
BfLR; A 13 296

Gerlach, Peter; Apolinarski, Ingrid
Identitätsbildung und Stadtentwicklung. Analysen, Befunde, planungstheoretische u. -methodische Ansätze für eine aktivierende Stadterneuerung - dargestellt am Beispiel Berlin-Friedrichshain. Zus. dt.
Frankfurt/M: Lang 1997. 291 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Beitr.z.kommunalen u.regionalen Planung. 16
Stadterneuerung, Baugesetzbuch, Stadtteil, Räumliche Identität, Wohnumfeld, Sozialinfrastruktur, Wohnwert, Befragung, Planungstheorie, Planungsmethode
Berlin-Friedrichshain
BfLR; A 13 327

Wittmann, Walter
Countdown 2000. Chancen einer nachhaltigen Gesellschaft.
München: Wirtschaftsverl. Langen Müller/Herbig 1997. 192 S., Lit.
Zukunft, Philosophie, Wirtschaftsentwicklung, Gesellschaft, Raumressource, Umweltbelastung, Politik, International, Finanzen, Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit
BfLR; B 13 667

Heins, Bernd
Die Rolle des Staates für eine nachhaltige Entwicklung der Industriegesellschaft.
Berlin: Analytica Verlagsgesellschaft 1997. 121 S., Tab.; Lit. Oldenburg, Univ. Diss., 1996=Angew.Umweltforsch. Bd. 8
Staat, Politik, Gesellschaft, Zukunft, Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit, Wertvorstellung, Umweltpolitik, Verfassung, Umweltschutz
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; B 13 669

Fehl, Gerhard (Hrsg.); Rodriguez-Lores, Juan (Hrsg.)
TH Aachen, Lehrstuhl für Planungstheorie (Hrsg.)
„Die Stadt wird in der Landschaft sein und die Landschaft in der Stadt“. Bandstadt u. Bandstruktur als Leitbilder des modernen Städtebaus.
Zus. dt.
Berlin: Birkhäuser 1997. 350 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg.=Stadt, Planung,Gsch. Bd. 19
Städtebauziel, Siedlungsstruktur, Stadtlandschaft, Stadtstruktur, Verstädterung, Stadturnland, Vorort, International
Frankreich, Rußland, Spanien, USA, Deutschland, Großbritannien
BfLR; B 13 691

Busch-Geertsema, Volker; Ruhstrat, Ekke.Ulf;
Erzberger, Christian (Mitarb.); Evers, Jürgen (Mitarb.); Tönnies, Inga (Mitarb.)
Gesellschaft für Innovative Sozialforschung und Sozialplanung e.V., Bremen (Bearb.); Sachsen-Anhalt, Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Magdeburg (Auftrg.); Diakonisches Werk in der Kirchenprovinz Sachsen e.V., Magdeburg (Auftr.)
Wohnungslosigkeit in Sachsen-Anhalt. Umfang u. Struktur von Wohnungslosigkeit in einem ostdeutschen Bundesland u. Strategien zu ihrer Vermeidung u. Behebung. Zus. dt.
Bielefeld: VSH Verl. Soziale Hilfe 1997. 353 S., Abb.; Tab.; Lit.
Wohnungsversorgung, Regional, Obdachlose, Sozialstruktur, Ursachenanalyse, Wohnungspolitik, Sozialpolitik, Kommunalverwaltung, Soziale Dienste, Befragung
Sachsen-Anhalt
BfLR; A 13 355

Hintzsche, Burkhard
Univ. Köln, Institut für Wohnungsrecht und Wohnungswirtschaft (Hrsg.)
Stärkung der kommunalen Entscheidungskompetenzen in der Wohnungspolitik.
Köln 1997. 17 S. Lit.=Vortr.u.Diskussionsbeitr. H. 16
Wohnungspolitik, Wohnungssubvention, Kompetenz, Kommunaler Spitzenverband
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; C 26 004

Zerweck, Daniel
Univ. Dortmund, Institut für Raumplanung – IRPUD – (Hrsg.)
Großstädtische Wohnstandorte. Die Bestimmung von Wohnstandortpräferenzen als Planungshilfe zur Stadtentwicklung am Beispiel von Nürnberg.
Dortmund: Informationskreis f. Raumplanung 1997. 237 S., Kl.; Abb.; Tab.; Lit. Dortmund, Univ. Diss., 1997=Dortmunder Beitr.z.Raumplanung. 83
Wohnwert, Wohnstandort, Wohnumfeld, Privater Haushalt, Sozialstruktur, Sozialbeziehung, Wohnungsmobilität, Erhebung
Nürnberg, BAYR
BfLR; B 13 700

Farwick, Andreas; Voges, Wolfgang
Univ. Bremen, Zentrale Wissenschaftliche Einheit Arbeit und Region (Hrsg.)
Segregierte Armut und das Risiko sozialer Ausgrenzung. Zum Einfluß der Nachbarschaft auf die Verstetigung von Sozialhilfebedürftigkeit.
Bremen 1997. 35 S., Abb.; Tab.; Lit.=Arbeitspapiere. Nr. 27
Armut, regional, Segregation, Sozialhilfe, Sozialgruppe, Stadtquartier, Wohnviertel
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; C 25 661

Wolf, Stefan
„Hauptstadtregion Stuttgart“ – alte und neue Wege im Kommunalrecht. Historische Entwicklung der Stadt-Umland-Problematik in der Region Stuttgart u. kritische Betrachtungen zum „Gesetz über die Stärkung der Zusammenarbeit in der Region Stuttgart“. Zus. engl., franz.
Berlin: Duncker u. Humblot 1997. 198 S., Tab.; Lit. Tübingen, Univ. Diss., 1995 =Tübinger Schr.z.Staats- u.Verfassungsrech. Bd. 37
Stadtregion, Stadtumland, Hauptstadt, Verwaltungsorganisation, Verwaltungsreform, Kommunale Zusammenarbeit, Rechtsform, Planungsverband
Stuttgart/Region, Mittlerer Neckar/Region
BfLR; B 13 560

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn (Hrsg., Veranst.)
Die Stadt im Strukturwandel. Beiträge zum Symposium zu Ehren von Herrn Bundesminister a.D. Karl Ravens anlässlich seines 70. Geburtstages. 10. Nov. 1997.
Bonn 1997. 55 S., Lit.
Stadtentwicklung, Strukturwandel, Urbanität, Städtebaupolitik, Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit, Wirtschaftskooperation, International
Bundesrepublik Deutschland, Europa
BfLR; A 13 395

Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart (Hrsg.)
Stadt mit Zukunft: energiebewußt und urban. 6. Forum, 21.-23. März 1996 – Haus auf der Alb, Bad Urach, Dokumentation.
Stuttgart 1997. 117 S., Kl.; Abb.; Tab.; Lit.
Urbanität, Stadtentwicklung, Stadtverkehr, Verkehrsplanung, Regional, Energieverbrauch, Wohngebäude, Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit
Bundesrepublik Deutschland, Österreich
BfLR; C 25 651

Friedrichs, Jürgen (Hrsg.)
Die Städte in den 90er Jahren. Demographische, ökonomische u. soziale Entwicklungen.
Opladen: Westdt. Verl. 1997. 297 S., Kl.; Abb.; Tab.; Lit.
Stadtentwicklung, Großstadt, Zukunft, Strukturwandel, Sozialwandel, Bevölkerungsentwicklung, Regional, Bevölkerungswanderung, Gemeindefinanzen, Armut, Wohnungsversorgung, Stadtverkehr
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; B 13 630

Großstädte. Themenheft.
In: Bürger im Staat, Stuttgart 47(1997)H.2, S. 74-143, Kl.; Abb.; Tab.; Lit.
Großstadt, Millionenstadt, Hauptstadt, Stadtentwicklung, International
Berlin, Wien, Österreich, Budapest, Ungarn, Prag, Tschechische Republik, London, Großbritannien, Istanbul, Türkei, Jerusalem, Israel, Bombay, Indien, Shanghai, China, Kumasi, Ghane, Atlanta/Ga. USA, Sao Paulo, Brasilien
BfLR; C 25 957

Richter, Jenny; Förster, Heike; Lakemann, Ulrich
Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf (Förd.)
Stalinstadt – Eisenhüttenstadt. Von der Utopie zur Gegenwart – Wandel industrieller, regionaler u. sozialer Strukturen in Eisenhüttenstadt.
Marburg: Schüren 1997. 275 S., Abb.; Tab.; Lit.
Stadtentwicklung, Industriesiedlung, Neue Stadt, Eisen-Stahl-Industrie, Regional, Wirtschaftspolitik, Städtebaupolitik, Sozialismus, Geschichte
Eisenhüttenstadt, BB, DDR
BfLR; C 25 893

Mahler, Katja
Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsinstitut, Abteilung Wirtschaftspolitik, Bonn (Hrsg., Veranst.)
Großsiedlungen. Auf dem Weg zum eigenständigen Stadtteil oder zum sozialen Brennpunkt? Eine Tagung am 26. Juni 1997 in Magdeburg.
Zus. dt.
Bonn 1997. 40 S., Tab.; Lit.=Wirtschaftspolit.Diskurse. Nr. 105
Wohnsiedlung, Neuer Stadtteil, Trabantenstadt, Nebenzentrum, Sozialstruktur, Regional, Wohnen, Städtebaupolitik
Köln-Chorweiler, NRW, Magdeburg-Olvenstedt, ST, Berlin-Hellersdorf, BLN, Potsdam, BB
BfLR; A 13 307

Meyer, Johannes
Die zukunftsfähige Stadt. Nachhaltige Entwicklung in Stadt u. Land. Zus. dt.
Düsseldorf: Werner 1997. 241 S., Kl.; Abb.; Tab.; Lit.
Raumentwicklung, Stadtentwicklung, Zukunft, Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit, Stadtplanung, Kommunalpolitik, Daseinsgrundfunktion, Umweltschutz, Energieversorgung, Abfallbeseitigung
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; B 13 608

Blume, Hans-Peter (Hrsg.); Eger, Helmut (Hrsg.); Fleischhauer, Eckehard (Hrsg.); Hebel, Axel (Hrsg.); Reij, Chris (Hrsg.); Steiner, K.G. (Hrsg.)
International Society of Soil Science, Vienna (Hrsg.); International Soil Conservation Organisation (Veranst.)
Towards sustainable land use. Furthering cooperation between people and institutions. Selected papers of the 9th conference. Volume 1-2.
Reiskirchen: Catena Verl. 1998. XXXII, 1560 S., Kl.; Abb.; Tab.; Lit.=Advances in Geocol. 31
Flächennutzung, International, Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit, Zukunft, Erosion, Klimaänderung, Bodenverunreinigung, bodenschutz, Gewässerschutz, Entwicklungsland
BfLR; B 13 776/1-2

Grabow, Busso; Henckel, Dietrich; Kühn, Gerd
Deutsches Institut für Urbanistik – Difu -, Berlin (Hrsg.)
Städte ohne Produktion? Das Fallbeispiel Potsdam. Zus. dt.
Berlin 1997. 112 S., Kl.; Abb.; Tab.; Lit.=Difu-Materialien. 4/97
Wirtschaftsentwicklung, Regional, Industrie, Tertiärer Sektor, Beschäftigte, Gewerbliche Baufläche, Kommunale Wirtschaftspolitik
Potsdam, Brandenburg, Berlin, Ostdeutschland
BfLR; C 25 791

Thierstein, Alain (Hrsg.); Walker, Daniel (Hrsg.); Behrend, Heiko (Hrsg.); Egger, Urs Karl (Hrsg.)
Tatort Region. Veränderungsmanagement in der Regional- u. Gemeindeentwicklung.
Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1997. 161 S., Abb.; Tab.; Lit.
Kooperation, Regionalentwicklung, Stadtentwicklung, Regionalpolitik, Regionalisierung, Planungsprozeß, Verwaltungsorganisation, Kommunale Zusammenarbeit, Planungscoordination, Partizipation
Schweiz, thun, Appenzell Ausserrhoden/Kanton, Schaan, Lichtenstein
BfLR; B 13 687

Berg, Leo van den; Klink, H. Arjen van; Meer, Jan van der
Governing metropolitan regions. Repr. 1995.
Aldershot: Avebury 1993. VII, 182 S., Kl.; Abb.; Lit.
Kommunalpolitik, International, Regionalpolitik, Stadtregion, Verwaltungsorganisation, Stadtentwicklung, Planungscoordination
Antwerpen, Belgien, Birmingham, Großbritannien, Lille, Straßburg, Frankreich, Lissabon, Portugal, Rotterdam, Niederlande, Valencia, Spanien, Frankfurt am Main
BfLR; B 13 725

Ipsen, Detlev
Raumbilder. Kultur u. Ökonomie räumlicher Entwicklung.
Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft 1997. 124 S., Abb.; Lit.=Stadt, Raum u. Gesell. Bd.8
Raum, Stadtraum, Region, Regionalentwicklung, Raumtheorie, Ästhetik, Soziologie, Kunst, Räumliche Identität
BfLR; A 13 376

Borja, Jordi; Castells, Manuel; Belil, Mireia (Mitarb.); Benner, Chris (Mitarb.)
United Nations Centre for Human Settlements – Habitat -, Nairobi (Hrsg.)
Local and global. The management of cities in the information age. Zus. engl.
London: Earthscan Publ. 1997. 277 S., Kl.; Abb.; Tab.; Lit.
Stadtentwicklung, International, Sozialwandel, Kooperation, Telematik, Frau, Kultur, Städtebaupolitik, Kommunalpolitik, Zukunft
BfLR; B 13 750

Schwerf, Konrad
Österreichische Akademie der Wissenschaften, Institut für Stadt- und Regionalforschung, Wien (Hrsg.)
Die metropolitane Region Berlin. Genese u. Niedergang, Revitalisierung u. Innovation. Zus. dt.; engl.
Wien 1998. 66 S., Kl.; Abb.; Tab.; Lit.=ISR-Forschungsberichte. H.17
Stadtentwicklung, Stadtregion, Hauptstadt, Stadtstruktur, Stadtplanung, Stadterneuerung, Zukunft
Berlin, Berlin/Raum
BfLR; B 13 812

Knox, Paul L. (Hrsg.); Taylor, Peter J. (Hrsg.)

World cities in a world-system.

Cambridge: Cambridge Univ. Press 1997. XI, 335 S., Abb.; Tab.; Lit. Reg.

Stadtforschung, Millionenstadt, Kooperation, International, Stadtökonomie, Gesellschaft, Institutionen, Stadtökologie, Kommunalpolitik
USA, Kanada, Japan, Europa
BfLR; B 13 729

Eberling, Matthias; Henckel, Dietrich

Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf (Hrsg.)

Kommunale Zeitpolitik. Veränderungen von Zeitstrukturen – Handlungsoptionen der Kommunen. Zus. dt.

Berlin: Ed. Sigma 1998. 205 S., Abb.; Tab.; Lit.=Forsch. aus d.Hans-Böckler-Stift. 7

Zeit, Zeitbudget, Stadtplanung, Kommunalpolitik, Aktionsraum, Erreichbarkeit, Familienpolitik, Einzelhandel, Tertiärer Sektor, Behörde,
Stadtforschung
Bundesrepublik Deutschland, Karlsruhe, Wolfsburg, Münster, Bonn, Italien
BfLR; A 13 419

Harlander, Tilman (Hrsg.)

Stadt im Wandel – Planung im Umbruch. Festschrift für Gerhard Fehl.

Stuttgart: Kohlhammer 1998. 318 S., Kl.; Abb.; Tab.; Lit.=Kohlhammer Architektur

Planungstheorie, Stadtplanung, Architektur, Städtebauziel, Stadterneuerung, Medien, Verwaltung, EDV

Bundesrepublik Deutschland, DDR

BfLR; B 13 744

Mussel, Christine (Hrsg.)

Hessische Gesellschaft für Demokratie und Ökologie e.V., Frankfurt/Main (Hrsg.)

Zivile Stadt – ziviles Land. Kooperative Planungsansätze. Erweiterte Dokumentation eines Workshops vom 2.u.3.Febr.1996 in der Gesamthochschule Kassel.

Frankfurt/M. 1997. 141 S., Kl.; Abb.; Tab.; Lit.

Partizipation, Demokratie, Gesellschaft, Kooperation, Planungsprozess, Stadtentwicklung, Regionalentwicklung

Nordhessen/Region, Großbritannien, Porto Alegre, Brasilien

BfLR; B 13 753

Hardt, Helmut (Hrsg.); Kläsener, Robert (Hrsg.)

Europäische Schule für Städteplanung Xanten gGmbH (Hrsg., Verantst.)

Die europäische Stadt als Cyber-City? Stadtentwicklung u. neue Technologien. 2. Xantener Stadtkongress 1997.

Dortmund: Verl. Praxiswissen 1998. 291 S., Kl.; Abb.; Tab.; Lit.=Xantener Berichte

Stadtentwicklung, Zukunft, Technologie, Telematik, Stadtplanung, Verkehrsplanung, Arbeitsmarkt, Innenstadt, Stadtverkehr

BfLR; B 13 713

Romero, Andreas (Red.)

Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e.V., Institut für Städtebau und Wohnungswesen, München (Hrsg.)

Stadt und Bahn.

München 1998. 76 S., Kl.; Abb.; Lit.=Veröffentlichungsplan. Bd. 2

Stadtentwicklung, Schienenverkehr, Regional, Bahnhof, Stadterneuerung, Stadtgestaltung, Gebäudenutzung, Dienstleistungsstandort

Bundesrepublik Deutschland, München, Kassel, Limburg a.d.Lahn

BfLR; A 13 405

Heseler, Heiner (Hrsg.); Hickel, Rudolf (Hrsg.); Prigge, Rolf (Hrsg.)

Bremens Selbständigkeit. Bedrohung – Herausforderung – Chance.

Bremen: Ed. Temmen 1998. 187 S., Kl.; Abb.; Tab.; Lit.

Bundesland, Großstadt, Wirtschaftsentwicklung, Regional, Gemeindefinanzen, Länderfinanzausgleich, Arbeitsmarkt, Infrastruktur,

Stadtumland, Landesplanung, Kooperation, Grenzüberschreitend

Bremen, Niedersachsen

BfLR; B 13 693

Harth, Annette; Herlyn, Ulfert; Scheller, Gitta

Segregation in ostdeutschen Städten. Eine empirische Studie. Zus. dt.

Opladen: Leske u. Budrich 1998. 280 S., Kl.; Abb.; Tab.; Lit.

Segregation, Regional, Strukturwandel, Sozialwandel, Stadtquartier, Wohnsiedlung, Sozialökologie, Wohnungsmobilität, Wohnwert, Stadt-

entwicklung, Kooperation

Magdeburg, DDR, Bundesrepublik Deutschland

BfLR; A 13 396

Sackmann, Rosemarie

Regionale Kultur und Frauenerwerbsbeteiligung.

Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft 1997. VIII, 151 S.; Kl.; Abb.; Tab.; Lit. Berlin, Univ., Diss., 1995=Stadt, Raum u. Gesell. Bd.6

Frauenerwerbsbeteiligung, Regional, Arbeitsmarkt, Familie, Frau, Sozialwandel, Industrialisierung, Regionalentwicklung, Tertiärer Sektor

Bundesrepublik Deutschland, Deutschland

BfLR; A 13 431

Kurnol, Jens (Red.)

Raumordnung und Städtebau in der Informationsgesellschaft. Themenheft.

In: Inform.z. Raumentwickl., Bonn (1998)H.1, S.1-79, Kl.; Abb.; Tab.; Lit.

Telematik, Telekommunikation, Raumentwicklung, Siedlungsentwicklung, Sozialwandel, Information, Städtebau, Raumordnung, Regionalpo-

litik

BfLR; Z 703

Haubold, Dorothea

Univ. Oldenburg (Hrsg.)

Nachhaltige Stadtentwicklung und urbaner öffentlicher StadtRaum. Zus. dt.

Oldenburg/Oldb.: Bibliotheks- u. Informationssystem d. Univ. Oldenburg 1997. 157 S., Kl.; Abb.; Tab.; Lit.=Beitr.d.Univ.Oldenburg z. Stadt- u. Regionalplanung. 12

Urbanität, Stadtentwicklung, Stadtraum, Stadtstraße, Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit, Partizipation, Bebauung, Freifläche, Stadt-

viertel, Stadtsanierung, Modellvorhaben

Berlin-Weißensee

BfLR; A 13 401

Coupland, Andy (Hrsg.)

Reclaiming the city. Mixed use development. Zus. engl.

London: Spon 1997. VIII, 296 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.

Mischgebiet, Gebäudenutzung, Regional, Stadtplanung, International, Umweltverträglichkeit, Fremdenverkehr, Bodenmarkt, Kriminalität,

Architektur, Stadtgestaltung

Großbritannien, Westeuropa, USA

BfLR; B 13 628

Judge, David (Hrsg.); Stoker, Gerry (Hrsg.); Wolman, Harold (Hrsg.)

Theories of urban politics. Repr. der Ausg. 1995. Zus. dt.

London: Sage Publ. 1997. IX, 310 S., Lit.; Reg.

Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung, Sozialwandel, Politikwissenschaft, Stadtsoziologie, Regulationstheorie

USA, Großbritannien, Europa

BfLR; B 13 629

Bosma, Koos (Hrsg.); Hellinga, Helma (Hrsg.)

Mastering the city. North-European city planning 1900-2000. Bd. 1-2.

Rotterdam: NAI Publ. 1997. ca. 484 S., Kl.; Abb.; Lit.; Reg.

Stadtplanung, International, Regionalplanung, Stadregion, Stadtteil, Neue Stadt, Raumplanungsziel, Städtebauziel, Planungsgeschichte

Nordeuropa

BfLR; C 26 286/1-2

Healey, Patsy (Hrsg.); Khakee, Abdul (Hrsg.); Molte, Alain (Hrsg.); Needham, Barrie (Hrsg.)

Making strategic spatial plans. Innovation in Europe.

London: UCL Press 1997. XI, 307 S., Kl.; Abb.; Tab.; Lit.

Raumplanung, International, Raumplanungsziel, Raumplanungsinstitutionen, Planungsorganisation, Planungsprozess, Stadregion

EU-Staaten, Norwegen, Schweiz

BfLR; B 13 688

Kovacs, Zoltan (Hrsg.); Wießner, Reinhard (Hrsg.)

TU München, Geographisches Institut (Hrsg.)

Prozesse und Perspektiven der Stadtentwicklung in Ostmitteleuropa. Dt., engl.=Stadtentwicklung in Ostmitteleuropa; Rückentitel

Passau: L.I.S. Verl. 1997. 293 S., Kl.; Abb.; Tab.; Lit.=Münchener geogr.H. H.76

Stadtentwicklung, International, Strukturwandel, Sozialwandel, Segregation, Wirtschaftsentwicklung, Wohnungsmarkt, Großstadt, Verstädte-

rung, Regional

Mittelosteuropa, Polen, Warschau, Breslau, Ungarn, Budapest, Slowakei, Preßburg, Tschechische Republik, Prag, Ostdeutschland, Leipzig

BfLR; X 467/38

Eckart, Karl (Hrsg.); Kehler, Gerhard (Hrsg.); Scherf, Konrad (Hrsg.)

Gesellschaft für Deutschlandforschung e.V., Berlin (Hrsg.)

Raumplanung und Raumforschung in der DDR.

Berlin: Duncker u. Humblot 1998. 227 S.; Kl.; Abb.; Tab.; Lit.=Schriften.d.gesell.f.Deutschlandforsch. Bd. 57

raumplanung, Raumforschung, Planungsgeschichte, Infrastruktur, Siedlungsstruktur, Flächennutzung, Landesplanung, Regionalplanung,

Planungsorganisation

DDR, Ostdeutschland

BfLR; B 13 709

Institut für Länderkunde e.V., Leipzig (Hrsg.)

Atlas Bundesrepublik Deutschland. Pilotband.

Leipzig 1997. 96 S., Kl.; Abb.; Tab.; Lit.

Atlas, Thematlas

Bundesrepublik Deutschland

BfLR; AT Bund I/31

Brade, Isolde (Hrsg.); Grimm, Frank-Dieter (Hrsg.)

Institut für Länderkunde e.V., Leipzig (Hrsg.)

Städtesysteme und Regionalentwicklungen in Mittel- und Osteuropa. Rußland, Ukraine, Polen.

Leipzig 1998. 204 S., Kl.; Abb.; Tab.; Lit.=Beitr.z.regionalen Geogr. 46

Stadtentwicklung, International, Regionalentwicklung, Raumstruktur, raumplanung, Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftsstruktur, Infra-

struktur

Sowjetunion, Rußland, Ukraine, Polen, Mitteleuropa

BfLR; X 129/28

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR -, Bonn (Hrsg.)

Bausteine einer nachhaltigen Raumentwicklung.

Bonn 1998. V, 128 S., Kl.; Abb.; Tab.; Lit.=Forschungen. H.88

Raumentwicklung, Raumplanungsziel, Raumordnung, Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit, Regionale Disparität, Regionalwirtschaft,

Wohnen, Verkehr, Siedlungsstruktur, Nutzungskonflikt

Bundesrepublik Deutschland

BfLR; C 26 395

Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer Nachhaltig Zukunftsverträglichen Entwicklung“, Bonn; Deutscher Bundestag (Hrsg.)

Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung. Abschlußbericht. = Auch als Z 14: Verh.d.Dt.Bundestages. Drucks., Bonn 13/11200(1998)

Bonn 1998. 467 S., Abb.; Tab.; Lit.=Zur Sache. 4/98

Gesellschaft, Zukunft, Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit, Umweltpolitik, Umweltplanung, Bodenschutz, Wohnungspolitik, Städtebaupolitik, Technologiepolitik

Bundesrepublik Deutschland

BfLR; A 13 518

Nicolini, Maria (Hrsg.)

Raumplanung und neue Verträglichkeiten. Aushandeln von Widersprüchen im Umgang mit dem Erschöpflichen.

Köln: Böhlau 1997. 351 S., Abb.; Tab.; Lit.

Planungstheorie, Raumplanung, Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit, Raumplanungsziel, Zukunft, Stadt, Architektur, Raummobilität, Wertvorstellung, Partizipation

Österreich, Kärnten, Bundesrepublik Deutschland

BfLR; A 13 324

Breuste, Jürgen (Hrsg.)

Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Leipzig (Hrsg.); Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Projektbereich Urbane Landschaften, Leipzig (Hrsg., Verantst.)

2. Leipziger Symposium „Ökologische Aspekte der Suburbanisierung“. Tagungsband der Veranstaltung am 13.6. u. 14.6.1996.

Leipzig 1997. 195 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=UFZ-Bericht. Nr.7-1997/Stadtökol.Forsch. Nr.12

Verstädterung, Stadtökologie, Siedlungsentwicklung, Flächennutzung, Regional, Landschaftspflege, Begrünung, Stadtrand, Kulturlandschaft

Leipzig/Raum, Berlin/Raum, Thüringen, Ostdeutschland, Bundesrepublik Deutschland

BfLR; C 26 137

Bernhardt, Christoph

Historische Kommission zu Berlin (Hrsg.)

Bauplatz Groß-Berlin. Wohnungsmärkte, Terraingewerbe u. Kommunalpolitik im Städtewachstum der Hochindustrialisierung - 1871 - 1918 -

Berlin: de Gruyter 1998. XII, 379 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.Berlin, TU, Diss., 1995=Veröff.d.Hist.Kommiss.zu Berlin. Bd.93

Hall, Peter

Cities of tomorrow. An intellectual history of urban planning and design in the twentieth century. Updated ed. Zus. engl.

Oxford: Blackwell 1997. XVI, 502 S., Abb.; Lit.; Reg.

Stadtplanung, International, Planungsgeschichte, Stadtentwicklung, Gartenstadt, Stadtregion, Stadtgestalt, Sozialstruktur, Stadtökonomie, Planer, Planungstheorie

Großbritannien, USA, Europa, Sein, Australien, Lateinamerika

BfLR; B 13 7868

Matthiesen, Ulf (Hrsg.)

Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V. -IRS-, Erkner (Hrsg.)

Die Räume der Milieus. Neue Tendenzen in der sozial- u.raumwissenschaftlichen Milieuforschung, in der Stadt- und Raumplanung. Zus. dt.

Berlin: Ed. Sigma 1998. 371 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Sozialwissenschaft, Raumwissenschaft, Stadtsoziologie, Sozialstruktur, Sozialgruppe, Lebensstil, Sozialbeziehung, Wirtschaftskooperation, Raumplanung, Stadtplanung, Stadterneuerung

Bundesrepublik Deutschland, Ostdeutschland

BfLR; A 13 424

Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V. -IRS-, Erkner (Hrsg.)

Raum und Identität. Potentiale u. Konflikte in der Stadt- und Regionalentwicklung

Erkner 1997. 170 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Graue Reihe. Mater.d.IRS. 15

Räumliche Identität, Raum, Region, Stadt, Stadtteil, Mischgebiet, Wohnumfeld, Umweltpsychologie, Stadterneuerung, Stadtplanung

Berlin/Raum, Nordrhein-Westfalen

BfLR; C 26 161

Zibell, Barbara (Hrsg.); Gürtler Berger, Theresia (Hrsg.)

TH Zürich (Hrsg.); Univ. Zürich (Hrsg.)

Stadt im Umbruch. ChaosStadt?

Zürich: vdf Hochschulverl.1997. 325 S., Abb.; Lit.=Zürcher Hochschulforum. Bd.26

Stadt, Stadtentwicklung, Stadtwachstum, Zersiedlung, Stadtrand, Strukturwandel, Sozialwandel, Raumtheorie

BfLR; A 13 346

Bose, Michael (Hrsg.)

TU Hamburg-Harburg, Arbeitsbereich I-05-Städtebau/Stadtplanung-(Hrsg.)

Die **unaufhaltsame** Auflösung der Stadt in die Region? Kritische Betrachtungen neuer Leitbilder, Konzepte, Kooperationsstrategien u. Verwaltungsstrukturen für Stadtregionen.

Dortmund: Dortmunder Vertrieb f.Bau-u.Planungsliteratur 1997. 179 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Harburger Ber.z.Stadtplanung. Bd.9

Stadtregion, Siedlungsentwicklung, Zersiedlung, Verstädterung, Raumplanungsziel, Städtebauziel, Verkehrsvermeidung, Kooperation, Kommunale Zusammenarbeit, Verwaltungsorganisation, Regionalplanung

Bundesrepublik Deutschland

BfLR; B 13 807

Schmals, Klaus M. (Hrsg.)

Univ. Dortmund, Institut für Raumplanung -IRPUD- (Hrsg.)

Vor 50 Jahren ... auch die Raumplanung hat eine Geschichte!

Dortmund: Informationskreis f.Raumplanung 1997. 248 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Dortmunder Betr.z.Raumplanung. 80

Raumplanung, Städtebau, Wohnungspolitik, Stadterneuerung, Konfession, Ideologie, Partei, Planungsgeschichte

Deutschland

BfLR; B 13 775

Bloem, Gabriela

Univ. Kaiserslautern, Fachbereich Architektur/Raum- und Umweltplanung/Bauingenieurwesen (Hrsg.)

Ausgleichende Stadterweiterung. Wohngebiete der Zukunft an der Peripherie europäischer Großstädte.

Kaiserslautern 1996. VI, 209 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit. Kaiserslautern, Univ., Diss., 1996=Mater.z.Raum- u.Umweltplanung. Nr.87

Stadtplanung, Stadtwachstum, Großstadt, Stadtrand, Bebauungsplanung, Wohngebiet, Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit, Partizipation, International, EU

EU-Staaten

BfLR; C 26 191

Birg, Herwig; Filip, Dettef; Flöthmann, E.-Jürgen; Frein, T.

Univ. Bielefeld, Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik (Hrsg.)

Zur Eigendynamik der Bevölkerungsentwicklung der 16 Bundesländer Deutschlands im 21. Jahrhundert. Ein multiregionales Bevölkerungsmodell mit endogenen Wanderungen. Forschungsprojekt.

Bielefeld 1997. ca. 222 S., Abb.; Tab.; Lit.=IBS-Materialien. Bd.42

Bevölkerungsentwicklung, Regional, Bundesland, Bevölkerungsprognose, Prognosemethode, Simulation, Bevölkerungswanderung

Bundesrepublik Deutschland, Ostdeutschland

BfLR; C 26 163

Gornig, Martin; Görzig, Bernd; Schulz Erika

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung -DIW-, Berlin (Bearb.); Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung -BBR-, Bonn (Hrsg., Aufr.)

Beschäftigung und Bevölkerung in den Bundesländern. Modellprojektionen bis zum Jahr 2010.

Bonn 1998. 47 S., Abb.; Tab.; Lit.=Arbeitspapiere. 7/1998

Bevölkerungsprognose, Arbeitsmarktprognose, Wanderungsprognose, Erwerbstätigkeit, Wirtschaftsentwicklung, Wirtschaftssektor, Bundesland, Modellrechnung

Bundesrepublik Deutschland, Ostdeutschland

BfLR; Y 1006/67

Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V. -IRS-, Erkner (Hrsg., Verantst.)

Migration in Stadtregionen der neuen Bundesländer. Workshop im Rahmen des Projekts „Migration im Metropolenraum Berlin/Brandenburg“ am 16.Okt.1996 im IRS Erkner. Dokumentation.

Erkner 1998. 133 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Graue Reihe. Mater.d.IRS. 16

Bevölkerungsentwicklung, Regional, Bevölkerungswanderung, Intraregional, Interregional, Stadtregion, Wohnungsmobilität, Pendlerverkehr, Zentraler Ort, Außenwanderung, Wanderungsstatistik

Bundesrepublik Deutschland, Ostdeutschland

BfLR; C 26 226

**Ausgewählte Veröffentlichungen
des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR)**

**Informationen zur
Raumentwicklung**

Sicherung oberflächennaher Rohstoffe
Heft 4/5. 1998, 20,00 DM

Strategien für einen raum- und umwelt-
verträglichen Verkehr
Heft 6. 1998, 10,00 DM

Stadt – Landschaft
Orientierungen und Bewertungsfragen zur
Entwicklung der Agglomerationsräume
Heft 7/8. 1998, 20,00 DM

AGENDA 2000
Auswirkungen auf Deutschland
Heft 9. 1998, 10,00 DM

Neugliederung der Bundesrepublik Deutschland
Heft 10. 1998, 10,00 DM

Forschungen des BBR

Visualisierung von Planungsinformationen
Modellierung und Darstellung immaterieller Oberflächen
Heft 89, 10,00 DM

Verlagerungspotentiale in verkehrlich hoch belasteten
Fernverkehrs-Korridoren
Heft 90, 18,00 DM

Berichte des BBR

Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise
und Gemeinden
Ausgabe 1998
Band 1, 15,00 DM

Bauland- und Immobilienmärkte
Ausgabe 1998
Band 2, 27,00 DM

Diese Veröffentlichungen sind über den Buchhandel zu beziehen oder beim Selbstverlag des
Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Am Michaelshof 8, 53177 Bonn.